

Krzysztof Pilawski/Holger Politt

Ein Krieg, der keiner sein sollte

Russlands Überfall auf die Ukraine
aus Sicht unmittelbarer Nachbarn

VSA:



Krzysztof Pilawski/Holger Politt
Ein Krieg, der keiner sein sollte

Krzysztof Pilawski ist Absolvent der Kiewer Universität und langjähriger Korrespondent der polnischen Tageszeitung »Trybuna« in Moskau. Er arbeitet als Publizist in Warschau, befasst sich insbesondere mit der offiziellen Geschichtspolitik im heutigen Polen und mit Fragen des Zusammenlebens mit den östlichen Nachbarländern Ukraine, Belarus und Russland.

Holger Politt war bis 2022 Leiter des Regionalbüros Ostmitteleuropa der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau, er ist Übersetzer und Herausgeber des polnischen Werks von Rosa Luxemburg.

2016 veröffentlichten sie gemeinsam im VSA: Verlag das Buch »Polens Rolle rückwärts. Der Aufstieg der Nationalkonservativen und die Perspektiven der Linken«. Im Jahr 2020 gaben sie – ebenfalls im VSA: Verlag – den Band »Rosa Luxemburg: Spurensuche. Dokumente und Zeugnisse einer jüdischen Familie« heraus.

Krysztof Pilawski/Holger Politt

Ein Krieg, der keiner sein sollte

Russlands Überfall auf die Ukraine
aus Sicht unmittelbarer Nachbarn

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg

Für Marion Fisch (1968–2022) in dankbarer Erinnerung

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons License oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2022, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-96488-171-7

Inhalt

| | |
|--|---|
| Einleitung | 7 |
| von Krzysztof Pilawski und Holger Politt | |

Vorspann

| | |
|---|----|
| Russisch-offizielle Geschichtsphilosophie | 15 |
|---|----|

Teil 1

Wie es dazu kommen konnte

von Krzysztof Pilawski

| | |
|---|----|
| Putin in den Schützengräben der Geschichte | 19 |
| Drei Traditionen | 20 |
| Auf Lenins Pfaden | 21 |
| Unter Jelzins Fahne | 26 |
| Der Staat bin ich | 42 |
| Russland ist zu klein | 50 |
| Oberster Historiker im Land | 55 |
| Vergangenheit kennt keine Zukunft | 57 |

Teil 2

Drei Reportagen – Riga, Tallinn, Kaliningrad

von Krzysztof Pilawski

| | |
|---|----|
| Das Sankt-Georgs-Band kämpft | 60 |
| Im russischen Tallinn | 68 |
| Kaliningrad – Sehnsuchtsort Königsberg | 73 |

Teil 3

Spiel mit dem Feuer - Annexion und Krieg

von Holger Politt

| | |
|---|----|
| Vor dem Krieg | 81 |
| Umworbenes Kiew | 81 |
| Bemerkungen zur Ukraine-Politik Polens | 83 |
| Polen und das Programm der »Östlichen Partnerschaft« | 88 |
| Die polnische Sicht auf die Ukraine | 90 |
| Hinter dem Bug. Historische Linien, europäische Erwartungen ... | 92 |
| Naive Fehlschlüsse | 97 |

| | |
|--|-----|
| Zum Beitrag »Der 8. Mai 1945 und heute« von Alexander Rahr | 99 |
| Zum Thema »Polen und der Norden« | 102 |
| Bemerkung zur Nationalitätenfrage bei Rosa Luxemburg aus gegebenem Anlass | 104 |
| Nach dem Kriegsausbruch | 107 |
| An Kiews Seite | 107 |
| Ein Krieg wird legitimiert: | |
| Riskantes Spiel mit alten Rechnungen | 109 |
| »Ganz famose Burschen« | 112 |
| Polen hilft | 114 |
| Die Reise nach Kiew | 116 |
| Kwaśniewski über Putin | 119 |
| Bedrohlich – Russlands Krieg gegen die Ukraine weckt alte Gespenster | 121 |
| Rosa Luxemburg in der Ukrainefrage | 124 |
| Bilaterales zwischen Warschau und Berlin | 127 |
| Zwei Bemerkungen zum 19. April 2022 | 129 |
| Zerschlagenes Porzellan | 131 |
| Zwischen Berlin und Moskau | 133 |
| Verrechnet | 135 |
| Ernst Bloch – 1938 | 138 |
| Zuerst der Verteidigungskampf, die Friedenstaube später | 141 |
| Blinder Fleck | 144 |
| Orbáns zerplatzte Autoreifen | 146 |
| Ukrainischer Nationalfeiertag | 148 |
| Gegen Putins Annexionswahn | 151 |
| Reflexionen vor und nach dem Überfall | 154 |
| Landverschiebung..... | 154 |
| Erste Überlegungen über ein Nachkriegspolen an der Seite der Sowjetunion | 156 |
| Zwischen Denkmal des Sieges und Okkupationsmuseum | 162 |
| Jelzins Tafel in Tallinn | 164 |
| Abspann | |
| [Verfasstheit der russischen Gesellschaft]..... | 167 |
| von Stanisław Brzozowski | |
| Text-Nachweise | 171 |

Einleitung

Letztlich hängen der Frieden und ein Ende der Kriege also von der Entwicklung der Nationen, vom Wachstum ihres Bewusstseins, ihrer Klugheit und ihrer Kontrolle über Führer ab, die keine guten Absichten haben.

Marcel Mauss,

Die Nation oder Der Sinn für Soziales (um 1920)

Russlands militärischer Überfall auf die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begann, hat ganz Europa erschüttert – die politischen und sozialen Folgen sind bis heute kaum zu ermessen. Am völkerrechtswidrigen Charakter des vom russischen Präsidenten Wladimir Putin befohlenen Vorgehens gegen die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine gibt es außerhalb Russlands wenig Zweifel – indes unterscheiden sich die Antworten zum Teil erheblich, wenn nach den Ursachen des jetzigen russischen Kriegs gegen die Ukraine gefragt wird. Nicht kleinzukriegten sind in Deutschland Meinungen, die der ukrainischen Seite – wenn schon nicht die Hauptschuld – eine erhebliche Mitschuld attestieren, so als hätte sie mit der von ihr in den zurückliegenden Jahren gezeigten Nähe zur Europäischen Union und zur NATO den Angriffskrieg Moskaus zumindest nach Kräften provoziert. Wenn von einer Vorgeschichte die Rede ist, die unbestritten zu diesem Krieg gehört, wird mit Vorliebe in diese Richtung geschaut. Moskau sei nach dieser Lesart durch das Kiewer Vorgehen immer mehr unter außen- und sicherheitspolitischen Druck geraten, die Wege der diplomatischen Vermittlung seien im Westen – also bei den jetzigen Kiewer Schutzmächten – sträflich vernachlässigt und abgekürzt worden, sodass der Kreml sich schließlich zu der verzweifeln, wiewohl in seinen Mitteln völlig verfehlten Entscheidung gezwungen sah, das Nachbarland militärisch zu überfallen. Die beiden Autoren dieses Buches verweigern sich solch widersinnigen Überlegungen. Mit denen wird der Putinschen Argumentation zur Begründung des brutalen Überfalls leichtfertig in die Hände gespielt, wonach die Ukraine in ihren weltweit anerkannten Grenzen gar kein Recht auf Bestehen habe, zudem beträchtliche Teile heiliger russischer Erde zurückgeben müsse, die ihr bei der Schaffung der Sowjetunion fälschlich zugeschoben worden seien, überdies habe die Ukraine aus höheren geopolitischen Gründen im Windschatten russischer Großmachtpolitik zu segeln, damit das Gleichgewicht zwischen den Großmächten nicht außer Kontrolle gerate.

Stattdessen folgen die Texte im vorliegenden Buch konsequent den oft genug komplizierten Linien, die aus der Perspektive jenes großen geografischen Raumes zu fassen sind, der Moskau von Berlin trennt.

Zu den unbestreitbaren Folgen des allein von Moskau angezettelten Krieges gehört, dass nun die Positionen in Hauptstädten wie Tallinn, Riga, Vilnius und nicht zuletzt in Warschau im europäischen Konzert politischer Stimmen ein anderes, bis dahin hier und da noch gar nicht bemerktes Gewicht bekommen. Für die Berliner Ostpolitik zumindest war bislang das Verhältnis zu Moskau – so oder so – ein richtungsweisender Anker, der ganz nebenbei auch dem großen geografischen Raum, der nun einmal zwischen Berlin und Moskau liegt, ein entsprechend zurückgesetztes Maß verlieh. Daran hatten die Beitritte dieser Länder zur EU und zur NATO zwar vieles geändert, aber der einmal geworfene Anker der Berliner Ostpolitik blieb unverrückbar.

Sehr gut zu sehen war dies nach Putins rasch vollzogener Annexion der Krim im März 2014, als zwar Wirtschaftssanktionen gegen Moskau verhängt wurden, aber der besondere Charakter der Beziehungen zwischen Berlin und Moskau erkennbar blieb. 2015 wurde mit großem Eifer der Bau der durch die Ostsee verlegten Erdgastrasse Nord Stream 2 begonnen, die schließlich 2022 in Betrieb gehen sollte. Immer wieder wurde aus Berlin abwiegelnd versichert, es handle sich ausschließlich um ein privatwirtschaftliches Vorhaben, das mit tiefer gehenden politischen Interessen nichts oder wenigstens nicht viel zu tun habe, in das sich Politik umgekehrt aber auch nicht einzumischen habe. Dass die anderen EU-Partner im Ostseeraum das anders bewerteten, wurde leichtfertig vom Tisch gefegt. Erst nach Putins-Angriffskrieg gegen die Ukraine wurde eine Zäsur gesetzt und öffentlich zugegeben, dass die Entscheidung zum Bau der Erdgasleitung ein schwerer politischer Fehler gewesen sei. Jetzt sind die auf dem Ostseegrund verbauten Stahlröhren nur noch ein trauriges Symbol für eine gescheiterte Ostpolitik, die nun ohne ihren bisherigen traditionellen Anker nach einer neuen Ausrichtung und verlässlicher Verankerung sucht und suchen muss.

Die beiden Autoren stützen sich bei ihren Befunden zur Lage auf fundierte, langjährige Landeskenntnisse, wobei es zwischen ihnen durchaus auch unterschiedliche Positionen gibt, die gar nicht in Abrede gestellt werden sollen, die aber weniger die zentralen Fragen betreffen – hier sind sie sich in den Antworten einig – und den in diesem Buch zusammengestellten Texten durchaus einen zusätzlichen Reiz verleihen.

Krzysztof Pilawski zählt in Polen zu den besten Kennern der stürmischen Umbruchsjahre in der Sowjetunion, die schließlich ihr überraschendes Ende in der Auflösung der Union und in der friedlichen Loslösung der Unionsrepubliken fanden, die fortan zu staatlich unabhängigen Völkerrechtssubjekten wurden. Er hatte fünf Jahre lang in Kiew studiert, in den Jahren bevor Gorbatschow 1985 das Partei- und Staatsrunder übernahm. Anschließend ließ ihn die schillernde Perestroika keine Ruhe, er nahm als junger Zeitungsjournalist in Polen – wo immer ihm die Gelegenheit geboten wurde – die vielen kleineren und größeren Widersprüche wahr, die schließlich auf ihr Scheitern hinausliefen. Im September 1990 nahm er in Moskau seine Tätigkeit als Zeitungskorrespondent für polnische Zeitungen auf, erst im Frühjahr 2003 kehrte er von seinem Posten wieder nach Warschau zurück. Vor allem schrieb er für die linksgerichtete Tageszeitung »Trybuna«, die sich im deutschen Blätterwald am ehesten mit dem »Neuen Deutschland« vergleichen ließe, auch wenn dieser Vergleich beim genauen Hinsehen hinkt. Es war das Blatt, das nach dem Ende der Volksrepublik Polen und der ehemaligen Staatspartei PVAP der nun sich neu ausrichtenden Sozialdemokratie unter Aleksander Kwaśniewski eine eigene, gleichwohl kritische Pressestimme verleihen sollte.

Natürlich kamen den laufenden Berichten aus Moskau, in der Endphase der Sowjetunion und dann aus dem neuen Russland unter Jelzin, ein entsprechendes Gewicht zu. Wohlweislich soll an dieser Stelle kurz angeführt werden, dass die politischen Gegner oft genug versucht hatten, die polnischen Linkskräfte – regelmäßig dann, wenn sie spektakuläre Wahlerfolge zu verbuchen hatten – in ein Moskauer Licht zu stecken, so als ginge da nicht alles mit rechten Dingen zu. Die letzten Jahre der Korrespondententätigkeit Pilawskis fielen bereits in die ersten Jahre der Putin-Präsidentschaft; auch das war eine wertvolle Erfahrung. Später folgten ab 2008 vermehrt Besuchsreisen mit publizistischem Ziel nach Estland, Lettland und Litauen, wobei das Hauptinteresse verständlicherweise auf die Analyse der Lage der russischen Minderheiten nach dem Zerfall der Sowjetunion fiel.

Holger Politt wiederum hat sich nach 2002 tiefer und gründlicher in das neue Polen hineindenken und darauf einlassen können, jenes Polen also, das 2004 mit dem Beitritt zur EU ein völlig neues Kapitel seiner Geschichte aufgeschlagen hat, freilich ein Kapitel, das ohne entscheidende Voraussetzungen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

herausgebildet und geschaffen wurden, nie geöffnet worden wäre. Insofern rechnet er sich jenen Beobachtern zu, die den in seinen sozialen wie politischen Konsequenzen dramatischen Umbruch von 1989/90 dennoch in einer kontinuierlichen Entwicklungsschiene fassen, die von 1945 bis heute reicht. Keine Frage auch, dass die Entwicklungen in Estland, Lettland und Litauen – deren wiedererlangte staatliche Unabhängigkeit 1990 oder 1991 tatsächlich einen unfassbar tiefen Bruch mit den zurückliegenden Jahrzehnten seit 1945 darstellen – von ihm immer ein wenig mit der polnischen Erfahrung gespiegelt werden.

Sollte ein Unterschied in den Ansichten beider Autoren zur hier verhandelten Sache genannt werden, dann wäre es in erster Linie die Frage nach einer künftigen EU-Mitgliedschaft der Ukraine, des von Russland überfallenen Landes. Holger Politt geht fest davon aus, dass eine künftige EU-Mitgliedschaft der Ukraine nach Kriegsende unausweichlich ist, selbst wenn die Herausforderung für die bestehende Gemeinschaft noch einmal eine ungleich größere sein sollte als bei der sogenannten EU-Osterweiterung 2004 und in den Folgejahren. Damals meinten führende EU-Vertreter immer etwas vorschnell, dass zwar relativ wenig Wirtschaftsleistung dazukäme, dafür aber die historische Erfahrung in den künftigen neuen Mitgliedsländern außergewöhnlich sei. Schnell wurden sie eines Besseren belehrt. Tatsächlich ist insbesondere der Fall Polens für die jetzige Entwicklung in der Ukraine beispielgebend, denn wenn der Beitrittsprozess nicht erfolgreich in die Wege geleitet worden wäre, hätte die EU-Beitrittsperspektive in der ukrainischen Bevölkerung nicht jene ausnehmende Strahl- und vor allem Anziehungskraft.

Krzysztof Pilawski ist da vorsichtiger. Eigentlich hält er eine Beitrittsperspektive der Ukraine auf absehbare Zeit – einmal den aktuellen Krieg beiseitegelassen – für kaum vorstellbar. Die Entwicklungen in Polen und in der Ukraine in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts hätten – zum Beispiel bei der Privatisierung der Staatswirtschaft – völlig andere Wege eingeschlagen, deren Folgen jetzt nicht ohne Weiteres aus der Welt geschaffen werden könnten. Ohnehin müsse sich die EU-Gemeinschaft jetzt ohne London neu justieren, neue belastbare Achsen finden und zusammenschalten, sodass eine überstürzte Erweiterung um Kiew nicht vorhersehbare Folgen für die gesamte Konstruktion haben könnte. Bereits das vergleichsweise geringe Wechselspiel in der Union, statt dem wirtschaftsstarken London nun das geschichtsträchtige Warschau als einen wichtigen Brückenpfeiler einbinden zu müssen, zeige ja,

wie herausfordernd diese Gewichtsverlagerung immer weiter nach Osten eigentlich sei.

Hier sei hinzugesetzt, dass Polens nationalkonservative Regierung – wiewohl sie in ihren auf nationale Souveränität und gestärkte Identität zielenden innenpolitischen Entscheidungen oft genug aus der Zeit zu fallen scheint – in einer Hinsicht geradezu vorbildlich, sozusagen im Sinne der EU-Integration westlich modern ist: Nirgends und mit keiner Silbe werden territoriale oder auch nur kulturhoheitliche Ansprüche gegen Nachbarländer erhoben, selbst wenn ein tiefer Griff in Geschichtsbücher dies zu erlauben scheint.

So oder so – beide Autoren sind sich darin einig, dass alle Fragen zu einer erneuten EU-Erweiterung nach Osten Zukunftsmusik sind. Je näher sie indes der Bewertung des Kriegsjahres 2022 kommen – und diese Herausforderung macht den Kern des Buches aus –, umso übereinstimmender sind die dargelegten Positionen. Ohnehin geht es jetzt vor allem darum, die russische Aggression gegen die Ukraine zu stoppen, zu beenden und eine Wiederholung durch einen robusten Friedensschluss unmöglich zu machen.

Warschau, Oktober 2022

Vorspann

Nachstehender Beitrag erschien am 15. Juni 1904 in der Tageszeitung »Vorwärts. Berliner Volksblatt«, dem Zentralorgan der SPD. Der Beitrag ist nicht gezeichnet, sodass offenbleiben muss, wer die Zeilen zusammengestellt bzw. redigiert hat. Die Annahme, dass Rosa Luxemburg ihr Händchen mit im Spiel gehabt haben könnte, ist zwar nicht ganz von der Hand zu weisen, lässt sich aber nicht belegen. Egal, denn der Text als solcher ist ein aufschlussreiches Dokument, das für sich selbst spricht. Zu jener Zeit im Juni 1904 tobte seit mehreren Monaten im Fernen Osten der schäbige Krieg zwischen Russland und Japan, bei dem die Frage entschieden werden sollte, wem von den beiden Kriegsparteien die Mandschurei zufallen solle. Der Text wird ohne Kürzung veröffentlicht, angemerkt sei hier der im Text erwähnte Fall von Blagoweschtschensk. In der am Amur im Fernen Osten gelegenen russischen Grenzstadt zur Mandschurei kam es im Juli 1900 zu einer grausamen Metzelei. Die Stadt zählte zu jener Zeit etwa 30.000 Einwohner mit erheblichem chinesischen Bevölkerungsanteil. Nach einem Kanonenbeschuss der Stadt von chinesischer Seite wurden tausende chinesische Bewohner der Stadt von Kosaken und Polizeikräften zum Amur getrieben und gezwungen, ins Wasser zu gehen, um ans gegenüberliegende Ufer zu schwimmen. Mehrere tausend Menschen kamen in den Wasserfluten um oder wurden, falls sie schwimmen konnten, erschossen. Um Proteste der russischen Einwohnerschaft gegen die Metzelei zu verhindern, wurde von der Militärverwaltung das Kriegsrecht verhängt.

Russisch-offizielle Geschichtsphilosophie

Verschiedene russische Kuratoren der Schulbezirke haben – offenbar auf Veranlassung des zarischen Ministeriums »des Geistes« – ein originelles Zirkular an die Direktoren der Mittel- und Hochschulen gerichtet. Es wird darin Klage geführt über die »elende Handvoll böswilliger Menschen, die, jedes heiligen Gefühls der Vaterlandsliebe bar, sich nicht schämen, die Studierenden zu verwirren, indem sie ihnen in revolutionären Schriften die Ursachen und die Zwecke des gegenwärtigen Kriegs in völlig verdrehter Form darstellen«. Um dem »verwirrenden« Einfluss der »böswilligen« Revolutionäre entgegenzuwirken, wird den Mittel- und Hochschulen nahegelegt ... spezielle Vorlesungen für zarenfromme Geschichtsphilosophie im Zusammenhang mit dem russisch-japanischen Kriege einzurichten! Natürlich wird dabei den künftigen Professoren dieser Kurse der »Polizeiwissenschaft« ausdrücklich »völlige Freiheit in der Auswahl und der Gruppierung des Materials« im Voraus gesichert, nur »erlaubt sich« das Zirkular gleichzeitig einige Punkte zu vermerken, auf die es die Vorlesenden ihre Aufmerksamkeit zu lenken »bittet«. Und nun folgt ein ganzes, zwölf Kapitel umfassendes, eingehendes Programm der Vorlesungen, das aus fertigen Thesen und dazu gruppiertem »Be-weismaterial« besteht. Aus diesem in der »Oswoboshdenje« veröffentlichten Dokument seien hier in Kürze einige köstliche Stellen angeführt.

Die These 1 für die »Kriegs- und Geschichtskurse« lautet: Die bisherige Ausbreitung des russischen Staatsterritoriums erscheint als Folge des Flachlandcharakters des Landes von der Ostsee bis zum Stillen Ozean, sowie der Kolonisation als des grundlegenden Faktors der russischen Geschichte, endlich der Berührung mit kulturell minderwertigen, »ethnografisch lockeren« Elementen (wie die Finnen und Mongolen), die häufig durch Raubüberfälle »ihre Unterwerfung durch Russland herausforderten« (!).

2. »Das Verhältnis der Russen zu den Eingeborenen der friedlich kolonisierten oder aus Not eroberten Länder ist seit jeher ein christlich-brüderliches, gutmütiges (Blagoweschtschensk!! Red. des »Vorw.«), im Gegensatz zur Kolonialpolitik der westeuropäischen Staaten, besonders der Englands.« »Die russische Kolonialpolitik wird im Interesse des Bauerntums (!!), die westeuropäische im Interesse des industriellen Kapitals unternommen.« »Alle, sogar die kulturell tiefstehenden Völkernschaften erwerben, sobald sie in den russischen Staatsverband aufge-

nommen werden, alle Bürgerrechte der Stammrussen« (das russische »Geistesministerium« scheint doch nicht ganz ohne Geist, wenigstens nicht ohne Schalkhaftigkeit zu sein. Red. d. »V.«).

3. Alle seine Kriege hat Russland entweder behufs Rückeroberung seines uralten Besitztums, wie der Ostseestrich (!), oder zu Befreiungszwecken, oder aber endlich »behufs Feststellung fester Staatsgrenzen« geführt. Die westeuropäischen Kriege werden meistens zu Eroberungszwecken und aus materieller Gewinnsucht geführt.

6. Der Hauptzug der neuen russischen Geschichte ist die Neigung zum Frieden. Russland hat friedlich Port Arthur gepachtet. »Die Haager Konferenz und das kühle Verhalten Englands und Deutschlands ihr gegenüber.«

7. Der Überfall der Chinesen auf Blagoweschtschensk (!!) und die sibirische Eisenbahn. Die sich daraus ergebende Notwendigkeit für Russland, die Mandschurei zu okkupieren.

8. England und Amerika fassen den Plan, Russland aus der Mandschurei zu verdrängen, »um sich die Früchte seiner kulturellen Tätigkeit anzueignen« (!).

11. »Die Bedeutung des Krieges als der ersten Phase in der Entwicklung des Panmongolismus, jener furchtbaren Gefahr, auf die der jetzige deutsche Kaiser schon längst aufmerksam gemacht hat (sein Bild) und noch vor ihm die russischen Schriftsteller B. Szolowjew und Dostojewski.« (!!)

12. »Russland erscheint wieder als der Beschützer des christlichen Europa gegen die Mongolen. Dies bekennt auch ganz Europa (Deutschland, Frankreich, Italien, die Slaven). Gegen Russland war einzig die gelbe Presse Englands und Amerikas. Doch auch hier macht sich in der letzten Zeit eine schroffe Umkehr geltend.« (Die letzten Punkte machen den Eindruck, als wenn an der Abfassung dieses klassischen Dokuments der Geschichtsphilosophie auch Herr Gädke vom »Berliner Tageblatt« teilgenommen hätte, der jüngst in einem Feuilleton aus Mukden gleichfalls bittere Tränen darüber vergoss, dass der Sieg Russlands und damit die Erfüllung seiner »Kulturmission« in der barbarischen Mandschurei so lange auf sich warten lasse... Red. d. »V.«)

Erster Teil

Wie es dazu kommen konnte

von Krzysztof Pilawski

In diesem Text versuche ich, mich dem Unbegreiflichen zu stellen, dass Russland ohne allen Grund die Ukraine militärisch angreift und in einen sinnlosen, mörderischen Krieg hineinzieht. Konfrontiert wird der Text an den passenden Stellen mit gesondert markierten persönlichen Erinnerungen, die den Leserinnen und Lesern helfen sollen, weiteren Raum für tiefer gehende Gedankenführung zu öffnen. In beigefügten Fußnoten wird auf den einen oder anderen Zusammenhang oder auf die angeführten Personen verwiesen.

Putin in den Schützengräben der Geschichte

Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp
auf dem Gehirne der Lebenden.
Karl Marx, *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*

Fünf Jahre habe ich in Kiew zugebracht – übrigens im Moskauer Viertel –, über zwölf Jahre in Moskau – dort nun wiederum im Kiewer Viertel. Ich habe die verschiedenen Quellen russisch-ukrainischer Spannungen beider Seiten kennengelernt, die lange Liste erlittenen Unrechts auf der ukrainischen Seite, die gegenseitigen Vorwürfe und Verletzungen. Ich weiß aber zugleich auch um die Nähe beider Völker – die kulturelle, sprachliche, geschichtliche, wirtschaftliche sowie mentale Nähe. Deshalb hatte ich einen russischen Angriff auf die Ukraine ausgeschlossen.

Ich bin überzeugt gewesen, dass Präsident Wladimir Putin, während er zugleich aufgebracht und offenbar im Gefühl verletzten Stolzes den eisernen Ring um die Ukraine immer fester anziehen ließ, ein weiteres Mal nur der in Russland gängigen Maxime folgen wird, den anderen, wenn sie einem schon nicht die gehörige Achtung zollen können, so doch wenigstens das Fürchten beizubringen. Die Botschaft war nicht an die Ukraine gerichtet, sondern an diejenigen, die Moskau für die Schutzmächte Kiews halten – die USA und die NATO.

Nicht in der Ukraine, sondern dort waren die Adressaten des Moskauer Ultimatums vom 17. Dezember 2021 zu suchen, von denen nun nicht weniger als die Unterzeichnung der vom Kreml diktierten Sicherheitsgarantien zwischen Russland und den USA sowie zwischen Russland und der NATO verlangt worden war. Der Ukraine hatte Putin die Rolle einer Geisel zgedacht – deren Schicksal sollte davon abhängen, wie in Washington und Brüssel auf das Moskauer Ultimatum reagiert wird. Anfangs war mir dieses Szenario, das wohl mehr an einen Actionfilm erinnert, als Bluff erschienen, denn ich konnte mir auch gar nicht ausmalen, wie ein Volk von vierzig Millionen Menschen, obendrein ein von den Russen gerne als Brudervolk bezeichnetes Volk, nun als Geisel genommen werden sollte.

Weder Putins großrussische Ukraine-Verachtung (das als Kleirussland gilt) noch die auf den kremltreuen Fernsehkanälen gezeichnete

Darstellung der Ukraine abwechselnd entweder als große neonazistische Gefahr für Europa oder aber als ein für Russland gefährlicher Marionettenstaat, in dem obendrein ein Clown den Chef mimt, brachten mich dazu, meine Meinung zu ändern. Ich hatte mich vollkommen geirrt. Nachdem Putin am frühen Morgen des 24. Februar 2022 im russischen Staatsfernsehen erklärte, er habe »den Beschluss gefasst, einen militärischen Spezialeinsatz durchzuführen«,¹ hat die Frage, ob es überhaupt möglich ist, dass Russland die Ukraine überfallen kann, ihren Sinn verloren. Zurück bleibt indes die Frage, wie es dazu kommen konnte.

Drei Traditionen

Keiner der Männer, die von 1918 bis 2000 den Kreml regierten, stammte aus Moskau oder Petersburg, aus der jetzigen oder früheren Hauptstadt. In der Reihe von Lenin, Stalin, Chruschtschow, Breschnew, Andropow, Tschernenko, Gorbatschow und Jelzin war Putin der erste, der aus einer der beiden Metropolen stammt. Dessen Heimatstadt St. Petersburg verkörpert drei Traditionen: Den Zarenabsolutismus, in dem der Zar als Sinnstifter der Geschichte galt und der gewaltige Rest allein dazu geschaffen war, den regierenden Willen des absoluten Herrschers umzusetzen. Nächstens dann die demokratische und freiheitliche Tradition, die zum Sturz der Zarentyranei drängte und aus den Untertanen Staatsbürger mit von der Verfassung garantierten Rechten machen wollte. Und schließlich die revolutionäre Tradition, die es gleich mit mehreren Methoden versuchte – angefangen von selbstgefertigten Bomben, die den Zaren töten sollten, um als Fanal des bewaffneten Aufstands zu dienen, bis hin zur umfassenden Machtergreifung, um Fabriken, den Boden und die Macht selbst an die arbeitenden Klassen zu übergeben.

Der Zarenabsolutismus wurde von der Revolution erschüttert, die Anfang 1905 ausgebrochen war und die Niederlage Russlands im Krieg mit Japan beschleunigt hatte. 1906 wurden in Russland immerhin Konstitution und Staatsduma eingeführt. Trotz eingeschränkter Macht blieb der Zar noch fest im Sattel, allerdings nicht mehr für lange. Die Misserfolge

¹ Siehe Kriegserklärung. Die Ansprache des russländischen Präsidenten am Morgen des 24.2.2022, zeitschrift-osteuropa.de/blog/vladimir-putin-ansprache-am-fruehen-morgen-des-24.2.2022/ abgerufen am 28.8.2022.

an den Fronten im Ersten Weltkrieg beschleunigten den Ausbruch der demokratischen Februarrevolution von 1917. Im März 1917 dankte Zar Nikolai II. ab, die neuformierte provisorische Regierung nahm ihren Sitz im Winterpalais, zuvor die Zarenresidenz in St. Petersburg, ein. Wenig später stürmten am 7. November 1917 die Bolschewiki diesen gewaltigen Gebäudekomplex, was neben den Kanonenschüssen vom Panzerkreuzer »Aurora« zum bekanntesten Symbol für die Oktoberrevolution wurde. Nach Lenins Tod wurde die von Peter I. gegründete Stadt in Leningrad umbenannt.

Welcher dieser drei Traditionen steht Putin am nächsten? Die Antwort auf diese Frage halte ich für einen Schlüssel, um die dramatische Entscheidung vom 24. Februar 2022 verstehen zu können.

Auf Lenins Pfaden

Der Großvater des russischen Präsidenten, der Küchenmeister Spiridon Putin, soll einst in dem kleinen Moskauer Vorort Gorki für Lenin gekocht haben.² Der 1952 geborene Wladimir Putin war, wie die anderen sowjetischen Kinder seines Alters auch, streng in das System der kommunistischen Erziehung eingebettet. Mit sieben Jahren wurde man zum Oktoberkind, das an einem Abzeichen zu erkennen war, auf dem Lenin im Kindesalter zu sehen gewesen ist. Aus dem Oktoberkind wurde dann der Leninpionier. Die Aufnahme im Alter von zehn Jahren erfolgte mit feierlichem Gelöbnis, so wie es die russische Regisseurin Natalya Kudryashova 2015 in dem auf der Berlinale gezeigten Film »Pionery geroi« (Pionierhelden) in Szene setzte – die Kinderhände berühren ehrfürchtig einen Revolver aus der heroischen Revolutionszeit. Es musste feierlich geschworen werden, die Heimat heiß zu lieben und so zu leben, zu lernen und zu kämpfen, wie Lenin es einst vorgemacht habe und wie es die Kommunistische Partei lehre.

Putin legte sein feierliches Gelöbnis in der Siedlung Uljanowka (bis 1922 Sablino) bei Leningrad ab, genau vor jenem Holzhäuschen, in dem der aus der Emigration kommende Lenin während der Revolution

² Vgl. Aus erster Hand. Gespräche mit Wladimir Putin, München 2000; Oleg Blotzki: Wladimir Putin. Istorija shisni [Wladimir Putin. Geschichte seines Lebens], Moskau 2001.

1905/06 mehrmals illegalen Unterschlupf fand. Nach der Aufnahme wurde Putin zum Leiter einer Pioniergruppe. Übrigens wurde das unscheinbare Holzhaus, das zu Sowjetzeiten immer ein leuchtender Punkt auf dem Leninpfad gewesen war, später ausgerechnet in jenen Zeiten, in denen Putin bereits als Präsident die Geschicke des Landes leitete, trotz des anhaltenden Widerstands von kommunistischer Seite immer mehr dem Verfall preisgegeben.

Sobald der heranwachsende Leninpionier schließlich das Alter des Komsomolzen erreicht hatte, stimmte ihn die Hymne des Komsomol – mit voller Bezeichnung Gesamtsowjetischer Leninscher Kommunistischer Jugendverband – in der Überzeugung ein, dass der Kampf weitergehe, dass Lenin jung geblieben sei und dass die Idee des Oktobers aktuell bleibe. Dem sowjetischen Jugendlichen wurde beigebracht, in der besten aller möglichen Welten zu leben, vor einer herrlichen Zukunft zu stehen – einem Leben im Kommunismus, in einer klassenlosen Gesellschaft: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen!³

Der Komsomolze zählte bereits zur Kampfesreserve der Kommunistischen Partei, doch nur ein Kommunist konnte ein Mitglied der Partei werden. Putin wurde während seines Jurastudiums an der Leningrader Universität in die Reihen der KPdSU aufgenommen, was für Studenten damals gar nicht so einfach gewesen war, denn in der Partei war sehr genau auf den richtigen Mitgliederproporz zwischen Arbeitern und Vertretern der Intelligenz geachtet worden.

Jeder Zweifel am sowjetischen Modell, an der Richtigkeit der Politik der KPdSU muss Putin fremd gewesen sein, war er doch bereits im Schulalter unaufgefordert zum Leningrader Sitz des KGB gepilgert, nur um herauszubekommen, wie man Mitarbeiter des Geheimdienstes werden könne – empfohlen wurde ihm, ein Jurastudium aufzunehmen. Seinen Dienst im KGB nahm Putin in Leningrad in einer Abteilung auf, in der die gegen das Sowjetsystem gerichteten Aktivitäten verfolgt wurden. In jener Zeit gab es in Leningrad keine festeren Oppositionsstrukturen, es gab lediglich Dissidenten, die in der Herstellung, der Vervielfachung

³ Vgl. Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 19, S. 21. In die Verfassung der Sowjetunion wurde 1936 entsprechend der Stufenlogik der aufsteigenden kommunistischen Gesellschaftsformation eingefügt: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung«.

fältigung und dem Vertrieb illegaler Schriften (sogenannter Samisdat) ihre Aufgabe fanden und die häufig versuchten, die eigene Bedeutung an Jahrestagen des Dekabristenaufstands oder am Geburtstag von Peter I. mutig unter Beweis zu stellen. Solche Tätigkeit wurde mit dem Artikel 70 des Strafgesetzbuches wegen antisowjetischer Agitation und Propaganda verfolgt; es drohte eine Gefängnisstrafe zwischen sechs Monaten und sieben Jahren bzw. eine mehrjährige Verbannung vom Wohnort.

Erst Michail Gorbatschow hatte später das Signal gegeben, die Verfolgung der Dissidenten einzustellen. Im Dezember 1986 war in der Wohnung des fast sieben Jahre zuvor aus Moskau nach Gorki (heute Nischni Nowgorod) verbannten Andrej Sacharow ein Telefon angebracht worden. Gleich danach hatte der Sowjetführer persönlich angerufen, nur um mitzuteilen, dass der Verfolgte wieder in die Hauptstadt zurückkehren könne.

■ *Erinnerung 1*

■ Im April 1987 kam ich nach Moskau, wollte mehr erfahren, was es mit dem neu ins politische Wörterbuch aufgenommenen Begriff der Perestroika (Umbau) auf sich hat. Keiner meiner beiden offiziellen Betreuer, weder der KPdSU-Funktionär aus dem Automobilwerk »Moskwitsch« noch Robert Roshdestwenski,⁴ Dichter und Funktionär des sowjetischen Schriftstellerverbands, konnten mir Antwort geben auf die immer wieder gestellte Frage, was denn in der Sowjetunion nicht richtig aufgebaut wurde, wenn nun ständig vom notwendigen Umbau die Rede sei. Eine Antwort darauf bekam ich auch nicht bei den Beratungen des 20. Komsomol-Kongresses im Kongresspalast des Kremls, wobei das Wort Perestroika dort ständig angeführt wurde – so auch vom wichtigsten Gast auf dem Forum, von Gorbatschow.

■ Ich hatte damals den Eindruck, niemand wisse so richtig, was Perestroika denn nun sei und welches Ziel sie haben sollte. Außerdem spürte ich, dass die Situation an die von Lenin beschriebene Situation erinnert: Die oben können nicht mehr, die unten – also die Sowjetge-

⁴ Robert Roshdestwenski (1932–1994), stand nach 1986 entschieden auf der Gorbatschow-Seite. In der DDR wurde 1981 in der Reihe »Poesiealbum« (Nr. 164) eine von Herbert Krempien besorgte Auswahl von Gedichten veröffentlicht, die ihn einer deutschen Leserschaft bekannter werden ließ.

■ sellschaft – wollen nicht mehr auf die alte Weise leben.⁵ Ich erinnere
 ■ mich an einen Satz, der von der Tribüne des Komsomolkongresses
 ■ zu hören war: Die Jugend marschiere auf der einen, der Komsomol
 ■ auf der anderen Straßenseite. Diesen Bruch hatte der aufsehener-
 ■ regende Dokumentarfilm »Ist es leicht, jung zu sein?« des lettischen
 ■ Regisseurs Juris Podnieks wunderbar illustriert.⁶

■ In der Wohnung von Alla Pugatschowa, dem großen Star der sow-
 ■ jetischen, später russischen Unterhaltungsmusik, führte ich ein Inter-
 ■ view mit ihrer Tochter Kristina Orbakaite, damals noch ein Teenager,
 ■ bekannter aber bereits durch die jugendliche Hauptrolle in dem Film
 ■ »Die Vogelscheuche«: Lenin-Pioniere richten sich trotz des umgebun-
 ■ denen roten Halstuches und der Porträts von Lenin, Marx und Engels
 ■ an den Schulwänden nicht mehr nach den Lehrsätzen des kommuni-
 ■ stischen Aufbaus, sondern folgen Grundsätzen, als ob allein Geld
 ■ und körperliche Stärke, die nackte Gewalt im Leben etwas zählten.⁷

■ Den größten Eindruck in dieser Anfangszeit der Perestrojka in Mos-
 ■ kau machte auf mich der Besuch in einer Privatgalerie, die zugleich
 ■ die Einzimmerwohnung jenes jungen Künstlers war, dessen Name mir
 ■ damals natürlich nichts sagen konnte. Eine Privatgalerie in der Sow-
 ■ jetunion kam mir außergewöhnlich vor. Im September 1974 war eine
 ■ alternativ organisierte Freilichtausstellung in Moskau mit Planierrau-

⁵ »Zur Revolution genügt es nicht, dass sich die ausgebeuteten und unterdrückten Massen der Unmöglichkeit, in der alten Weise weiterzuleben, bewusst werden und eine Änderung fordern; zur Revolution ist es notwendig, dass die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können. Erst dann, wenn die »Unterschichten« das Alte nicht mehr wollen und die »Oberschichten« in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen.« W. I. Lenin: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Lenin-Werke, Bd. 31, S. 71.

⁶ Juris Podnieks (1950–1992). Mit dem Film aus dem Jahr 1986 wurde das Schaffen Podnieks weit über die Grenzen der Sowjetunion hinaus bekannter. In dem Dokumentarstreifen kamen Jugendliche zu Wort, die nach einem Rockkonzert Abteile in einem Eisenbahnwaggon mutwillig zerstört hatten und dafür vor Gericht gestellt worden waren.

⁷ Kristina Orbakaite wurde 1971 in Moskau geboren, der Vater war ein bekannter litauischer Zirkusartist. Sie gehört heute zu den populärsten Pop-Künstlern Russlands, hat zugleich die litauische Staatsbürgerschaft angenommen. Alla Pugatschowa (Jg. 1949) gehört unter Russlands Prominenten jetzt zu denjenigen, die den Krieg gegen die Ukraine offen ablehnen.

pen plattgemacht worden, bis heute ist die Aktion als Planierraupen- oder Bulldozer-Ausstellung bekannt.⁸ In Leningrad waren Malerateliers, in denen die Künstler unabhängige Ausstellungen riskierten, von unbekanntem Tätern niedergebrannt worden. 1976 war dabei ein Leningrader Maler ums Leben gekommen, der auch an der Planierraupen-Ausstellung beteiligt gewesen war. Die Mehrzahl der nun jetzt in der Privatgalerie ausgestellten Bilder hatte einen politischen Hintergrund. Eines davon trug den Titel »Veteranenberatung«, dargestellt waren darauf altgewordene Sowjetfunktionäre, die Gesichter waren hässlich entstellt, über den Köpfen strahlten Heiligenscheine. Das Bild erinnerte mich sofort an die lange Reihe mit Porträts der Politbüromitglieder des ZK der KPdSU, die in Breschnew-Zeiten die Straßen des Landes schmücken sollten. Lauter Männer übrigens, Arvīds Pelše, der älteste in der Reihe, hatte noch im 19. Jahrhundert das Licht der Welt erblickt, hatte Lenin selbst noch kennengelernt.⁹ Diese Porträtreihen, die zu speziellen Jahrestagen oder besonderen Anlässen zu sehen waren, wurden zu meinen Studententagen in Kiew im Volksmund Ikonostasen genannt. Ich kaufte am Schluss in der Privatgalerie ein anderes Bild des Malers. Einige Jahre später wurde Dmitri Wrubel, so der Name des mutigen Künstlers, mit einem Mal weltberühmt: Er malte jenen »Bruderkuss« auf die Berliner Mauer am Spreeufer, auf dem Breschnew und Erich Honecker sich bei der Begrüßung in den Armen liegen und sich herzlich küssen.

Zu Beginn der Präsidentschaft von Putin hatte in Russland ein von Wrubel entworfener Jahreskalender die Runde gemacht, der zwölf Putin-Porträts vereinte: »Zwölf Stimmungslagen des Präsidenten.« Dennoch fühlte sich der Künstler in seiner künstlerischen Freiheit bald zunehmend eingegengter – beispielsweise konnte er seine großformatigen Arbeiten kaum noch ausstellen. 2010 siedelte er nach Berlin über, wo er am 14. August 2022 verstarb. Anderntags veröffentlichte der russischsprachige Kanal der »Deutschen Welle« ihm zum Gedenken ein Interview, das bereits fünf Jahre früher aufgenommen worden

⁸ Aleksander Gleser: Kunst gegen Bulldozer. Memoiren eines russischen Sammlers, Frankfurt a.M. 1982.

⁹ Arvīd Pelše (1899–1983), war von 1959 bis 1966 Erster Sekretär der KP in Sowjetlettland, von 1966 bis 1983 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU. Pelše hatte Lenin 1916 in Zürich kennengelernt.

- war: »Ich wurde 1960 geboren, meine Mutter war noch in der Ver-
- bannung geboren worden. [...] Seit der Kindheit bin ich in dem Sinne
- erzogen worden, einfach das schlimmste zu befürchten. [...] Wenn
- ich sehe, dass eine relativ neue Regierung auf den gleichen Weg ein-
- zuschwenken beginnt [wie die Sowjetmacht], erahne ich sofort, was
- noch kommen wird. Denn das alles gab es schon einmal. Irgendwer
- hat richtig geschrieben, dass Russland nicht in der Zukunft, sondern
- in der Vergangenheit lebt, dass man immer zurückschauen muss.«¹⁰

Unter Jelzins Fahne

Die Perestroika-Periode erlebte Putin von Dresden aus, wohin ihn 1985 seine KGB-Tätigkeit geführt hatte. Die Rückkehr nach Leningrad im Januar 1990 war bereits eine Folge des sich abzeichnenden Zusammenfallens der DDR. Auch die Sowjetunion war jetzt anders als noch fünf Jahre zuvor. 1986 hatte Wiktor Zoi, der Frontmann der populären Rockgruppe »Kino«, in einem Leningrader Rockclub singend gefordert: »Veränderung, wir wollen Veränderung/Veränderung, verlangen unsere Herzen/Veränderung, verlangen unsere Augen.«¹¹ Das Lied »Ich will Veränderung« wurde quasi zur Hymne der spontanen, der von unten geforderten Perestroika, die von den Bürgern ausging, die sich bewusst waren, wie sehr es auf die einzelne Stimme ankommt.

Im März 1989 wurden sogenannte alternative Wahlen der Volksdeputierten der Sowjetunion durchgeführt – die Bürger konnten zum ersten Mal unter verschiedenen Kandidaten auswählen; mussten also nicht mehr den vorgelegten Wahlschein bloß noch in die Wahlurne werfen. Unter den 2.250 Volksdeputierten der Sowjetunion gab es jetzt viele, die völlig neu waren in der Politik, so der Jura-Professor der Leningrader Universität Anatoli Sobtschak, der in der Wahlkampagne vom Rechts-

¹⁰ www.dw.com/ru/dmitri-wrubel-w-interview-dw/a-38463717, abgerufen am 15.8.2022.

¹¹ Wiktor Zoi (1962–1990) kam bei einem Autounfall in Lettland auf der Fahrt nach Leningrad ums Leben. In den Wrackteilen des Autos konnte das Tonband mit den Aufnahmen für eine neue Schallplatte von »Kino« gefunden werden. »Tschorny album« (Schwarzes Album) wurde zu einem der größten Plattenerfolge der sowjetisch-russischen Rockmusikgeschichte.

staat sprach, davon, dass allgemeinemenschliche Werte den klassenmäßigen Werten vorrangigen, die Marktwirtschaft und ökonomische Rechnungsweise sowie die Selbständigkeit der Unionsrepubliken ansprach.¹² Bei den Wahlen blieben hingegen Spitzenkader der Leningrader Parteinomenklatur auf der Strecke, so die ersten Sekretäre des Stadt- und des Gebietskomitees der KPdSU. Diese Informationen, die von der Richtung der Veränderungen zeugten, von der immer kritischer werdenden Einstellung zum Sowjetkommunismus, mussten auch Putin in Dresden erreicht haben.

Unter den gewählten Deputierten befanden sich populäre Persönlichkeiten, die im Lager der Mächtigen indes nicht besonders gerne gesehen waren, so wie der aus seinen Parteiämtern entfernte Gorbatschow-Kritiker Boris Jelzin oder jemand wie Sacharow. Beide wurden Leitungsglieder der Interregionalen Deputiertengruppe, einer fast 400-köpfigen Oppositionsfraktion, der sich auch Sobtschak angeschlossen hatte.

Am 10. Juni 1989, also nur wenige Tage nach dem wegweisenden Wahlsieg von »Solidarność« in Polen und dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Beijing, verkündete Sacharow während einer Direktübertragung vom Kongress der Volksdeputierten der Sowjetunion seinen Entwurf eines Dekretes über die Regierung, in dem u. a. die führende Rolle der kommunistischen Partei aus der Verfassung gestrichen, die Machtfülle des vom Kongress zu wählenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets – also Gorbatschows – begrenzt und die Kompetenzen der Deputierten erweitert werden sollten. Und die Funktionen und Aufgaben des KGB sollten zurückgesetzt werden auf die Abwehr von aus dem Ausland kommenden Gefahren für die Landessicherheit.

Sacharow schaffte es nicht mehr, seine Vorstellungen von einem Umbau des Machtsystems der Sowjetunion abzuschließen, er verstarb am 14. Dezember 1989, während der Kongress der Volksdeputierten im Kreml ein weiteres Mal tagte.

■ Erinnerung 2

- Mich erreichte die Nachricht von Sacharows Tod während eines
- zweiwöchigen Aufenthaltes in der Sowjetukraine. Ich hatte die Ge-
- legenheit, die verseuchten Gebiete zu besuchen, die infolge der Ka-

¹² Anatoli Sobtschak: Choschdenije wo vlast [Der Weg zur Macht], Moskau 1991. Sobtschak lebte von 1937 bis 2000.

- völlig ausgeschlossen zu sein. Auch ich verschwendete natürlich keinerlei Gedanken daran, dass die Ukraine schon bald in Richtung Unabhängigkeit einbiegen könnte.
- Kiew lebte damals fortwährend mit Moskauer Politik. Ich erinnere mich an ein charakteristisches Detail: In den Wohnungen, genauer in den Küchen, denn in der sowjetischen Zeit war das derjenige Ort, an dem immer die wichtigsten Gespräche geführt wurden, waren überall die Radiogeräte eingeschaltet. Die Menschen in Kiew saugten offenbar jedes Wort auf, das auf der Rednertribüne des II. Kongresses der Volksdeputierten in Moskau gesprochen wurde. Jelzin sagte damals vorwurfsvoll, dass die Initiatoren der Perestrojka die Schuld daran trügen, wenn das Land nicht von der Stelle komme, wenn die Perestrojka als leere Propagandaformel abgetan werde, wenn daraus kein Programm für konkrete Handlungen entstünde.

Putins Rückkehr nach Leningrad fiel zusammen mit den Wahlen vom 4. März 1990, bei denen in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) die Volksdeputierten aller Stufen gewählt wurden. Die Wahlen lösten in den großen Städten eine ungewöhnliche Aktivität aus. Die Losung der Perestrojka hatte bereits an Frische und Reiz verloren, diese Vorzüge kamen nun zwei anderen Schlagwörtern zu, die an ihre Stelle getreten waren: Demokratie und Freiheit. Die Teilnehmer einer riesigen Demonstration, die in Moskau einen Monat vor dem Wahltermin mehrere Hunderttausend Menschen zusammengebracht hatte, hatten bereits die Streichung der führenden Rolle der kommunistischen Partei aus der Verfassung sowie die Gleichstellung aller Eigentumsformen gefordert, doch auch von einseitiger Souveränitätserklärung Russlands war bereits die Rede. Nicht zu sehen waren dort die Sowjetfahne oder die offizielle Fahne der RSFSR – über der Menschenmenge, die von der Krim-Brücke kommend auf den Platz des 50. Jahrestags der Oktoberrevolution (heute Manege) gezogen war, leuchtete das weiß-blau-rote Fahnentuch. Und unter diesem Fahnentuch sprach Jelzin nun zu den Teilnehmern.

Die russische Trikolore war jetzt das Symbol für den demokratischen Staat, der – innerhalb der Grenzen der RSFSR und unabhängig von der Sowjetunion – aufgebaut werden sollte. Die russischen Demokraten folgten dem Weg, den die baltischen Republiken – Litauen, Lettland und Estland – bereits eingeschlagen hatten, wenn unter der eigenen Natio-

nalfahne die staatliche Unabhängigkeit gefordert wurde. Wenn diese Nationalfahnen nun auf Demonstrationen in den russischen Städten gezeigt wurden, korrespondierten sie häufig mit Aufschriften wie »Die UdSSR – ein Völkergefängnis!« oder »Freiheit allen Völkern der UdSSR!«

Die am 4. März 1990 gewählten Volksdeputierten der RSFSR wählten nun ihrerseits den Obersten Sowjet der RSFSR, an dessen Spitze Jelzin gewählt wurde. Amtssitz des Spitzenmanns der russischen Demokratie war das sogenannte Weiße Haus in Moskau, direkt am Ufer der Moskwa gelegen und einige Kilometer vom Kreml entfernt, dem Amtssitz Gorbatschows. Das Weiße Haus hatte nicht mehr die Absicht, sich dem Kreml unterzuordnen, rasch schälte sich heraus, dass es sich hier um ein konkurrierendes Machtzentrum handelte. Die spannungsreiche Rivalität ließ auch nicht nach, nachdem im März 1990 im Obersten Sowjet der UdSSR einem Teil der Forderungen des demokratischen Lagers nachgegeben war – der Streichung der führenden Rolle der KPdSU aus der Verfassung der Sowjetunion, was den Weg freimachen sollte zum Mehrparteiensystem, so auch der im Parlament erfolgenden Wahl Gorbatschows in ein neu geschaffenes Amt, dem Staatspräsidenten der Sowjetunion.

Am 12. Juni 1990 verabschiedete der Kongress der Volksdeputierten der RSFSR die Erklärung über die staatliche Souveränität der RSFSR. Dieser Schritt regte die Obersten Sowjets in der Ukraine und in Belarus an, ebenfalls entsprechende Dokumente zu verabschieden, in beiden Fällen lag die entschiedene Mehrheit der Deputierten bei den dortigen kommunistischen Parteien. Der Oberste Sowjet der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik nahm am 16. Juli 1990 die Erklärung über die staatliche Souveränität der Ukraine an, am 27. Juli 1990 verabschiedete der Oberste Sowjet der Belarussischen Sowjetrepublik die Erklärung über die staatliche Souveränität. Die russische Souveränitätserklärung erwies sich als Katalysator für den Unabhängigkeitsprozess in Belarus (aufgehalten, wenngleich nicht beseitigt nach dem Machtantritt von Aleksandr Lukaschenko) und in der Ukraine. Heute wird in Russland nicht mehr daran erinnert, denn zu den Stützen des demokratischen Lagers zählte in jener Zeit Sobtschak, der für die politische Karriere Putins entscheidende Impulse setzte.

■ Erinnerung 3

■ Im September 1990 war ich als Korrespondent der linksgerichteten Tageszeitung »Trybuna« aus Warschau nach Moskau gekommen, untergebracht war ich in einem für Ausländer reservierten Wohnkomplex am Kutusow-Prospekt, durch den Gorbatschow immer entlang musste, wenn er von seiner Residenz in den Kreml und umgekehrt fahren wollte. Von hier aus konnte man die Moskwa und das Weiße Haus sehen, in dem der von Jelzin geleitete Oberste Sowjet der RSFSR seinen Sitz hatte.

■ Gleich nach der Ankunft in der sowjetischen Hauptstadt stürzte ich mich in die Arbeit, versuchte, den stürmischen Ereignissen zu folgen. ■ Frühmorgens verschlang ich einen Stapel unterschiedlichster Zeitungen, die mir zuvor unbekannte »Kommersant« zog mich am meisten an. Wladimir Jakowlew, der Zeitungsgründer und erster Chefredakteur, verstand sich später in der Putin-Zeit als verfolgter Presseemann, wanderte nach Israel aus, veröffentlichte auf seinem Facebook-Profil nach dem Beginn des »militärischen Spezialeinsatzes« gegen die Ukraine eine Landkarte Europas, wo er die Umrisse der Ukraine mit »Not Russia« kennzeichnete.¹³

■ Ich ging fast immer zu den Demonstrationen und Manifestationen, die ungewöhnliche Energie in der Menschenmenge riss mich einfach mit. Nicht vergessen habe ich, was vor einer Geburtsklinik zu den aus dem Fenster schauenden Patientinnen gerufen wurde: »Bringt keine Kommunisten mehr zur Welt!«

■ Mich hatte die Freizügigkeit verwundert, mit der ich während der Beratungen in den Kremlpalast gelangen konnte, auch die neue Offenheit der Politiker gegenüber ausländischen Journalisten war erstaunlich. Am lebhaftesten wurde das Wirtschaftsprogramm diskutiert, verschiedene Konzepte stießen da gegeneinander. Die radikalsten Vorstellungen hatte Grigori Jawlinski, er nannte sie »500 Tage«.¹⁴ In-

¹³ Wladimir Jakowlew, Jg. 1944, gewann 1996 die Bürgermeisterschaftswahl in Petersburg gegen Sobtschak knapp in der Stichwahl, wechselte 2003 überraschend als Wirtschaftsfachmann in die Regierung nach Moskau, verlor seinen Regierungsposten als Minister 2007.

¹⁴ Grigori Jawlinski, Jg. 1952, profilierte sich in späteren Jahren als entschiedener und scharfer Kritiker der Putinschen Außenpolitik, so das abenteuerliche Vorgehen in Syrien betreffend. Er gehört jetzt zu den entschiedensten Kritikern des Kriegs gegen die Ukraine in Russland.

■ innerhalb nur weniger Monate sollte die zentralgesteuerte staatliche
■ Wirtschaftslenkung ersetzt werden durch private Marktwirtschaft.
■ Das Jawlinski-Konzept war gar nicht so weit entfernt von den Vor-
■ stellungen Gorbatschows und Jelzins, die Unterschiede ergaben sich
■ hauptsächlich aus der jeweiligen Stellung im Machtsystem: Der vom
■ Parteiapparat und vom militärisch-industriellen Komplex abhängige
■ Gorbatschow musste vorsichtig und zurückhaltend agieren, der sich
■ auf die Massenbegeisterung stützende Jelzin konnte sich entschei-
■ den und ungestüm geben. Gegen das Jawlinski-Programm trat die im
■ Juni 1990 gegründete Kommunistische Partei der RSFSR (heute die KP
■ der Russischen Föderation, KPFR) am heftigsten auf, nannte es einen
■ offenen Verrat an der Sowjetunion und am Sozialismus. Der Wider-
■ stand gegen die Wiederherstellung des Kapitalismus machte aus die-
■ ser Partei für viele Jahre die wichtigste Oppositionskraft Russlands.
■ Doch schließlich wurde die KPFR im Laufe der Putin-Zeit zu einem Teil
■ der für den Machtapparat ungefährlichen systemischen Opposition.

■ Im Oktober 1990 begleitete ich den polnischen Außenminister
■ Krzysztof Skubiszewski bei dessen Besuchsreise in – wie er es nannte
■ – vier Länder gleichzeitig: in die Sowjetunion, nach Russland, in die
■ Ukraine und nach Belarus. Die Erklärungen der drei slawischen So-
■ wjetrepubliken über die staatliche Souveränität ausnutzend, stellte
■ sich die polnische Diplomatie auf eine doppelgleisige Ostpolitik ein –
■ weitergeführte Staatskontakte zur Sowjetunion einerseits, zugleich
■ aber die Aufnahme und Entwicklung entsprechender Beziehungen zu
■ den nach Unabhängigkeit drängenden Sowjetrepubliken.

■ Auch wenn seit meinem letzten Aufenthalt in Kiew nicht einmal
■ ein Jahr vergangen war, hatte sich die Stadt inzwischen deutlich ver-
■ ändert. Im September 1989 war die Volksbewegung der Ukraine für
■ den Umbau (kurz: Rukh) entstanden, deren Aktivitäten ich damals
■ gar nicht mitbekommen hatte, doch mittlerweile war sie zu einer ein-
■ flussreichen politischen Kraft geworden, hatte ihre Deputierten im
■ Obersten Sowjet, forderte laut und deutlich die vollständige staat-
■ liche Unabhängigkeit. Auf dem Revolutionsplatz (heute Unabhän-
■ gigkeitsplatz) spielten in Volkstracht gekleidete Musiker, die aus der
■ Westukraine gekommen waren, auf der Bandura und sangen ukrai-
■ nische Lieder dazu. Ähnliche Volksmusik-Abteilungen sollen sogar bis
■ zur Krim gekommen sein, um das nationale Bewusstsein zu wecken.
■ Meine alten Kiewer Bekannten, die auf der Arbeit und zu Hause im-

- mer nur Russisch gesprochen hatten, schickten ihre Kinder jetzt auf
- Schulen mit ukrainischer Unterrichtssprache.
- Auf dem Empfang im polnischen Konsulat in Kiew drängten Spitzenvertreter von »Rukh« auf ein Gespräch, stellten nun mir, dem polnischen Journalisten, ihre lange Liste mit Vorwürfen gegen Polen vor, vor allem Vorkriegspolen betreffend, in dem die Ukrainer zwar die größte Minderheitengruppe gewesen seien, die aber regierungsseitig konsequent ignoriert worden sei. Die Führungsvertreter von »Rukh« erinnerten an den Kampf gegen die ukrainische Sprache und Kultur, an die Ansiedlung ausgemusterter polnischer Armeeangehöriger auf ukrainischem Boden in Polen, an die Pazifizierung ukrainischer Dörfer durch die polnische Armee, an das 1934 vor allem für Ukrainer geschaffene Gefangenenerlager in Bereza Kartuska (heute Bjarosa in Belarus).¹⁵ Sehr ähnlich waren dem Inhalt und der emotionalen Form nach die Vorwürfe, die der polnische Außenminister seitens der belorussischen Oppositionellen zuvor in Minsk zu hören bekommen hatte. Die einen wie die anderen fühlten sich bemüßigt, gegenüber den polnischen Gästen nun loszuwerden, was sich seit Jahrzehnten angestaut hatte. Das betraf in einem sehr viel stärkeren Maß allerdings die Beziehungen zu den Russen, die von der auf Unabhängigkeit drängenden Elite in der Mehrzahl der damaligen Sowjetrepubliken jetzt in die Rolle von Kolonisatoren, Eroberern, Okkupanten gestellt wurden.

Noch vor Putins Rückkehr aus Dresden wurde im September 1989 jener Paragraf aus dem Strafgesetzbuch getilgt, mit dem antisowjetische Agitation und Propaganda verfolgt wurden, der jahrzehntelang Abertau-

¹⁵ Nach einer Regierungsentscheidung vom Dezember 1920 wurden ab 1921 demobilisierte Militärangehörige im Osten Polens auf Ländereien angesiedelt, die einst im russischen Besitz gewesen waren. Insgesamt machten etwa 10.000 Siedler von dem Programm Gebrauch, meistens Landwirte von Beruf. Weitere materielle Unterstützung vom polnischen Staat gab es praktisch keine, allein der fragliche Grundbesitz wurde zugeordnet und übergeben. Nach September 1939 wurden die meisten polnischen Siedlerfamilien nach Sibirien deportiert. Das Gefangenenerlager in Bereza Kartuska war ein Isolationslager für politische Gefangenen, eingerichtet wurde es im Juli 1934 in einer ehemaligen Zarenkaserne. Ein Hauptgrund für die Einrichtung waren die Anschläge des ukrainischen Untergrunds gegen polnische Politiker. Die Haftzeit betrug in der Regel drei Monate.

senden Funktionären der sowjetischen Geheimpolizei Arbeit und gutes Auskommen gesichert hatte. Nach der Streichung der führenden Rolle der KPdSU aus der sowjetischen Verfassung verlor die Parteimitgliedschaft bei der Besetzung von Posten und Ämtern ihre Bedeutung. Putin musste sich in einer neuen Situation zurechtfinden. Formal weiterhin KGB-Offizier, erhielt er Anfang 1990 die Anstellung als Bevollmächtigter des Rektors der Leningrader Universität für Internationale Beziehungen, vergab nun Stipendien für Doktorate. Aus dieser akademischen Welt wird er schließlich in die Politik wechseln – in die demokratische Politik.

Am 4. März 1990 fanden mit den Deputiertenwahlen aller Stufen in der RSFSR auch die Wahlen zum Leningrader Volksdeputiertensozjet statt. Auf jedes Mandat kamen sieben Kandidaten. Die Wahlkampagne zeichnete sich von einem bis dahin nicht gekannten Engagement auf der Wählerseite aus, einige Dutzend neuer Bewegungen, Plattformen und Organisationen waren entstanden. Erst die Stichwahl entschied über die Zusammensetzung des Sowjets. Die Mehrheit im Leningrader Sowjet gehörte nun den Anhängern der Veränderungen. Im Mai 1990 wurde der Demokrat Sobtschak zum Vorsitzenden gewählt. Im Juli 1990 legte Sobtschak auf dem 28. Parteitag der KPdSU, der, wie sich bald zeigen wird, auch der letzte gewesen war, seine Mitgliedschaft nieder, hierin Jelzin folgend. Ungefähr in dieser Zeit und unter diesen politischen Umständen tauchte Putin an der Seite Sobtschaks auf, jetzt als dessen Berater.

Am 12. Juni 1991 – genau ein Jahr nach der Souveränitätserklärung – wurden in Russland, das formal immer noch die RSFSR war, direkte Präsidentschaftswahlen abgehalten, die Jelzin gewann. Jetzt residierten in Moskau zwei Präsidenten, wobei der russische Präsident das Mandat von über 45 Millionen Wählern hinter sich wusste, dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow hatten im März 1990 hingegen 1.329 Volksdeputierte die Stimme zu seiner Wahl gegeben.

Am selben Tag wählten die Einwohner Moskaus und Leningrads nicht nur den Präsidenten Russlands, sondern auch ihre Stadtoberhäupter. Die Jelzin-Unterstützer setzten sich durch, in Moskau Gawril Popow, in Leningrad Sobtschak. In Leningrad wurde zugleich ein Referendum abgehalten über den künftigen Namen der Stadt – ob weiterhin Leningrad oder wie früher St. Petersburg. Eine Mehrheit entschied sich für den Namenswechsel, der dann im September 1991 vollzogen wurde, also kurz nach dem gescheiterten August-Putsch, deren Anführer, sich auf die Rettung der Sowjetunion berufend, die Macht an sich reißen und

auf dem Territorium der Sowjetunion den Ausnahmezustand verhängen wollten. Putin – so wird später immer angegeben – hat sich in diesen Tagen an der Seite Sobtschaks entschieden gegen den Putsch gestellt.

■ *Erinnerung 4*

■ Am Sonntag, den 18. August 1991, traf ich aus Moskau kommend für den Sommerurlaub in Warschau ein. Am nächsten Tag berichteten die Nachrichten vom Putsch in Moskau, von der Absetzung des zur Erholung auf der Krim weilenden Gorbatschows. Sofort dachte ich an die Rückkehr, machte mich in der folgenden Nacht mit dem Privatauto auf den Weg zurück nach Moskau. An der polnisch-sowjetischen Grenze gab es keine Probleme, auf der langen Strecke von Brest über Minsk und Smolensk traf ich keinen einzigen Panzer, keinen einzigen Soldaten! Nirgends wurde ich angehalten oder kontrolliert, nicht von der Miliz für öffentliche Sicherheit, also der Verkehrspolizei, auch nicht bei der Einreise nach Moskau. Am späten Nachmittag des 20. August stellte ich das Auto im Hof neben dem Wohnblock ab. Nur zweihundert Meter entfernt, etwa auf der Höhe des Hotels »Ukraina«, einem der typischen Hochhäuser aus der Stalinzeit, standen auf der Brücke über der Moskwa Schützenpanzerwagen, umstellt allerdings von einer riesigen Menschenmenge, die heftig auf die Soldaten einredete. Größere Spannungen gab es auf der anderen Flussseite, denn um das Weiße Haus herum waren Barrikaden aufgerichtet, die freiwilligen Verteidiger zogen von allen Seiten heran, an die im Inneren des Gebäudes ausharrenden Deputierten und Mitglieder der russischen Regierung wurden Waffen verteilt.

■ Auch wenn tragische Vorfälle nicht ganz verhindert werden konnten, tatsächlich kam eine geringe Zahl der Verteidiger auf der demokratischen Seite ums Leben, hatten die Beobachter dennoch den Eindruck, dass der ganze Putsch, einschließlich der Festnahme von Gorbatschow auf der Krim, wie eine amateurhafte Improvisation durchgeführt wurde. Ich konnte übrigens vergleichen – nämlich mit dem bis in die kleinsten Einzelheiten vorbereiteten und konsequent durchgeführten Kriegsrecht in Polen, das am 13. Dezember 1981 verhängt worden war.

■ Während des Putsches wurde der Radiosender »Echo Moskwy« immer populärer, der auch in späteren Jahren die wohl wichtigste Informationsquelle über die laufende Situation in Russland geblieben ist

- – bis Anfang 2022, als die Behörden im Zusammenhang mit der ab-
- lehrenden Haltung des Radiosenders zur Aggression gegen die Ukra-
- ine diesen zur Schließung aufforderten und schließlich ganz auflösten.

Die Organisatoren des Putsches wollten, wie sie später erklärten, die Sowjetunion retten, indes beschleunigten sie aber vielmehr deren Zerfall. Am 22. August 1991, dem Tag der Niederlage des Putsches, wurde auf dem Weißen Haus als Zeichen des Sieges die russische Trikolore gehisst, die Flagge der RSFSR – rot mit einem blauen Randstreifen, mit dem roten Stern sowie Hammer und Sichel – wurde nun für immer eingeholt. Wenig später erklärten die Ukraine und Belarus ihre Unabhängigkeit. Anfang September 1991 versammelte sich der Kongress der Volksdeputierten der Sowjetunion ein letztes Mal. Gorbatschow regierte zwar weiterhin im Kreml, doch die Versuche, die Sowjetunion in Form einer veränderten Integration der Unionsrepubliken zu erhalten, hatten keine Chance mehr. Der letzte Stoß wurde ihm am 8. Dezember 1991 versetzt, als die Republikchefs aus Russland, der Ukraine und Belarus, die in einem Jagdschloss im Belowescher Urwald an der polnischen Grenze zusammengelassen waren, die Sowjetunion kurzerhand auflösten, ohne Gorbatschow vorher überhaupt noch einmal von den Absichten zu unterrichten. Die Sowjetunion, so erklärten sie der staunenden Weltöffentlichkeit, habe aufgehört, ein Völkerrechtssubjekt zu sein.

Am Abend des 25. Dezember 1991 erklärte Gorbatschow seinen Rücktritt vom Präsidentenamt der Sowjetunion. Er verließ den Kreml mit dieser Botschaft: »Als lebenswichtig erachte ich die Erhaltung der demokratischen Errungenschaften der letzten Jahre. [...] Auf sie darf unter keinen Umständen verzichtet werden. Sonst sind alle unsere Hoffnungen auf eine bessere Zukunft zum Untergang verurteilt.«¹⁶ Nach der Ansprache wurde die sowjetische Hymne gespielt, anschließend die sowjetische Flagge auf dem Kreml eingeholt. Aufgezogen wurde jetzt die russische Trikolore, das neue Russland trat nun als Russische (oder auch Rusländische) Föderation in die Weltgeschichte.

¹⁶ Michail Gorbatschow: Ansprache an die Sowjetbürger. Rede des Staatspräsidenten der UdSSR im Fernsehen am 25. Dezember 1991, hier zitiert nach: Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik. Halbmonatszeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 1992 Folge 8, S. 306ff.

■ Erinnerung 5

■ »Krysztof Pilawski zur Erinnerung. Das ist unser Drama und eine
 ■ Lehre für alle« – diese Widmung hatte mir Gorbatschow nach Been-
 ■ digung eines anderthalbstündigen Gesprächs in sein Buch geschrie-
 ■ ben: Awgustowski putsch. Pritschiny i sledstwija, Moskau 1991.¹⁷ Der
 ■ Friedensnobelpreisträger war nun nicht mehr Präsident der Sow-
 ■ jetunion, er war jetzt der Vorsitzender der Stiftung seines Namens.

■ Zum ersten Mal hatte ich Gorbatschow im Frühjahr 1987 auf der
 ■ Tribüne zum 20. Komsomol-Kongress in Moskau persönlich gesehen.
 ■ 1988 hatte ich dann im Warschauer Königsschloss während einer kur-
 ■ zen Pressekonferenz die Gelegenheit, eine Frage zu stellen. Nachdem
 ■ ich meine Arbeit als Korrespondent in Moskau aufgenommen hatte,
 ■ sah ich ihn regelmäßiger bei wichtigen diplomatischen oder feierli-
 ■ chen Anlässen, so etwa während der Unterzeichnung des sowjetisch-
 ■ amerikanischen Abkommens zur Reduzierung strategischer Träger-
 ■ systeme für Nuklearwaffen START am 31. Juli 1991.

■ Gorbatschow hatte sich zum Zeitpunkt des Gespräches mit dem
 ■ Zerfall der Sowjetunion noch immer nicht abfinden können. Er zeigte
 ■ sich weiterhin überzeugt, dass es ohne den Staatsstreich vom August
 ■ 1991 gelungen wäre, eine Mehrheit der führenden Kräfte in den So-
 ■ wjetrepubliken von der Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrags
 ■ zu überzeugen, in dem der Status unabhängiger Staaten im Rahmen
 ■ eines neuen, freiwilligen Staatenbundes respektiert worden wäre.
 ■ Er verwies auf das Referendum zum Erhalt der Sowjetunion vom 17.
 ■ März 1991, dessen Ergebnis seiner Meinung nach das Einverständ-
 ■ nis der Bevölkerung in den meisten Republiken für die Schaffung ei-
 ■ ner neuen Integrationsformel gezeigt habe.¹⁸

¹⁷ Deutsche Ausgabe: Michail Gorbatschow: Der Staatsstreich, München 1991.

¹⁸ Bei dem Referendum sollten die Wähler über den Weiterbestand der Sowjetunion als erneuerte Föderation gleichberechtigter, souveräner Republiken entscheiden. Bei einer Wahlbeteiligung von 80% stimmten knapp 78% der abgegebenen Stimmen für den Weiterbestand der Sowjetunion als erneuerte Föderation, etwas über 22% waren dagegen. In Litauen, Lettland, Estland, Moldawa, Armenien und Georgien untersagten die Behörden der Republiken die Teilnahme am Referendum, dort stellte die Sowjetarmee Wahlurnen zur Verfügung. In Russland (RSFSR) stimmten 73% der abgegebenen Stimmen mit Ja, in der Ukraine 71%.

- Beim erneuten Blick in das Gorbatschow-Buch von 1991 bin ich auf
- eine Stelle gestoßen, die mich gerade jetzt sehr nachdenklich stimmt:
- »Will sich Europa keinem Flüchtlingsstrom ausgesetzt sehen, keinen
- bewaffneten Konflikten, keinem Nationalitätenhass, keinem Mord an
- Menschen und keiner Zerstörung von Städten und Dörfern, sollte es
- sehr genau darauf achten, dass alle staatlichen Behörden innerhalb
- seiner Grenzen die Menschenrechte der Minderheiten achten. An-
- dernfalls sackt der europäische Einigungsprozess in sich zusammen
- und begräbt die Menschenrechte unter sich.«¹⁹

In jenen Jahren von 1991 bis 1996, in denen Sobtschak Bürgermeister in Petersburg war, gehörte Putin zu dessen engsten Mitarbeitern. Es waren schwierige Zeiten damals für die normale Bevölkerung Russlands, so auch für die Einwohner Petersburgs. Kurz nachdem auf dem Kreml die Sowjetfahne eingeholt worden und der russische Präsident Jelzin als neuer Hausherr eingezogen war, setzte Anfang 1992 die sogenannte Schocktherapie ein, die von Jegor Gaidar, damals einer der führenden Wirtschaftsleute Jelzins und Stellvertretender Ministerpräsident, geleitet wurde.²⁰ Im ersten Jahr war die Inflation auf 2.500% geklettert, wobei die Verzinsung der Sparguthaben auf dem Ausgangsniveau verharrte. Millionen Menschen – besonders aber den Rentnern – schaute nun der Hunger in die Augen. Nun machten sich Erscheinungen breit wie Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, nicht ausgezahlte Gehälter oder die Bezahlung der Beschäftigten mit Naturalien, also mit den in den Fabriken hergestellten Waren: Solche Dinge waren zuvor nicht vorstellbar gewesen. Auf den Straßen machte sich Armut breit, die Menschen verkauften überall wertvolle Gegenstände, um sie gegen die Mittel einzu-

¹⁹ Michail Gorbatschow: Der Staatstreich, a.a.O., S. 91. Vor diesem Zitat führte Gorbatschow aus: »Die Umgestaltung der Union verlangt ein aufmerksames und verantwortungsvolles Verhalten gegenüber den Minderheiten in der Bevölkerung der neuen Staatsgebilde. Es geht nicht an, dass eine nationalstaatliche Konsolidierung im Falle des Beitritts einer Republik zur neuen Union oder, insbesondere im Falle des Austritts aus der UdSSR, von einer Einschränkung der Minderheitenrechte begleitet wird.« (Ebd.)

²⁰ Jegor Gaidar (1956–2009), Einzelkind des bekannten sowjetischen Jugendschriftstellers Arkadi Gaidar (»Timur und sein Trupp«, 1940), war 1991/92 Regierungsmitglied, versuchte ab 1993 als Mitglied der Duma eine zweite politische Karriere außerhalb von Regierungsposten.

tauschen, die sie für das Überleben dringend brauchten. In einem der bekanntesten russischen Filme aus dieser Zeit, in »Bruder« von Regisseur Alexej Balabanow, wurde das Bild des wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Niedergangs in Petersburg treffend in Szene gesetzt.²¹

Putin holte damals ausländisches Kapital nach Petersburg, in der Stadt an der Newa eröffneten die ersten Filialen westlicher Banken ihre Pforten, ganz vorneweg die Dresdner Bank. Nach einem Privatbesuch in einem Hamburger Casino mit Erotikprogramm drängte Putin auf die Eröffnung einer ebensolchen Einrichtung in Petersburg. In einer Sonderwirtschaftszone etablierten sich bekannte westliche Konzerne. 1995 eröffnete Bürgermeister Sobtschak eine Coca-Cola-Fabrik, die Erlaubnis für die Investition ging über Putins Schreibtisch. 30 Jahre später wird Putin im Juli 2022 auf dem Moskauer Wirtschaftsforum erklären, dass der Rückzug westlicher Firmen aus Russland gar nicht so schlimm sei, dass man sich ohnehin befreien müsse von technologischer Abhängigkeit und dass Coca-Cola doch reine Chemie sei.

Am 14. August 1992 unterzeichnete Jelzin die Verordnung über die allgemeine Privatisierung, laut der den Menschen in Russland nun ein Privatisierungsscheck zustehen werde. Anatoli Tschubais, der Urheber des Privatisierungsprogramms, versicherte damals, dass so ein Scheck einen Gegenwert zweier Personenkraftfahrzeuge der Marke »Wolga« darstelle.²² Tatsächlich bekam der normale Bürger im Tausch vielleicht einige Paar Schuhe oder Wodkaflaschen dafür. Jelzins Verheißung erfüllte sich nicht, wonach künftig in Russland Millionen von Eigentümern existieren würden statt nur einer Handvoll Millionäre. Es kam genau andersherum: Die allgemeine Privatisierung eröffnete den Weg zur großen Fortune der Oligarchen. Millionen Russen fühlten sich doppelt ausgeraubt – beim privaten Ersparten und beim von allen geschaffenen Volksvermögen. Die Bezeichnung »Demokrat« wurde nun zur Beschimpfung, mit Demokratie wurde Diebstahl und das systematische Ausrauben durch die Behörden assoziiert. Eine schlimme sprachliche Neuschöpfung, ge-

²¹ Alexei Balabanow (1959–2013), der Film war 1997 in die Kinos gekommen.

²² Anatoli Tschubais (Jg. 1955) spielte bis 1996 eine führende wirtschaftspolitische Rolle in der Jelzin-Administration. 1996 leitete er den Präsidentschaftswahlkampf Jelzins, wurde dann zu einem der wichtigsten Männer hinter Jelzin, bevor er dann 1997 in die Privatwirtschaft abwanderte.

schaffen durch die Hinzufügung eines Buchstabens, machte die Runde: Demokratija (Demokratie) wurde zu Dermokratija (entspricht dem Wortspiel Drecks- oder Scheißokratie).

Die soziale Wut nahm zu. Der weiterhin im Weißen Haus in Moskau tagende Oberste Sowjet Russlands trat nun offen gegen Jelzin auf, der einst im Weißen Haus seine Trutzburg gehabt hatte. Dort wurde jetzt die anwachsende Machtfülle des Präsidenten, dessen Geringschätzung der Rolle des Parlaments bei der Durchführung der Wirtschafts- und Systemreformen kritisiert. Jelzins Regierungslager fühlte sich aber sicher, hatte zudem vor allem die starke Unterstützung der westlichen Staaten auf seiner Seite. Die innenpolitischen Gegner wurden ins Lager der Reaktion geschoben und bezichtigt, auf kommunistische Revanche hinzuwirken. Das Regierungslager aber setzte sich mit Fortschritt und Reform, vor allem aber als Garant für die demokratischen Veränderungen in Russland gleich.

Am 21. September 1991 löste Jelzin mit einem Federstrich den Kongress der Volksdeputierten und den Obersten Sowjet auf. Das Verfassungsgericht verweigerte die Zustimmung, hielt Jelzins Verordnung für nichtübereinstimmend mit der Verfassung, was indes nichts an der Entscheidung im Kreml änderte, mit dem aufmüppigen Oppositionslager abzurechnen. In der Folge drehten nun die Deputierten den Spieß um, erklärten Jelzin für abgesetzt und übergaben die Amtsgeschäfte des Präsidenten an den gegen Jelzin vorgehenden Vizepräsidenten Aleksander Ruzkoi. Wieder war das Weiße Haus voller bewaffneter Menschen, ringsum wurden spontan Barrikaden und Absperrungen errichtet. Die Chancen, den handfesten Konflikt zwischen den beiden Machtzentren zu entschärfen, wurden von Stunde zu Stunde geringer.

■ Erinnerung 6

- »Wird dort Krieg sein?«, fragte mich meine bald sechsjährige Tochter, nachdem sie mitbekommen hatte, dass wir auf die Krim fahren werden. Zusammen waren wir Ende Dezember 1990 in Vilnius gewesen, zwei Wochen nach unserer Rückkehr nach Moskau stürmte sowjetisches Militär in einer blutigen Aktion den Fernsehturm der Stadt, den litauische Freiwillige verteidigten. Den Sommeranfang 1991 hatten wir in Abchasien verbracht, das uns wie ein paradiesischer Landstrich vorgekommen war – das warme Meer, die Palmen, der Blick vom Strand auf die schneebedeckten Gipfel des Kaukasus. Der ab-

■ chasische Sommer im nächstfolgenden Jahr wird dann brutal unterbrochen sein von den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem abtrünnigen Abchasien und Georgien, bei denen tausende Menschen ihr Leben verlieren.

■ Auf der Krim war es im Sommer 1993 ruhig. Die Mehrzahl der Touristen, auf die ich traf, waren aus Russland hierhergekommen. Ich hörte kein Klagen darüber, dass die Halbinsel nach dem Zerfall der Sowjetunion bei der Ukraine verblieben war. Lediglich einige Einheimische zeigten sich ein wenig beunruhigt wegen der Ansiedlung der Krimtataren, die in der Stalinzeit Opfer von Massendeportation geworden waren und ihre Häuser und Ländereien verloren hatten.

■ Nach der Rückkehr von der Krim fand ich mich im politisch aufgewühlten Moskau wieder. Womöglich war ich der letzte ausländische Journalist, der mit dem Vizepräsidenten Ruzkoi noch im Kreml ein Interview führen konnte, bevor er am 29. August 1993 nicht mehr dorthin vorgelassen und von Jelzin geschasst wurde.

■ Nach der von Jelzin verfügten Auflösung des Obersten Sowjets sprach ich regelmäßig mit den Verteidigern vor dem Weißen Haus. Dort waren Kommunisten, Nationalisten, Demokraten, Monarchisten, Sozialdemokraten, Anarchisten und gewöhnliche Menschen versammelt, die nicht einverstanden waren mit der ganzen Richtung, in die Russland zu treiben drohte. Am 3. Oktober 1993 griffen bewaffnete Aufständische auf Anweisung Ruzkois das Moskauer Rathaus und den Sitz des russischen Fernsehens an. Ich fühlte, dass der Kreml die Kontrolle über die Situation verliere, dass Moskau jeden Augenblick von einem bewaffneten Aufstand erschüttert werde, dass es zu Selbstjustiz, Raub und Ausbrüchen nackter Gewalt kommen könne.

■ »Ist das im Fernsehen oder auf der Straße?«, fragte mich meine Tochter am 4. Oktober 1993, die Augen gebannt auf den Fernsehbildschirm gerichtet, auf dem bei CNN die Liveberichterstattung über den Beschuss des Weißen Hauses durch militärische Einheiten lief, die zu Jelzin standen. Die Fenster in unserer Wohnung waren verdunkelt, nebenan auf den Dächern waren Scharfschützen in Stellung gegangen.

Die politische Situation in Petersburg ähnelte der in Moskau, auch wenn hier die bewaffnete Konfrontation mit den tragischen Folgen ausblieb. Seit 1992 war der Konflikt stetig angewachsen zwischen dem Smolny, dem Sitz des Bürgermeisters, und dem Mariinski-Palast, in dem der Pe-

tersburger Sowjet der Volksdeputierten seinen Sitz hatte. Die Deputierten, die damals im August 1991 zusammen mit Bürgermeister Sobtschak gegen den Staatsstreich aufgetreten waren, waren nun mehrheitlich nicht mehr einverstanden mit der – ihrer Meinung nach – autoritären Amtsführung bei den wichtigen Entscheidungen für die Stadt. Jelzin regierte in Moskau mit Verordnungen, Sobtschak in Petersburg mit Verfügungen. Der Petersburger Bürgermeister unterstützte entschieden die Entscheidung Jelzins, den Obersten Sowjet und den Kongress der Volksdeputierten aufzulösen. Nach der blutigen Niederschlagung des Widerstands im Weißen Haus in Moskau forderte Sobtschak, dass die Volksdeputierten in Petersburg die Selbstauflösung ihrer Versammlung erklären. Der Konflikt schwelte bis zum 21. Oktober 1991 an, bis Jelzin die Auflösung des Petersburger Sowjets und die Ausrichtung von Wahlen für eine neue Stadtversammlung anordnete.

Der Staat bin ich

Nach der blutigen Niederringung der Opposition wurden im Dezember 1993 unter den Bedingungen eines faktischen Ausnahmezustands die Wahlen zum neu geschaffenen Parlament, der Staatsduma, abgehalten. Zugleich wurde ein Referendum durchgeführt über eine neue Verfassung. Zu den Mitverfassern des neuen russischen Grundgesetzes zählte Sobtschak. Geschrieben wurde der Text mit Rücksicht auf Jelzin, dem nun der Vorteil gegeben werden sollte, ohne größere Rücksichten auf andere Organe oder die Opposition regieren zu können. Doch der zunehmend von Krankheit geplagte Jelzin konnte sie gar nicht mehr richtig ausnutzen. Dafür wird es der von ihm selbst vorgeschlagene Nachfolger dann umso entschiedener tun.

Am 31. Dezember 1999 wendet sich Präsident Jelzin mit der Neujahrsansprache zum letzten Mal in dieser Funktion an seine Landsleute: »Es verbleiben wenige Stunden bis zum magischen Datum – das Jahr 2000 steht vor der Tür, ein neues Jahrhundert, ein neues Jahrtausend. [...] Ich habe die Entscheidung getroffen, heute, am letzten Tag des ausgehenden Jahrhunderts, zurückzutreten. [...] Ich habe verstanden, dass es sein muss. Russland braucht bei seinem Eintritt ins neue Jahrtausend neue Politiker, neue Gesichter, neue, intelligente, starke und energiegeladene Menschen. [...] Russland wird nie in die Vergangenheit zurückkeh-

ren. Russland wird sich ausschließlich nach vorne bewegen.« Danach erklärte er, die Amtsgeschäfte an Ministerpräsident Putin zu übergeben. Kurz darauf sehen die Menschen in Russland den neuen Staatschef, der seinen Vorgänger so würdigte: »Vielleicht kann man erst später in vollem Umfang bewerten, was dieser Mann für Russland geleistet hat, aber schon heute ist klar, dass Russland einen unumkehrbaren Weg zu Demokratie und Reformen gegangen und ein starker und unabhängiger Staat geworden ist, darin besteht seine herausragende Leistung.« Er versicherte nun seinerseits: »Die Meinungsfreiheit, die Freiheit der Presse, das Recht auf Eigentum, diese grundlegenden Elemente der zivilisierten Gesellschaft werden zuverlässig vom Staat geschützt.«²³

Nach den Bürgermeisterchaftswahlen, die Sobtschak 1996 in Petersburg verloren hatte, war Putin für einige Monate ohne feste Beschäftigung gewesen, so lange, bis ihn schließlich ein Ruf aus Moskau erteilte, dorthin als Stellvertreter des Präsidenten für Administration zu wechseln. Sein Büro hatte Putin zunächst auf dem Sary-Platz in jenem Gebäude, in dem einst das Zentralkomitee der KPdSU seinen Sitz hatte. Zwei Jahre später zog er um in die einstige KGB-Zentrale, in die Lubjanka. Er war zum Direktor der Nachfolgeinstitution ernannt worden, dem Sicherheitsdienst der Föderation (FSB). Im Jahr darauf war er bereits Ministerpräsident. Der 47-jährige Putin unterschied sich beim Amtsantritt äußerlich in vielerlei Hinsicht von Jelzin: Er war jung, gab sich sportlich, energisch und entschieden.

Jelzins Umgebung hatte zu jener Zeit nach einem Kandidaten gesucht, der in der Lage schien, die auf Mitte 2000 fallenden Präsidentschaftswahlen zu gewinnen, um die Macht in den Reihen der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Eliten zu behalten. Die Popularität Putins nach der Übernahme des Ministerpräsidentenamtes führte dazu, dass die günstige Entwicklung genutzt werden konnte, um die Spielregeln zu ändern: Die Wahlen wurden vorgezogen, der Opposition blieb weniger Zeit, um sich auf diese einzustellen, Putin brauchte nicht als gewöhnlicher Mitkandidat aufzutreten, er konnte wie ein Amtsinhaber und als Hausherr im Kreml agieren, der an der Debatte mit den Konkurrenten lediglich wegen der vereinbarten formalen Prozeduren teilnahm. Das Staatsfernsehen, das einzige, das weit und breit im Land empfangen wurde, favorisierte Putin, attackierte hingegen die Konkurrenten.

²³ Die Zitate zum Jelzin-Rücktritt nach www.deutschlandfunk.de/silvesterueberraschung-in-moskau-100.html, abgerufen am 6.10.2022.

Die auf den alternden Jelzin zugeschnittene Verfassung hatte festgelegt, dass die Amtszeit des Präsidenten auf maximal zweimal vier Jahre begrenzt ist. Deshalb musste Putin 2008 sein Amt aufgeben, doch er gab die Macht nicht zurück, er tauschte für vier Jahre die Rolle mit dem gleichfalls aus Petersburg stammenden Ministerpräsidenten Dmitri Medwedew. 2012 kehrte er in den Kreml zurück, jetzt aber – entsprechend der Verfassungsänderung – für eine sechsjährige Amtszeit. Die nächsten Präsidentschaftswahlen wurden am 18. März 2018 durchgeführt, am Jahrestag der von Putin 2014 an diesem Tag veranlassten Einverleibung der Krim in das Staatsgebiet der Russischen Föderation. Nach weiteren Verfassungsänderungen im Jahr 2020 sicherte sich Putin die gesetzliche Möglichkeit zu, bis 2036 im Präsidentenamt bleiben zu können, denn die bisherigen Amtszeiten – vier an der Zahl – werden für diese Zählweise kassiert; erst ab der nächsten Präsidentschaftswahl, turnusmäßig 2024, wird wieder neu angefangen.

Die Kremologen, die viele Jahrzehnte lang das Kräfteverhältnis innerhalb der Führungsriege der KPdSU, also die Einflüsse der einzelnen Politbüromitglieder herauszubekommen suchten, sind nun ohne Beschäftigung. Putin war in den Besitz einer Machtfülle gekommen, wie sie nach Stalins Tod kein Generalsekretär des ZK der KPdSU jemals gehabt hatte.

■ *Erinnerung 7*

■ Kurz nach Putins Rückkehr in das Amt des Präsidenten Russlands hatte ich im Mai 2012 mit Ilja Ponomarjow gesprochen, damals einer der bekanntesten linksgerichteten Politiker Russlands, Abgeordneter seiner Partei »Gerechtes Russland – Patrioten – Für die Wahrheit« in der Duma. Ponomarjow hatte seine politische Unabhängigkeit behalten, 2012 hatte er teilgenommen an den Massenprotesten gegen Putin. 2014 hatte er als einziger Abgeordneter in der Duma gegen den Anschluss der Krim gestimmt. Im darauffolgenden Jahr hat er sein Abgeordnetenmandat verloren, in einer Atmosphäre des Kesseltreibens verließ er schließlich Russland, siedelte in die Ukraine über und nahm deren Staatsbürgerschaft an.

■ Das hier in Auszügen wiedergegebene Interview mit Ponomarjow war in der linksgerichteten polnischen Wochenzeitung »Przegląd« erschienen, trotz der inzwischen ins Land gegangenen Zeit, hat es an Aktualität wenig eingebüßt:

- »Was erwarten sie von der sechsjährigen Amtszeit Putins?«
- »Ich habe keine Illusionen, die bisherige Rolle Putins wird sich nicht ändern. Er wird auch weiterhin vor allem die Oligarchen unterstützen, das große Kapital – in Russland wie im Ausland.«
- »Allerdings hat Putin seine Popularität gewonnen wegen der Zertrümmerung der Oligarchen. Michail Chodorkowski sitzt in der Strafkolonie, Boris Beresowski und Wladimir Gussinski meiden Russland im weiten Bogen, um nicht dessen Schicksal zu teilen.«
- »Sie haben die Reihenfolge ein wenig verwechselt. Zunächst hatte Putin seine Popularität u. a. wegen der Militäraktion in Tschetschenien gewonnen, erst danach nutzte er die aus, um die Rolle der Oligarchen zu begrenzen. Ohne diese gesellschaftliche Unterstützung hätte er nicht gewagt, sich dem großen Privatkapital entgegenzustellen, das während der Präsidentschaft von Jelzin faktisch die politische Macht übernommen hatte. Doch Putin hat das System der Oligarchen nicht als solches angegriffen, er hat sich mit ihnen verständigt.«
- »In welcher Beziehung?«
- »Aufteilung der Einflussgebiete. Die Oligarchen verzichteten auf die unmittelbare Teilhabe an der Politik, dafür versprach Putin umgekehrt, dass sie noch mehr verdienen werden. Das Kapital der Oligarchen ist jetzt sehr viel größer geworden als zu Jelzins Zeiten. In keiner anderen Stadt weltweit gibt es so viele Dollarmilliardäre wie jetzt in Moskau. Chodorkowski, der Putin kritisiert hatte, wurde von den Oligarchen geopfert. Beresowski und Gussinski bezahlten für ihre politischen Ambitionen.«
- »Und Roman Abramowitsch, der in London zu Hause ist?«
- »Der gehört zum engen Kreis der Putin-Vertrauten, freigiebig hat er dessen Wahlkampagne gesponsert.«
- »Wie unterstützt Putin die Oligarchen?«
- »Etwa mit dem System steuerlicher Meistbegünstigung. Die Steuerbelastung der großen russischen Unternehmen ist dreimal niedriger als die für klein- und mittelständische Firmen. Das kleine und mittlere Unternehmen, das sich in der Jelzin-Zeit entwickeln konnte, ist nach dem Machtantritt Putins faktisch liquidiert worden. Kein Zufall also, dass unter denjenigen, die auf der Straße protestieren, dermaßen viele Kleinunternehmer zu finden sind. Sie fühlen sich zugrunde gerichtet.«
- »Andererseits haben die Beschäftigten der Großunternehmen vor den Präsidentschaftswahlen Massenkundgebungen abgehalten, dort

■ ihre Unterstützung für Putin erklärt. Sie sagen, dass bei einer Macht-
 ■ übernahme durch die Opposition das Chaos und das Elend der Jelzin-
 ■ Zeit zurückkehren würden.«

■ »Eine höchst interessante Veränderung der Propaganda. Bis vor Kur-
 ■ zem redete die offizielle Propaganda den Leuten ein: stimmt für die
 ■ Regierung, die nämlich wird euch das Auskommen und Wohlergehen
 ■ sichern. Mit einem Wort, mit der Regierung wurde die Hoffnung auf
 ■ ein besseres Leben verbunden. Jetzt vor den Präsidentschaftswahlen
 ■ hieß es plötzlich, stimmt für Putin, sonst wird es viel schlechter wer-
 ■ den. Es wurden keine optimistischen Visionen mehr entfaltet, keine
 ■ Versprechungen mehr gemacht. Und – was sehr wichtig ist – zum
 ■ ersten Mal wurde in der offiziellen Propaganda zugegeben, dass ein
 ■ Regierungswechsel in Russland realistisch ist. Bislang wurde immer
 ■ gemeint, die Gegner Putins seien nur eine Randerscheinung, mit der
 ■ nicht gerechnet werden müsse.«

■ »Die Teilnehmer an den Massenprotesten wurden als orangefar-
 ■ bene Pest bezeichnet, sie wurden bezichtigt, aus dem Westen finan-
 ■ ziert zu werden.«

■ »Die Regierung greift auf das seit langem eingeübte Stereotyp zurück,
 ■ dass die Opposition kein Gegner der Regierung, sondern ein Gegner
 ■ des Volkes sei, der auf Geheiß feindlicher Kräfte antirussische Politik
 ■ durchzusetzen suche. Es ist viel leichter die Menschen gegen äußere
 ■ Gefahren zu einigen, als sie um ein Regierungslager mit sinkender Po-
 ■ pularität zu scharen. In den Medien wird die Opposition pausenlos
 ■ als Kraft hingestellt, die in fremden Diensten steht. Auf den Zusam-
 ■ menkünften mit den Wählern haben wir auf ein Paradox aufmerksam
 ■ gemacht: die Regierung, die eine prowestliche Politik macht, die der
 ■ amerikanischen Wirtschaft mit Krediten hilft, die die Geldreserve in
 ■ US-Dollar führt, die erlaubt, Milliarden US-Dollar aus Russland in den
 ■ Westen zu bringen, wirft uns vor, in westlichen Diensten zu stehen.«

■ »Wie sind sie zu den Linken gekommen?«

■ »Ich bin mit denen seit der Kindheit verbunden. Als Schüler sog ich
 ■ den Marxismus und den Sozialismus mit menschlichen Antlitz von
 ■ Gorbatschow auf. Ich war in der Moskauer Pionierorganisation der
 ■ Stellvertretende Leiter für Ideologiefragen. Wir lösten diese Orga-
 ■ nisation auf, nachdem im Januar 1991 die Armee gegen Vilnius in
 ■ Marsch gesetzt wurde. Ich dachte dann, ich könne Land und Gesell-
 ■ schaft ändern, nicht durch Politik, sondern durch eine Tätigkeit in

■ der Geschäftswelt. Ich hatte eine kleine Firma, die mit Internetfern-
 ■ sehen befasst war. Als unser Geschäftspartner, Ted Turner, sich aus
 ■ Russland zurückzog, nachdem Putin den NTV-Fernsehsender auslau-
 ■ fen ließ, beendete ich das Geschäft. Ich spürte, höchste Zeit, um in
 ■ die Politik zurückzukehren.«

■ *»Und sie haben die Kommunisten gewählt ...«*

■ *»Ich wollte gegen das politische System in Russland kämpfen, die
 ■ Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) schien mir
 ■ die einzige Kraft, die nicht an dessen Errichtung beteiligt gewesen
 ■ war. Ich dachte: die sind zwar alt an Jahren, aber sie haben Ansich-
 ■ ten, die meinen gleichen, ich bringe denen die moderne Technologie
 ■ bei, führe Jugend heran. Ich wurde Chef im Zentrum für Information
 ■ und Technologie der KPRF, setzte ein Parteiportal in Gang, setzte ein
 ■ internes Kommunikationsnetz durch. Doch ich irrte mich in der Ein-
 ■ schätzung der Kommunisten. Sie waren mit der Nische zufrieden, in
 ■ die sie der Kreml getrieben hat. Innerhalb der Nische können sie ma-
 ■ chen was immer sie wollen. Sobald sie sich aber hinauswagen und
 ■ die Regierung herausfordern, bekommen sie einen auf den Kopf. Ei-
 ■ nige Male wurden sie für ihren Mut bestraft – sie wurden der Betei-
 ■ ligung an Korruption der Oligarchen bezichtigt; mit dem Kreml ver-
 ■ bandelte Leute betrieben Parteispaltungen. Nach den Duma-Wahlen
 ■ 2003 habe ich den Glauben an die Sjuganow-Partei verloren.«*

■ *»Sie sind sowohl systemische als auch antisystemische Opposition.
 ■ Zum einen Abgeordneter, zum anderen einer der Führungsleute der
 ■ Linksfront, also Verfechter einer revolutionären Machtveränderung.«*

■ *»Als wir Ende Dezember 1993 die Linksfront aus der Taufe hoben, hatte
 ■ sie den Charakter einer Jugendorganisation, in der sich die Anhänger
 ■ verschiedener linker Parteien, Troztkisten und Anarchisten versammel-
 ■ ten. 2006, während der Protestaktionen, die den G8-Gipfel in Peters-
 ■ burg begleiteten, änderten wir die jugendliche Front in eine für Erwach-
 ■ sene. Gut gelingen uns die Straßenaktionen, was wir bei den Protesten
 ■ gegen die Wahlfälschungen zeigen konnten. Ausgezeichnet läuft auch
 ■ die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Ich bin jetzt in der zwei-
 ■ ten Legislaturperiode Abgeordneter, weiß zu gut, dass eine Machtver-
 ■ änderung durch Wahlen in unserem politischen System unmöglich ist.«*

■ *»Warum sitzen Sie dann im Parlament?«*

■ *»Habe ich eine Wahl? Soll alles der vom Kreml gelenkten Partei ›Eini-
 ■ ges Russland‹ überlassen werden? Man muss mitnehmen, was mög-*

lich ist, versuchen, etwas zu tun, was einen Nutzen bringt. In den zurückliegenden vier Jahren war ich Ko-Vorsitzender im Arbeitsausschuss der Duma für die Gesetzesregulierung im Internet. Meine Aufgabe war es, es nicht zu einer Eingrenzung der Freiheit im Internet kommen zu lassen. Ständig wurden solche Versuche unternommen: angeblich aus Sorge um die Moral und der guten Sitten willens, dann wiederum im Rahmen des Kampfes gegen Extremismus und Terrorismus.«

»Das Internet ist für die Regierung also gefährlich?«

»Ja, denn sie verfügt – anders als bei den traditionellen Medien – hier nicht über die Kontrolle. Das Fehlen von Medienfreiheit drängte die Russen ins Internet. Die Menschen in unserem Land verbringen in Social Media wesentlich mehr Zeit als im Westen sonst üblich.«²⁴

Nach Beginn der sogenannten militärischen Sonderoperation haben die Regierungsbehörden Russlands den Zugang zu Social Media begrenzt, haben eine strenge Zensur eingeführt für Inhalte im Internet. Den Verfassern, denen Falschmeldungen vorgeworfen werden bezüglich des Vorgehens der russischen Armee oder der russischen Regierungsbehörden, drohen nach einer Änderung im Strafgesetzbuch jetzt bis zu drei Jahre Haft. Am 30. August 2022 wurde von einem Gericht in Moskau in Abwesenheit ein Haftbefehl gegen Ponomarjow verhängt wegen Falschmeldungen über die russische Armee; kurz darauf wurden in mehreren Regionen Russlands Wohnungsdurchsuchungen bei Journalisten angeordnet, die in Verdacht standen, Kontakte mit ihm zu unterhalten.

Die großen Duma-Parteien »Gerechtes Russland« und die Kommunisten unterstützten den Angriff auf die Ukraine von Anfang an. Genadi Sjuganow, der langjährige KPRF-Vorsitzende, will den Kreml sogar zu einer Ausweitung der Kriegshandlungen anstacheln. Sjuganow vertritt seit Langem nationalistische und machtpolitische Anschauungen, auch wenn er sie nicht immer so drastisch ausdrückt wie zuletzt. 1994 hatte ich mit ihm ein Interview geführt für die polnische Wochenzeitung »Nie«; bereits damals führte Sjuganow die KPRF. Hier einige Auszüge:

²⁴ Rosja się zmienia [Russland ändert sich], in: Przegląd, Nr. 20 vom 16.5.2012, S. 11–14.

■ *»Sie und ihre Partei unterscheiden sich von den Kommunisten der einstigen KPdSU in der Bewertung der Geschichte Russlands vor 1917, in der positiven Haltung zu Religion und im auffälligen Lobpreisen der russischen Nationalidee. Manchmal scheint es mir, die sei schon wichtiger als der Marxismus-Leninismus.«*

■ *»Beide Ideengebäude dürfen nicht gegeneinandergesetzt werden. Russland hat verschiedene Perioden seiner Entwicklung durchlaufen. Wir stellen nicht gegeneinander, wir verbinden die rote Idee der sozialen Gerechtigkeit mit der weißen Idee einer zu sich kommenden russischen Staatlichkeit. Und die Religion betreffend, so unterscheiden sich die Gebote von Christus doch nicht vom Moralkodex des kommunistischen Aufbaus.«*

■ *»Sie wissen jedoch, dass im Ausland die russische Nationalidee mit russischem Imperialismus assoziiert wird.«*

■ *»Die geopolitischen Grenzen Russlands und der UdSSR haben sich über Jahrhunderte ausgebildet, wurden von den internationalen Organisationen anerkannt. Es ist falsch gewesen, mitzutun am Zerstörungswerk gegen die UdSSR und das nach dem Krieg entstandene Kräftegleichgewicht anzutasten. So hätte es die von ihnen genannten Befürchtungen gar nicht gegeben. Wir weisen jede Form von Konfrontation und Aggression zurück, streben nach einem freiwilligen Zusammenschluss der Republiken und der Bildung einer erneuerten Union ausschließlich auf demokratischen Grundlagen.«*

■ *»Eine Union in welchen Grenzen?«*

■ *»Die Chancen bestehen, dass die Grenzen der neuen Union nicht zu sehr von denen der UdSSR abweichen werden. Selbst im Baltikum wird verstanden, dass es vorteilhaft wäre, die Kontakte zu erneuern, vielleicht auf Basis einer Konföderation. Anders werden die baltischen Republiken mehr verlieren als gewinnen. Auch Russland kann sich nicht normal entwickeln, wenn ihm der Zugang zu den eisfreien Meeren verwehrt wird: zur Ostsee, zum Schwarzen Meer, über die Kurilen hinaus zum Stillen Ozean.«*

■ *»Welche Idee wird der neuen Union zugrunde liegen, die russische Reichsidee oder der Kommunismus?«*

■ *»Die Reichsidee ist kein Fluch, sie ist ein geopolitischer Begriff, eine Form der Staatsentwicklung. Das Russische Reich ist nicht untergegangen, die UdSSR war dessen Nachfolgestaat. Auf dem weiteren Weg wollen wir die soziale Gerechtigkeit als eine Form des sozialisti-*

- schen Ideals sowie den russischen Patriotismus, die russische Staats-
- idee als Existenzform mitnehmen.«²⁵
-
- Mir schienen die Aussagen Sjuganows damals eher exotisch zu sein,
- sie wichen klar ab von dem, was andernorts in Europa nach dem Zu-
- sammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus über sozialistische
- und linke Perspektiven gedacht und gemeint wurde. Erst viel spä-
- ter wurde mir klarer, welch großrussischer und für andere bedroh-
- licher Alleinvertretungsanspruch diesem Gedankenknäuel zugrunde
- lag. Dass andere sich dann zur Umsetzung dieser Vision aufmach-
- ten, nicht Sjuganows Kommunisten, die höchstens noch als Steigbü-
- gelhalter gebraucht werden, gehört zu den schönen Paradoxien der
- Zeitgeschichte.

Russland ist zu klein

Am 8. April 2022, anderthalb Monate nach Beginn der Aggression gegen die Ukraine, stand Putin neben dem aufgebahrten Sarg mit dem Leichnam Wladimir Schirinowskis, den soeben verstorbenen Anführer der Liberaldemokratischen Partei. Der Politiker, der seit dem Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn 1993 den Anschluss anderer Teile der ehemaligen Sowjetunion an Russland gefordert hatte, wurde mit den höchsten Ehren verabschiedet. Der Sarg wurde im berühmten Säulensaal des Gewerkschaftshauses aufgebahrt, an der Frontseite des Gebäudes war sein Porträt angebracht. So hatten einst die feierlichen Begräbnisse für die Generalsekretäre der KPdSU ausgesehen.

Am 22. Dezember 2021, gleich nach dem Ultimatum, das Moskau den Vereinigten Staaten und der NATO gestellt hatte, war Schirinowski in der Duma aufgetreten: »Ich wünschte mir, dass das Jahr 2022 ein Friedensjahr werden wird, doch ich bin wahrheitsliebend, ich sage seit 75 Jahren immer nur die Wahrheit. Es wird kein friedliches Jahr geben. Es wird ein Jahr werden, in dem Russland endlich zum großen Land wer-

²⁵ Imperium za chwilę. »Nie« rozmawia z Giennadijem Ziuganowem, przywódcą Komunistycznej Partii Rosyjskiej Federacji [Das Reich kommt bald. »Nie« spricht mit Gennadi Sjuganow, dem Führer der Kommunistischen Partei der Russischen Förderation], in: Nie, Nr. 10 vom 10.3.1994, S. 5.

den wird. Wir alle sollten innehalten und unser Land verehren.«²⁶ Als Datum für den Beginn des Feldzugs gegen die Ukraine hatte er den 22. Februar 2022 genannt. Auf diese Äußerung spielte Putin offenkundig an, als er bei einem Zusammentreffen mit Spitzenvertretern der Liberaldemokratischen Partei am 7. Juli 2022 sagte, dass Schirinowski nicht nur ein herausragender Politiker unseres Landes gewesen sei, sondern auch ein nach verschiedenen Seiten ausgerichteter Mensch großen Wissens. Deshalb seien einige seiner Vorhersagen in Erfüllung gegangen.²⁷ Eine solch hohe Wertschätzung hatte Putin für den am 30. August 2022 verstorbenen Gorbatschow nicht übriggehabt. An der Trauerzeremonie in Moskau nahm er nicht teil, im Beileidstelegramm an die Familie fehlte es an einer positiven Bewertung der politischen Tätigkeit des Verstorbenen. Wenn Putin dort meint, dass Gorbatschow einen großen Einfluss auf den Verlauf der Weltgeschichte gehabt habe, so sagt er nicht, ob er diesen nun für positiv oder negativ hält. Von der Reformpolitik Gorbatschows hält Putin offensichtlich wenig, wenn er schreibt: »Er hat zutiefst verstanden, dass die Reformen unausweichlich sind, er drängte auf seine Art der Lösung der angestauten Probleme.«²⁸ Die staatliche Beisetzungsfierlichkeit für den Staatsführer der UdSSR fiel viel bescheidener aus als die für Schirinowski, der zu keiner Zeit eine entscheidende Rolle in der russischen Politik gespielt hat.

■ *Erinnerung 8*

- Im September 1992 hatte ich in Moskau für die polnische Wochenzeitung »Nie« ein Interview mit dem damals außerhalb Russlands kaum bekannten Schirinowski geführt. In seinem Arbeitszimmer hing eine überdimensionierte Landkarte Großrusslands, wie dort geschrieben stand, mit von Hand korrigierten Grenzverläufen, die weit über die Grenzen Russlands, an manchen Stellen auch derjenigen der Sowjetunion, hinausgingen – hinzugenommen wurden große Teile Polens, ganz Finnland sowie Alaska. Im Laufe des Gesprächs bekräftigte Schirinowski, dass ihm ein geopolitisches Bündnis mit Deutschland am nächsten liege. Hier bezeichnende Auszüge aus dem Gespräch:

²⁶ Laut Stenogramm der Sitzung der Staatsduma am 22.12.2021.

²⁷ Laut Information von TASS vom 7.7.2022.

²⁸ Laut offizieller Website kremlin.ru vom 31.8.2021.

■ »In Deutschland haben sie kürzlich Gespräche geführt zur Zukunft
 ■ des Kaliningrader Gebiets. Was haben sie da vorgeschlagen?«²⁹

■ »Zunächst die Rückkehr zu den alten Bezeichnungen, zu Ostpreußen,
 ■ Königsberg usw. Außerdem die doppelte Staatsbürgerschaft für die
 ■ Einwohner des Gebiets. Die Deutschen wollen diese Gebiete, es wur-
 ■ den mir alte Landkarten gezeigt, sie sind vernarrt in diese. Sie gaben
 ■ mir eine Kopie mit, ich trage sie bei mir. Die Deutschen wollen von
 ■ Euch den Korridor und Schlesien. Ich versuche tatsächlich, die strit-
 ■ tige Frage im Interesse Polens zu lösen. Wir können uns zum Beispiel
 ■ über die Westukraine verständigen, über Lemberg. Eine große Konfö-
 ■ deration bilden, überall Zweisprachigkeit, Polnisch und zugleich Rus-
 ■ sisch. Lokale Selbstverwaltung, eine gemeinsame Armee mit polni-
 ■ schen Bataillonen.³⁰ Heute, wo es weder Zar noch Kommunisten gibt,
 ■ könnten wir uns einig werden. Doch ihr Polen versucht wieder einmal,
 ■ eigene Varianten zu finden. Außerdem die antirussischen Einstellun-
 ■ gen. Das neue Deutschland und das neue Russland werden die pol-
 ■ nischen Belange also nicht berücksichtigen können.«

■ »Also eine weitere polnische Teilung?«

■ »Ich wiederhole noch einmal, denn ideal wäre es wohl, wenn den
 ■ Deutschen das zurückgegeben wird, was sie verlangen, das übrige Ge-
 ■ biet Polens aber ginge auf in eine große slawische Konföderation.«³¹

■ Aus der Perspektive der Zeit scheint mir indes mein im Frühjahr 1994
 ■ geführtes Gespräch mit dem damals 30-jährigen Dmitri Rogosin wich-
 ■ tiger zu sein, der ähnliche Ansichten wie Schirinowski hegt und zu je-
 ■ ner Zeit bereits ein führender Kopf im Kongress der Russischen Ge-

²⁹ Schirinowski hatte damals Kontakte gesucht zur Deutschen Volksunion von Gerhard Frey.

³⁰ Schirinowski spielt hier auf die Situation in dem seit 1815 zum Zarenreich gehörenden Königreich Polen an, in dem es ursprünglich ein polnisches Heer unter Waffen gab, das nach der Niederschlagung des polnischen Nationalaufstands von 1830/31 aufgelöst werden musste.

³¹ Ku Wielkiej Rosji. Rosja w granicach z roku 1865 z Polską, Finlandią i Alaską. Rozmowa z Władimirem Żyrynowskim, przewodniczącym Liberalno-Demokratyczne Partii Rosji [Auf nach Großrussland. Russland in den Grenzen von 1865 – mit Polen, Finnland und Alaska. Gespräch mit Wladimir Schirinowski, Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei Russlands], in: Nie, Nr. 38 vom 17. September 1992, S. 6.

meinschaften gewesen war, einer Organisation, deren Aufgabe es war, die Interessen russischer Minderheiten in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu vertreten und zu verteidigen.³²

Rogosin's politische Karriere zeigte nach dem Machtantritt Putins nach oben, er wurde Vorsitzender des Duma-Ausschusses für Außenpolitik, Beauftragter des Präsidenten für Kontakte zur EU, Vertreter Russlands bei der NATO, Stellvertretender Ministerpräsident für die Rüstungsindustrie, schließlich von Mai 2018 bis Juli 2022 Chef von Roskosmos, der Weltraumbehörde der Russischen Föderation. Den Anschluss der Krim und den Angriff gegen die Ukraine unterstützte, bzw. unterstützt er, natürlich. Nachfolgend einige Ausschnitte aus dem Gespräch mit ihm, das ich ebenfalls für »Nie« geführt hatte:

»Die Russen sind das am meisten unterdrückte Volk auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR?«

»Unterdrückt nicht, denn es ist ja schwer so etwas vom größten Volk innerhalb des Russischen Reiches und der Sowjetunion zu behaupten. Allerdings sind die Russen jenes Volk, das am meisten gelitten hat nach dem Zusammenbrechen dieser Staaten. Russland umfasst mehr als die Russische Föderation, zumindest ein Gebiet, das sich zusammensetzt aus Großrussland, also der Russischen Föderation, aus Kleinarussland, also der Ukraine, aus Weißrussland, also Belarus, und aus Neurussland, also Kasachstan. Es sollte auch daran erinnert werden, dass Russland jahrhundertlang für einen Zugang zum Meer gekämpft hat, den Aufbau der Häfen gestemmt hat, jetzt also nicht einverstanden sein kann mit dem Verlust von Riga, Tallinn, Kertsch und Sewastopol. Russland kann kein vom Meer abgeschnittenes Rumpfbild sein, das in fünf oder zehn Jahren zu zerfallen beginnt. Wir wollen solche Entwicklungen bereits jetzt vorbeugen, um spätere Gewalt zu verhindern. Russland wird als ein Großstaat existieren, dem kleinere nationale Komponenten angeschlossen werden. So ist eben dessen Natur. Früher oder später verabschieden wir uns vom Lenin'schen Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Ich bin ein russischer Imperialist, denn ich denke, dass der Reichsgedanke jene

³² Dmitri Rogosin (Jg. 1963) war Mitbegründer und führender Kopf des Kongresses der Russischen Gemeinschaften (Kongress russkich obtschin), der 2011 offiziell aufgelöst wurde.

■ Variante ist, mit der Russland das 21. Jahrhundert überstehen wird.
 ■ Ich sehe nichts Schlechtes daran, das Wort ›Imperialist‹ braucht niemanden zu erschrecken. Ich bin gegen jede Änderung der Grenzen, die 1975 in Helsinki mit der KSZE-Schlussakte bestätigt worden sind.
 ■ Doch die Grenzen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sollten revidiert werden.«

■ *»Transnistrien und die Krim zum Beispiel?«*

■ *»Der Aufbau eines neuen Russlands sollte ausschließlich auf demokratischen Weg erfolgen, mittels Referenden. Auf diese Weise kann jener geopolitische Raum wiederhergestellt werden, der sich bis vor kurzem Sowjetunion nannte. Falls sich die Ukraine dem Bestand Russlands anschließen möchte, die westlichen Oblaste sich aber dagegen sperren, könnte Polen sie übernehmen.«*

■ *»Wie große wird Russland dann im Ergebnis dieser ›geopolitischen Neugestaltung‹ sein?«*

■ *»Es wird mindestens die Russische Föderation, die Ukraine, Belarus, Kasachstan umfassen, dazu kleinere Regionen, die von Russen bewohnt werden.«*

■ *»In der Vielzahl der neuen postsowjetischen Staaten werden die Russen manchmal wie Bürger zweiter Klasse behandelt. Sie versuchen das auszunutzen und Widerstand der Russen gegen diese Politik zu organisieren, um sie bei dieser Gelegenheit um die Idee eines ›Großrusslands‹ herum zu einen. Läuft das nicht auf bewaffnete Konflikte, auf Blutvergießen hinaus?«*

■ *»Ich schließe den Einsatz von Gewaltmitteln aus, außer in Situationen, bei denen es zu brutalen Eingriffen gegen die Rechte von Russen kommen sollte, also Massenverhaftungen oder Tötungen.«³³*

■ Putin hat den Angriff gegen die Ukraine auch damit begründet, dass die Rechte der dort lebenden Russen massenhaft und systematisch verletzt worden seien, dass ihnen – wie er es bezeichnete – Völkermord drohe.

³³ Rusczy wieją. »Nie« rozmawia z Dimitrijem Rogozinem, przewodniczącym Kongresu Wspólnot Rosyjskich [Die Russen haben mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. »Nie« spricht mit Dimitri Rogosin, dem Vorsitzenden des Kongresses der Russischen Gemeinschaften], in: Nie, Nr. 14 vom 7.4.1994, S. 5.

Oberster Historiker im Land

Putins lange Fernsehansprache unmittelbar vor Kriegsausbruch nahm den Charakter einer Vorlesung zur Geschichte der Ukraine an. Der russische Präsident schien nachweisen zu wollen, dass das Nachbarland ein künstliches Gebilde sei: »Die heutige Ukraine wurde voll und ganz und ohne jede Einschränkung von Russland geschaffen, genauer vom bolschewistischen, kommunistischen Russland. Dieser Prozess begann im Grunde gleich nach der Revolution 1917. Lenin und seine Mitstreiter gingen dabei äußerst rücksichtslos gegen Russland selbst vor, von dem Teile seiner eigenen historischen Gebiete abgetrennt und abgestoßen wurden. Die Millionen Menschen, die dort lebten, hat natürlich niemand gefragt.«³⁴ Lenin wird bezichtigt, den Nationalisten viel zu große Zugeständnisse gemacht zu haben, wenn er anderen Sowjetrepubliken Gebiete zugesprochen habe, die denen gar nicht gehörten: »Noch einmal die Frage: Wozu solche großzügigen Geschenke, von denen nicht einmal die glühendsten Nationalisten geträumt hatten, und wozu wurde dann noch den Unionsrepubliken das Recht verliehen, ohne Voraussetzungen aus dem Staatsverband auszutreten?«³⁵

Aus dieser Perspektive war die Sowjetunion für den russischen Staatsoberhaupt kein neuer Staat oder Bundesstaat, der in seiner ganzen Anlage über die Grenzen des historischen Russlands hinausreichte, sondern lediglich eine andere Form oder Verkörperung der russischen Staatsidee, auch wenn in dieser Hinsicht entschieden schwächer durchgebildet als das einheitliche und administrativ in Gouvernements unterteilte Zarenreich, das den widerstrebenden nationalen Gefahren gehörige Abfuhr erteilen konnte: »Vom Standpunkt des historischen Schicksals Russlands und seiner Völker waren die Leninschen Prinzipien des Staatsaufbaus nicht nur einfach ein Fehler, sie waren sozusagen viel schlimmer als ein Fehler. Seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 ist das vollkommen offensichtlich.«³⁶ Laut Putin wurde auf »Basis genau dieser Leninschen Ideen eines konföderativen Staatsaufbaus und der Parole vom

³⁴ Wladimir Putin: Rede an die Nation vom 21.2.2022, zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/ abgerufen am 28.8.2022. Seine Worte richtete Putin »selbstverständlich [...] auch an unsere Landsleute in der Ukraine«.

³⁵ Ebd.

³⁶ Ebd.

Selbstbestimmungsrecht der Völker bis hin zur Abspaltung [...] dann die sowjetische Staatlichkeit errichtet«. ³⁷ Seinen Geschichtsexkurs zusammenfassend, gebraucht er dieses deftige Bild: »Die Sowjetukraine ist, wie gesagt, ein Ergebnis der bolschewistischen Politik und man kann sie heute mit Fug und Recht als Wladimir-Lenin-Ukraine bezeichnen. Er ist ihr Erfinder und ihr Architekt.« ³⁸

■ *Erinnerung 9*

■ Solche Überzeugungen hatte Putin in seinen ersten Präsidentschaftsjahren nicht vertreten. Im Frühjahr 2007, als zum Beispiel die polnische Regierung unter Jarosław Kaczyński ³⁹ bereits kräftig daranging, mit Geschichtspolitik eine Waffe sowohl für die Innen- als auch Außenpolitik zu schmieden, versicherte mir Michail Schwydkoj, damals Kulturminister Russlands, in einem Interview, dass russische Politik an die Geschichte völlig anders herangehe: »Zum Glück gibt es in Russland keinen Historiker, der ein offizieller Historiker für den russischen Gegenwartsstaat wäre. Einen Historiker der ein Monopol besäße für die Auslegung der Vergangenheit. In Russland gibt es kein Institut für Nationales Gedenken. Bei uns in Russland ist jeder Bürger für sich ein Institut für Nationales Gedenken. Deshalb ist solch eine Einrichtung überflüssig. In Russland gibt es genügend Platz für verschiedene Auslegungen der Geschichte. Die Unterschiede werden selbst in den Schullehrbüchern verschiedener Autoren deutlich. [...] Kein Historiker in Russland kann von sich sagen: Nur ich darf die Geschichte auslegen, mir kommt das Monopol für Geschichte zu. Ich kenne die Situation in Polen nicht. Ich weiß nicht, ob die Einrichtung eines Instituts für Nationales Gedenken einen offiziellen Standpunkt des Staates zu den Ereignissen in der Vergangenheit bewirken soll. In Russland gibt

³⁷ Ebd.

³⁸ Ebd.

³⁹ Die von Jarosław Kaczyński geführten Nationalkonservativen regierten erstmals vom Herbst 2005 bis Herbst 2007, versuchten in dieser Zeit auffallend, mit geschichtspolitischer Offensive innenpolitischen Raum zu sichern, was aber noch einmal schiefging. Eine wichtige Rolle spielte in diesen Überlegungen das bereits 1999 geschaffene staatliche Institut für Nationales Gedenken (IPN), das dann nach 2015 fast vollständig unter die politische Kontrolle der Nationalkonservativen geriet.

■ es einen solchen offiziellen Standpunkt nicht. Geschichte wird nicht verstaatlicht. [...] Ich bin Anhänger der gegenseitigen Annäherung, auch im Bereich der Geschichte. Wir haben gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Ukraine. Es reicht an Iwan Masepa oder Bohdan Chmielnyzkyj⁴⁰ zu erinnern, um die Unterschiede beim Herangehen an dieselben historischen Gestalten und Ereignisse zu spüren. Dennoch schaffen wir es, einen Konsens zu finden, wie wir die Geschichte in den Schulbüchern darstellen, damit die Kinder nicht in den Wahn verfallen und das, was sie hier lernen, mit dem vergleichen, was ihre Altersgenossen dort im Nachbarland lernen.«⁴¹

■ Die Situation änderte sich nach 2012, nachdem Wladimir Medinski Kulturminister Russlands wurde, der sich zum Schöpfer jener staatlichen Geschichtspolitik aufschwang, mit der schließlich der Überfall auf die Ukraine begründet wurde.⁴² Nach Kriegsausbruch leitete er die russische Verhandlungsdelegation, die sich am 28. Februar bzw. Anfang März insgesamt dreimal in Belarus mit der ukrainischen Seite – ergebnislos – zusammengesetzt hatte.

Vergangenheit kennt keine Zukunft

Die Sowjetunion gewann ihre Energie zum Aufbau aus der Zukunft, aus der Perspektive eines gewaltigen gesellschaftlichen Umbruchs. Sie schuf den Ausblick auf eine klassenlose, kommunistische Gesellschaft, in der die allseitige Entwicklung eines jeden Menschen gesichert sei, in der es keine Formen von Ausbeutung und Diskriminierung mehr geben solle. Wenn in

⁴⁰ Bohdan Chmielnyzkyj (1595–1657), Kosakenhetman, Anführer eines gegen die polnisch-litauische Adelsnation gerichteten Aufstands, treibende Kraft für ein 1654 besiegeltes Bündnis mit dem Moskauer Zaren. Iwan Masepa (1639–1709), Kosakenhetman, zunächst lange Zeit enger Verbündeter von Peter I., wechselte im Nordischen Krieg die Seiten, kämpfte beim Schwedenkönig Karl XII. und verlor. Von Voltaire und Byron später als Volksheld gewürdigt, einer der großen mythischen Figuren der ukrainischen Geschichte.

⁴¹ Nie plujmy sobie do zupy [Hören wir auf, uns gegenseitig in die Suppe zu spucken]. Interview mit Michail Schwydkoi, in: Przegład, Nr. 25 vom 24.6.2007. S. 39.

⁴² Wladimir Medinski (Jg. 1970) war von 2012 bis 2020 Kulturminister Russlands, seitdem Präsidentenberater.

der Sowjetunion dieses Zukunftsbild gemalt wurde, dann stützte sich dieses nicht auf nationale Ideen und Traditionen, sondern auf internationale Ideen: auf den Sozialismus, auf die Lehren von Marx und Engels, auf die internationale Arbeiterbewegung. Deshalb hatte das Sowjetsystem selbst in den Jahren schlimmster Repressionen seine Anhänger auch im Ausland.

Jahrzehntelang glaubten die Bewohner der Sowjetunion, dass die von den Regierenden verheißene lichte Zukunft eintreten werde. Sie sahen sie kommen mit dem Start des ersten Satelliten, mit dem ersten Raumflug eines Menschen, mit den erfolgreichen Exkursionen in die arktischen Polarregionen, mit der friedlichen Nutzung der Atomenergie, mit den wissenschaftlichen Entdeckungen und den Pionierleistungen der Ingenieure. Selbst der gesellschaftliche Auf- oder Umbruch in der Endphase der Sowjetunion, der sich nicht zuletzt aus einer immer größer werdenden Kluft zwischen den Ideen, wie sie die Regierenden vertraten, und der grauen Wirklichkeit erklärte, hatte seine Zukunft aus universellen Werten geschöpft: aus Freiheit und Demokratie.

Das heutige Russland folgt den Spuren des Zarenrusslands. Es lebt in der Vergangenheit, fürchtet die Zukunft. Das heutige Russland schöpft seine Energie aus Geschichte, Tradition und Religion, sein Vorgehen wird legitimiert mit den toten Geschlechtern. Das heutige Russland rüstet – vorgeblich nur zur Verteidigung seines tausendjährigen Erbes – gegen fortschrittliche Strömungen und Bestrebungen: Es werden Listen ausländischer Agenten zusammengestellt, also derjenigen Menschen und Einrichtungen in Russland, die auf eine freie und faire internationale Zusammenarbeit vertrauen, es werden diskriminierende Verordnungen gegen LGBTQ erlassen, die Frauen sollen zurückgestuft werden auf die Rolle als Ehefrau, Mutter und Patriotin. Zwei Wochen nach dem Überfall auf die Ukraine grüßte Putin aus Anlass des Frauentages am 8. März – einem staatlichen Feiertag in Russland – alle Russinnen, wobei er bedeutungsschwer neben einem Standbild von Katharina II. stand, jener Zarin, die als große Eroberin in die Geschichtsbücher eingegangen ist.

Opfer des Krieges gegen die Ukraine sind nicht zuletzt die Menschen in Russland selbst, diejenigen, die bei den Kämpfen ums Leben kommen oder ihre Angehörigen verlieren, diejenigen, die nun ihre Möglichkeiten verlieren, sich entsprechend ihrer Überzeugungen gemeinschaftlich zu engagieren und einen offenen Meinungs austausch zu führen, die keinen Zugang mehr haben zu pluralistischen Medien, die Angst haben müssen vor dem eigenen Staat und die um ihre Zukunft bangen.

Zweiter Teil

Drei Reportagen – Riga, Tallinn, Kaliningrad

von Krzysztof Pilawski

Die drei nachfolgenden Reportagen wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten für die polnische Wochenzeitung »Przeгляд« geschrieben. Sie sind für die vorliegende Publikation an wenigen Stellen überarbeitet worden, ohne in den Sinn der ursprünglichen Fassung einzugreifen. Außerdem wurden Fußnoten hinzugefügt, damit den Leserinnen und Lesern das Verständnis erleichtert wird.

Das Sankt-Georgs-Band kämpft

(Mai 2009)

»Russland, Russland!«, so schallt es immer wieder aus der Menge, die am späten Abend des 9. Mai 2009 über die breite Flussbrücke hinweg in die Rigaer Altstadt zieht. Es sind vor allem junge Menschen, viele darunter, die erst nach 1990/91 zur Welt gekommen sind. Die Menschenmenge zieht herüber vom Denkmal des Sieges, wo an diesem Tag des Sieges der Roten Armee über Hitlerdeutschland gedacht wurde. Die Tatsache, dass junge Russen aus Lettland bei dieser Gelegenheit ganz offen ihre Sympathie mit dem heutigen Russland zum Ausdruck bringen, hängt auch zusammen mit dem nach der Unabhängigkeitserklärung des Landes bestimmtem Vorgehen der lettischen Behörden gegenüber der dort ansässigen russischen Minderheit, welches oft genug als Diskriminierung angeprangert worden ist.

Rigas Bürgermeister Jānis Birks wollte die Feierlichkeiten zum Tag des Sieges am 9. Mai gleich ganz untersagen.⁴³ Ende April hatte er erklärt, dass hier Kräfte organisiert würden, die nicht loyal seien gegenüber dem lettischen Staat, sodass die Gefahr bestünde, aus der Gedenkfeier eine offene und massenhafte Ablehnung der lettischen Staatlichkeit zu machen. Die Stadträte der Hauptstadt entschieden indes anders, gaben grünes Licht für die Massenveranstaltung im weitläufigen Parkgelände am weithin sichtbaren Denkmal des Sieges.

Bereits am Vortage hatte Riga eine Art Fahnenstreit erlebt. Tausende Privatautos schmückte das Sankt-Georgs-Band, jenes orange-schwarze Symbol russischer Militärfeldzeichen aus dem Zarenreich, das 1942 im Großen Vaterländischen Krieg als Gardeband wiedereingeführt worden war und seit 2006 in Russland als sichtbares Zeichen für die Erinnerung an den

⁴³ Jānis Birks (Jg. 1956), Mediziner, war von 2007 bis 2009 Bürgermeister Rigas, zog sich danach aus der Politik zurück. Sein bis 2019 amtierender Nachfolger Nils Ušakovs, dessen Großeltern 1940 aus der Sowjetunion nach der Annexion Lettlands nach Riga gekommen waren, hatte hingegen selbst mehrmals die Gelegenheit genutzt, um persönlich auf der Gedenkveranstaltung zum 9. Mai Begrüßungsworte zu überbringen. 2020 und 2021 fiel die Gedenkveranstaltung der Corona-Pandemie zum Opfer, 2022 wurde die Veranstaltung nach dem russischen Überfall auf die Ukraine untersagt. Im August 2022 wurde das 1985 eingeweihte Denkmal nach einem Beschluss des lettischen Parlaments über die Beseitigung öffentlicher Denkmäler aus der sowjetischen Zeit abgebaut und niedergerissen.

Tag des Sieges massenhaft verbreitet ist. An anderen Autos nun wieder war das lettische Fahnentuch zu sehen, die Busse und Straßenbahnen hingegen waren neben der lettischen Fahne zusätzlich mit der EU-Fahne geschmückt, denn der 9. Mai ist in Lettland zugleich Europatag.

Auf dem Parkgelände am Denkmal des Sieges war eine große Bühne aufgebaut worden, auf der pünktlich um 10 Uhr Ortszeit die Liveübertragung der Militärparade auf dem Roten Platz in Moskau begann. Hier in Riga schauten erst wenige tausend Menschen zu, verteilt wurden bereits Anstecker mit dem Georgsband, darauf russisch geschrieben die Glückwünsche zum Tag des Sieges. Alle, die hierherkommen, haben Blumen dabei, die gut aufgereiht am Denkmal niedergelegt werden. Am Abend wird es dann ein Meer von hunderttausend Blumen sein, ein überwältigender Eindruck für den Gast aus Warschau. Waren es am Vormittag vor allem Menschen im Rentenalter, die am Denkmal zu sehen sind, kommen ab der Mittagszeit immer mehr Menschen auch jüngeren Alters, ganze Familien mit Kind und Kegel. Nach dem abschließenden Feuerwerk um 22 Uhr sind vor allem junge Menschen zu sehen, die nun deutlich in der Mehrheit sind. Die Polizei der Hauptstadt wird von 10.000 Besuchern sprechen, die am Denkmal gewesen sein sollen, doch die Zahl ist bewusst untertrieben – es waren an diesem Tage deutlich über 100.000 Menschen hier, wovon das Blumenmeer bestens Zeugnis gibt.

Die mitgebrachten Blumen legen junge Mädchen nieder, gleichfalls die ins Alter gekommenen Menschen mit graugewordenen Haaren, denen es schwerfällt, sich zu bewegen. Die Menschen kommen hierher in abgetretenen Schuhen, abgenutzten Mänteln, andere wiederum mit bestem Schuhwerk und in teuren Anzügen. Für alle ist das Hiersein am 9. Mai am Denkmal des Sieges in Riga moralische Verpflichtung und zugleich sichtbare Demonstration eines inneren Zusammenhalts.

Einige Teilnehmer halten rote Flaggen in den Händen, Hammer und Sichel sind in auffälliger Weise zugeklebt. Die Sowjetfahne ist in Lettland verboten, Zuwiderhandlung wird bestraft. Am frühen Nachmittag, als die Gedenkfeier immer mehr in Fahrt kommt, wagt ein einzelner Mann, die Sowjetfahne mit Hammer und Sichel zu zeigen. Sofort stürmt ein Trupp von Polizisten in voller Montur auf den Mann los, reißt ihm die Fahne aus der Hand und nimmt ihn fest. Das Argument einer aufgebrachten Menge, dass es sich schließlich um die Siegesfahne handle, dass diese an diesem einen Tag und eben hier am Denkmal erlaubt sein sollte, half nicht.

In der Zwischenzeit haben sich lettische Kriegsveteranen vor dem Okkupationsmuseum, in dem vor allem an die sowjetische Zeit 1940/41 und von 1945 bis 1990 erinnert wird, zum Protest versammelt. Eigentlich hatten sie vor, am Denkmal des Sieges einen Kranz aus Stacheldraht abzulegen. Daraus wird nichts, der Kranz bleibt schließlich vor dem Okkupationsmuseum liegen. Doch auch so versuchen einzelne lettische Nationalisten, mit ihrer sichtbaren Anwesenheit am Denkmal des Sieges für Unruhe zu sorgen, was aber bereits wegen der erdrückenden Zahlenverhältnisse scheitert. Als am Abend nach der Gedenkveranstaltung die Menge junger Menschen mit den Rufen nach »Russland, Russland« immer näher an das Okkupationsmuseum rückt, wird der Kranz aus Stacheldraht doch noch angezündet. Eine Gruppe von Menschen in feinsten Abendgarderobe intoniert daneben Beethovens »Ode an die Freude« und erhebt demonstrativ das Champagnerglas. »Ihr könnt nach Russland schreien, so viel ihr wollt« – so unverkennbar die Botschaft in der Geste, »doch hier stehen wir nun einmal auf dem Boden des unabhängigen Lettlands«. Das tief sitzende Gefühl von historischer Überlegenheit war ihnen anzusehen.

Gleich nebenan auf dem Platz vor dem Dom, in dem die berühmte Rigaer Orgel die Besucher anzieht, ist eine patriotisch ausgerichtete Ausstellung zu besichtigen, auf der Fotos im Rahmen eines international ausgeschriebenem Kunsthappenings zu besichtigen sind, die Jahre 1987 bzw. 2007 betreffend. Unter tausenden Eingängen wählte die Jury für Lettland einige Dutzend Fotos aus, die jetzt gezeigt werden. Die Aufnahmen von 1987 sollen vor allem Zurückgebliebenheit und Armut verdeutlichen: In der Molkerei füllen die Beschäftigten den Quark mit bloßen Händen ab, die Bauern hüten die Kühe mit Holzstöckern, eine vielköpfige Familie schläft in mehreren Betten in einem Zimmer. Neben einem Schwarz-Weiß-Bild, auf dem die leeren Regale in einem Molkereigeschäft mitsamt der sich langweilenden Verkäuferinnen zu sehen sind, steht als Kontrast das Farbbild eines vor lauter bunten Waren überquellenden Supermarktes. Die Ausstellung, die unter Schirmherrschaft der EU-Kommission steht, soll wohl zeigen, dass Lettland als EU-Mitglied im Vergleich zum annektierten Sowjetlettland einem wahren Paradies gleiche.

Die älteren Menschen vor dem Denkmal des Sieges sind da anderer Meinung. Deren Idol ist Alfrēds Rubiks, ein Lette, vor dem Zusammenfall der Sowjetunion Mitglied des Politbüros im Zentralkomitee der KPdSU und Erster Sekretär der Kommunistischen Partei Lettlands. Für die Un-

terstützung des Augustputsches 1991 in Moskau wurde er in Riga wegen Hochverrats angeklagt und 1993 zu einer achtjährigen Gefängnisstrafe verurteilt; 1997 vorzeitig entlassen. Bevor er verurteilt worden war, hatte er bei den Wahlen ein Abgeordnetenmandat im lettischen Parlament errungen, konnte es aber nicht mehr antreten. Nach 1995 konnte sich Rubiks nicht mehr wählen lassen, weil ein 1995 verabschiedetes Gesetz jenen Personen das passive Wahlrecht entzog, die vor 1991 Funktionen in der Kommunistischen Partei innehatten. Statt Alfrēds sitzt nun seit 2006 Artūrs Rubiks im Parlament, sein Sohn.⁴⁴

Alfrēds Rubiks hat aber einen persönlichen Grund, um am 9. Mai auch den offiziellen Europa-Tag zu feiern. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament steht ihm das passive Wahlrecht zu, so kann er zu den baldigen Europawahlen als Kandidat des Harmoniezentrum starteten. Die Liste, für die er ins Rennen gehen wird, hat in Umfragen zuletzt 14% der Stimmen, was ihm gute Aussichten gibt, gewählt zu werden.⁴⁵

Also nutzt Rubiks jetzt die Gelegenheit, um am Denkmal des Sieges seine entschiedene Position an den Mann oder die Frau zu bringen, sprach davon, dass der Sieg der Sowjetunion über den Faschismus nicht nur ein militärischer Sieg gewesen sei, sondern auch ein politischer und ideologischer. Er widersprach heftig den Versuchen, das Hitlerregime

⁴⁴ Artūrs Rubiks (Jg. 1970) zog auch 2010, 2014 und 2018 für die sozialdemokratische Harmoniepartei (Saskaņa) ins lettische Parlament ein. Saskaņa galt bis Herbst 2022 als wichtigstes politisches Sprachrohr für die Interessen der russischen Minderheit. Bei den Wahlen 2014 und 2018 stieg Saskaņa zur stimmenstärksten Partei Lettlands auf (23% bzw. 20% der abgegebenen Stimmen). Bei den jüngsten Parlamentswahlen im Oktober 2022 erfolgte ein drastischer Stimmenverlust, der mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine zusammenhängt. Die Partei scheiterte mit 4,7% der abgegebenen Stimmen an der 5%-Hürde, ein Großteil der russischen Wählerschaft hat folglich die weitere Gefolgschaft verweigert, weil sich Saskaņa bislang prononciert für die EU-Mitgliedschaft Lettlands eingesetzt hat und eine Lösung ungeklärter Minderheitenfragen strikt im Rahmen des unabhängigen Lettlands suchte, also Putins Vorgehen gegen die Ukraine verurteilen musste.

⁴⁵ Alfrēds Rubiks (Jg. 1935) war von 2009 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments, schloss sich der konföderalen Fraktion GUE/NGL an. 2012 hatte er an alle EU-Parlamentarier seine Autobiografie »From Political Prisoner to European Parliament Member« verteilt, in der er ein Bild seines Landes zeichnete, das auf scharfe Kritik bei anderen EU-Parlamentariern aus Lettland stieß.

mit dem Regime der Sowjetunion gleichzusetzen, unterstrich ausdrücklich den persönlichen Anteil Stalins an der Zerschlagung des Hitlerreiches. »Diesen Sieg wird euch niemand nehmen«, so Rubiks am Schluss seiner Rede.⁴⁶

Unter den Besuchern am Denkmal wird eine Wahlzeitung verteilt, in der neben dem Wahlprogramm des Harmonieentrums ein längeres Interview mit Rubiks abgedruckt ist. Rubiks findet, dass der Hauptwert der EU in der Betonung der Menschenrechte bestehen sollte. Wie im Wahlprogramm des Harmonieentrums fordert er ein Ende mit der Praxis der Staatenlosigkeit, also von Personen in Lettland, die keine Staatsbürgerschaft erhalten. Allen, die in Lettland seit Langem ihren festen Wohnsitz haben, sollte das Recht eingeräumt werden, die lettische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Rubiks verspricht die EU-Strukturen auszunutzen, um die Ungerechtigkeiten gegenüber der russischsprachigen Minderheit zu beseitigen.⁴⁷

Am 9. Mai wird die Szenerie am Denkmal des Sieges eindeutig von der russischen Sprache beherrscht. Auf der großen Bühne gleich nebenan wechseln sich ununterbrochen die verschiedensten Estradenkünstler ab. Es erklingen natürlich auch die alten Kampflieder aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Teenager überreichen den Kriegsveteranen Blumen, lassen sich zusammen mit ihnen fotografieren. Statt der roten Sowjetfahne halten die jungen Menschen die russische Fahne in der Hand, die in Lettland nicht verboten ist. Mich verlässt nicht das Gefühl, dass die

⁴⁶ Im Narrativ der Okkupationsmuseen in Tallinn und Riga werden Lenin als Begründer der Sowjetunion und Hitler als Führer des Deutschen Reiches prononciert als Anführer totalitärer Systeme, die für das eigene Land schließlich gefährlich wurden, gleichgesetzt.

⁴⁷ Zu diesem Zeitpunkt gab es in Lettland rund 360.000 Personen ohne Staatsbürgerschaft. Ein wichtiger Streitpunkt zwischen Russland und den drei baltischen Republiken ist die Frage, ab wann die Anerkennung der Unabhängigkeit gilt. Für Moskau gilt sie erst ab dem Zerfall der Sowjetunion 1990/91, sodass die Jahre 1940 bis 1990 ausgeklammert werden. Für Estland, Lettland und Litauen hingegen gilt die Unabhängigkeit seit 1918, sodass die Zeit von 1940 bis 1990 zumindest als Annexion gewertet werden müsse, wobei dann entscheidend ist, dass in einem solchen Fall die Besatzungsmacht keinen Bevölkerungsaustausch vornehmen darf. So wird insbesondere in Tallinn und Riga darauf verwiesen, dass die Bevölkerungszusammensetzung vor 1940 deutlich eine andere gewesen ist als 1990.

hier demonstrativ hochgehaltene russische Trikolore vielleicht bedrohlicher sein könnte als Hammer und Sichel.

Die einheimischen Journalisten unterstreichen übereinstimmend, dass von Jahr zu Jahr immer mehr Jugendliche von der Gedenkfeier angezogen werden. Junge Menschen bereiten die Feierlichkeiten vor, pflegen Kriegsgräberstellen und Soldatenfriedhöfe in Lettland, wo 160.000 Rotarmisten gefallen sind. Sie übernehmen die russische Auslegung vom Großen Vaterländischen Krieg, der mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 begonnen hat. Nach dieser Lesart hat die Sowjetunion den kriegsentscheidenden Beitrag geleistet, die Westalliierten stehen hinter den Erfolgen der Roten Armee zurück. Gut zu sehen ist diese ideologische Handschrift im Zentralmuseum des Großen Vaterländischen Kriegs in Moskau, dessen Dauerausstellung an klarer und zielführender Handschrift keine Wünsche übrig lässt. Große Dioramen zeigen nacheinander die Schlacht um Moskau, die Schlacht um Stalingrad, die Panzerschlacht am Kursker Bogen, die Forcierung des Dnepr, die Blockade Leningrads, die Schlacht um Berlin. Im Moskauer Museum fehlt der Zeitraum vom 23. August 1939 (Datum des erst am 24. August unterzeichneten Ribbentrop-Molotow-Pakts) bis zum 22. Juni 1941. Die Eingrenzung des Zweiten Weltkriegs auf den Zeitraum von 1941 bis 1945 kommt der russischen Geschichtspolitik entgegen – es ist einfach, Gut und Böse zu unterscheiden: in diejenigen, die gemeinsam mit der Roten Armee kämpften, und in diejenigen, die gemeinsam mit Hitler kämpften. Hitlerdeutschland hat andere Länder besetzt und okkupiert, die Rote Armee hat sie befreit und die Freiheit gebracht. Diese einfache Sichtweise soll der russischsprachigen Jugend überall über die russischen Fernsehkanäle, über Internet und mit entsprechenden Büchern beigebracht werden. Es ist klar, dass diese jungen Menschen einen Besuch im Okkupationsmuseum in Riga ablehnen, einem wichtigen Mittel für die gängige lettische Sicht auf die Geschichte.

Hier wird der zeitliche Rahmen des Zweiten Weltkriegs gleich ganz weit gezogen, nämlich vom Ribbentrop-Molotow-Pakt bis zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1990/1991. Während dieser Zeit hat Lettland drei Okkupationen durchlebt, die erste sowjetische vom Juni 1940 bis Juni 1941, die deutsche vom Sommer 1941 bis zum Frühjahr 1945 und schließlich die zweite sowjetische von 1945 bis 1990/91. Auch hier in Riga soll die Aussage einfach sein: Die Guten haben für die lettische Freiheit und Unabhängigkeit gekämpft, die bösen Kräfte aber haben den

Okkupanten, vor allem aber den sowjetischen in die Hände gespielt. Im Zentrum der Dauerausstellung steht das Leid Tausender unterdrückter und verfolgter Letten, weniger Raum wird dem massenhaften Judenmord gewidmet, dem Zehntausende unschuldige Menschen zum Opfer fielen, wobei lettische Freiwilligenverbände die Handlangerdienste für die deutsche Besatzungsmacht verrichteten, was in der Ausstellung höchstens am Rande thematisiert wird. Diese schreckliche Schattenseite soll vergessen werden. Auf dem Gebiet des früheren Rigaer Ghettos wurde gleich neben der zerstörten Synagoge 2007 ein großes Denkmal eingeweiht, mit dem an jene Einwohner Lettlands erinnert wird, die ungefähr 500 Juden vor dem Tod gerettet haben. Ein Denkmal für die ermordeten Juden Rigas aber fehlt an dieser Stelle.⁴⁸ Das ist ein wenig so, wie wenn in Warschau anstelle des weltberühmten Denkmals für die Helden des Warschauer Ghettos ein Denkmal stünde für jene Polinnen und Polen, die in dieser Schreckenszeit Juden das Leben gerettet haben.⁴⁹ Das Jüdische Museum in Riga ist in einem Gebäude untergebracht, in dem auch Organisationen der russischen Minderheit ihren Sitz haben. Der 9. Mai wird im Jüdischen Museum feierlich begangen, er besiegelte das Ende der ungeheuerlichen Schreckenszeit, die den Juden Lettlands einen unvorstellbaren Blutzoll abverlangt haben. Der russische Standpunkt liegt hier näher als der lettische.

Auch wenn der Fall der Berliner Mauer bereits eine Weile zurückliegt, Grenzen seither ihren teilenden Charakter verloren haben, so liegen Trennungslinien weiterhin hoch genug im Kurs. Weder Russland noch Lettland wollen heraus aus den Schützengräben der Geschichte, beide Seiten sind bereit, ihre Haltung und Sichtweise bis zum Äußers-

⁴⁸ Allerdings gibt es derartige Erinnerungsstätten an anderen Stellen der Hauptstadt und Umgebung, so in Rumbula zur Erinnerung an die an zwei Tagen Ende 1941 ermordeten über 20.000 Menschen. Rumbula war zudem die einzige Erinnerungsstätte in der Sowjetunion, in der ausgewiesen zu lesen stand, warum die Menschen umgebracht wurden – weil sie Juden waren. Ansonsten verlor sich diese Besonderheit immer hinter der üblichen Losung »Opfer des Faschismus«.

⁴⁹ Tatsächlich ist die Regierung der polnischen Nationalkonservativen im Rahmen ihrer Geschichtspolitik seit 2015 bemüht, ganz in der Nähe des Denkmals für die Helden des Ghettos an jene Polinnen und Polen zu erinnern, die Juden gerettet haben.

ten zu verteidigen. Eine Politik, die auf eine plakative Unterscheidung von Gut und Böse setzt, scheint allzu verlockend zu sein.

Die Jahre bis zum Beitritt Lettlands in die EU im Mai 2004 sahen die lettische Seite eindeutig im Vorteil, doch zuletzt hat sich der Wind ein wenig gedreht. Die chaotischen Turbulenzen der Jelzin-Jahre sind längst vorüber, Russland holt wirtschaftlich auf, die Verdienstmöglichkeiten für junge Spezialisten gleichen sich an, die enormen Möglichkeiten des russischen Marktes sind in vielfacher Hinsicht verlockend, der tiefe Einbruch der Weltfinanzkrise 2008/09 in Lettland tat Übriges. Unter der russischen Jugend Lettlands ist außerdem das große Potenzial von Sport und Kultur in Russland überaus attraktiv, es hilft zusätzlich, die Bindungen der hier in Lettland geborenen jungen Menschen an das Land der Vorväter zu stärken. Und manchmal rächt sich jetzt die nach der lettischen Unabhängigkeit durchgesetzte Teilung in bessere und schlechtere Einwohner des Landes auf paradoxe Weise. Die Kinder der Schmuttelkinder aus den 90er-Jahren tanken nun neues Selbstbewusstsein – jetzt fühlen sie sich mit dem riesigen und mächtigen Russland im Rücken plötzlich als die Besseren, pfeifen, wenn es sein muss, auch gerne auf die lettische Staatsbürgerschaft.

EU-Flaggen waren am Tag des Sieges auf der weiten Parkfläche am Denkmal des Sieges in Riga nicht zu sehen, dafür dominierte in den Abendstunden ein schier unendliches Meer aus russischen Fahnen, getragen meistens von jungen Menschen. Als Verbündete in ihrem Bestreben nach gleichen Rechten, nach völliger Gleichstellung der Minderheit in Lettland, deren Teil sie sind, nehmen sie Brüssel nicht wahr. Diese Rolle spielt aber energisch das offizielle Russland. Die jungen Mädchen und Jungen rufen an diesem Abend voll Überzeugung »Russland, Russland!«

Im russischen Tallinn

(Oktober 2017)

Am Bäckereistand eines Einkaufszentrums im Stadtteil Lasnamäe der estnischen Hauptstadt, in dem über 100.000 Menschen in Plattenbauten wohnen. Eine freundliche Russin bietet Kaffee und Tschebureki an, die in einer hiesigen Bäckerei frisch hergestellt werden. Der Name der fleischgefüllten Spezialität stammt von den Krimtataren, das Gebäck ist überall auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gleichermaßen bekannt wie beliebt. Über dem kleinen Tisch, an dem der heiße Leckerbissen verzehrt werden kann, ist ein russischer Kalender angebracht, aus dem Radiogerät hinter der Ladentheke klingt russische Schlagermusik. Zugleich fällt auf, dass die Preisschilder nur estnisch beschriftet sind. »Warum gibt es keine russischen Preisschilder?«, frage ich. Die Verkäuferin erklärt höflich, das »ist gesetzlich unzulässig, die Staatssprache ist schließlich Estnisch«.

Im Zeitungskiosk nebenan liegen Hunderte von Zeitungstiteln aus, aber kaum einer in estnischer Sprache. Die Kunden seien meist ältere Menschen, sagt die Kioskbesitzerin, sie klagten immerzu über die allzu hohen Preise, aber sie kauften die Titel dann doch, denn sie seien an diese seit den Kindertagen gewöhnt. In Estland gibt es keine russischsprachige Tageszeitung mehr, 2016 hat auch die führende estnische Tageszeitung »Postimees« ihre russische Ausgabe eingestellt. Die bevorzugte gedruckte Informationsquelle ist nun die mit einer Auflage von 14.000 Exemplaren herausgebrachte »MK – Estonija«, die zur russischen Zeitungsgruppe von »Moskowski Komsomoletz« (daher die Abkürzung MK) gehört. Russische Meinungsblätter, egal ob Tages- oder Wochenzeitungen, gib es nicht am Stand, dafür liegen aber jede Menge Illustrierter und Boulevardblätter aller Art aus. Die russischstämmigen Einwohner Tallinns informieren sich über das Geschehen im Nachbarland vor allem aus dem russischen Fernsehen oder aus dem Internet.

In den russischsprachigen Schulen im Stadtteil haben die Schüler – wie auch sonst an solchen Schulen überall vorgeschrieben – 60% des Unterrichts in Estnisch, 40% in Russisch. Da aber viele Lehrerinnen und Lehrer an solchen Schulen den Fachunterricht in Mathematik, Biologie oder Chemie in Estnisch, also nicht in der Muttersprache abhalten müssen, ist der zusätzliche Verlust für die Schulkinder vorstellbar. Es ist der Anfang einer Kette, die sich durch das weitere Leben zieht. Das wichtigste Kriterium für den beruflichen Aufstieg ist und bleibt neben

den Fachkenntnissen oft genug die entsprechende Sprachkenntnis, also des Estnischen. Doch mitunter reicht selbst die Sprache nicht, denn die Gleichstellung braucht oft genug entsprechendes Geld, wie viele Vertreter der russischen Minderheit meinen. Eine gewisse Rolle spielt auch das Geschlecht, denn für jene Russinnen, die einen Esten heiraten und den estnischen Familiennamen annehmen, erleichtern sich die Startmöglichkeiten.

Etwa 100 Meter vom Einkaufszentrum entfernt sind fünf Pfandleihen wie an einer Schnur nebeneinandergereiht. Eine davon gehört einem 40-jährigen russischsprechendem Mann, der wegen der Familienbeziehungen seines Vaters ohne Probleme die estnische Staatsbürgerschaft erhalten hat. Seine Mutter, die lange Zeit die Vorteile des Staatenlosen beim Überschreiten der estnisch-russischen Grenze genutzt habe, habe sich nun doch für die russische Staatsbürgerschaft entschieden. Sie habe zwei Hochschulabschlüsse, sei nach dem Zerfall der Sowjetunion arbeitslos geworden, arbeite jetzt als Reinemachefrau. In der Pfandleihe liegen in den Auslagen lauter sowjetische Auszeichnungen, Abzeichen und Medaillen für gute Arbeit. Sie zeugen davon, dass Estland zu den industrialisierten Republiken der Sowjetunion gezählt hatte. Eine silberne Ehrenspange ist auf 40 Euro taxiert, den Orden des Roten Banders der Arbeit gibt es für 75 Euro.

Rings um das Einkaufszentrum stehen Plattenbauten. 1973 war entschieden worden, auf dem brachliegenden Gelände in Lasnamäe eine Wohnsiedlung für 180.000 Menschen aus dem Boden zu stampfen. Die ersten Wohnblocks waren 1978 bezugsfertig. Die drei Plattenwerke der Stadt arbeiteten mit Volldampf, die Bauarbeiter setzten die angelieferten Platten zu Wohnblocks zusammen. Meistens erhielten die Beschäftigten der Industriebetriebe Tallinns die begehrte Wohnungszuweisung.

»Als ich als 14-Jähriger aus der Ukraine nach Estland kam, traf ich ein industriell rückständiges Land an«, sagt ein älterer Herr, der von seiner täglichen Nordic-Walking-Runde zurückkommt. »Niemand spricht heute davon, was die Sowjetunion alles für Estland getan hat, immerzu ist nur zu hören, was den Esten für Leid angetan worden sei. Ich habe viele Arbeitsstellen kennengelernt, habe einen langen Berufsweg vom einfachen Arbeiter bis zum Abteilungsleiter in einem großen Elektronikwerk zurückgelegt. Ich kann sagen, dass die Esten damals besser behandelt wurden als wir heute. Es gab in der Industrie und in der Verwaltung eine entsprechende Quotierung, auch in der Kulturbranche mussten Es-

ten immer ausreichend vertreten sein. Darauf wurde geachtet, mit dieser Politik wurde in der Sowjetzeit die estnische Elite gebildet, die nach dem Auseinanderfall der Sowjetunion die Macht übernahm. Die Situation der russischsprachigen Menschen, vor allem der Jugend, ist heute viel schlechter als die der Esten damals in der Sowjetzeit.«

Danach befragt, sagt der Angesprochene, er sei ein Staatenloser. Nun will ich doch wissen, warum er keinen russischen Pass annehmen wolle, der leicht zu haben sei und den freizügigen Verkehr in Russland und in der EU erlaube. »Wozu brauche ich einen russischen Pass? Als Staatenloser bin ich doch Weltbürger!«, antwortet er verschmitzt.

Die Pläne, Lasnamäe fertigzustellen, wurden vom Zerfall der Sowjetunion durchkreuzt. Das unabhängige Estland entschied sich für einen entschieden neoliberalen Kurs – mit dem Niedergang der Industrie, der Landwirtschaft, der See- und Hafenwirtschaft, mit der vollständigen Übernahme des Bankensektors durch das ausländische Kapital. Die Bewohner von Lasnamäe verloren Arbeit und Erwerbsquelle. Das bisherige Leben blieb zurück in den Fotoalben, in den Erinnerungsstücken wie den Orden, Diplomen und Medaillen. Viele der Wohnblocks sind grau geblieben wie in der Entstehungszeit, oft genug fehlt es an nachträglich eingebauten Fahrstühlen, auch moderne Wärmeisolierung ist noch längst nicht überall auszumachen.

»In der Sowjetunion war es besser: gesicherte Arbeit, billiger Wohnraum, kostenloser Urlaub«, sagt eine ältere Frau, die sich in der Gartenanlage eines Wohnhochhauses zu schaffen macht. Sie arbeitet zusammen mit ihrem Mann als Hausmeister. »Meine Rente beträgt 440 Euro, für die kleine Wohnung bezahle ich 140 Euro Warmmiete, dazu kommen Stromkosten und der Kabelanschluss. Tallinn ist eine sehr teure Stadt, wir kommen geradeso über die Runden. Zum Glück haben wir beide eine Rente, andere, die alleine sind, haben es viel schwerer.« Die Tochter des Hausmeisterpaares hat keine feste Arbeitsstelle in Estland, sie habe aber Glück gehabt, denn in Berlin habe sie etwas gefunden mit ihren Fähigkeiten beim Schneidern. Demnächst werde sie Mann und Kind wieder für längere Zeit zu Hause zurücklassen, um in Berlin Geld zu verdienen.

Das wichtigste geistige Zentrum in der Plattensiedlung ist die 2013 vom Moskauer Patriarchen Kyrill I. eingeweihte orthodoxe Kirche, ein gewaltiger, von weither sichtbarer Kirchenbau. Auf dem Grundstück steht ein Denkmal für den Vorgänger Alexius II., der 2003 die feierliche Grundsteinlegung vorgenommen hatte. Alexius war 1929 in Tallinn ge-

boren worden, sein Vater, ebenfalls Geistlicher und aus einer deutschstämmigen Familie, war vor der Revolution mit Familie aus Petrograd nach Estland emigriert.⁵⁰ In der Kirche wird geheiratet, werden die Kinder getauft, werden die Gestorbenen bei offenem Sarg verabschiedet. Der orthodoxe Glaube füllt oft genug die Leerstelle, die nach dem Kommunismus und dem Zerfall der Sowjetunion entstanden ist. Die estnisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchs ist die größere der beiden orthodoxen Kirchen in Estland.⁵¹

Wenn man auf einer großen Fußgängerbrücke die breite Ausfallstraße nach Osten überquert, um nach Lasnamäe zu kommen, kann schnell der Eindruck entstehen, man trete in ein abgesondertes Stadtgebiet ein, das von einer Bevölkerung bewohnt wird, die im Alltag nicht die Landessprache spricht, die eine gesonderte Kultur bewahrt hat, die ihr eigenes Leben lebt. Ich frage mich, ob es die Menschen nach Russland zieht. Am häufigsten bekomme ich zur Antwort: »Wer wartet dort auf uns?« Die Menschen wissen, dass bei allen Problemen hier die Einkünfte in Estland gewöhnlich höher sind als in Russland, auch hat man sich hier schließlich eingelebt. Sie hängen mehr an der untergegangenen Sowjetunion als an Putins Russland.

Im Hotel läuft im Fernsehprogramm der Deutschen Welle eine Reportage über die Situation der Frauen in Saudi-Arabien. Frauen und Männer sitzen brav getrennt, schauen aber in die gleiche Richtung, um dem Geschehen auf der Bühne zu folgen. In Estland hingegen schauen die Esten und diejenigen, die allgemein als russischsprachig gelten, auf verschiedene Bühnen. Für viele Esten ist die Gegenwart der Russischsprachigen ein Überbleibsel der Sowjetzeiten, also der Okkupation, mit der die Entwicklung des Landes auf tragische Weise unterbrochen wurde. Die Russischsprachigen hingegen wiederholen gerne sarkastisch, dass Estland einst in der Sowjetunion das nach Westen blickende Gesicht, also ein Aushängeschild gewesen sei, nunmehr aber das in Richtung Russ-

⁵⁰ Alexei Ridiger (1929–2008) war von 1990 bis zu seinem Tode als Alexius II. Patriarch von Moskau.

⁵¹ Daneben gibt es in der orthodoxen Richtung die Estnische-Apostolische Orthodoxe Kirche, was nach orthodoxem Kirchenrecht eigentlich nicht möglich sein sollte, aber in Estland von beiden Seiten mehr oder weniger akzeptiert wird. Zusammengerechnet kommen die beiden orthodoxen Kirchen an Gläubigen auf etwa 13% der Gesamtbevölkerung. Knapp 14% der Bevölkerung fallen als Gläubige der Estnischen Evangelisch-Lutherischen Kirche zu.

land zeigende Gesäß der EU sei. Doch sie wissen zugleich, dass Russland nicht auf sie wartet. Jetzt fragen sich viele, wie Moskau mit der annektierten Krim zurechtkommen wird. Den Berichten derjenigen, die von einer Urlaubsreise nach Jalta zurückkommen, wird aufmerksam gefolgt.

Kaliningrad – Sehnsuchtsort Königsberg

(Juli 2014)

Die Anfahrt mit dem Linienbus aus Warschau nach Kaliningrad ist durchaus zeitraubend. Eine Alternative zum Straßenverkehr gibt es kaum. Einst hatte die polnische Fluggesellschaft LOT Verbindungen nach Kaliningrad angeboten, aber schnell einstellen müssen, weil es an entsprechender Nachfrage gefehlt habe. Auch die polnische Eisenbahngesellschaft PKP Intercity hat mit der gleichen Begründung die einzige Schienenverbindung aufgegeben, die Gdynia und Gdańsk mit Kaliningrad verband. 2013 schließlich hat Russland sich von dem gemeinsamen Vorhaben zurückgezogen, wenigstens in der Sommersaison eine Eisenbahnverbindung zwischen Olsztyn und Kaliningrad zu betreiben.

Der Linienbus gehört einem in Estland ansässigen Busunternehmen, gefahren wird er von einem russischen Busfahrer aus Lettland. Besetzt ist höchstens jeder dritte Platz, die meisten Passagiere sind Einwohner des Kaliningrader Gebiets. Eine größere Gruppe steigt dann später in Olsztyn zu, wieder hauptsächlich Russen. Sie haben auffallend viel Obst und Gemüse dabei, weil alles im Vergleich nur halb so viel kostet wie in Kaliningrad. Selbst wenn die Anbaubedingungen wohl die gleichen sind, gibt es auf der russischen Seite kaum größere Anbauflächen etwa für Erdbeeren, Süßkirschen, Heidelbeeren oder Johannisbeeren. Solche Produkte werden höchstens noch von Kleingärtnern angeboten, die die Ware abgefüllt in Gläsern an den Straßenrändern Kaliningrads feilbieten. Ich lausche unbemerkt einem Gespräch zwischen einer Polin und einer Russin, beide sitzen gleich hinter mir. Die Frau aus Kaliningrad sagt, sie sei krebskrank, habe sich in Olsztyn erkundigen wollen, was eine Operation und der Klinikaufenthalt kosteten. Die geforderte Summe sei zwar ziemlich hoch, doch in Kaliningrad müsse auch bezahlt werden, außerdem gleich im Voraus.

Die 380 Kilometer lange Fahrstrecke zwischen Warschau und Kaliningrad hat der Bus laut Fahrplan in sieben Stunden und 45 Minuten zurückzulegen. Doch die Pünktlichkeit hängt von den Formalitäten bei der Grenzabfertigung ab. In beiden Richtungen ließen sich übrigens die polnischen Grenzbeamten bei der Passkontrolle wesentlich mehr Zeit als ihre russischen Kollegen, den Zoll beider Seiten hatten die Reisenden im Bus hingegen kaum interessiert. Auf der Hinfahrt brauchte es eine, zurück dann aber schon über zwei Stunden. Neben mir saß auf der Rückfahrt eine junge Russin, die in Großbritannien wohnt. Sie flehte die pol-

nischen Grenzbeamten an, die Prozedur schneller durchzuführen, weil der Flug aus Gdańsk nicht verpasst werden dürfe. Nichts half, die junge Frau hatte danach Tränen in den Augen.

Auch wenn die Landschaft beiderseits der Grenze ziemlich ähnlich ist, so fallen auf der russischen Seite die nichtbestellten Felder, nicht-bestelltes Grünland und achtlos zurückgelassenes, verrottendes Landwirtschaftsgerät ins Auge. Vor der Krimkrise hatten die Gebietsbehörden noch versucht, polnische Landwirte für die Pacht zu gewinnen – angeboten wurden im Herbst 2013 insgesamt 50.000 Hektar brachliegendes Acker- und Weideland. Damals soll übrigens Aleksandr Lukaschenko, der im Hubschrauber mit Wladimir Putin einem gemeinsamen Militärmanöver russischer und belorussischer Streitkräfte gefolgt war, beim Anblick der brachliegenden Felder der russischen Seite angeboten haben, das Ackerland an Belorussen zu geben, die das ganze Gebiet in einen blühenden Landstrich verwandeln würden, in dem Milch und Honig flössen. Bis jetzt aber kommen Milch und Honig von außen, vor allem aus Polen, wie die Lebensmittel in den Regalen schnell verraten.

Nachdem die EU wegen der Krim-Annexion Sanktionen gegen Russland verhängt hatte, wurden im Kaliningrader Gebiet sofort die Lebensmittelvorräte gezählt, man atmete schnell auf, denn das Fleisch reichte bis Weihnachten, die Kartoffeln immerhin über drei Monate. Dennoch verkündeten die Behörden, dass die Frage der eigenen sicheren Lebensmittelversorgung im Gebiet nun infolge der internationalen Situation auf der Tagesordnung stehe. Vielleicht können die tausenden Tadschiken und Usbeken dabei helfen, die hierhergekommen sind und wie anderswo in Russland abschätzig »Schwarze« genannt werden. Zu den besonderen Eigenschaften der »Schwarzen« gehört, dass sie für Tagessätze schufteten, für die kein Russe den Finger krumm machen würde. Jedenfalls gibt es diese menschlichen Ameisen in solcher Zahl, dass sie riesengroße Sporthallen zu füllen imstande sind, wenn der usbekische Starmusiker Osodbek Nasarbekow nach Kaliningrad kommt.⁵²

Nach achtstündiger Fahrt steige ich in Kaliningrad am Busbahnhof aus. Am nächsten Kiosk frage ich nach einem Stadtplan. Auf der Vorderseite ist das Kreuzritterschloss abgebildet, das es längst nicht mehr gibt, darunter steht in Russisch »Stadtplan Kaliningrad«, in Deutsch aber

⁵² Osodbek Nasarbekow, (Jg. 1974), weltbekannter, vor allem in Russland geschätzter Unterhaltungskünstler Usbekistans.

»Stadtplan Königsberg«. Auf der Rückseite der Stadtkarte ist das ganze Kaliningrader Gebiet als Landkarte zu sehen, immer mit den russischen und deutschen Bezeichnungen für die jeweiligen Ortschaften. Und das Kaliningrader Gebiet ist übersetzt als »Region Ostpreußen«. Am selben Tag frage ich in einem anderen Kiosk nach Ansichtskarten. Zurückgefragt wird, ob eine aus Kaliningrad oder eine aus Königsberg. Überall sind Ansichtskarten und dekorative Magneten für den Kühlschrank mit Motiven aus dem längst untergegangenen Königsberg anzutreffen. Ein Kleinbus bringt mich in die Oktoberstraße (benannt nach der Oktoberrevolution von 1917). Hier war 2005 in Anwesenheit Putins im Rahmen der 750-Jahrfeier der Stadt das als Fischerdorf bezeichnete Ausgehquartier gleich am Pregel-Fluss eingeweiht worden, in dem prächtige Stadthäuser wie aus der Preußenzeit nachgebildet worden sind. Dort befindet sich das Hotel, in dem ich Quartier nehme.

In der Rezeption liegen Exemplare eines prächtig aufgemachten Albums: »Parallele Erinnerung«. Die Mehrzahl der unzähligen Fotografien zeigen das untergegangene Königsberg, die dicht gebauten Straßenzüge der Innenstadt, das pralle urbane Leben. Zum Vergleich daneben oftmals Abbildungen aus der Sowjetzeit – immer wieder unansehnliche Wohnblöcke. Viele der Abbildungen fordern den direkten Vergleich: Hier Schnappschüsse von den Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag der NSDAP in Ostpreußen, dort Aufnahmen vom 1. Mai in sowjetischen Zeiten. Oder die prächtig aussehenden Schaufenster Königsbergs, auf der gegenüberliegenden Seite der armselig wirkende Straßenhandel in der Endzeit der Sowjetunion. Die deutsche Zeit zeigt Prosperität, die Nachkriegszeit hingegen Verfall und eine gegen alle Stadttradition durchgesetzte urbane Neuordnung.

Am anderen Tag nehme ich mein Mittagsbrot in einem Konferenzzentrum im Fischerdorf zu mir. Über dem Tisch, an dem ich sitze, das überdimensionierte Bild eines feierlichen Vorbeimarsches in Königsberg – mit Kolonialsoldaten auf Elefanten reitend.

Eine hundert Meter hinter dem Fischerdorf plötzlich ein abgegrenztes Grundstück, davor eine unansehnliche Bretterbude, in der eine alte Frau Eintrittskarten feilbietet. Besucht werden darf der Standort, auf dem einst das Kreuzritterschloss gestanden hat, gleich daneben steht das unvollendet gebliebene gewaltig wirkende Haus der Sowjets. Besucher außer mir sind nicht anzutreffen. Das Schloss – der Sitz der Großmeister, später der Preußenfürsten, der Krönungsort von Friedrich I. und

Wilhelm I. – wurde im August 1944 durch englische Bomben zerstört.⁵³ Die gut erhalten gebliebenen Grundmauern wurden 1967 als Überbleibsel des preußischen Militarismus in die Luft gesprengt. Drei Jahre später wurde nebenan mit der Errichtung des Hauses der Sowjets begonnen. Der wuchtige Hochhauskomplex konnte bis zum Ende der Sowjetunion nicht fertiggestellt werden, weil der Baugrund nach den Sprengungen instabil geworden war. Die riesige Bauruine steht nun symbolhaft für das Scheitern des alternativen Gesellschaftsversuchs, steht gleichnishaft für die Niederlage Kaliningrads im Wettbewerb mit Königsberg. 2005 hatte Putin das insgeheim eingestanden, als er die Unterstützung für den Wiederaufbau des Schlosses verkündete. Noch 2011 hatte der Gebietsgouverneur auf den festen Willen der Behörden verwiesen, das Schloss erneut aufbauen zu lassen und das Haus der Sowjets, das als Schande für die Stadt bezeichnet wurde, abzureißen.

Die Ereignisse um die Ukraine haben die Aufgeschlossenheit der russischen Behörden für die preußisch-deutsche Vergangenheit der Stadt merklich abkühlen lassen. Im April 2014 wurde bereits von offizieller Seite angekündigt, dass die Absicht nicht mehr bestehe, das Haus der Sowjets abzureißen. Jetzt heißt es wieder, es sei ein Symbol Russlands und der russischen Architektur aus der Sowjetzeit im Kaliningrader Gebiet. Doch auch so ist für die meisten Einwohner Kaliningrads das ehemalige Schloss ein beliebtes Erkennungszeichen der Stadt. Das sowjetisch errichtete Kaliningrad macht einen trostlosen Eindruck – es dominieren Plattenbauten, deren Fassaden später selten erneuert wurden, viele Straßen sind übersät mit Schlaglöchern, die Bürgersteige sind rampontiert, die in die Jahre gekommenen Straßenbahnen haben schon die Breschnew-Zeit erlebt.

Auf den Dächern sind riesige Stahlkonstruktionen angebracht, die einst die Propagandatafeln halten mussten, mit denen der Aufbau des Kommunismus vorangetrieben werden sollte. Plötzlich stoße ich auf drei junge Menschen, zwei Mädchen und einen Jungen, offensichtlich Stu-

⁵³ Friedrich I. ließ sich am 18.1.1701, Wilhelm I. am 18.10.1861 zum König von Preußen krönen. Ende August 1944 zerstörten englische Bombenflugzeuge in zwei nächtlichen Angriffswellen die Innenstadt Königsbergs fast vollständig. Sie überraschten die deutsche Luftabwehr, weil beim Überflug über Südschweden ohne Genehmigung der schwedischen Regierung die schwedische Neutralität verletzt wurde.

denten. Sie hatten es sich gleich neben dem Kant-Denkmal bequem gemacht, nur einen Steinwurf entfernt vom Eingang der Immanuel-Kant-Universität. Sie rufen über das Telefon ihre Freunde heran, »kommt über, wir sitzen bei Kant«.

Der Platz des Sieges ist dem 9. Mai 1945 gewidmet, ganz offensichtlich ist er der repräsentative Platz Kaliningrads. Die orthodoxe Erlöserkirche überragt alles, strahlt ganz in Weiß, die goldenen Kuppeln glänzen im Sonnenlicht. In der Platzmitte die Triumphsäule, gekrönt mit einem mehrere Meter großen Siegesorden. Noch vor wenigen Jahren stand hier das Lenindenkmal, inzwischen ist es abgetragen worden. Die sowjetische Zeit wird jetzt nicht mehr geschätzt wegen des versuchten kommunistischen Aufbaus, sondern wegen der Verteidigung und Stärkung der Heimat vor allem im und nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Siegestag am 9. Mai ist das wichtigste Element der nationalen Identität. Es verbindet die jetzige russische mit der sowjetischen Zeit.

Symbol der heutigen Zeit sollen nach Maßgabe der Regierenden aber überall die orthodoxen Kirchen sein, im Kaliningrader Gebiet sind sie häufig auf alten Gemäuern früherer deutscher Kirchen errichtet worden. Die Erlöserkirche kann bis zu 3.000 Gläubige fassen, wobei die Zahl der den direkten Kontakt zu Gott Suchenden übersichtlich bleibt. Gleich nebenan treiben sich indes Menschenmengen herum, eines der vielen modernen Einkaufszentren – sinnigerweise – »Europa« genannt. Der Konsumdrang gewinnt gegen die orthodoxe Geistlichkeit. Und die offizielle russische Geschichtspolitik beißt sich mit der Vergangenheit der Stadt, die indes von den Bewohnern, obwohl sie kein Deutsch kennen, keine deutschen Vorfahren haben und sich an Königsberg überhaupt nicht erinnern können, eigentümlich hochgehalten wird.

Zu den beliebten Biersorten zählt »Ostmark«, ausweislich gebraut nach dem deutschen Reinheitsgebot. Auf dem Etikett des am Ort hergestellten Gebräus steht in Deutsch: »Aus Liebe zur Tradition und Geschichte«. Die Jugend gebraucht überhaupt selten die Bezeichnung Kaliningrad, stattdessen eben Königsberg oder in beliebter Abkürzung König. Michail Kalinin (sein Denkmal steht neben dem Hauptbahnhof, an dem die Uhr die Moskauer Zeit anzeigt) ist unter den jüngeren Einwohnern kaum noch bekannt, wird nicht mit der Geschichte der Stadt in Verbindung gebracht. Der Aufklärungsphilosoph Kant hingegen macht stolz, am ehemaligen Dom lassen sich junge Paare vor dem Grab des deutschen Philosophen abbilden.

Die Einwohner Kaliningrads betonen gerne ihre Besonderheit, fühlen sich als Erben der preußisch-deutschen Vergangenheit der Stadt. Am frühen Sonntagmorgen fahre ich in einer leeren Straßenbahn. Die Straßenbahnschaffnerin geht bereitwillig auf ein Gespräch ein, sagt nun, sie sei kurz nach Kriegsende mit den Eltern in die Stadt gekommen. Bis 1947 hätten sie die Wohnung gemeinsam mit einer deutschen Familie geteilt. Angenehme Leute, schade überhaupt, dass die Deutschen die Stadt verlassen mussten. Wir hätten zusammen die Stadt wiederaufbauen können. Sie hätten uns mit ihrer Kultur sehr genützt. Die Schaffnerin, so verrät sie mir, sei 1970 zum letzten Mal drüben in »Kontinentalrussland« gewesen. Ein Großteil der jüngeren Einwohner des Gebiets ist überhaupt noch nie dort gewesen. Sie kennen das »Kontinentalrussland« nur aus dem Internet und Fernsehen. Ihr Leben vergleichen sie stattdessen mit dem Leben in der EU, hauptsächlich im benachbarten Polen. Sie können jetzt nach polnischer Initiative ohne Visum unproblematisch zu Kurzbesuchen in die Nachbarregionen nach Polen reisen, besuchen gerne Städte wie Elbląg, Gdańsk oder Olsztyn.⁵⁴ Allerdings achtet Russland ebenso auf stärker werdende Bindungen mit dem Gebiet, ein Ausdruck ist die Entscheidung, in Kaliningrad mehrere Spiele der Fußball-Weltmeisterschaft 2018 durchzuführen.

»Was wäre, wenn die Einwohner Kaliningrads dem Beispiel der Krim folgten und über den Status des Gebiets abstimmten?« so ein Moskauer Politologieprofessor besorgt im Gespräch. Er ist das erste Mal in der Stadt, ist verwundert darüber, überall den »Revisionismus« bezüglich der deutschen Vergangenheit anzutreffen. Ihn dürften Umfragen beruhigen, die regelmäßig die feste Bindung zu Moskau unterstreichen. Zuletzt wurde erhoben, dass immerhin 88% der Befragten die Zukunft des Gebietes innerhalb der Russischen Föderation sehen. Lediglich ein mageres Prozent würde das Gebiet gerne in ein selbständiges Land umwandeln und der EU beitreten. Allerdings meinen 57% der Befragten, dass das Gebiet seinen besonderen geschichtlichen Status unterstreichen sollte, der auch der gesonderten geografischen Lage entspreche.

⁵⁴ Der kleine Grenzverkehr zwischen dem Kaliningrader Gebiet und den benachbarten Wojewodschaften in Polen wurde im Sommer 2018 nach Entscheidung der nationalkonservativen Regierung in Warschau ausgesetzt und seither nicht wiederaufgenommen.

Dritter Teil

Spiel mit dem Feuer – Annexion und Krieg

von Holger Politt

Wir haben es uns nicht zum Ziel gemacht,
die Ukraine zu zerstören. Nein, natürlich nicht.

Wladimir Putin, Oktober 2022

Dieser Teil enthält Texte, die – meist in anderen Zusammenhängen geschrieben und bereits veröffentlicht – mir aufgrund der raschen Entwicklung des Kriegsgeschehens noch einmal wichtig erschienen. Die ersten von ihnen entstanden vor dem Überfall im Februar 2022, denn bereits im August 2008 war ich zutiefst erschrocken, als Russlands starker Mann den Marschbefehl für die martialische Panzerkolonne auf Tbilissi gegeben hatte. Friedensfreunde in Deutschland winkten damals noch beschwichtigend ab, die georgische Seite habe den russischen Angriff doch selbst provoziert. Dieser sei lediglich eine Art robuster Friedenssicherung, bevor schlimmeres Blutvergießen den Südkaukasus erschüttere. Nach der Krim-Annexion im März 2014 hörte ich zu Hause in Deutschland immer wieder, dass die Halbinsel doch eigentlich immer russisch gewesen sei, niemals so richtig ukrainisch jedenfalls, dass Nikita Chruschtschow damals, als er 1954 die Krim administrativ der Sowjetukraine zugeschlagen habe, dies in einer Art Sektlaune getan habe. Nach dem 24. Februar 2022 – hierzu gehören die Texte in diesem Teil, die nach dem Kriegsbeginn entstanden – wurde im Namen der demonstrativ herausgeholtten Friedenstaube hier und da behauptet, die Vorgeschichte des Krieges würde Putins Angriff genügend erklären, auch wenn der Überfall wegen der eingesetzten Mittel nicht gebilligt werden könne. Allerdings habe ich bis heute auf der ukrainischen Seite nicht einen plausiblen Grund gefunden, der den russischen Krieg rechtfertigen würde. Dass sich ein souveränes und weltweit anerkanntes Land nicht freiwillig unter die Fuchteln Moskauer Großmachtpolitik begeben muss, finde ich angesichts der Entwicklungen in Russland nur zu verständlich. Den ursprünglichen Texten hinzugefügt sind aktuelle Fußnoten.

Vor dem Krieg

Umworbenes Kiew

(März 2011)

Wenn Warschau und Moskau sich in den zurückliegenden Jahren sehr misstrauisch beäugten, dann lag es häufig an einer dritten Seite, die bei schneller Aufzählung der gegenseitigen Irritationen häufig vergessen wird. Kiew ist eine der wichtigsten Adressen der polnischen und der russischen Außenpolitik. Das ganze Moskauer Konzept des sogenannten »nahen Auslands«, also eines Raumes, welcher eigentlich dazugehört, ist in erster Linie auf die Ukraine gemünzt, mit der zusammen eine strategische Partnerschaft aufgebaut werden sollte, die ihrem Namen entspreche. Und wenn Polen die Ausdehnung der EU nach Osten für noch nicht beendet hält, dann meint das vor allem die Ukraine.

Dabei ist Kiew selbst in diesem Streit eher nicht parteiisch, denn es braucht – pragmatisch gesehen – beide Seiten; es sucht die guten Kontakte gleichermaßen an der Moskwa und an der Weichsel. Die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine aber, die der Fläche nach größer als Frankreich ist und der Einwohnerzahl nach fast an Großbritannien heranreicht, ist ein Fakt, an dem nicht mehr zu rütteln ist. Daran trug und trägt Moskau schwer. Einen signifikanten Ausdruck fand das in dem nur schwer nachvollziehbaren Gedanken, die Auflösung der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe im 20. Jahrhundert zu nennen. Öffentlich geäußert hat den Wladimir Putin, zu einer Zeit, als er noch russischer Staatspräsident war. Wie ernst es ihm damit nun als Ministerpräsident Russlands noch immer ist, verriet im Sommer 2010 eine Geste, die es – bei Lichte besehen – in sich hatte.

An der Spitze eines Motorradkonvois, der aus Russland kommend die zur Ukraine gehörende Halbinsel Krim aufsuchte, hatte sich Putin gezeigt – den starken Mann spielend, in der einen Hand demonstrativ das russische Banner hochhaltend. Was heißen soll, auch hier gehe es um russische Interessen. Also im Kleinen, fast im Privaten eine Machtprobe, denn natürlich sind auf der Krim, die erst 1954 in den Bestand der damaligen Sowjetukraine übergang, in besonderer Weise russische Empfindlichkeiten berührt. Die Russen stellen die Bevölkerungsmehrheit, die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte hat für Moskau mehr als nur die strategische Bedeutung. Doch noch immer denkt

Moskau hierbei vor allem in postsowjetischen Maßstäben, will die Unabhängigkeit der anderen nur soweit akzeptieren, wie die eigenen und selbst definierten Interessen nicht berührt werden. In erster Linie ist es allerdings ein Kräftespiel, erst in zweiter das von historischen Befindlichkeiten und Ansprüchen.

Solange die Sowjetunion bestanden hatte, zeigte in Polen kaum jemand Interesse, Kiew auf die außenpolitische Rechnung zu setzen. Was über eine mögliche unabhängige Ukraine gedacht wurde, hatte Platz in den verschiedensten Bereichen – nicht aber in der ernsthaften Politik. Dennoch zählte Polen vor allem aus historischen Gründen zu jenen Ländern, in denen das Begreifen der Ukraine als eines gesonderten gesellschaftlichen Faktors vergleichsweise lebendig geblieben war. Ein Blick etwa in verschiedene, zeitgenössische Ausgaben der für Polen so wichtigen, in Paris herausgegebenen Exil-Zeitschrift »Kultura« mag da genügend Aufschluss geben.⁵⁵

Als Polen sich dann ernsthaft anschickte, der EU beizutreten, wurde – egal wer gerade regierte – im historischen Kostüm signalisiert, die Erweiterung der Union nach Osten sei für das Land erst abgeschlossen, wenn auch die anderen Gebiete der früheren Adelsrepublik in die Gemeinschaft aufgenommen wären. Auf die erstaunten Rückfragen aus dem Westen, um was oder wen es dabei gehe, antwortete Warschau sachgerecht: um Belarus und vor allem um die Ukraine. Ihren Höhepunkt feierte diese emotionsgeladene Welle in der sogenannten Orangen-Revolution, als Warschauer Politiker aller Couleur – von Aleksander Kwaśniewski bis Lech Kaczyński – sich am Kiewer Maidan die Klinke in die Hand gaben.

Seitdem ist zwar viel Wasser den Dnepr hinuntergeflossen, doch an der prinzipiellen Sicht Moskaus und Warschaus hat das wenig geändert. Allerdings heißt die realistische Politik, der sich Warschau in Richtung Moskau seit einiger Zeit befleißigt, auch, bestimmte Emotionen im bila-

⁵⁵ Die Zeitschrift »Kultura« erschien von 1947 bis 2000, herausgegeben – bis auf die erste in Rom erschienene Ausgabe – in Paris vom Instytut Literacki, ab 1948 als Monatszeitschrift. Langjähriger Chefredakteur war Jerzy Giedroyc (1906–2000), die Zeitschrift wie das Institut waren ein wichtiger Bezugspunkt für die polnische Exilkultur und für die Opposition in Polen. Giedroyc hatte eine besondere Vorliebe für Fragen, die mit der Ukraine und Belarus zusammenhingen.

teralen Verhältnis zur Ukraine zurückzuhalten. Denn wie wahrscheinlich kann auf absehbare Zeit eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine sein, wenn eine deutliche Mehrheit seiner Bevölkerung eine NATO-Mitgliedschaft des Landes entschieden ablehnt? Bisher gibt es keinen einzigen Fall eines ehemals sozialistischen Landes, welches ohne vorherige NATO-Aufnahme in die EU aufgenommen worden wäre. Warum sollte das im Falle der Ukraine plötzlich anders sein?

Bleibt einstweilen die Sphäre der Symbole, denn die Option einer EU-Mitgliedschaft des großen östlichen Nachbarn bleibt für die polnische Außenpolitik eines der wichtigsten Ziele. Gleichwohl versteckt sich dieser festere Wille in dem soeben von Außenminister Radosław Sikorski vorgestellten Programm für die EU-Ratspräsidentschaft, die Polen am 1. Juli 2011 für ein halbes Jahr antreten wird, hinter der vernünftigen Absicht, die EU-Nachbarschaftspolitik nach Osten weiter zu gestalten. Und es bleibt in bereits absehbarer Zeit ein sportliches Großereignis, welches dann für mehrere Wochen Polen und die Ukraine in den Augen vieler Europäer dicht beieinander sein lassen wird – die gemeinschaftlich ausgerichtete Fußball-Europameisterschaft 2012.

Bemerkungen zur Ukraine-Politik Polens

(Februar 2014)

Die gemeinsame Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft 2012 sollte Normalität unterstreichen, eine gewisse Nähe oder auch Zusammengehörigkeit demonstrieren, allen gewaltigen Unterschieden zum Trotz. So als ob Österreich und die Schweiz oder Belgien und die Niederlande als gemeinsame Ausrichter in vergangenen Jahren nun mit Polen und der Ukraine Nachfolger gefunden hätten, deren Gemeinsamkeiten für die übrige Welt schlüssig auf der Hand lägen. Da man in Polens Öffentlichkeit aber selbst sehr beeindruckt war, Ausrichter eines so großen und sportpolitisch attraktiven Turniers zu sein, blieb für den Nachbarn im Osten nicht mehr viel Aufmerksamkeit übrig. Stolz wurde bereits im Vorfeld vermeldet, dass die meisten Mannschaften, also vielfach auch diejenigen, die ihre Spielorte hinten in der Ukraine hätten, ihr Quartier in Polen aufschlagen würden. Prominentestes Beispiel, weil zum engen Favoritenkreis gehörend, waren die Deutschen, die sich bei Gdańsk fürs Turnier angenehm einzurichten wussten. Unterschwellig wurde in Polen

immer herausgestrichen, die Ukraine wäre gar nicht Ausrichter geworden, ohne Polen, das EU-Land, mit an Bord zu haben. Den umgekehrten Zusammenhang zeigte kaum jemand auf – auch Polen wäre allein nie Ausrichter des großen Ereignisses geworden, hätte die Ukraine nicht frühzeitig beim europäischen Fußballverband UEFA die Initiative für ein solches Vorhaben ergriffen.

Tatsächlich illustriert das Beispiel, wie weit Wunschdenken und Realität auseinanderklaffen. Statt der erhofften Normalität im gegenseitigen Umgang, die man aus polnischer Sicht gerne der Weltöffentlichkeit präsentiert hätte, wurden eher die Unterschiede deutlich, die zwischen dem EU-Mitglied Polen und seinem großen östlichen Nachbarn Ukraine bestehen. Dass dabei die allgemeinen Bewertungen für Polen sehr viel günstiger ausfielen – dem Land wurde völlige »Normalität« attestiert –, durfte die Gastgeber an der Weichsel zwar schmeicheln, aber für das insgeheime politische Ziel, mithilfe des gemeinsam durchgeführten Fußballfestes die spezifische Bedeutung der polnisch-ukrainischen Bindungen herauszustreichen, war das eigentlich unerheblich.

Nur anderthalb Jahre später sind die Beziehungen Polens zur Ukraine an die Spitze der Nachrichten zurückgekehrt – diesmal allerdings nicht verdeckt durch ein gemeinsam ausgerichtetes Sportereignis. Seit November 2013 vergeht kaum ein Tag, an dem die aktuellen Auseinandersetzungen um die politische Macht in der Ukraine nicht im Meinungsbild präsent wären. Gäbe es eine Umfrage nach den derzeit wichtigsten außenpolitischen Vorgängen, kämen der Maidan in Kiew und alles damit Zusammenhängende auf einen überragenden Platz. Wer nicht genauer hinschaut, könnte meinen, in Kiew wiederhole sich der »Solidarność«-Aufstand von 1980/81 – »wir hier unten« gegen »die da oben an der Macht«. Mehr politische Romantik war in Polen in den zurückliegenden Jahren selten im Spiel.

Als Polen sich auf seinen EU-Beitritt vorbereitete, war in außenpolitischen Diskussionen häufig zu hören, die sogenannte Osterweiterung der Union könne erst abgeschlossen sein, wenn auch Belarus und die Ukraine Mitglieder würden. Diese Meinung zog sich quer durch fast alle politischen Lager – von den Linksdemokraten der SLD bis hin zu den Nationalkonservativen von PiS. Einzige Ausnahme bildeten zwei Parlamentsparteien, die sich damals EU-skeptisch zu profilieren suchten: die ländliche und kleinstädtische »Samoobrona« (Selbstverteidigung) von Andrzej Lepper sowie die nationalistische LPR (Liga der Polnischen Fa-

milien) von Roman Giertych, die auf den Spuren von Roman Dmowski wandelte. Beide Parteien hielten aus unterschiedlichen Gründen eine Ausdehnung der EU über den Bug hinweg für illusorisch und aus Sicht polnischer Interessen grundsätzlich für falsch oder zumindest für nachteilig. Lepper pflegte überdies beste Beziehungen zu Aleksandr Luka-schenko. Beide Parteien sind heute, nach ihrem Ausscheiden aus dem Sejm im Jahre 2007, bedeutungslos, sodass diese Stimmen in der gegenwärtigen Ukraine-Diskussion natürlich fehlen.⁵⁶ Die größte Aufmerksamkeit unter den wenigen Versprengten, die Polens gegenwärtige Haltung in der Ukraine-Frage offen zu kritisieren wagen, genießen einzelne, erzkatholisch und betont nationalistisch auftretende Geistliche, die hin und wieder versuchen, den Grenzfluss Bug auch als eine Grenze der politischen Vernunft im Gespräch zu halten, die Polen und die Ukraine, somit die EU und Osteuropa voneinander trennten.

Immer noch wirken die zwei Grundlinien, die bezüglich einer künftigen polnischen Ostpolitik nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Namen des bereits kurz erwähnten Dmowskis und dem von Józef Piłsudskis verknüpft sind. Mit beiden, das sei hier vermerkt, setzte sich übrigens Rosa Luxemburg in ihren polnischen Schriften mehrfach auseinander. Dmowski, der Begründer des modernen polnischen Nationalismus, plädierte für eine strikte nationale Politik, das ganze gesellschaftliche Leben müsse »nationalisiert« werden, also trat er in der Konsequenz für eine möglichst weitgehende territoriale Trennung von den Ostslawen ein – den Belarussen und Ukrainern –, die von ihm dem Einflussbereich Russlands zugerechnet wurden. Die Unabhängigkeit Polens müsse durch einen möglichst geschlossenen Nationalstaat gesichert, nicht aber durch territorial unnötig aufgeladene Nationalitätenprobleme geschwächt werden. Alles andere, so Dmowski, sei politische Romantik, die sich aus den längst verblichenen Traditionen einer weit zurückliegenden Vergangenheit zu speisen suche, in der die polnisch-litauische Union große territoriale Räume zwischen Ostsee und bis fast ans Schwarze Meer beherrscht

⁵⁶ Beide Parteien sind faktisch verschwunden, deren einst gar nicht so unbedeutende Anhängerschaft ist im großen politischen Ringen zwischen Liberalen und Nationalkonservativen eindeutig zur letzteren Seite gezogen worden oder wurde in den Mahlsteinen der großen Politik zerrieben. Das damalige Parteiorgan von LPR, »Nasz Dziennik« (Unsere Tageszeitung), erscheint weiterhin mit nationalkonservativer Ausrichtung.

hatte. Piłsudski hingegen war überzeugt, dass Polen sich am wirkungsvollsten im Osten schütze, wenn Belarus und die Ukraine von Russland unabhängig seien – am besten in einer festen Föderation mit Polen. An dieser Stelle ist unerheblich, wie weit sich beider Vorstellungen tatsächlich durchsetzen konnten, wichtiger ist, dass diese beiden Linien in den heutigen Vorstellungen über die Ausgestaltung einer polnischen Ostpolitik nach wie vor ihr Gewicht nicht verloren haben, auch wenn mit der EU-Mitgliedschaft nun gänzlich andere Bedingungen gegeben sind. Und es liegt auf der Hand, dass Positionen, die »europäischer« und liberaler ausgerichtet sind, einer zukünftigen Integration der Ukraine in den EU-Strukturen umso mehr das Wort reden.

So wundert es nicht, wenn Ministerpräsident Donald Tusk und Außenminister Radosław Sikorski noch im Januar 2014 eine diplomatische Initiative starteten, mit der innerhalb der EU eine möglichst einheitliche Position zur Beitrittsperspektive der Ukraine befördert werden soll. Sikorski spricht von zusätzlichen finanziellen Mitteln, die von der westlichen Seite – EU und IWF – in Höhe der jeweils in Aussicht gestellten russischen Mittel bereitgestellt werden müssten, sodass der erpresserische Charakter der russischen Angebote neutralisiert werde. Bei gleichen finanziellen Angeboten würden dann – wie in einem fairen Wettbewerb – die besseren Werte entscheiden, soweit Polens Außenminister im Januar 2014 vor polnischen Medienvertretern. Natürlich sieht er sich jetzt in einem besonderen Zugzwang, denn mit der Ukraine könnte sich die ganze Zukunft des gesamten EU-Programms der Östlichen Partnerschaft entscheiden, das für sechs ehemalige Sowjetrepubliken gedacht ist und 2008 von ihm mit Unterstützung des schwedischen Außenministers Carl Bildt vorgestellt sowie auf dem EU-Gipfel von den Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft schließlich angenommen wurde. Während Polens EU-Ratspräsidentschaft fand 2011 in Warschau ein zweites, für die polnische Außenpolitik außerordentlich wichtiges EU-Gipfeltreffen zu diesem Programm statt. Heute mehren sich in Polen die Stimmen, die das gesamte Programm für gescheitert halten, auch wenn sie deutlich in der Minderheit bleiben.

Ministerpräsident Tusk gab Ende Januar 2014 Polens öffentlich-rechtlichem Fernsehen zur besten Sendezeit ein Interview, das zeitgleich von Privatkanälen in der Ukraine übernommen wurde. Auf dem Tisch ein prächtiges Blumengebinde in den ukrainischen Nationalfarben, den Hintergrund dominieren polnische und EU-Fahnen. Tusk spricht frei, ant-

wortet auf die Interviewfragen wenig staatsmännisch, eher wirkt es wie ein dramatischer Appell. Die Tür zur EU, so Tusk, müsse für die Ukraine offenbleiben, dafür stehe Polens Außenpolitik, dafür stehe er persönlich. Eindeutig stellt er sich auf die Seite derjenigen, die auf dem Maidan in Kiew seit Wochen demonstrieren und den Platz besetzt halten. Fast ist es so, als käme da noch einmal der einstige »Solidarność«-Kämpfer zum Vorschein. Mit dieser Rede setzte Polens Ostpolitik alles auf eine Karte. Tusks anschließende Reise durch verschiedene EU-Hauptstädte – u. a. sprach er in Berlin mit Angela Merkel – war ganz diesem Geist untergeordnet.

Nachdem nun Tusk derartig in die Offensive gegangen war, reagiert die Opposition entsprechend. Jarosław Kaczyńskis PiS hält sich derzeit vornehm zurück, hatte sie doch bereits frühzeitig versucht, in der Ukraine-Frage in die Vorhand zu kommen, was aber alsbald misslang. Auf dem Maidan sind die wichtigsten PiS-Leute bereits gewesen, nun müssen sie abwarten, was Polens Regierungspolitik zustande bringt. Einen Schulterschluss mit der ungeliebten Regierung gibt es auch in der Frage der Östlichen Partnerschaft nicht, was aber eher der Taktik, also innenpolitischen Fragen geschuldet ist.

Auf der anderen Seite riefen die Linksliberalen von Janusz Palikot nach einer parteiübergreifenden Ukrainestrategie, so als bräuchte die ins Stocken geratene Östliche Partnerschaft neuen Wind aus Polens Parlament.⁵⁷ Die von Leszek Miller angeführten Linksdemokraten der SLD üben sich in vornehmer Zurückhaltung, lassen sich auch nicht ins Bockshorn jagen, wenn sie in den Medien mit bösem Hintersinn hin und wieder gefragt werden, wo sie denn blieben, da auf dem Kiewer Maidan heftig für die EU-Perspektive gestritten werde. Grundsätzlich aber stehen sie hinter dem Programm der östlichen Partnerschaft, auch bei ihnen geht es eher um Fragen taktischer Natur.

⁵⁷ Janusz Palikot (Jg. 1964), war von 2005 bis 2010 Parlamentsabgeordneter für die wirtschaftsliberale Bürgerplattform von Tusk, die ab 2007 Regierungspartei war. Trat dann mit linksliberalen Positionen aus Partei und Fraktion aus, legte sein Abgeordnetenmandat nieder und kehrte nach den Parlamentswahlen 2011 mit einer eigenen linksliberal-alternativen Liste in das Parlament zurück, scheiterte allerdings im Herbst 2015 und zog sich aus der Politik zurück.

Polen und das Programm der »Östlichen Partnerschaft«

(Anfang März 2014)

Noch vor wenigen Jahren wurde der Autor dieser Zeilen in Prag gefragt, ob die Menschen in Polen eigentlich Ukrainer von Russen, Russland von der Ukraine unterschieden und überhaupt unterscheiden könnten. Der bejahenden Antwort wurde entgegnet, dass eine solche Unterscheidung in Tschechien noch immer nicht die Regel sei. Jetzt würde die Frage wohl lauten, ob die Öffentlichkeit in Polen tatsächlich an einen EU-Beitritt der Ukraine glaube. Die Zustimmung läge auf der Hand.

Tatsächlich gibt es unter allen EU-Ländern wohl nur in Polen ein solch klares Stimmungsbild, denn in den drei baltischen Republiken, deren offizielle Politik Polens Standpunkt in dieser Frage teilt, liegen die durch die Nationalitätenszusammensetzung bedingten Mehrheitsverhältnisse wiederum anders. Diese spezifische Sicht in unmittelbarer Nachbarschaft zu Russland schaffte es, sich in handfeste Politik umzumünzen. Mit starker Unterstützung des schwedischen Außenministers Carl Bildt wurde nach dem kurzen russisch-georgischen Krieg im August 2008 das Programm der sogenannten Östlichen Partnerschaft an die Spitze der EU-Ostpolitik gehievt.

Es betrifft die Beziehungen zwischen der EU zu sechs östlichen Nachbarländern – zu Belarus, zur Ukraine, zu Moldawa, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Allesamt waren die Länder einst Sowjetrepubliken, denen nun in elastischer Weise eine Möglichkeit zu engeren Beziehungen zur EU eingeräumt werden soll. Während Deutschland das nicht unbedingt als eine Beitrittsperspektive verstehen will, gehört diese für Polen aber grundsätzlich dazu. Belarus ist augenblicklich ein politischer Sonderfall, der aus Brüsseler Sicht mehr oder weniger auf Eis liegt. Am weitesten in Richtung engerer Partnerschaft bewegten sich bislang Georgien und Moldawa, deren Vertreter im November 2013 in Vilnius Assoziierungsabkommen paraphiert haben. Doch beide Länder haben auf ihrem Territorium sogenannte abtrünnige Republiken, die unter besonderem Schutz Russlands stehen. In all diesen Fällen wird der besondere Schutz vor allem militärisch verstanden und auch so durchgesetzt.

Das entscheidende Land in dem »Östliche Partnerschaft« getauften Programm war aber von Anfang an die Ukraine. Der enge Schulterchluss auf der Regierungsebene zwischen Polen, Litauen, Lettland und Estland in dieser Frage ist verständlich, allen diesen Ländern geht es da-

rum, der Ukraine langfristig eine Beitrittsperspektive einzuräumen. So nimmt es nicht Wunder, dass diese Frage auch für die Außenpolitik Polens seither von zentraler Bedeutung ist.

Eine Zuspitzung erfolgte, nachdem Wiktor Janukowytsch im November 2013 seine bereits in Aussicht gestellte Unterschrift unter das ausgehandelte Assoziierungsabkommen auf Druck Moskaus kurzfristig zurückzog. Mit der dynamischen Entwicklung regierungsfeindlicher Demonstrationen in Kiew und in den westlichen Landesteilen entstand Ende Januar 2014 eine dramatische Situation, die Polens Ministerpräsident Donald Tusk zum Anlass nahm, in einem Fernsehinterview den Standpunkt seiner Regierung ausführlicher zu erläutern. Polens Regierung werde sich auch weiterhin entschieden für eine EU-Beitrittsperspektive der Ukraine einsetzen, die Tür zur EU müsse offenbleiben. Nicht zu übersehen war, wieviel Temperament des einstigen »Solidarność«-Kämpfers dabei zum Tragen kam.

Im öffentlichen Meinungsbild gab es nur wenig Widerspruch. Zwar hielten einige Kommentatoren die Strategie der »Östlichen Partnerschaft« für gescheitert, auch wurde darauf verwiesen, wie anders die Situation der Ukraine im Vergleich zu der Polens nach 1990 sei, doch grundsätzlich wurde der eigene Weg in die EU-Strukturen und die Entwicklung seit damals als ein nachahmenswertes Vorbild auch für die Ukraine herausgestellt. Große Bedeutung hat dabei die Tatsache, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung, welches 1991/92 in beiden Ländern noch annähernd gleiches Niveau hatte, in Polen heute dreimal so hoch ist wie beim östlichen Nachbarn.

Polens Außenminister Radosław Sikorski, der am 21. Februar 2014 in Kiew nach blutigen Zusammenstößen gemeinsam mit Frank-Walter Steinmeier [und dem französischen Amtskollegen] jenes Papier unterzeichnete, das anschließend den letzten Anstoß zum Sturz von Janukowytsch gab, sah diesen Ausgang als Bestätigung der eigenen Linie und der Folgerichtigkeit des Programms der »Östlichen Partnerschaft«. Der verwaiste Sockel des einstigen Lenin-Denkmal, vor dem er sich in wenig diplomatischer Pose am selben Tag ablichten ließ, gehört zu dieser Überzeugung dazu.⁵⁸

⁵⁸ Sikorski stand auf dem Sockel und streckte spöttisch-ironisch die zur Arbeiterfaust geballte rechte Hand nach oben.

Nachdem Russland als Antwort auf den Janukowytsch-Sturz kurzerhand die Krim abriegelte und mit militärischen Mitteln in Besitz nahm, gibt sich Polens Außenpolitik entschieden und unnachgiebig. Jetzt gebe es zur EU-Perspektive der Ukraine keine Alternative. Aufschlussreich ist ein Kommentar in »Gazeta Wyborcza« vom 6. März 2014. Darin wird an den »Westen« appelliert, jetzt weniger nachgiebig zu sein als 2008 in Georgien, als letztlich, wenn auch widerwillig und uneingestanden, der neue Status quo faktisch akzeptiert worden sei. Der Kreis schließt sich nun, denn damals wurde aus der entstandenen Not heraus die »Östliche Nachbarschaft« aus der Taufe gehoben.

Die polnische Sicht auf die Ukraine

(März 2014)

Nichts rechtfertige Putins Kurs der Einverleibung von Gebieten der Ukraine. So das einhellige Stimmungsbild in Polens Öffentlichkeit. Dementsprechend machte Polens führende Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« am 7. März 2014 mit diesem Titel auf: »Anschluss der Krim«, das Wort Anschluss dabei natürlich deutsch geschrieben. Selbst wenn alles abgelehnt und verurteilt werde, was in Kiew zum Sturz von Wiktor Janukowytsch geführt habe, sei für Moskau keine Handhabe gegeben, Teile des Nachbarlandes herauszubrechen. Alle Argumente, die Putin seit der Besetzung der Krim vorbringe, um gegenüber der internationalen Öffentlichkeit das Gesicht zu wahren, seien vorgeschoben, fadenscheinig. Geteilt ist die Meinung allerdings bei der Frage, ob Putins Schachzug gegen die territoriale Integrität der Ukraine nun eher Ausdruck besonderer Stärke oder auf der Hand liegender Schwäche sei. Insofern spielen historische Vergleiche keine vordergründige Rolle, auch wenn Adam Michnik, um kräftig zuzuspitzen, sie gerne in »Gazeta Wyborcza« bemüht. Viel wichtiger ist tatsächlich die aktuelle Analyse. Anders als in Deutschland steht die Ukraine in Polen in der Wahrnehmung nicht im Schatten des größeren Russlands – die Ukraine ist sogar der wichtigere Bezugspunkt.

Kurz nach dem russisch-georgischen Waffengang im Sommer 2008, der mit der Niederlage Georgiens und der vollständigen Abtrennung Abchasiens und Südossetiens durch Russland endete, initiierte Polen mit wirksamer Unterstützung Schwedens das EU-Programm »Östliche Partnerschaft«, mit dem ehemaligen Sowjetrepubliken eine Annäherung an

die Gemeinschaftsstrukturen ermöglicht werden soll, ohne dass zugleich von einer festeren Beitrittsperspektive die Rede sein muss. Gewünschte Adressaten waren Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Moldowa, Belarus und vor allem die Ukraine. Als Antwort hob Moskau eine Euroasiatische Union aus der Taufe, die im Kern aus Russland, Kasachstan, Belarus und der Ukraine bestehen soll. In vereinfachter Nachahmung der EU wird auf die rasche Schaffung eines gemeinsamen Marktes, auf freien Kapital- und Personenverkehr gezielt. An weiter gehende politische Gewaltenteilung und gegenseitige Aufgabe von Souveränitätsrechten wird weniger gedacht. Russland lockt vor allem mit wirtschaftlichen Angeboten und nachweisbarer Stärke. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hat das Niveau Polens, das Land, auf das in der Ukraine zuerst geschaut wird, wenn man sich an der EU zu messen versucht. Die 22.000 US-Dollar sind der dreifache Wert, der in der Ukraine derzeit erreicht wird. Zum Zeitpunkt der Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 hatten alle drei Länder ungefähr das gleiche Niveau.

Zu einer offenen Zuspitzung kam es im November 2013, als Janukowytsch durch Moskau vor die Wahl gestellt wurde: hü oder hott. Er gab dem EU-Programm einen Korb, unterzeichnete das vorbereitete Assoziierungsprogramm nicht. Die daraufhin in Kiew ausbrechende Protestwelle führte nach blutiger Zuspitzung zu seinem Sturz, den Moskau als einen von langer Hand vorbereiteten Putsch mit Unterstützung von NATO und EU ausgibt. In der berühmt gewordenen Pressekonferenz nach der in Gang gesetzten militärischen Besetzung der Krim verstieg sich Putin am 4. März 2014 zu der Behauptung, die Putschisten seien in Polen und Litauen ausgebildet worden.

Tatsache ist, dass wohl in keinem anderen EU-Land dem Geschehen auf dem Kiewer Maidan von Anfang an so viel Sympathie entgegengebracht wurde wie in Polen. Dementsprechend hatten es kritische Stimmen, die den Blick etwa auf die äußerst heterogene Zusammensetzung der Protestierenden oder die komplizierte Gesamtsituation der Ukraine richteten, schwerer Gehör zu finden. Mitunter wurde an die Adresse der Regierung auch die Frage gerichtet, ob das Programm der »Östlichen Partnerschaft« nicht gescheitert sei. Ende Januar 2014 beschwor Ministerpräsident Donald Tusk in einem Fernsehinterview, dass seine Regierung sich für eine EU-Beitrittsperspektive der Ukraine einsetzen werde. Dass dabei bereits der eher enge Rahmen des Programms der »Östlichen Partnerschaft« überschritten wurde, spielte angesichts des

Geschehens in Kiew keine Rolle mehr. Im Vordergrund stand die Überzeugung, das Vorbild der Entwicklung Polens mithilfe der EU-Strukturen könne auch von der Ukraine wiederholt werden. Daraus aber die Miturheberschaft für einen Putsch in Kiew zu münzen, um den Vorwand für das Eingreifen auf der Krim zu stützen, fällt auf den Urheber zurück, verrät die Absicht, gegebenenfalls die Teilung der Ukraine billigend in Kauf zu nehmen.

Denn ganz gleich, welche Perspektive die Ukraine nun zwischen EU und Moskaus euroasiatischem Plan wählen wird, den obersten Wert für Polens Politik hat die territoriale Integrität der Ukraine. Anders als in Deutschland wird diese Frage auch viel weniger »aufgerechnet« mit wirtschaftlichen Interessen – kein Politiker würde es wagen, die Krim als einen aus Sicht übergeordneter Interessen zweitrangigen Happen zu behandeln, der dem Wolf ruhig überlassen werden sollte, um dessen Hunger zu stillen. Ein kritisch-besorgter Seitenblick fällt noch immer auf der Ostseepipeline, dem janusköpfigen Rückgrat für Deutschlands Energiewende. In diesem Zusammenhang fiel sogar das Wort vom Glück, als ein zwischen Russland und Deutschland gelegenes Land in der entstandenen schwierigen Situation fest zur EU zu gehören. Ein anderes Gleichnis macht indes Michnik auf: Die Welt braucht Russland, aber Russland braucht nicht Putin.

Hinter dem Bug. Historische Linien, europäische Erwartungen (April 2014)

In Polen geht in der aktuellen Ukraine-Debatte kaum ein Riss durch die einzelnen Parteien. Das Meinungsbild dort deckt sich mit der öffentlichen Stimmung, die entschieden die territoriale Integrität des Nachbarlandes verteidigt und dessen staatliche Unabhängigkeit für einen wichtigen, unentbehrlichen Faktor der heutigen politischen Ordnung in Europa hält. Dementsprechend wird das Vorgehen Russlands gegen die Ukraine scharf verurteilt. Eine Diskussion, ob die Interessen gegenüber Russland nicht wichtiger seien, wird nicht geführt. Alle Versuche, die Abtrennung der Krim und deren Anschluss an Russland letztlich hinzunehmen und plausibel zu machen, werden in Polens Öffentlichkeit als Kuhhandel abgelehnt. Allerdings sind sich die meisten bewusst, dass die Entschiedenheit in Polen in der aktuellen Ukrainefrage das ohnehin fragile bilaterale

Verhältnis zu Russland zusätzlich beeinträchtigen und belasten könnte. Dabei wird eine Frage berührt, die den Kern der Ostpolitik in Polen ausmacht, denn natürlich soll aus Sicht einer großen Mehrheit in Polen die gesamte Ukraine einst in den Hafen der EU einlaufen.

Als vor fast genau zehn Jahren die EU mit der sogenannten Osterweiterung bis an den Bug sich vorschob, verwiesen polnische Politiker verschiedener Couleur gerne darauf, dass die EU-Osterweiterung erst abgeschlossen sei, wenn schließlich auch Belarus und die Ukraine in der Gemeinschaft sich befänden. Die Argumentation war damals wenig ausgereift, folgte eher historischen Linien, die der territorialen Ausdehnung der einstigen polnisch-litauischen Adelsrepublik folgten, denen also andere nur schwer folgen konnten. Zunächst schien sowieso der 2004 vollzogene gewaltige Erweiterungsschritt vielen in den Altmitgliedsländern noch ein großes Wagnis zu sein, dessen erfolgreicher Ausgang längst noch nicht abzusehen sei.

Im Laufe der 10-jährigen EU-Mitgliedschaft hat sich in Polen diese Überzeugung von einer Beitrittsperspektive weiterer Länder im osteuropäischen Raum allerdings verfestigt und ist gereift, hat sich auch von der einseitigen Bindung an die für das aktuelle politische Geschäft weniger wichtigen historischen Linien emanzipiert. Polens Außenpolitik setzt sich gegenüber den andern EU-Mitgliedsländern geduldig dafür ein, den Ländern hinter dem Bug prinzipiell eine Beitrittsperspektive offenzuhalten. Von entscheidender Bedeutung für die Außenpolitik Polens wurden dabei mit Georgien und der Ukraine jene beiden Länder, in denen sich zeitweise Kräfte durchsetzen konnten, die selbst eine EU- und NATO-Mitgliedschaft für möglich und erstrebenswert hielten. Andere Länder spielen da keine vergleichbare Rolle, wobei Belarus aus Sicht Warschaws noch eine Sonderrolle zukommt, geht man doch davon aus, dass das Land nach der Lukaschenko-Ära schneller zu einem EU-orientierten Kurs finden könnte.

Zu jenem Zeitpunkt, als man in Polen bereits von einer über den Bug hinausgehenden EU zu träumen begann, übernahm in Russland mit Wladimir Putin ein Mann die politische Macht, der die Entwicklungen in Osteuropa seit Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 anders verstand und interpretierte. Er nannte die Auflösung der Union einen Zusammenbruch und bezeichnete den als die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Gewiss aus nichtrussischer Sicht eine Übertreibung, denn die Sowjetunion ist ja nicht von außen überrannt worden, sondern zu-

sammengefallen wie ein Kartenhaus, sodass schließlich nur noch ihre einzelnen Teile übrig blieben. Je nach politischem Standpunkt mag man das bedauern oder begrüßen, doch ändert es wenig an der Tatsache, dass die Sowjetunion sich augenscheinlich überlebt hatte. Aus großrussischer Perspektive indes interpretieren sich diese Vorgänge als Katastrophe, weil man sich territorial um Jahrzehnte, um Jahrhunderte zurückgeworfen sieht und Millionen von Russen plötzlich in anderen Staaten beheimatet waren.

Bereits das Vordringen der EU an den Bug erscheint so im Lichte von Eroberung, Anschluss und Vereinnahmung, ganz so, als sei der komplizierte Prozess der auch territorial voranschreitenden europäischen Integration in erster Linie ein aggressiver Akt von EU-Imperialismus, wohingegen die starken Integrationspotenziale in den Gesellschaften der betreffenden Länder kaum eine Rolle spielen sollen. Ein krudes Bild, das verstärkt wurde durch den Hinweis, alle neuen EU-Länder aus dem ehemaligen sowjetischen Machtbereich seien vor dem Beitritt gezwungenermaßen der NATO beigetreten. Zumindest für den polnischen Fall ist nichts falscher.

In diesen Jahren der EU-Osterweiterung bildete sich auf der anderen Seite des Bugs eine andere Integrationsperspektive aus, die ihre machtpolitischen Muster im starken Maße aus der russischen und sowjetischen Vergangenheit zu schöpfen suchte, ohne genügend zu berücksichtigen, dass beide Konzepte sang- und klanglos gescheitert waren. Die in Moskau definierte Einflussgrenze liegt in westlicher Richtung am Bug. Eine Grenze also, an der sich nun zwei grundsätzlich unterschiedene außenpolitische Konzeptionen gegenüberstehen. Für Warschau kann über den Fluss eine Brücke geschlagen werden bis Minsk und bis Kiew, um die EU-Beitrittsperspektive grundsätzlich offenzuhalten. Gebremst wird dieses Begehren aber durch einige Faktoren, von denen die weit stärkere Skepsis bei den meisten anderen EU-Mitgliedern sowie die Einbindung Polens in das EU-Gesamtgefüge nicht die unwichtigsten sind. Aus Sicht Moskaus darf die EU indes keinen Schritt über den Bug machen, weil im Gefolge die NATO ihren Einfluss sofort voranzutreiben suche.

Ein erster scharfer Konflikt wurde nicht am Bug, sondern im fernen Kaukasus ausgefochten. Im Sommer 2008 kam es zu einem kurzen, aber heftigen Waffengang zwischen Russland und Georgien, in dessen Folge Russland die beiden auf georgischem Staatsgebiet liegenden Gebiete Abchasien und Südossetien zu unabhängigen Staaten erklärte, was

für Russland aber ohne gravierende Folgen blieb. Um die NATO-Anwartschaft zu untermauern, hatte Georgiens Staatspräsident Saakaschwili zunächst versucht, mit militärischen Mitteln die Souveränität Georgiens über die beiden seit den 1990er-Jahren abtrünnigen Gebiete an der Grenze zu Russland wiederherzustellen, wurde dann aber entschieden zurückgeschlagen mit dem bekannten Ergebnis.⁵⁹ Eine NATO-Mitgliedschaft Georgiens rückte somit in weite Ferne.

Nach den Vorfällen in Georgien wurde noch Ende 2008 durch den Europäischen Rat das Programm der »Östlichen Partnerschaft« gebilligt, das wesentlich durch die Initiative der Außenminister Carl Bildt aus Schweden und Radosław Sikorski aus Polen entstanden ist. Die »Östliche Partnerschaft« bezieht sich auf die unmittelbaren Nachbarländer Belarus, Ukraine und Moldowa sowie auf die Länder im Südkaukasusraum: Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Die Frage eines EU-Beitritts wird in dem Programm nicht thematisiert, es geht vordergründig um Unterstützung der Reformen auf dem Weg zu demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaften. Polens Außenpolitiker halten allerdings die Beitrittsperspektive, so entsprechende Mehrheiten in den Ländern es wollten, für nicht ausgeschlossen. Anders gesagt, sie sehen in dem Programm, dem sich ja alle EU-Mitgliedsländer verpflichtet haben, eine willkommene Möglichkeit, der Perspektive der EU-Mitgliedschaft insbesondere von Ukraine und Belarus näherzukommen.

Anders wird dieses Programm aus Moskauer Sicht bewertet. Es gehe der EU vielmehr darum, weiteren Einfluss in unmittelbarer Nachbarschaft zu Russland zu gewinnen, wodurch Sicherheitsinteressen berührt würden, weshalb die innenpolitische Situation in all diesen Ländern für Moskau eine zusätzliche strategische Bedeutung bekomme. Zum schwierigsten und wichtigsten Fall wurde die Ukraine, die um jeden Preis in der eigenen Interessensphäre gehalten werden sollte. Das vorbereitete Assoziationsabkommen mit der EU, das die Ukraine Ende 2013 in Vilnius

⁵⁹ Micheil Saakaschwili (Jg. 1967) war von 2004 bis 2013 Staatspräsident Georgiens, emigrierte in die USA, wurde in Georgien in Abwesenheit wegen Amtsmissbrauch zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. 2015 wurde er Präsidentenberater in der Ukraine, erhielt die ukrainische Staatsbürgerschaft, die 2017 wegen Falschangaben bei Antragstellung wieder aberkannt, 2019 aber wieder zuerkannt wurde. Im Oktober 2021 kehrte er überraschend nach Georgien zurück, wurde festgenommen und verbüßt seitdem seine Strafe.

unterschreiben wollte, wurde in letzter Minute gestoppt. Die folgenden Auseinandersetzungen in der Ukraine eskalierten rasch, führten schließlich im Februar 2014 zu Entwicklungen, durch die sich Russland veranlasst sah, ähnlich einzugreifen wie 2008 in Georgien, diesmal allerdings mit der unverhüllten Absicht, sich direkt fremdes Staatsterritorium einzuverleiben, nicht mehr neue Staatswesen in die Welt zu setzen, die außer Moskau ohnehin niemand anerkennen kann.

Unabhängig von der Bewertung des Vorgehens der Putin-Regierung stellen sich Fragen, die in den kommenden Monaten die politische Welt beschäftigen werden. An vorderster Stelle betrifft das die Frage nach der Möglichkeit einer weiteren Ostausdehnung der EU. Die Differenzen zwischen den EU-Mitgliedsländern werden bei der Beantwortung eine große Rolle spielen, nur Polen, Litauen, Lettland und Estland dürften ohne Vorbehalte dafür sein. Auch deshalb ist Polen seit einiger Zeit bemüht, Deutschland stärker an seine eigene Ostpolitik zu binden, wofür die »Östliche Partnerschaft« die geeignete Plattform zu sein scheint. Als Frank-Walter Steinmeier und Sikorski im Februar 2014 gemeinsam in Kiew den Stein ins Rollen brachten, der zur schnellen Flucht und anschließenden Amtsenthebung von Staatspräsident Wiktor Janukowytsch führte, wurde das in Polen in diesem Sinne ausgelegt.

Eine andere Schlüsselfrage ist die Interessensphäre Russlands. Wie weit geht sie, wer erkennt sie von den anderen und aus welchen Gründen an? Lässt sich ein solch hegemoniales Vorgehen gegenüber den aus der Konkursmasse der Sowjetunion hervorgegangenen Nachbarländern Russlands überhaupt aufrechterhalten, was halten die Gesellschaften und Regierenden in den betreffenden Ländern selbst davon? Wenn in den letzten Monaten in Deutschland häufig gefordert wurde, Russland zu verstehen, ging es meistens um Akzeptanz dieser Interessensphäre und darum, auch den Einsatz besonderer Mittel zu akzeptieren. Kaum aufgefordert wurde hingegen, die Ukraine zu verstehen. Die aber ist seit bald 25 Jahren unabhängig, auch wenn aus dem Kreml nun immer öfter Stimmen zu hören sind, die das »Experiment« Ukraine für gescheitert erklären.

Naive Fehlschlüsse

(November 2014)

Das bequemste Mittel, um nach der Landung in die Stadt zu gelangen, sind die Aeroexpress-Züge, die alle drei Moskauer Flughäfen schnell und zuverlässig mit dem Zentrum der Riesenstadt verbinden. Die neueste Zuggeneration sind Doppelstockzüge, die von der Schweizer Stadler-Gruppe gebaut und geliefert werden. Die ersten vier Zugeinheiten wurden im Sommer 2014 über den Rhein nach Amsterdam gebracht und von dort nach Saßnitz verschifft. Von dort ging es dann weiter auf der Eisenbahnfähre mit Breitspur nach Klaipėda. Von der litauischen Hafenstadt führt eine direkte Verbindung nach Minsk, wo die Züge im Stadler-Werk endgültig für den Moskauer Einsatz flottgemacht werden. Alle nachfolgenden Zugeinheiten für Moskau werden später gleich in Minsk montiert werden. Eines der vielen kleinen Beispiele, wie eng die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den verschiedenen Teilen Europas bereits vorangeschritten ist. Vor einem Jahr hätte diese Aufzählung höchstens der Eisenbahninteressierte vermerkt, doch jetzt ist vieles anders geworden.

Einige Tage in Moskau, tagtäglich verschlechtert sich der Rubelkurs. Die Regale der Lebensmittelmärkte quellen über mit Produkten aus den EU-Ländern, die angeblich seit Monaten nicht mehr ins Land geholt werden dürfen. Beliebter Treffpunkt von früh bis spät bleiben die Einrichtungen der McDonalds-Kette, die von der Kreml-Administration im Sommer noch mit zwangsweiser Schließung bedroht wurde. Eine Riesenstadt, wie sie kapitalistischer gar nicht sein könnte. Gleich neben dem Außenministerium legen sich in den ersten bitterkalten Herbstnächten Obdachlose auf wärmende Lüftungsschächte, ohne von der allgegenwärtigen Polizei belästigt zu werden. Am frühen Morgen könnte der Kontrast zu den dicken schwarzen Limousinen, die mittlerweile säuberlich aufgereiht vor dem mächtigen Ministeriumsbaus stehen, nicht größer sein.

An den Kiosken in den unzähligen Unterführungen unglaublicher politischer Kitsch. Putin in allen möglichen Posen, flankiert häufig von Stalin und Lenin, mittendrin immer ein trotzig-kindisches »Krym nasch!« – die Krim ist unser! Leicht fällt es, ins Gespräch zu kommen, sobald, gewiss in leicht provozierender Absicht, eingeworfen wird: »Njet, Krym nje wasch!« – nein, die Krim gehört euch nicht! Ein Geschäftsmann, der – wie er sagt – in der Provinz mit Auto handele, wirft eilig ein, dass die Krim nur ein kleines Fleckchen Land sei, ein Zankapfel allenfalls zwischen

Moskau und Kiew, der den Westen nichts angehe. Ein anderer bemerkt, die Krim sei doch nur einige hunderte Kilometer verdorrter Küste, weshalb mache der Westen so ein großes Aufheben davon? Die Kioskbesitzerin schließlich hebt beschwörend den Zeigefinger, denn Politik interessiere sie gar nicht, aber Russland müsse sich verteidigen! Ein Hauch von falschem Gemeinschaftsgefühl durchschwebt die frostige Kälte in der Unterführung.

Auch wenn das geschäftige Moskau den Anschein zu erwecken sucht, als sei nichts geschehen, bewegt Putins überraschender Schritt, im März 2014 die Krim kurzerhand Russland anzuschließen, noch immer fast alles und jeden. Auf dem Globus für Kinder, der inmitten aufgereihter Bücher auf die kleinen Kunden wartet, ist die Halbinsel Krim bereits in den behördlich richtigen Farben gehalten. Im großen Kinderkaufhaus nebenan gibt es Militärspielzeug ohne Ende – der Bogen wird geschlagen vom Großen Vaterländischen Krieg bis zur modernen Technik und Ausrüstung des heutigen Tages. Dass in der einstigen Roten Armee nicht nur Russen kämpften, ist im allgegenwärtigen russischen Patriotismus kaum noch vermittelbar. Alles überstrahlt das Sankt-Georgs-Band, das Symbol russischer militärischer Tapferkeit.

Auf der anderen Seite der Intellektuellen-Diskurs. Auch hier bleibt es meistens dabei – der Streit zwischen Kiew und Moskau sei eine innere Angelegenheit! Provoziert durch den Westen sei der enge Bruderbund zwischen Russen und Ukrainern zerstört, seien Russen und Ukrainer in der Ostukraine in den Bürgerkrieg getrieben, seien die Russen auf der Halbinsel Krim aber durch das schnelle Eingreifen der Putin-Administration vor den Angriffen der ukrainischen Nationalisten, Faschisten und Bandera-Leuten gerettet worden. Häufig ist das Argument zu vernehmen, dass ja selbst der scharfe Kreml-Kritiker Michail Chodorkowski gemeint habe, im Falle eines künftigen Wahlsiegs gegen Putin die Krim gar nicht wieder herausrücken zu können. Eine Hilfskonstruktion, um zu beweisen, dass Putins Feldzug allgemeine und verbreitete russische Befindlichkeit ausdrücke. Der Einwurf des Gastes aus dem Westen, dass wenigstens Aleksandr Lukaschenko die Krim-Annexion verurteile und für einen großen politischen Fehler halte, wird abgewehrt mit dem Hinweis, Lukaschenko folge hier nur eigenen begrenzten Interessen.

Die Situation sei verfahren genug, meinen die Moskauer, sehr habe man auf die deutsche Bundesregierung gesetzt, auf die Stimme der Vernunft in Berlin. Stattdessen habe Angela Merkel sich auf die Seite der

Scharfmacher in der EU gestellt – also der Regierungen in den baltischen Republiken, in Polen und Rumänien. Vielfach wird in Moskau bei Kennern der Außenpolitik derzeit ein neues Helsinki beschworen, was verblüffen mag, denn schließlich hatte der dort 1975 eingeleitete Prozess den Untergang des Sowjetsystems nicht aufhalten können.⁶⁰ Gesucht wird jetzt eine Vorgehensweise, mit der beide Seiten – Russland wie der Westen – sich gegenseitig versichern, die inneren Angelegenheiten der anderen Seite zu respektieren. Klar, dass die Grenze der jeweiligen und gegenseitig anerkannten Einflussbereiche der Bug bleiben soll, die frühere Westgrenze der Sowjetunion. Es wird noch einiges Wasser die Moskwa hinabfließen, ehe Russlands Gesellschaft die Suppe ausgelöffelt haben wird, die ihr Staatspräsident Putin mit der abenteuerlichen Ukrainepolitik eingebrockt hat. Das Hirngespinnst, ein modernes Russland könne sich politisch und wirtschaftlich vom Westen isolieren, hat sich bereits einmal kräftig blamiert, weil man sich in Moskau eingebildet hatte, alleine so etwas wie allgemeingültigen Sozialismus aufbauen zu können. Es war ein Irrweg. Die Wiederholung nun mit kapitalistischen Vorzeichen ist allerdings ausgeschlossen, auch wenn manche Kremlstrategen es augenblicklich anders sehen wollen.

Zum Beitrag »Der 8. Mai 1945 und heute« von Alexander Rahr (August 2020)

Alexander Rahrs Beitrag reizt zum Widerspruch. Der Autor geht im zweiten Teil ausgesprochen kritisch mit »Staaten Osteuropas« ins Gericht, womit im Kern Estland, Lettland, Litauen und Polen gemeint sein dürften, die seit 2004 der EU angehören.⁶¹ Dass das geografische Osteuropa erst

⁶⁰ Außerdem sei hier heute kurz hinzugesetzt, wie sehr die sowjetisch-östliche Seite – darunter vor allem natürlich Länder wie Polen, die DDR oder die ČSSR – auf die Unverletzlichkeit der bestehenden Nachkriegsgrenzen in Europa pochten. Von solch hehrem Prinzip will das von Putin regierte Moskau 2014 oder 2022 nicht mehr viel wissen, glaubt vielmehr, erst durch erhebliche Grenzverschiebungen den Weg freizumachen zu einer dauerhaften Friedensordnung.

⁶¹ Alexander Rahrs Beitrag ist in der außenpolitischen Monatszeitschrift »WeltTrends« in Nr. 163 vom Mai 2020 erschienen, dort (S. 62f.) ist ausgeführt: »Der Westen hätte Russland 1991 eine gemeinsame europäische Allianz an-

hinter den Ostgrenzen der EU anfängt, soll hier nur angemerkt werden. Auch viele Jahre nach Beendigung der Ost-West-Konfrontation wird es in den meisten deutschen Köpfen einem Reflex gleich so bleiben: Prag liegt im Osten, Wien im Westen.

Wichtiger ist die Behauptung, dass den genannten Ländern eine »konfrontativere Betrachtungsweise« des 8. Mai 1945 eigen sei, sodass in der »westlichen Sichtweise«, die schon »während des Kalten Krieges kritisch gewesen« sei, die »Gespenster aus dem Kalten Krieg« wieder zum Vorschein gekommen seien. Zu bezweifeln ist aber, dass es eine »westliche Sichtweise« auf den 8. Mai 1945 jemals gegeben hat. Zum Gründungskonsens jener Gemeinschaft, aus der später die EU herauswuchs, gehörte der bewusste Verzicht auf die zweischneidige Waffe von Geschichts- und Erinnerungspolitik in den gemeinsamen Beziehungen, insbesondere den jüngsten furchtbaren Krieg betreffend. Wie lange zum Beispiel hatten, um nur ein mit dem 8. Mai 1945 doch recht eng, wenn nicht sogar unmittelbar zusammenhängendes Beispiel anzuführen, Frankreich und Westdeutschland unterschiedliche Auffassungen in der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Es folgt daraus zu-

bieten sollen, so wie Frankreich nach der Niederschlagung Napoleons auf dem Wiener Kongress 1815 einen festen Platz in Europa erhielt. So aber kamen die Gespenster aus dem Kalten Krieg wieder zum Vorschein. Die westliche Sichtweise auf den 8. Mai 1945, die schon während des Kalten Kriegs kritisch gewesen war, glich sich der noch konfrontativeren Betrachtungsweise der Staaten Osteuropas an. Danach war der 8. Mai 1945 kein Tag der Befreiung vom Faschismus, sondern der Beginn einer neuen Diktatur – diesmal der kommunistischen. Die Geschichte wurde umgeschrieben. Nun feierte man in Europa die wahre Befreiung am 9. November 1989. Der Fall der Berliner Mauer und Volksaufstände in den Warschauer Paktstaaten hätten die zweite totalitäre Herrschaft – nach der nationalsozialistischen die kommunistische – besiegt und den ostmitteleuropäischen Nationen die Freiheit gegeben. Im September 2019 stimmte das Europaparlament mit großer Mehrheit zum wiederholten Mal für eine Resolution, Kommunismus und Nationalsozialismus gleichzusetzen, beide Systeme als totalitäre Diktaturen zu brandmarken und Hitler und Stalin gemeinsam als Anstifter des Zweiten Weltkrieges zu verurteilen – mit allen negativen Konsequenzen für das heutige Russland, das die Rechtsnachfolge der Sowjetunion angetreten hatte. Die geopolitische Absicht hinter der Deklaration war klar: Russland sollte daran gehindert werden, seine angestrebte Großmachtrolle in der künftigen Weltordnung durch den Gedenktag des 8. Mai 1945 zu legitimieren.«

mindest, dass die angeführten »Gespenster aus dem Kalten Krieg« nicht überall die gleichen gewesen sein können.

Ein zweiter Einwand bezieht sich auf die Art der Beweisführung für das Umschreiben der Geschichte in Europa, wofür Alexander Rahr offensichtlich in dem von ihm angeführten »Osteuropa« die entscheidende Quelle vermutet. Der Autor führt die im Europäischen Parlament am 19. September 2019 mit »großer Mehrheit« verabschiedete Entschließung zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas an. Unabhängig von der inhaltlichen Bewertung dieser Entschließung, die ja davon zeugt, wie wenig geeignet politische Entschlüsse sind, um tragischen Verwicklungen in der Zeitgeschichte auf die Spur zu kommen und daraus wichtige Lehren für die Zukunft zu schließen, sei hier aber festgehalten, dass die Abgeordneten aus den Ländern, auf die der Autor zielt, zusammengezählt nicht in der Lage gewesen wären, eine solche »große Mehrheit« zu stemmen. Kaum anzunehmen ist außerdem, dass die Parlamentsmitglieder aus anderen Ländern auf arglistige Weise hinter das Licht geführt wurden.

Die Entschließung des Parlaments ist eher ein Indikator, der anzeigt, wie beklagenswert es im Augenblick um die Beziehungen zwischen Brüssel und Moskau steht, denn natürlich wird wohl jedem Mitglied im Hohen Haus bekannt gewesen sein, dass eine solche Resolution, die sich ausdrücklich auf den 80. Jahrestag des Kriegsausbruchs im September 1939 bezieht, nicht den Beifall oder die Zustimmung Moskaus finden kann. Doch dann liegt andererseits auf der Hand, dass Länder wie Estland, Lettland, Litauen oder Polen für diesen unbefriedigenden Zustand nicht herausgehoben oder alleine verantwortlich gemacht werden können.⁶²

Ein letzter Punkt betrifft die Rolle des *Cordon sanitaire* gegenüber Moskau, in der sich »manche Staaten Osteuropas« wie in der Zwischenkriegszeit sähen. Wieder geht es vor allem um Estland, Lettland, Litauen und Polen. Dort wird, wie niemandem länger erklärt werden müsste, stark auf die nationale Unabhängigkeit gepocht. Zuletzt war es nachdrücklich zu erleben im Jubiläumsjahr 2018, in dem in allen vier Ländern des 100. Jahrestags der Staatsgründungen am Ende des Ersten Weltkriegs gedacht wurde. Und die Erfahrung des Zusammenbrechens

⁶² Zum Entschließungsantrag siehe www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2019-0097_DE.html, abgerufen am 14.10.2022.

dieser 1918 ins Leben gerufenen Staaten am Beginn oder in den Anfangsjahren des Zweiten Weltkriegs sitzt tief. Anzufügen bleibt indes, dass die genannten Länder aus bitterer Erfahrung eines nicht tun: bestehende Staatsgrenzen infrage stellen und Ansprüche auf fremdes Territorium erheben.

Zum Thema »Polen und der Norden«

(Januar 2022)

Im Heft Nr. 182 vom Dezember 2021 nimmt das in Potsdam erscheinende außenpolitische Journal »WeltTrends« das Thema »Polen und der Norden« näher unter die Lupe. Die jungen oder jüngeren Autoren sind allesamt mit Hochschuleinrichtungen Polens verbunden. Das erhöht sicherlich den Reiz für den deutschen Leser, tatsächlich werden in den vier Beiträgen jede Mänge an Fakten angeführt, die sonst in der einschlägigen Literatur nicht immer gleich zu finden sind. Allerdings fällt auf, dass alle Beiträge miteinander betont harmonisieren, so als seien sie allesamt über einen Leisten geschlagen. Das mag in der Absicht des Gastherausgebers gelegen haben, der offensichtlich den geschlossenen Guss bevorzugt. Und die Beiträge wirken, als stammten sie aus einem Laboratorium, in dem viele der einzelnen Elemente vorrätig sind wie in einem Ersatzteillager und dann nur noch mehr oder weniger geschickt zusammengesetzt werden müssen für den gewünschten Zweck. Insofern erfährt der Leser auf kleinem Raum zwar viel an Faktischem, doch beschleicht ihn andererseits schnell das Gefühl, dass da die Autoren mit einer Gemengelage umzugehen suchen, die sie – aufgeladen mit erheblichem politischen Sprengstoff – gar nicht ausreichend beherrschen.⁶³

Mit Sicherheit, um nur ein Beispiel herauszugreifen, haben Polen, Estland, Lettland und Litauen gemeinsame Sicherheitsinteressen, wenn

⁶³ Der Gastherausgeber Martin Wysisk hat unter dem Thema »Polen und der Norden« folgende Beiträge zusammengestellt: Piotr Szymański: Polens Sicherheitspolitik, das Baltikum und Europas Norden, in: WeltTrends, Nr. 182, Dezember 2021, S. 23–28; Maciej Giers: Warten auf bessere Zeiten. Die polnisch-schwedischen Beziehungen, in: Ebd., S. 29–33; Adam Petrétis/Aleksandra Smoczyńska: »Es bleibt in der Familie«. Die Beziehungen zwischen Polen und Litauen, in: Ebd., S. 34–39; Mariusz Marszałkowski: Die Ostsee als Tor zur Energieunabhängigkeit Polens, in: Ebd., S. 40–43.

dort nach Osten geblickt wird. Da spielt die gemeinsame NATO-Mitgliedschaft eine wichtige Rolle, niemand wollte da widersprechen. Und doch liegt der Schlüssel zum Verständnis der Lage zugleich in dem nicht zu übersehenden Unterschied, der in den Texten nicht einmal angesprochen wird. Während die nationalkonservative Regierung Polens so tut, als wäre Sicherheitspolitik gegenüber dem Osten zwar das eine, die Mitgliedschaft in der EU aber etwas anderes, ist diesbezüglich die Wahrnehmung in Tallinn, Riga und Vilnius – egal wer da regiert – anders.

Niemand im politischen Geschäft würde sich dort den leisesten Zweifel an der EU-Mitgliedschaft erlauben, denn erst diese gibt zusammen mit der NATO-Mitgliedschaft die sicherheitspolitische Absicherung. Wenn aus polnischen Regierungskreisen gleichermaßen kräftige wie provozierende Töne gegen Brüssel (und damit unterschwellig immer gegen Berlin) produziert werden, weil die nationale Souveränität von dort bedroht sei, wäre so ein Spiel aus Sicht der drei baltischen Republiken unvorstellbar, grenzte es doch schnell an politischen Selbstmord.

Auch die Haltung zu Russland kann in den vier Hauptstädten nicht identisch sein, denn erstens war Polen nie Sowjetrepublik, auch wenn in bestimmten Kreisen nicht aufgehört wird, die VR Polen quasi nachträglich zu einer solchen zu machen, und zweitens gibt es in Polen keine russische oder russischsprechende Minderheit, die auf dem politischen Radar Moskaus immer eine Rolle spielt. Insofern hätte Polen ganz andere Spielräume, die es aber nicht nutzt oder nicht zu nutzen versteht. Diesen Ausfall bekommt dann die gesamte Gemeinschaft zu spüren; die Fehlstelle ist längst nicht mehr zu übersehen, auch kann sie nicht ausschließlich den jetzt Regierenden zugeschlagen werden. Statt sich also ein wenig feige hinter den – so oder so erklärlichen – Positionen in den baltischen Republiken zu verstecken, sollte stärker nach Möglichkeiten gesucht werden, die einem großen Land wie Polen gegeben sind.

Ein weiterer Aspekt sind die Beziehungen zu Ländern wie Schweden oder Finnland, auch Dänemark gehört dazu. Aus Sicht Polens bleibt dort auf absehbare Zeit vor allem die Frage der Ausrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung von entscheidender Bedeutung, was zumindest angedeutet wurde. Die Hoffnung, in 15 oder 20 Jahren den Anschluss an das Entwicklungsniveau dieser Länder geschafft zu haben, wird mit vielen Herausforderungen verbunden bleiben. Klima- und moderne Einwanderungspolitik sind nur zwei Stichwörter, wobei die Regierenden in Warschau jeden Tag zeigen, wie unheimlich ihnen ein solcher Weg ist.

Bemerkung zur Nationalitätenfrage bei Rosa Luxemburg aus gegebenem Anlass

(22. Februar 2022)

Hartnäckig hält sich der Vorwurf, Rosa Luxemburg habe sich in der Nationalitätenfrage geirrt. Als schlagender Beweis für diese Behauptung wird stets die polnische Frage angeführt, die sie falsch beantwortet habe. Ohne an dieser Stelle darauf tiefer einzugehen, sei dennoch kurz angeführt, dass der polnische Historiker Feliks Tych frühzeitig die Sache richtiggestellt hatte: Rosa Luxemburg ist nicht gegen die polnische Unabhängigkeit gewesen, sie hat sie vielmehr ausgeschlossen, was unter den bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs herrschenden Bedingungen in jenem Teil Europas auch nachvollziehbar war. Anders gesagt: Der Traum von nationaler und staatlicher Unabhängigkeit Polens war bis zu diesem Zeitpunkt tatsächlich vor allem visionär, die Wege dorthin aber konnten nur bedingt aufgezeigt werden. Wer sich auf die sachliche Analyse realpolitischer Machtkonstellationen einließ, vertagte diese Frage meistens – so auch Rosa Luxemburg – in die Zeit einer künftigen sozialistischen Gesellschaft. Doch nie wäre Rosa Luxemburg auf die aberwitzige Idee gekommen, einem Staat, der über 30 Jahre existiert und weltweit anerkannt ist, plötzlich – und aus was für verwinkelten Gründen auch immer – das Existenzrecht abzusprechen.

Der ganze Reichtum in der Behandlung der Nationalitätenfrage bei Rosa Luxemburg tritt indes zutage, sobald die heute sperrig wirkende polnische Frage einmal beiseitegelassen wird. Innerhalb des demokratisch ausgerichteten Zentralstaates mit umfassender politischer Freiheit kommen den konsequent von unten nach oben ausgerichteten Körperschaften der Selbstverwaltung in den einzelnen Verwaltungsgliederungen auf dem Staatsgebiet ein entscheidendes Gewicht zu, wenn es um die Mitbeteiligung der Bevölkerung am demokratischen Prozess sowie um die angemessene Berücksichtigung der Bevölkerungszusammensetzung geht. In der Schrift »Nationalitätenfrage und Autonomie« (1908/09) hat sie diesen Zusammenhang ausführlich dargestellt.⁶⁴ Es ist kein Zufall gewesen, dass sie dabei ein besonderes Augenmerk auf die Frage der den nationalen Minderheiten zukommenden Rechte und auf

⁶⁴ Rosa Luxemburg: Nationalitätenfrage und Autonomie. Herausgegeben und übersetzt von Holger Politt, Berlin 2012.

das Problem des Separatismus lenkte. Sie trat entschieden für ein robustes und verbrieftes Minderheitenrecht ein, das noch heute höchsten Ansprüchen genügen würde. Zugleich wies sie Separatismus, der sich auf vermeintliche Nationalitätenprobleme zu berufen sucht, zurück – erst recht natürlich, wenn für die Durchsetzung der Ziele Waffengewalt genutzt oder aber billigend in Kauf genommen wird. Wer die einseitig vorgenommene Anerkennung abtrünniger Gebiete hinnimmt und zur Tagesordnung überzugehen sucht, findet keine Gründe, sich auf Rosa Luxemburg zu berufen.⁶⁵

Die Rechte nationaler Minderheiten waren für Rosa Luxemburg ein höchstes Gut. Sie selbst wurde von preußischen Behörden verfolgt, weil sie sich für einen umfassenden Schutz der polnischen Sprache in jenen Gebieten eingesetzt hatte, die zu einem erheblichen oder mehrheitlichen Teil von polnischer Bevölkerung bewohnt waren. Der Gebrauch der Muttersprache im öffentlichen Leben hat in den Körperschaften der Selbstverwaltung überall dort gesetzlich verankert zu sein, wo eine entsprechende Bevölkerungszusammensetzung es erforderlich macht. Rosa Luxemburg wählte als treffliche Beispiele nicht ohne Grund den Kaukasus und das historische Litauen, das nicht zu verwechseln ist mit dem heutigen Litauen und das damals in der Bevölkerungszusammensetzung einem wahren Flickenteppich glich. Wer heute durch solche Orte geht, in denen auf der Straße nicht nur eine dazugehörige Muttersprache zu hören ist, sollte den Blick richten auf die Straßenschilder. Sind sie einsprachig, können sie ein Indiz sein für nicht durchgehaltene Minderheitenrechte. Der Anspruch darauf, diese zu kritisierende Situation zu verbessern, bleibt aber in Rosa Luxemburgs Verständnis einer der wesentlichen Aufgaben der selbstverwalteten Gebietskörperschaften. Hierbei mit militärischen oder anderen Gewaltmitteln einzugreifen, stieß auf ihre entschiedene Ablehnung.

Die eindeutige Haltung Rosa Luxemburgs in der Frage einseitiger territorialer Separation und Loslösung, an der es nichts zu deuteln gibt,

⁶⁵ Wladimir Putin hatte am 21. Februar 2022 die staatliche Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken in Luhansk und Donezk durch Moskau verfügt und damit nach der Einverleibung der Krim im März 2014 ein weiteres Mal die international anerkannten ukrainischen Staatsgrenzen ganz offen verletzt. Noch hofften in Europa viele, dass diese erneute und brutale Völkerrechtsverletzung nicht in einen offenen Angriffskrieg münden würde.

hat viel zu tun mit der Kriegsgefahr, die durch erzwungene Grenzänderung unweigerlich und erheblich gesteigert wird. Den bösen Trick aber, mit der bloßen Unterschrift des eigenen Staatsoberhauptes in den Verlauf der Staatsgrenzen eines benachbarten Landes und gegen dessen Willen einzugreifen, hätte sie als zu verurteilende Androhung von Krieg und Gewalt geißelt. Alle Gründe, die angeführt werden, um das Mittel mit dem Zweck zu heiligen, hätte Rosa Luxemburg angewidert vom Tisch gewischt. So tat sie es nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit Karl Kautskys Argumenten, nachdem er tatsächlich versucht hatte, den deutschen Kriegsgang gegen Zarenrußland mit einer Mission zu bemänteln, die wegen der gescheiterten Revolution von 1905/06 noch immer ausstünde.

Nach dem Kriegsausbruch

An Kiews Seite

(24. Februar 2022)

Wladimir Putins feiger Krieg gegen die Ukraine stößt in Polen auf einhellige und entschiedene Ablehnung. Der Kreml-Herr ließ nun wahr werden, was zuvor kraft haushoher militärischer Überlegenheit angedroht war. Dass er den Krieg vom Zaun brechen wird, war in Polen fast jedem klar. Anders als in Deutschland gab es da zuletzt keinerlei Illusionen – hierin waren sich alle politischen Lager erstaunlich einig. Und um zu beweisen, wie lebensnotwendig für Land und Leute die NATO-Mitgliedschaft ist, braucht es künftig keines weiteren Beweises mehr. Der Schulterchluss zu Litauen, Lettland und Estland wird ohnehin fester werden, vor allem in der nun gegen die russische Bedrohung gerichteten Verteidigungspolitik. Alle vier Länder sind am vergangenen Montag in Putins geschichtsphilosophischer Lehrstunde unmittelbar vor Beginn der Kriegshandlungen nicht von ungefähr ausdrücklich aufgezählt worden.

In seiner langen Rede hatte Putin auch die Mitte des 17. Jahrhunderts gesondert herausgegriffen, als sich die Kosaken am Dnepr von der polnisch-litauischen Union ab- und dem Moskauer Zarentum zugewandt hatten. Damit begann tatsächlich der lange Zyklus des Aufstiegs der Zarenmacht zur unumstrittenen Herrschaft zunächst über die Weiten Russlands und schließlich zur erstrangigen europäischen Macht, die nach den Entscheidungen auf dem Wiener Kongress von 1815 zu einer Feste für die politische Reaktion in großen Teilen Europas wurde. Marx und Engels waren 1863/64 glühende Anhänger des schließlich vergeblichen polnischen Nationalaufstands, weil sie gehofft hatten, so den schädlichen Einfluss Zarenrusslands auf gesellschaftliche Prozesse in Mitteleuropas brechen zu können. Am Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte Rosa Luxemburg das Konzept eines engen Schulterchlusses zwischen der westeuropäischen und der jungen, allerdings immer stärker werdenden russischen Arbeiterbewegung. Die Feuertaufe erlebte diese Hoffnung in der Revolution 1905/06, als Arbeitermassen in den Industriezentren Polens und Russlands gleichermaßen für politische Freiheit kämpften und die Zarenherrschaft fast zum Einsturz brachten. Europas gesamte Geschichte wäre bei einem Sieg der Arbeiterrevolution fürderhin anders verlaufen, so aber blieb sie im Ostteile des Kontinents noch für lange Zeit im Schatten der Zarens pur.

Noch Ende 1918 sprach Rosa Luxemburg davon, dass der Revolutionsprozess in Russland nur die Fortsetzung von 1905/06 sei, was damals begonnen habe, werde nun zu Ende geführt. Sie irrte sich gewaltig, denn der Brückenschlag nach Westeuropa, der über die Industriezentren Polens lief, war längst verloren gegangen. Einst hatte Rosa Luxemburg die russischen Kampfgenossen selber davor gewarnt, im Alleingang zu versuchen, das Zarentum zu stürzen und dessen tief sitzendes Erbe auszumerzen. Die Entwicklungen in den Folgejahren bis hin zu dem unheilvollen Stalinschen Konzept vom Aufbau des Sozialismus in nur einem Land hatten noch einmal bewiesen, wie richtig sie mit ihrer Warnung lag. Es war die unheimliche Wiederkehr des Zarentums in anderen – jetzt roten Farben.

Putin lässt seit Langem kein gutes Haar mehr an der Sowjetunion, hat mit wenigen Federstrichen die Zeit von Glasnost und Perestroika jetzt von seinem Redetisch gefegt. Diese Schlussetappe in der Geschichte der Sowjetunion war der wiederum vergebliche Versuch gewesen, mit der Entstalinisierung ernst zu machen, also einer demokratisch-sozialistischen Perspektive den späten Weg zu ebnen – mit voller politischer Freiheit. In all der Ratlosigkeit im Zerfallsprozess der Sowjetunion einigten sich die verschiedenen Führungsleute hier und dort, also auch in Russland selbst, auf den einen, für den Weltfrieden außerordentlich wichtigen Grundsatz: Wir trennen uns entlang der bestehenden Grenzen der einzelnen Sowjetrepubliken – ohne Gebietsansprüche und ohne Bevölkerungsaustausch.

Die Geschichte seither ist bekannt. Russland bekam mit Putins Machtantritt schließlich eine gelenkte Demokratie verordnet, die wiederum ganz offen den anderswo herrschenden Standards politischer Freiheit widersprach. Vielerorts wurde sie erklärt oder verklärt als ein spezifischer moderner Ausdruck russischer Zivilisation, die eben anders sei als die Zivilisation im Westen. Zugleich begann Putin das Konzept zu entwickeln, dass Russland in einer besonderen Verantwortung stehe für alle Russinnen und Russen, die nun außerhalb der Russländischen Föderation lebten. Das hat verständliche Seiten, so die Sorge bei offenkundiger Diskriminierung wegen Sprache, Herkunft usw. Doch aus dem Fluch über den Zerfall der Sowjetunion, der machtpolitisch betrachtet ja auch ein empfindliches Zurückdrängen Russlands aus bisherigen geografischen Positionen bedeutete, wurde zunehmend ein böser Fluch für Russland selbst. Die Entwicklungen in Georgien im Sommer 2008, auf der Krim

und im Donbass im März 2014 verweisen bereits auf den schlimmen, mit nichts zu rechtfertigenden Irrweg zum jetzigen Krieg. Der Verlust an politischer, vor allem machtpolitischer Bindungskraft gegenüber großen Teilen der ehemaligen Sowjetunion wird ausgeglichen mit purem militärischem Machtspiel, weil dort tatsächlich niemand weit und breit Moskau Paroli bieten könnte. Die offenkundige Demütigung, als Macht mit Anspruch auf Weltgeltung an seiner südwestlichen Flanke peinliche Staatsgebilde unterhalten zu müssen, die ansonsten kaum jemand anerkennt, ist nun zum Platzen gekommen. Statt fleißig weitere Kleinstaaten einzusammeln, hat Putin nun entschieden, gleich die ganze ihm verhasste Ukraine einzunehmen. Die Welt ist jetzt eindringlich gewarnt – es ist die erschreckende Wiederkehr alter Großmachtpolitik aus Zaren- und Sowjetzeiten in anderer Färbung.

Der 24. Februar 2022 wird, auch wenn Putin und seine Leute zeitweise triumphieren sollten, als ein rabenschwarzer Tag in die Geschichte Russlands eingehen.

Ein Krieg wird legitimiert: Riskantes Spiel mit alten Rechnungen (26. Februar 2022)

Am Ende des Ersten Weltkriegs gab es im Osten keine Sieger. Beide Seiten hatten verloren, Deutsche und Österreicher auf der einen, Russen auf der anderen. Damit trat ein, womit niemand bei Ausbruch des Krieges 1914 rechnen konnte: Die drei Teilungsmächte Polens von 1815 mussten allesamt das Feld räumen, der Weg war frei für die staatliche Wiederherstellung Polens. Während im Westen gegenüber dem besiegten Deutschland die Grenzen nach dem Versailler Friedensvertrag fester gezogen werden konnten, blieb die Situation im Osten viel unübersichtlicher, hierher drang kaum noch der Einfluss aus Versailles. Dort, wo Polen, Ukrainer, Belorussen, Litauer und zwischen ihnen Juden seit Jahrhunderten in engerer Nachbarschaft siedelten, sprach weiter die Waffengewalt.

Bereits Ende 1918 kam es um Lemberg im vormaligen Österreich gehörendem Ostgalizien zu bewaffneten Konflikten und Scharmützeln zwischen polnischen und ukrainischen Truppen; ein erstes Anzeichen, dass der Friedensschluss des Westens im Osten keinen Grund fand. Allein der Appell an die Wahrung ethnischer Grenzlinien war noch zu hören.

Indes war es die Stunde wagemutiger Männer, die sich zu großer historischer Tat berufen fühlten. Auf polnischer Seite stieg Józef Piłsudski zum unerreichten Nationalhelden auf. Ihn trug die Vision, im Osten tief hinein in die Weiten des im Krieg untergegangenen Zarenreichs historische Grenzen durchzusetzen. Russland zehrte sich auf in einem blutigen Bürgerkrieg, der Sieger war längst noch nicht auszumachen. Um den ausbrechenden Nationalgefühlen in der ukrainischen und belarussischen Bevölkerung entgegenzukommen, setzte er auf die Föderationsidee – einen späteren Bund dieser Länder mit Polen, um dem Einfluss Russlands einen starken Riegel vorzuschieben.

Zu ersten Auseinandersetzungen zwischen polnischen Streitkräften und der Roten Armee kam es im April 1919 in Vilnius, als die Rote Armee aus der Stadt vertrieben wurde, um die sich damals vor allem Polen und Litauen stritten. Die polnische Armee rückte anschließend weiter nach Osten vor, brachte der Roten Armee empfindliche Niederlagen bei und erreichte im September 1919 eine Linie 50 Kilometer östlich von Minsk. Im Süden hatte man die gesamte Westukraine bereits in der Hand. Seit Mai 1919 waren dort die Kampfhandlungen gegen die Verbände der sogenannten Ukrainischen Volksrepublik von Symon Petljura eingestellt worden. Aus unversöhnlichen Feinden waren Bündnispartner geworden, der gemeinsame Gegner – Sowjetrusland – schweißte zusammen. Petljura hatte angesichts des Kräfteverhältnisses schnell begriffen, dass der Weg zu der von ihm angestrebten unabhängigen Ukraine für ihn nur noch über die Eroberung Kiews, nicht mehr Lembergs führt.

Piłsudski schien dem geostrategischen Traum einer Föderation Polens mit von Russland losgelöstem Belarus und selbständiger Ukraine einen großen Schritt nähergekommen zu sein. Die westlichen Siegermächte allerdings pochten im Herbst 1919 immer noch auf eine polnische Ostgrenze am Bug, den Bevölkerungsmehrheiten folgend. Piłsudski nutzte nun aus, dass Sowjetrusland keinen Bündnispartner mehr im Westen besaß – eine formidable Situation für die eigenen Pläne. Später werden Historiker zu der Einschätzung gelangen, dass er gegen ein Russland der Weißgardisten wohl keine Chance besessen hätte.

Die sowjetische Seite machte im Winter 1919/20 ernsthafte Friedensangebote, war bereit, das unabhängige Polen anzuerkennen, machte territoriale Zugeständnisse, die weit über die Vorstellungen der Westmächte hinausgingen, verwies aber – bezogen auf Belarus und die Ukraine – nun ihrerseits auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. War-

schau stellte harte Bedingungen, auf die Moskau nicht eingehen konnte, die Kampfhandlungen setzten sich im Frühjahr 1920 fort. Piłsudski zog es nach Kiew, um Petljura bei der Schaffung einer selbständigen Ukraine in die Vorhand zu bringen. Das Manöver gelang auch militärisch, am 7. Mai 1920 rückten polnische Truppen in Kiew ein. Die polnische Führung rechnete mit einem der sowjetischen Seite diktierten Friedensschluss, doch Moskau warf nach dem sich bereits abzeichnenden Sieg im Bürgerkrieg nun alles gegen Polen an die Front. Im Norden auf belorussischem Gebiet übernahm Michail Tuchatschewski die strategische Führung, im Süden in den ukrainischen Weiten kämpfte Budjonny's berühmte-berühmte Reiterarmee. Das Ziel war klar: die polnischen Truppen weit nach Westen zurückschlagen und Warschau einnehmen. Es brauchte nur wenige Tage, dann waren die polnischen Truppen wieder aus Kiew vertrieben.

Anfang August 1920 stand umgekehrt die Rote Armee nun vor den Toren Warschaws; die Einnahme der polnischen Hauptstadt schien nur eine Frage der Zeit. Eingesetzt werden sollte eine polnische Sowjetregierung, an deren Spitze Julian Marchlewski stand. Insofern rechnete die Sowjetführung um Lenin mit einem Schulterschluss der Arbeiter- und Bauernmassen Polens, vor allem der ärmeren Schichten. Hinter Piłsudski standen französische Berater und Truppen, unter anderem der junge Offizier Charles de Gaulle; auch gelang es ihm und seiner Führung in dieser bedrohlichen Situation, eine kriegsentscheidende patriotische Stimmung zu erzeugen, denn frische Freiwilligenheere standen in ausreichender Zahl zur Verfügung. So wie die Polen vor wenigen Monaten in Kiew, so scheiterten die Rotarmisten jetzt vor Warschau. In den Tagen zwischen dem 14. und 16. August 1920 kam es zur entscheidenden Kriegswende – jetzt wurde die Rote Armee wieder nach Osten gedrängt. Ende September 1920 gelang den polnischen Truppen sogar der Durchbruch in Richtung Minsk, die Sowjettruppen waren geschlagen.

Im Herbst 1920 wurden die Kampfhandlungen eingestellt und Friedensverhandlungen aufgenommen. Für Lenin war der exakte Grenzverlauf zwischen Sowjetland und Polen nun weniger wichtig, entscheidender war: Polen sollte am Verhandlungstisch die Existenz von Sowjet-Ukraine und Sowjet-Belarus hinnehmen, sozusagen Piłsudskis strategische Föderationspläne umkehrend. Am 18. März 1921 wurde in Riga der Friedensvertrag zwischen beiden Seiten unterschrieben, mit dem die Fortsetzung des Ersten Weltkriegs im Osten offiziell beendet wurde. Zugleich

war der Weg geebnet zur Gründung der Sowjetunion, die offiziell am 30. Dezember 1922 aus der Taufe gehoben wurde.

Die westlichen Siegermächte brauchten noch geraume Zeit, den vereinbarten Grenzverlauf offiziell zu akzeptieren, weil ethnische Kriterien völlig vom Tisch gefegt wurden. Für Belarus bedeutete der Vertrag die Teilung, hier der polnische, dort der sowjetische Teil. Und die Ukraine kam im westlichen Teil zu Polen. Der Gebietsverlust wurde wettgemacht durch den administrativen Anschluss größerer Gebiete im Osten, die im Zarenreich immer russisches Gebiet waren.

Über 100 Jahre später greift Russlands Staatspräsident Wladimir Putin nun mit dem unglaublichen Argument zur Kriegsgewalt, Lenin und die Bolschewiki hätten sich mit der Schaffung der Sowjet-Ukraine gegen elementare russische Interessen versündigt.

»Ganz famose Burschen«

(März 2022)

Zu den wichtigen Gründen, die zur Niederlage des gegen die Zarenherrschaft in Polen gerichteten und im November 1830 in Warschau ausgebrochenen Aufstands führten, zählen die vielfache militärische Unterlegenheit sowie die Tatsache, dass die Aufständischen keine wirksame Hilfe von außen bekamen. England war an den Entwicklungen in Belgien und Frankreich interessiert, Frankreich hielt sich die Sache vom Halse, Preußen und Österreich waren gleichermaßen neutral wie zarenfreundlich. Dennoch hielten sich die tapfer schlagenden Polen lange, erst Anfang September 1831 stürmte die Zarenarmee Warschau, bis zuletzt hielt sich die Festung in Zamość, die schließlich am 21. Oktober 1831 aufgab. Dem infolge der Niederlage quer durch die deutschen Lande, durch Belgien und Frankreich ziehenden Strom der Großen Emigration wurde alle Sympathie gezollt. Dem zum Zarenreich gehörenden Teil Polens selbst wurde die auf dem Wiener Kongress 1815 vereinbarte, wiewohl nie durchgehaltene Autonomie genommen – die Zarenknote wurde ungleich fester.

Inmitten all der Verzweiflung fand der polnische Historiker Joachim Lelewel das Losungswort, das eine symbolische Brücke zum gescheiterten Aufstand der Dekabristen in Petersburg zurückschlug und bis heute an seiner tiefen solidarischen Bedeutung für Freiheitsbewegungen nichts verloren hat: Für eure und unsere Freiheit!

Besten Beweis dafür lieferten immerhin Karl Marx und Friedrich Engels in den Zeiten des letzten polnischen Nationalaufstands gegen die Zarenherrschaft. Der brach im Januar 1863 aus, hatte wiederum kaum Chancen auf Erfolg, auch dabei spielten ähnliche Gründe wie 1830/31 eine mitentscheidende Rolle. Die aufständischen Polen – Sympathie hin, Sympathie her – blieben alleingelassen, unterlagen dem militärisch übermächtigen Gegner. Im April 1864 war der ungleiche Kampf besiegelt, General Romuald Traugutt, der letzte Anführer der Aufständischen, wurde wenige Monate später vor der Warschauer Zitadelle gehenkt. Marx hatte im Februar 1863, als noch alle Hoffnung mitschwang, Engels befragt: »Was sagst Du zu der Polengeschichte? Soviel ist sicher, die era of revolution ist nun wieder fairly opened in Europe.«⁶⁶ Und der Freund antwortete prompt: »Die Polen sind ganz famose Burschen. Wenn sie sich noch halten bis zum 15. März, so geht´s in ganz Russland los. Im Anfang hatte ich höllische Angst, die Sache müsse schiefgehn. Jetzt aber sind die Chancen des Siegs denen der Niederlage fast schon überlegen.«⁶⁷ Wie entsetzt und enttäuscht beide später waren, als bereits immer deutlicher abzusehen war, dass das Zarentum mittels unbarmherzigen Feldzugs doch wieder als Sieger aus der Schlacht hervorgehen wird, braucht hier nicht näher beschrieben zu werden.

Die Liste historischer Ereignisse, die passend unter das Lelewel-Motto zu fassen wären, ist alles andere denn kurz. Immer ging es dabei um den Kampf gegen die hegemonialen Ansprüche Russlands und später Moskaus gegenüber seinen Nachbarn oder gegenüber anderen Ländern, die dem eigenen Einflussbereich zugerechnet wurden. Inmitten des russisch-japanischen Kriegs 1904/05 gab es eine Verordnung des russischen Bildungsressorts, wie an den Schulen generell über den »Krieg« zu sprechen sei. Erstens sei die Geschichte der Ausbildung des gewaltigen russischen Staatsterritoriums eine nahezu natürliche Folge des Flachlandcharakters des Landes, das von der Ostsee bis zum Stillen Ozean reiche. Zweitens sei das Verhältnis der Russen zu den entweder friedlich angeschlossenen oder aus Not befreiten Völkern und Völkerschaften stets von christlicher Gutmütigkeit geprägt gewesen. Drittens hätten Russlands Feldzüge immer nur der Rückeroberung uralten Besitzstandes –

⁶⁶ Karl Marx an Friedrich Engels, 13. Februar 1863, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 30, S. 324.

⁶⁷ Friedrich Engels an Karl Marx, 17. Februar 1863, in: Ebd., S. 327.

wie zum Beispiel im Baltikum – oder der Feststellung fester Grenzen gedient. Die westeuropäischen Kriege hingegen dienten meistens der schieren Eroberung und dem materialen Gewinn. Und schließlich sei der Hauptzug der neueren russischen Geschichte überhaupt die tiefe Neigung zum Frieden.

In Karol Sauerlands Tagebuch findet sich eine überraschende, Anfang 1991 aufgezeichnete Notiz: »Die Polen scheinen nicht zu ahnen, dass sie in den Augen der Russen nach wie vor einen Teil ihres Reiches bilden.«⁶⁸ Seitdem ist sehr viel Zeit ins Land geflossen, die Dinge haben sich ganz sicherlich verändert, Polen ist auch »in den Augen der Russen« immer mehr zu einem festen, gesicherten Teil des Westens geworden. Wenn im Kreml jetzt hartnäckig gefordert wird, das westliche Militärbündnis solle sich aus Ländern wie Polen, Estland, Lettland oder Litauen zurückziehen, schwingt ganz sicher ein alter Reichsgedanke oder -traum mit. Allerdings ist der Schwarze Peter, den einst die Polen in den Händen hielten, inzwischen weitergewandert. Heute – aller Welt wird das nun mit Putins neuestem Feldzug vorgeführt – gilt der Fluch Kiew, der von Moskaus Gnaden unabhängigen Ukraine.

Polen hilft

(März 2022)

»Putin oder Ukraine!«, so titelte ein führendes Tageblatt Polens gleich nach Kriegsausbruch Ende Februar. Das gibt die herrschende Stimmung hier im Lande sehr gut wieder – ein Wenn und Aber gibt es nicht. Ausweichende Diskussionen wie in Deutschland etwa, in denen der feige Aggressor mit schiefen Winkelzügen doch noch irgendwie in Schutz genommen wird, so als sei er von der anderen Seite zu seiner feigen Tat gedrängt, geradezu gezwungen worden, gibt es in Polen einfach nicht. Das eint mit einem Mal sogar den großen politischen Bogen von natio-

⁶⁸ Karol Sauerland: Tagebuch eines engagierten Beobachters, Dresden, 2021, S. 520. Karol Sauerland ist einer der bekanntesten polnischen Germanisten. Er kam 1936 in Moskau als Sprössling einer deutschen Emigrantenfamilie zur Welt, sein Vater fiel bald darauf dem Stalinschen Terror zum Opfer. Die Mutter kehrte nach Kriegsende nach Berlin zurück, Karol Sauerland verließ 1957 die DDR, ging nach Polen und wurde dessen Staatsbürger.

nalkonservativ bis links. Putin hat mit seinem brutalen Feldzug gegen die Ukraine geschafft, was bereits unmöglich schien. Die tief verfeindeten politischen Lager sprechen plötzlich wieder mit einer Stimme, erheben sich im Parlament gemeinsam von den Stühlen, um dem zugeschalteten ukrainischen Staatsoberhaupt ihre tiefe Referenz zu erweisen. Und Staatspräsident Andrzej Duda ist nun seit dem Amtsantritt 2015 überhaupt zum ersten Mal in einer Situation, in der er einen Präsidenten aller Polen zu verkörpern scheint.

Auch das wirft bereits ein wenig Licht auf die unwahrscheinliche Welle der Solidarität mit der sich verteidigenden Ukraine, die sich vor allem in der enormen Hilfsbereitschaft niederschlägt, die den aus der Ukraine flüchtenden Frauen, Kindern und älteren Menschen entgegengebracht wird. Doch es ist wohl wie anderswo auch: Die politische Welt wird auch in Polen von der breiten Bevölkerung geschoben und zum einmütigen Handeln gedrängt, denn wer sich dem jetzt – mit welch hergeholtem Argument auch immer – entgegenstellen wollte, er wäre in aller Öffentlichkeit der Blamierte.

Wie lange diese Stimmung anhält, kann noch niemand sagen, denn auf lange Sicht braucht es, um die enorme Hilfeleistung aufrechtzuerhalten, die im Lande nun geleistet werden muss, ein enges Zusammengehen oder besser: genaues Verzahnen zwischen dem uneigennützigem Engagement der Bevölkerung, den Leistungen auf der lokalen Ebene und dem staatlichen Handeln. Bislang – so schätzen es Expertenstimmen einhellig ein – zeichnen sich vor allem die ersten beiden Ebenen aus. Allerdings hat Polen bereits Erfahrungen vorzuweisen, die anderswo häufig übersehen werden. Zum einen wurden Zigtausende Menschen nach den Tschetschenienkriegen aufgenommen, zum anderen gab es bereits vor dem Kriegsausbruch am 24. Februar 2022 eine große Zahl von Menschen aus der Ukraine – Schätzungen gehen von über einer Million aus –, die in Polen wenigstens zeitweise ihr Glück versuchten. Insofern sind beide Seiten, die einheimische Bevölkerung hier, ukrainische Einwanderinnen und Einwanderer dort, längst an sich gewöhnt. Allerdings übersteigt die jetzige Dimension der Fluchtbewegung tatsächlich alles das, was je vorstellbar war.

Andrji Deschtschyza, der ukrainische Botschafter in Polen, hat nun in einer ersten spontanen Reaktion erklärt, dass die Menschen, die jetzt in Polen diese Hilfsbereitschaft und Unterstützung erfahren, diese bis an ihr Lebensende nicht mehr vergessen würden. Er sagte damit nicht

mehr und nicht weniger, als dass nunmehr ein ganz neues Kapitel in den polnisch-ukrainischen oder ukrainisch-polnischen Beziehungen aufgeschlagen wird.

Eine der Folgen seines unbegreiflichen Tuns, die der Kriegstreiber Putin nicht auf der Rechnung gehabt haben dürfte. Hinterlistig hatte er noch im zurückliegenden Jahr das Grenzregime an der EU-Außengrenze testen lassen. Etwa 50.000 Menschen aus dem Nordirak und Teilen Syriens – die allermeisten waren Kurden – bekamen mit falschen Versprechen ein Touristenvisum nach Belarus, einem Land, das niemand von den plötzlichen Touristen zuvor je gekannt haben dürfte, einem Land, das bekannt ist für seinen äußerst rigiden Umgang mit Privatreisen von anderswoher. Den ins Land gelockten Touristen wurde nur eine Himmelsrichtung gewiesen, um von dort wieder herauszukommen: nach Westen. Dass die Handlungen der polnischen Regierung gegenüber den ohne eigene Schuld in Not geratenen Menschen aus dem Nahen Osten weltweit auf sehr viel Kritik gestoßen sind, soll hier gar nicht unter den Tisch gekehrt werden, doch im Zusammenhang mit dem aktuellen Kriegsgeschehen in der Ukraine wird noch einmal ein ganz anderes Licht auf die Sache geworfen. Insgeheim dürften Putin und seine Leute nach diesen Erfahrungen vom Herbst 2021 mit allem gerechnet haben, nicht aber mit den weit aufgestoßenen Toren an der polnisch-ukrainischen Grenze. Selbst in Deutschland gab es ja übereifrige Stimmen, die nach dem 24. Februar 2022 die polnische Regierung schnell bedrängten, die Grenzen für die flüchtenden Menschen zu öffnen, zu einem Zeitpunkt allerdings, als diese bereits weit aufgemacht waren.

Die Reise nach Kiew

(März 2022)

In die Geschichtsbücher wird die Reise der drei Ministerpräsidenten am zurückliegenden Dienstag nach Kiew wohl kaum eingehen. Sie wird – wenn die Chroniken des Krieges gegen die Ukraine geschrieben werden – wohl eher eine Episode am Rande bleiben. Doch die elfstündige Zugreise von der polnischen Grenze in die umkämpfte Hauptstadt der Ukraine war gewiss ein Zeichen entschlossenen Mutes von Janez Janša (Slowenien), Petr Fiala (Tschechien) und Mateusz Morawiecki (Polen). Bei Jarosław Kaczyński, der seinen Ministerpräsidenten begleitete, ka-

men zudem tiefe persönliche Gründe hinzu, denn im Sommer 2008 hatte Zwillingsbruder Lech Kaczyński das von russischen Panzern bedrohte Tbilissi aufgesucht.

Initiiert von slowenischer, effektiv umgesetzt von polnischer Seite, brachten die drei hochrangigen Vertreter aus dem 2004 beigetretenen Teil der Europäischen Union immerhin eine wichtige Botschaft mit nach Kiew. Neben dem persönlichen Schulterchluss mit dem ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj und dem ukrainischen Amtskollegen Denys Schmyhal wurde in Kiew klar benannt: Das östliche EU-Europa wird die Beitrittsperspektive der Ukraine unterstützen. Sollten nach dem Krieg hier und dort sich doch stärkere Bedenken breitmachen, werden die Länder, die 2004 und später Teil der Gemeinschaft geworden sind, in dieser Frage entschieden sein. So gesehen könnte die Reise der drei Regierungschefs nach Kiew fast schon als ein vorweggenommener erster Spatenstich gewertet werden für die künftige EU-Mitgliedschaft der Ukraine.

Doch jetzt tobt der Krieg, das Land verteidigt sich gegen einen – der Papierform nach – erdrückend überlegenen Gegner, der es feige überfallen hat. Dass nahezu die gesamte Welt, und sei es in manchen Teilen auch nur moralisch, hinter der kämpfenden Ukraine steht, ist ein außerordentlich wichtiger Fakt, der es dem Kriegstreiber sichtlich erschwert, noch mehr militärische Stärke in die Schlacht zu werfen. Und in der vordersten Reihe derjenigen, die die Ukraine in ihrem Überlebenskampf entschieden stärken und unterstützen, steht das Nachbarland Polen, auch so gesehen ist die Reise alles andere als ein Zufall gewesen.

Schnell war den Menschen an Oder, Weichsel und Bug klar, dass in der Ukraine nun ein weiteres Kapitel jenes legendären Kampfes »Für eure und unsere Freiheit« aufgeschlagen wird, in dessen Zeichen die eigene Geschichte lange Zeit gestanden hatte. Das Motto stammt von dem polnischen Historiker Joachim Lelelwel, der im Schmerz über die Niederlage des polnischen Nationalaufstandes gegen die Zarenherrschaft von 1830/31 eine Brücke zurückschlug zu den russischen Dekabristen von 1825. Auch beim nächsten Ausbruch 1863/64 blieb das aufständische Polen alleingelassen, äußere Solidarität hin oder her, und scheiterte an der russischen Übermacht. Übrigens standen Karl Marx und Friedrich Engels damals entschieden auf der Seite des kämpfenden Polens, auch wenn den beiden klar gewesen war, dass an sich wenigstens dort in dem Geschehen unmittelbar zu tun hat mit der Sache, der sie sich längst ver-

schrieben hatten – dem Befreiungskampf des modernen Proletariats. Doch sahen sie zu dieser Zeit in dem Waffenkampf erstens eine gerechte Sache für die Freiheit in Polen, zweitens ein wichtiges Moment, um den schädlichen Einfluss der absoluten Zarenmacht in weiten Teilen im östlichen Mitteleuropa zu brechen und zurückzudrängen. Es war zugleich der noch ungleiche Kampf für Demokratisierung und Gewaltenteilung, gegen das Prinzip der sich absolut setzenden Zarenmacht.

Dieser weit zu den Kämpfen im 19. Jahrhundert zurückreichende Bogen wurde in Polen bereits nach der Krim-Annexion 2014 aufgespannt. Getragen wurde er vor allem vom liberalen Lager um Adam Michnik, dem Chefredakteur der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza«. Bereits damals erschien die Zeitung als Zeichen deutlichen Protestes in den Landesfarben der Ukraine. Diese sich aus tiefen historischen Gründen speisende Entschiedenheit strahlt bis heute hinüber bis weit ins linke Lager, was in diesen Tagen wieder seine Bestätigung findet. Da findet sich nirgends ein Wenn oder ein Aber, da sieht man sich einig in der zugespitzten Alternative: Putin oder die freie Ukraine!

Die enorme Hilfsbereitschaft in Polen für die aus der Ukraine flüchtenden Menschen speist sich mit der Wut über das ungeheuerliche Geschehen gleich auf der anderen Seite der Landesgrenze, mit der Ohnmacht, jetzt gar nicht anders helfen oder eingreifen zu können. Da werden Erinnerungen wach, die auf eigene Schicksalsmomente zurückweisen. Etwa der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, als der Widerstand gegen den militärisch haushoch überlegenen Aggressor faktisch alleine ausgefochten werden musste, weil trotz der Kriegserklärung an Deutschland von den Verbündeten Frankreich und England eine rote Linie nicht überschritten wurde – mit dem scheinbar rationalen Argument, noch Schlimmeres zu verhüten. Und von Osten her rückte dann schließlich die Rote Armee ohne Kriegserklärung ein, um zu »befreien«.

Die Menschen in der Ukraine kämpfen jetzt gegen die Gefahr, um die Unabhängigkeit, die staatliche Souveränität und die Freiheit des eigenen Landes gebracht zu werden. Sie geben ein Beispiel, welches in Polen keinem Schulkind erklärt zu werden braucht. Zu gut ist bekannt, dass in der Ukraine jetzt ausgefochten wird, was in der Geschichte des eigenen Landes bereits tragisch durchlebt wurde. Auch deshalb stehen die Bürgerinnen und Bürger Polens in diesen dramatischen Tagen so entschieden hinter der für die gerechte Sache streitenden Ukraine. Rote Linien – wie anderswo – würde hier niemand ziehen wollen. Viel eher

sollten – so denken die meisten – alle erdenklichen Möglichkeiten ausgereizt werden. Freilich weiß man sich auch in Warschau sicher eingebettet in größere Zusammenhänge, die jetzt einen enormen Schutz garantieren. Heute steht die Ukraine dort, wo in der Vergangenheit man selbst zu oft gestanden hatte.

Kwaśniewski über Putin

(März 2022)

Aleksander Kwaśniewski war von 1995 bis 2005 Polens Staatspräsident. Er hatte wesentlichen Anteil am 1999 erfolgten Beitritt des Landes zur NATO und schließlich an der EU-Mitgliedschaft, die am 1. Mai 2004 begann. Zu diesem Anlass ließ er sich damals landauf, landab werbesicher plakatieren – *Ich bin Europäer!* Viele in Polen gehen bis heute sogar weiter, sehen in ihm einen der entscheidenden Architekten der erfolgten Westbindung Polens. Andererseits gehört er zu der immer kleiner werdenden Schar von Spitzenpolitikern, die ihren Berufsweg bereits in den Zeiten begonnen haben, als infolge des Zweiten Weltkriegs die besondere Bindung an Moskau das entscheidende Gewicht besessen hatte. Er ist im politischen Sinne durchaus ein Kind geblieben jener aufregenden Zeit, in der Männer wie Gorbatschow, Jaruzelski oder Rakowski darum rangen, den Beziehungen zwischen Warschau und Moskau einen ganz anderen Zuschnitt und eine völlig neue Ausrichtung zu geben. Die Angst jedenfalls vor einem gewaltsamen Eingreifen des Kremls in die inneren Angelegenheiten des Nachbarn schien damals ein für alle Mal gebannt.

Nach dem Ende seiner Amtszeit blieb er im politischen Leben aktiv, mal mit mehr, häufig auch mit weniger Erfolg. Doch der auffallende Zug über die Grenze am Bug hinüber und weiter nach Osten, in die Länder der ehemaligen Sowjetunion, war nicht zu übersehen. Insbesondere die Ukraine und Kasachstan waren oftmals das Ziel solcher Reisen, Kwaśniewski blieb in all den Jahren mit den laufenden Dingen dort vertraut. Klar verurteilte er das Vorgehen Moskaus gegen Georgien 2008 und gegen die Ukraine auf der Krim 2014. Allerdings wusste er zu gut, welche enorme Bedeutung den guten oder zumindest gedeihlichen Beziehungen zu Moskau, also zu Putins Russland zukommt. 2005 ließ er sich – noch als amtierendes Staatsoberhaupt – nicht ausreden, zu den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Sieges über den Faschismus am

9. Mai nach Moskau zu fahren, obwohl der Druck der Opposition in Polen ziemlich heftig war und Amtskollegen aus Estland oder Litauen demonstrativ darauf verzichtet hatten.

Mit Wladimir Putin ist er nur vereinzelt zusammengetroffen, überhaupt folgte auch Kwaśniewski eher der Linie, wie sie für Polens Ostpolitik entscheidend ist: Der Blick nach Moskau hat immer das besondere Verhältnis mit Kiew im wachsamem Auge. Oder anders gesagt: Während für die deutsche Ostpolitik traditionell Moskau das entscheidende Gewicht liefert, ist es für Warschau eben Kiew. Hierin machte und macht Kwaśniewski keine Ausnahme.

Den von Putin am 24. Februar 2022 vom Zaun gebrochene Krieg hatte Kwaśniewski gar nicht mehr erwartet, wiewohl er die auf russischer Seite aufgefahrne Drohkulisse frühzeitig sehr ernst genommen hatte. Ihm schien zunächst, dass es Emmanuel Macron und Olaf Scholz in letzter Sekunde doch noch gelungen sei, den Kremlherrscher von der verstiegenen Idee einer offenen Gewaltanwendung gegen das Nachbarland abzubringen. Außerdem hätte Putin, so Kwaśniewski, aus verlässlichen Quellen vorher erfahren können, welcher komplizierter und riskanter Waffengang ihn dort erwartet. Auch die scharfen Reaktionen des Westens hätten niemanden im Kreml überraschen dürfen. Für Kwaśniewski hat schließlich der von seiner historischen Mission beseelte Kremlherr über den nüchternen Staatslenker gesiegt – und losgeschlagen.

»Putin hat sich von der Wirklichkeit losgerissen, will in die Geschichte eingehen als derjenige, der die verspielte Reichsausdehnung Russlands wiederhergestellt hat«, so Polens Ex-Staatspräsident nun pessimistisch gegenüber der Presse. »Nichts verweist darauf, dass er seine Haltung aufgeben wird. Sein Ruf im Westen kann ihm eigentlich egal sein, in Putins Umgebung ist niemand auszumachen, der ihn stürzen könnte.«⁶⁹ Viele hätten nach Kriegsausbruch darauf gehofft, dass Putin mit erhobenem Haupt doch noch schnell aus der sinnlosen Schlacht herauskommen wolle, dass er von den haltlosen Behauptungen, den Überfall zu begründen, ablassen und die Karten auf den Tisch legen werde. Kwaśniewski besorgt: »Von Putin erwarte ich das schlimmste. Er nimmt die brutalen Raketenangriffe auf Kiew weiterhin in Kauf, will sein Ziel unbedingt er-

⁶⁹ Zitiert nach: wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114883,28238646,kwasniewski-20-lat-temu-mialem-z-putinem-rozmowe-w-cztery-oczy.html (abgerufen am 15.10.2022).

reichen. Straßenkämpfe, das weiß er, werden die Russen nicht gewinnen.«⁷⁰ Putin wolle die Unterwerfung der Ukraine, egal, unter welchen Bedingungen und wie am Ende territorial zugeschnitten. Der sei zudem fest überzeugt, die Zeit spiele für ihn.

Im Grunde ist das Kind jetzt in den Brunnen gefallen, denn es wird sehr schwer sein, Putins Russland zur Aufgabe oder gar zu einem Rückzug auf die Ausgangsposition vom 23. Februar 2022 zu bewegen, es an den harten Verhandlungstisch zu zwingen. Putins altes Konzept, die Ukraine zu »föderalisieren«, also in einzelne, weitgehend voneinander losgelöste Teile zu zerlegen, denen gegenüber die Kiewer Zentralregierung mit den arg zurückgestutzten Kompetenzen nur noch wie nachträglich aufgesetzt wirkt, wird wohl bald auf den Tisch gelegt werden. Wie andere auch, so macht Kwaśniewski in diesen Tagen einen ratlosen Eindruck. Hatte er bei früheren Gelegenheiten immer ein wenig besänftigend gelächelt, wenn die Rede auf Putins verrückt klingende Reichsvision kam, so ist er nun der Überraschte. Da zieht jemand mit Kriegsgewalt durch, so als wolle der endlich aller Welt beweisen, wie ernst es ihm tatsächlich sei. Die stille Hoffnung, dass es anders komme, speist sich einstweilen vor allem aus dem enormen Widerstandsgeist der ukrainischen Seite.

Bedrohlich – Russlands Krieg gegen die Ukraine weckt alte Gespenster (April 2022)

Dass Esten, Letten und Litauer zu denjenigen zählen, die am heftigsten gegen Putins Angriffskrieg in der Ukraine protestieren, darf niemanden verwundern. Anders als anderswo kommt der Friedenstaube Picassos dabei eine nur beiläufige Rolle zu: hier werden Ross und Reiter klar benannt. Putin erzählt gerne, die anderen – der Gegner im Westen – wären in Russlands Sicherheitsraum vorgedrungen, sodass es völlig gerechtfertigt sei, wenn dieser Raum auch mit militärischen Mitteln zurückgeholt werde. In Tallinn, Riga oder Vilnius ist klar, dass es dem Kremlherrn jetzt erst einmal um die Vernichtung der freien, staatlich unabhängigen und souveränen Ukraine geht. Dass Putin sich auf diese Weise eine ihm hörrige Einflusszone zurechtzubasteln sucht, liegt auf der Hand. Ihm bleibt

⁷⁰ Ebd.

jetzt, um seine eklatante politische und diplomatische Niederlage in einen äußeren Sieg umzuwandeln, nur noch die nackte militärische Gewalt und Erpressung. Es ist völlig verständlich, wenn die Menschen in Estland, Lettland und Litauen angesichts des brutalen russischen Vorgehens jetzt erzittern und die Ukraine – im Rahmen allerdings begrenzter Möglichkeiten – entschlossen verteidigen.

Für viele weckt das Vorgehen Putins längst verscheuchte Gespenster der Vergangenheit. Für die drei kleinen Länder, die viele Jahrzehnte lang zum Zarenreich gehörten, 1918 eigene Republiken gründeten und schließlich in den Wirren am Ende des Ersten Weltkriegs und danach ihre staatliche Unabhängigkeit durchsetzen konnten, gewinnt plötzlich die Erinnerung an den Juni 1940 fassbare Gestalt. Was der Ukraine jetzt geschieht, hatte ihnen damals Stalin auf der Grundlage des geheim gehaltenen Zusatzprotokolls im Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 ange-tan. Estland, Lettland und Litauen wurden von der einmarschierenden Roten Armee heimtückisch geschluckt, die Unabhängigkeit vom Tisch gewischt, ohne dass Moskau noch einen Krieg erklären musste. Der gewichtige Unterschied zu heute besteht darin, dass Putins beabsichtigter Durchmarsch, um in Kiew schnell eine Marionettenregierung zu installieren, durch den heftigen Widerstand der ukrainischen Seite gescheitert ist. Was Moskau feige und verlogen als »militärische Sonderaktion« bezeichnet, musste sich vor aller Welt als blutiger Krieg entpuppen. Damit wurden der weltweite Protest und der Widerstand gegen Moskaus Pläne gestärkt, denn jeder Tag, den Kiew sich gegen den Ansturm russischer Truppen hält, verschlimmert die Situation für Putin. Es ist aus Sicht der drei baltischen Hauptstädte ein wenig so, als fechte die Ukraine noch einmal den Kampf gegen den angreifenden Feind aus, den selbst man ohne jegliche Chance auf Widerstand einst verloren hatte.

An der aktuellen russischen Politik wird tatsächlich kein gutes Haar gelassen, sowieso gab es dort nach der heimtückischen Krim-Annexion im Februar 2014 kaum Illusionen: Hier ist jemand dabei, seinen irrwitzigen und aus der Zeit gefallenen Wahn, ein neues Russland in alten, längst vergessenen Grenzen wieder herstellen zu müssen, skrupellos umzusetzen – Schritt für Schritt. Nun nahm der Kremlherr als bislang letzten Schritt die ganze Ukraine zur Geisel, schreckte den Westen, indem er drohte, ein militärisches Eingreifen zugunsten der ukrainischen Seite mit härtestem Militärschlag zu beantworten, also Atomwaffen einzusetzen. In der geschichtsphilosophischen Lehrstunde, die Putin vor dem

Einmarsch in die Ukraine dem geschockten Publikum präsentierte, um historische Ansprüche zu bekräftigen, wurden Estland, Lettland, Litauen und auch Polen gesondert aufgezählt, so als wären es allesamt potenzielle Kandidaten für das kommende Putin-Reich.

Als Antwort auf die heftigen Proteste in Tallinn, Riga und Vilnius griff der Kreml in der zweiten Woche des Ukraine-Feldzugs zu direkter Drohung: Russlands Geduld sei bald am Ende, jedenfalls dann, wenn die antirussische Hysterie, an deren Spitze die baltischen Republiken stünden, anhalte, wenn gegen die russische Bevölkerung diskriminierend vorgegangen werde. Putins zynisches Spiel mit dem Donbass, in dem angeblich ein Genozid an der russischen Bevölkerung verübt worden sei, erwies sich als einer der propagandistischen Bausteine, um den Krieg vom Zaun zu brechen. Suchte man nach Parallelen in der europäischen Geschichte, so fiel als Erstes die systematische wie skrupellose Zerstörung der Tschechoslowakei in Hitlers Machtspiel von 1938/39 ins Auge. Hitler nahm die Tschechoslowakei zur Geisel, zwang die ihm verhassten Westmächte an den Verhandlungstisch nach München, »befreite« das Sudetenland mit der Begründung, im Nachbarland werde den Deutschen schlimmstes Leid angetan, kassierte im März 1939 schließlich das ganze Land der Tschechen und Slowaken, indem in Bratislava eine Marionettenregierung installiert und Prag unter die Fuchtel eines Protektorats gestellt wurde. Hitlers Wahn gründete sich auf die Überzeugung, dass überall, wo Deutsche siedeln, auch unmittelbar deutsches Staatsinteresse betroffen sei, Berlin also ein Recht zukomme, sich direkt mit allen verfügbaren Mitteln einzumischen und seine Interessen durchzusetzen. Das erste Opfer dieses gefährlichen Wahns war der kleine, dem übermächtigen Gegner militärisch ausgelieferte Nachbar.

Die russische Minderheit, die mit Belorussen und Ukrainern zusammengerechnet in Lettland knapp ein Drittel, in Estland über ein Viertel und in Litauen 8% der Gesamtbevölkerung ausmacht, hatte in den ersten Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion schwierige Jahre durchzustehen. Bis heute hält sich die Kritik, dass der staatliche Umgang mit derselben den in der EU geltenden strengen Kriterien nicht standhielte. Dennoch schreitet die Integration voran, ergibt sich 2022 ein ganz anderes Bild als noch vor 15 oder 20 Jahren. Trotz aller Fortschritte wäre aber der propagandistisch aufgelegte Vorwurf, hier herrschten schlimme Verfolgung und Unterdrückung, schnell bei der Hand. Putins Art, in alten russisch-historischen Räumen zu denken, birgt weit über die Ukraine hi-

naus genügend Sprengstoff. Erst nach ihm wird im Kreml ein politisches Denken und Handeln sich wieder durchsetzen, das bei den Nachbarn nicht gleich als Bedrohung wahrgenommen werden muss.

Rosa Luxemburg in der Ukrainefrage

(April 2022)

Hier und da wird jetzt sogar versucht, Rosa Luxemburg auf die eine oder andere Weise vor den Karren des Putin-Krieges gegen die Ukraine zu spannen. Gleich Putin soll sie nämlich die Existenz einer selbständigen Ukraine bestritten und als ein Hirngespinnst abgetan haben. Angeregt werden diejenigen, so etwas zu behaupten, durch die häufig kolportierte Stelle im berühmten Manuskript zur russischen Revolution vom Spätsommer 1918, an der Rosa Luxemburg in der Tat sehr Abschätziges zur ukrainischen Nationalbewegung notiert hatte. Doch sei hier gleich angeführt, dass das Bemühen, nun deswegen Rosa Luxemburg an die Seite des kriegsführenden Kremlherrschers zu rücken, jenem untauglichen Vorgehen ähnelt, mit dem Polens führende Nationalkonservative nicht aufhören, sie ungeniert in das Lager der Verräter Polens zu schieben.

Tatsächlich hatte Rosa Luxemburg im Breslauer Gefängnis 1918 von einer »russischen Ukraine« geschrieben, von Narreteien des »ukrainischen Nationalismus«. Auch erwähnte sie »Lenins Steckenpferd«, nämlich die »selbständige Ukraine«. ⁷¹ Was sie in dem Manuskript – in Unkenntnis ihrer wichtigen Arbeit »Nationalitätenfrage und Autonomie« aus den Jahren 1908/09 wird das häufig übersehen – vorausgesetzt hatte, war das Prinzip des russischen Zentralstaats mit einem Zentralparlament in der russischen Hauptstadt. Die Durchsetzung der vollen politischen Freiheit – mit Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit im Kern – sollte im gesamten Riesenreich erfolgen. Noch immer dachte sie in den Grenzen des ehemaligen Zarenreiches, wie sie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs bestanden hatten: erst die politische Revolution, also der Sturz der Zarenherrschaft, danach der innerhalb des Gesamtstaates beginnende Umwälzungsprozess hin zu einer aus dem Kapitalismus ausbrechenden Gesellschaft, um schließlich entscheidend mitwir-

⁷¹ Vgl. Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Schriften, Bd. 4, S. 350.

ken zu können an einer sozialistischen Revolution im Weltmaßstab. Bis dahin aber, so gleichermaßen ihre Überzeugung wie Forderung, müssten die verschiedenen Nationalitätenfragen innerhalb des Riesenlandes einigermaßen im Zaum gehalten werden. Den Weg Lenins, sich strikter nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Nationen auszurichten, hielt sie von Anfang an für falsch und überdies – womit sie schließlich nicht unrecht hatte – auch für verlogen.

Rosa Luxemburgs Konzept der Lösung von Nationalitätenfragen im Russischen Reich erlitt am Ende des Ersten Weltkriegs weitgehenden Schiffbruch, viele in die Zukunft gerichtete Vorstellungen waren nun schlichtweg gegenstandslos geworden. Sie selbst hatte allerdings kaum noch Gelegenheit, sich dazu zu verhalten. Das berühmte Manuskript zur russischen Revolution ist vor allem der Versuch gewesen, einen Weg zu weisen, um die in eine Sackgasse geratene politische Revolution zu retten, um also die politischen Freiheiten durchzusetzen. Die Nationalitätenfragen tauchten hingegen als ein letzter Anklang an ihre Schrift von 1908/09 nur noch ganz am Rande auf, darunter eben auch die wenigen oder spärlichen Hinweise auf die Ukraine.

Entscheidender aus heutiger Sicht ist der Rückgriff auf die grundlegenden Positionen, wie sie in »Nationalitätenfrage und Autonomie« festgehalten worden sind.⁷² Während über die faktisch-detaillierte Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Nationalitätenfragen im Zarenreich die Zeit in vielen Fragen unweigerlich hinweggegangen ist, sind die wichtigen Grundelemente im Verständnis von nationalen Fragen bei Rosa Luxemburg ohne jeden Zweifel höchst aktuell geblieben. Putins Krieg gegen die Ukraine wirkt nun sogar wie ein neuerlicher und schlagender Beweis für diese Behauptung.

Erstens hielt sie nichts von einem Vorgehen, mit dem bestehende Grenzen verschoben werden, um ethnische Einheitlichkeit herzustellen oder Bevölkerungsgruppen »heimzuholen« – sie wusste um das gewaltige Gefahrenpotenzial von einseitigen Grenzverschiebungen überhaupt. Das war schließlich auch ihre ausschlaggebende Begründung in der polnischen Frage, ohne dass sie damit der 1815 in Wien endgültig zwischen Preußen, Österreich und Zarenrusland ausgemachten Dreiteilung Polens eine höhere Weihe verlieh. Aber sie war sich bewusst, dass

⁷² Rosa Luxemburg: Nationalitätenfrage und Autonomie. Herausgegeben und übersetzt von Holger Politt, Berlin 2012.

eine Änderung oder gar völlige Überwindung dieser Aufteilung Polens nur unter der Bedingung eines großen Krieges zwischen den Teilungsmächten erfolgen könnte. Sie hatte recht damit, denn der sich hochschaukelnde politische Konflikt zwischen den Teilungsmächten mündete in den Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Statt also Grenzen, mit welchen Mitteln auch immer, einseitig zu verschieben, forderte Rosa Luxemburg einen robusten und vor allem verlässlichen Schutz von nationalen oder ethnischen Minderheiten innerhalb eines größeren Staatsverbandes. Schutz der Muttersprache, Schulbildung in derselben, entsprechende sprachliche Regeln in Behörden wie an den Gerichten – das alles und mehr wurde aufgelistet, um schwelende oder latente Nationalitätenkonflikte einzudämmen. Diese Überlegungen waren eingebettet in das Konzept einer starken lokalen oder regionalen Selbstverwaltung, die gewissermaßen von unten mit dem Mandat der jeweiligen Bevölkerung gegen den von oben wirkenden Zentralstaat ausgerichtet ist. In besonderen Fällen, so Rosa Luxemburg, könne dann auch an eine nationale Autonomie gedacht werden.

Es liegt auf der Hand, wie begründet die Autorin von »Nationalitätenfrage und Autonomie« jegliche Form von Separatismus oder abtrünnigen Territorialgebieten als eine Lösungsmöglichkeit für Nationalitätenkonflikte abgelehnt hat. Schaut man also genauer auf den Gegenstand, dann ließe sich alles an Putins Vorgehen gegen die Ukraine seit dem März 2014 mit jenen Mitteln, die Rosa Luxemburg 1908/09 vor dem Leser tiefgründig ausgebreitet hat, nicht nur kritisieren, sondern entschieden zurückweisen: die Krim-Annexion, die abtrünnigen Volksrepubliken im Donbass, die verlogenen Vorwände schließlich für die feige Aggression, die am 24. Februar 2022 losgetreten wurde. Selbst ihre energische Föderalismus-Kritik – sie stand hier ganz in der französischen Tradition –, passt: Putins Absichten, die Ukraine auf die Knie zu zwingen und nach russischer Maßgabe zu föderalisieren, um den Stellenwert der Zentralregierung in Kiew völlig auszuhöhlen, hätte sie entrüstet vom Tisch gewischt.

Bilaterales zwischen Warschau und Berlin

(April 2022)

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier reist in der Osterwoche nach Warschau, um sich mit seinem polnischen Amtskollegen Andrzej Duda zu treffen. Noch vor wenigen Wochen schien eine solche Begegnung in Warschau sogar ausgeschlossen. Zuletzt hatten sich Ende 2021 die Wolken im deutsch-polnischen Verhältnis sichtbar verdunkelt. In den Warschauer Straßen waren plötzlich ins Auge fallende Plakate zu sehen, auf denen Steinmeier gemeinsam mit Angela Merkel, Helmut Kohl, Konrad Adenauer und dem deutschen Botschafter in Warschau abgebildet waren – gleich neben Hitler und Goebbels. Gefordert wurde in englischer Sprache die Zahlung der angeblich noch ausstehenden Reparation für die angerichteten Verwüstungen und Verbrechen während der Okkupation des Landes im Zweiten Weltkrieg. Es geht nach Auffassung polnischer Regierungskreise um einen Betrag von mehreren 100 Milliarden Euro, auf den Plakaten hatte sich schließlich das Kulturministerium als Auftraggeber zu erkennen gegeben.

Putins Krieg gegen die Ukraine lässt nun auch diese hässliche Episode im bilateralen Verhältnis wie Schnee von gestern aussehen. Steinmeiers Besuch wird im Reparationsstreit keine Lösung bringen, doch mittlerweile gibt es andere Fragen, die für das deutsch-polnische Verhältnis viel wichtiger geworden sind. Polens Regierende haben sich klar positioniert, stehen ein für einen Kurs härtester Wirtschaftssanktionen gegen Putins Russland. Anders als in deutschen Regierungskreisen wird hier verlangt, die letzten Schlupflöcher nun zu schließen, vor allem aber den vollständigen Boykott gegen russische Energierohstoffe zu verhängen. Polen ging bereits mit gutem Beispiel voran, hat den schnellen Stopp für Steinkohlenimporte aus Russland verhängt. Insofern wurde Steinmeiers Eingeständnis, er habe sich bei der Einschätzung der Erdgasleitung Nord Stream 2 geirrt und der Bau der Pipeline durch die Ostsee sei überhaupt ein schwerer politischer Fehler gewesen, entsprechend zur Kenntnis genommen. Nun aber sollten den Worten auch die Taten folgen, so jedenfalls die einhellige Meinung auf Warschauer Regierungsseite.

Doch nicht nur die deutsch-polnischen Beziehungen erscheinen jetzt in einem anderen Licht, auch innenpolitisch sollen verlässlich Weichen gestellt werden. Spätestens im Herbst 2023 stehen Parlamentswahlen an, die bis zum jüngsten Kriegsausbruch im Nachbarland für das Regie-

rungslager immer schwieriger zu werden drohten. Fast schien es vielen Beobachtern in den Wintertagen bereits so, als würden dann im nächsten Herbst dem Kaczyński-Lager die Felle unweigerlich davonschwimmen. Im Oppositionslager stritt man sich vor allem darüber, ob vereinzelt oder doch irgendwie gemeinsam gegen die nationalkonservative Regierungsfrent anzutreten sei. Momentan gewinnt die Regierung wieder deutlicher an Zustimmung, hin und wieder wird sogar ganz offen damit gedroht, mit der entsprechenden Mehrheit das Parlament aufzulösen und die Wahlen vorzuziehen.

Es wundert also nicht, wenn an der Weichsel und in allen politischen Lagern die jüngsten Parlamentswahlen in Ungarn mit höchster Aufmerksamkeit verfolgt wurden. Viktor Orbáns Durchmarsch hatten in dieser Eindeutigkeit die wenigsten erwartet, umso mehr herrschten anschließend auf den jeweiligen Seiten übermäßige Freude oder schlichtes Entsetzen. Allerdings ist die Freude im Kaczyński-Lager nicht ungetrübt, denn Orbán hat mit seinen Ausfällen gegen den ukrainischen Staatspräsidenten und mit seiner entschiedenen Haltung gegen weitergehende Wirtschaftssanktionen den Regierenden in Warschau eine harte Nuss zu knacken aufgegeben. Zwar beteuerten beide Seiten – Ungarn wie Polen – schnell, wie verlässlich der gemeinsame Schulterschluss sei und auch bleibe, doch musste Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki weit ausholen. Seine Regierung stehe entschieden hinter der Ukraine und hinter dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj, daran werde sich in Warschau nichts ändern. Ja, es gebe innerhalb der EU auch Mitgliedsländer, die beim entschiedenen Kurs gegen die Putin-Aggression auf die Bremse drückten, doch dieser Vorwurf gelte weniger für Ungarn, treffe viel eher auf einige der »großen Länder« zu, vor allem aber auf Deutschland.

Auch dieser schwere Vorwurf hängt in der Luft, während Steinmeier in Warschau weilt. Auf jeden Fall ist die Visite aber ein Hinweis darauf, wie wichtig das mitunter etwas störrisch wirkende Polen aus Sicht deutscher Außenpolitik jetzt geworden ist. Da geht es nicht mehr nur um gut gemeinte und vielleicht auch wichtige Symbole, da steht die Ausrichtung der gesamten EU gegenüber Moskau und Kiew zur ernsthaften Debatte.

Zwei Bemerkungen zum 19. April 2022

(April 2022)

I.

Seit einigen Jahren erinnern an jedem 19. April um 12 Uhr die Sirenen in Warschau an den Beginn des bewaffneten Aufstands im Ghetto, der in den Frühjahrstagen 1943 den gleichermaßen heroischen wie tragischen Schlussakkord in der Geschichte des Warschauer Judentums während der deutschen Okkupation im Zweiten Weltkrieg gebildet hat. In diesem Jahr, an dem an den 79. Jahrestag des so ungleichen wie mutigsten Waffengangs gedacht wird, werden die Sirenen stumm bleiben, denn die Organisatoren entschieden so wegen des gleich nebenan in der Ukraine tobenden russischen Angriffskriegs. Während nämlich dort der Sirenenlärm wieder Luftalarm verheißt und die Menschen dringend auffordert, einen sicheren Unterschlupf aufzusuchen, ist es in Warschau das bloße Zeichen – wenn auch erschütternder – Erinnerung.

Doch auch ohne das mahnende Zeichen werden die Menschen in Warschau an diesem Tag in der einen Frage entschieden Stellung halten: wirksame Hilfe und Unterstützung für die Ukraine schließt nun umfangreiche und schnelle Waffenlieferung ein. Das Nachbarland verteidigt sich, der Gegner will es mit seiner überlegenen militärischen Macht niederringen, um es mit Gewalt in eine ihm passende Lage zu zwingen. Nachdem Wladimir Putins erster Plan, die Hauptstadt Kiew im raschen Feldzug einzunehmen und eine Marionettenregierung einzusetzen, wegen des unerwartet heftigen und vor allem wirksamen Widerstands der ukrainischen Seite zum Scheitern verurteilt war, setzt die russische Armee nun zu einem zweiten großen Militärschlag im Osten der Ukraine an. Jetzt soll die von Moskau gewünschte Entscheidung – die Zerstückelung der Ukraine – durchgesetzt werden. Ungeachtet aller zu erwartenden Opfer, denn wie verlustreich der Putin-Feldzug gegen die Ukraine tatsächlich ist, haben die ersten Kriegswochen seit dem 24. Februar nachgewiesen, wird auf die Kapitulation der Kiewer Regierung gedrängt. Diese – so heißt es aus Moskau – sei weder legitimiert, um für die gesamte Bevölkerung der Ukraine zu sprechen, noch sei sie für Russland überhaupt hinzunehmen, sei sie doch naziverseucht und bis an die Zähne militarisiert. Zuletzt wurde der russischen Öffentlichkeit außerdem nachgereicht, dass auf dem Territorium der Ukraine eigentlich die gerechtfertigte Schlacht gegen die Weltherrschaftspläne der USA geführt werde.

Anders gesagt: die Ukraine dürfe sich gar nicht beschweren, militärisch überfallen worden zu sein, denn sie habe sich in den zurückliegenden Jahren immer mehr zu einer russlandfeindlichen Ausgangsbasis für die USA-Weltherrschaftspläne gewandelt.

II.

Der Chronist des Warschauer Ghettos, Emanuel Ringelblum, hatte nach der brutalen Niederschlagung des Aufstands im Ghetto, er fand noch rechtzeitig Unterschlupf in den Kellerräumen einer Gärtnerei am Stadtrand Warschaus, über den jungen Aufstandsführer Mordechaj Anielewicz notiert: »Diesen jungen Menschen, 25 Jahr alt, mittelgroß, mit einem schmalen, blassen, spitzen Gesicht, mit langen Haaren und von sympathischem Äußeren, hatte ich zu Beginn des Krieges kennengelernt. Er hatte mich, sportlich aufgemacht, aufgesucht und darum gebeten, Bücher auszuleihen. Seitdem war er oftmals gekommen, um Bücher auszuleihen zur Geschichte der Juden, insbesondere aber im Bereich der Ökonomie, die ihn besonders interessiert hatte. Wer hätte ahnen können, dass aus diesem ruhigen, bescheidenen und sympathischen Jungen jener Mann herauswachsen werde, der drei Jahre später zum bedeutendsten Menschen im Ghetto werden wird, dessen Namen die einen mit der größten Verehrung, die anderen mit Angst aussprechen werden.« Und Ringelblum setzt hinzu: »Genosse Mordechaj, der so rasch erwachsen geworden ist, der so rasch die verantwortungsvolle Stellung des Kommandanten der Kampforganisation eingenommen hat, hatte sehr bedauert, dass er und seine Genossen drei Jahre Krieg verloren hätten mit kultureller Bildungsarbeit.« Sie hätten die mit Hitler heraufgekommenen neuen Zeiten nicht verstanden, sie hätte der Jugend nämlich stattdessen beibringen sollen, wie man im Kampf Schuss- und Handwaffen gebraucht. Ringelblum selbst fällt am Schluss dieses bittere Urteil, die Situation bis zum Aufstand vom April 1943 beschreibend: »Leider war unsere Jugend zu diszipliniert, was dazu geführt hat, dass den Deutschen die 300.000 Juden ungewöhnlich wenig gekostet haben: nicht ein einziger Deutscher wurde getötet.«

Zerschlagenes Porzellan

(April 2022)

Frank-Walter Steinmeiers Besuch in Warschau kurz vor Ostern 2022 stand unter keinem besonders glücklichen Stern. Zwar nennt der Bundespräsident jetzt seinen Amtskollegen Andrzej Duda »einen Freund«, doch musste er der versammelten Presse zugleich erklären, in den schweren Kriegstagen nebenan in der Ukraine nun nicht wie vorgesehen an einer Staatsreise gleich mehrerer Staatsoberhäupter nach Kiew teilnehmen zu dürfen. Eingeladen dazu hatte ihn der polnische Staatspräsident, Kiew sollte den Plan nur noch absegnen. Dass das Schlamassel überhaupt an die Öffentlichkeit drang und dann in Deutschland für helle Empörung sorgte, zeugt nicht von bester Diplomatie – nicht auf der deutschen, auch nicht auf der polnischen oder der ukrainischen Seite. Hinterher waren zwar alle Seiten um schnelle Schadensbegrenzung bemüht, doch das Kind war längst in den Brunnen gefallen.

Der polnische Präsidentenpalast hatte die Kiew-Reise der Staatsoberhäupter aus Estland, Lettland, Litauen und Polen gekonnt eingefädelt. Von der polnisch-ukrainischen Staatsgrenze wurde, wie derzeit üblich, mit dem Zug in die ukrainische Hauptstadt gefahren. Dort wartete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj auf die vier Ankommenden, die als die höchsten Vertreter jener Länder begrüßt wurden, an deren entschiedener Unterstützung für den Verteidigungskrieg der Ukraine es keinen Zweifel gibt. Wenn das ehrenwerte Motto »Für eure und unsere Freiheit« einen handfesten Sinn macht, so in erster Linie für diese vier Länder. Von den anderen EU-Ländern könnte höchstens noch Finnland genannt werden, weil so im besondere Maße angespielt wird auf die unmittelbare Nachbarschaft zu Russland, auf die einstige Zugehörigkeit zum Zarenreich sowie die durchgemachten bitteren Erfahrungen mit sowjetischer Großmachtpolitik. Der deutsche Bundespräsident hätte so gesehen gar nicht so gut in die Reihe gepasst.

Hinterher ist dann meistens die Rede gewesen von der Erdgaspipeline Nord Stream 2, hatte Steinmeier doch zu deren entschiedensten Befürwortern in der deutschen Politik gezählt – gleich ob nun als Außenminister oder als Staatsoberhaupt. Erst nach dem Ausbruch des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hatte er öffentlich bekannt, dass die Entscheidung für den Bau der Gastrasse quer durch die Ostsee ein schwerer politischer Fehler gewesen sei, für den auch er selbst ge-

radezustehen habe. Die vier Länder indes, deren Präsidenten nach Kiew kamen, hatten von Anfang an zu den entschiedensten Kritikern von Nord Stream 2 gezählt – quer durch alle politischen Lager wohlgemerkt. Nicht von ungefähr hatte die öffentliche Meinung in diesen Ländern stets auf die Krim-Annexion von 2014 verwiesen, die eine solche Investition – abwägende wirtschaftliche Gründe hin oder her – von vornherein verboten hätte. Auch in dieser Hinsicht hätte Steinmeier wohl schlecht dorthin nach Kiew gepasst.

Freilich hätten solche Dissonanzen vorher ausreichend geklärt werden müssen, um den wohl gut gemeinten Vorschlag Dudas, Steinmeier möge die vier Amtskollegen auf der nicht ganz gewöhnlichen Reise begleiten, höflich und korrekt zurückzuweisen, bevor wertvolles diplomatisches Porzellan zerschlagen wird. Außerdem gibt es noch einen polnischen Hintergrund, denn Duda spricht jetzt, wenn er öffentlich auftritt, gar nicht mehr unbedingt für das gesamte nationalkonservative Regierungslager. Ein wenig emanzipiert er sich zum viel zitierten Präsidenten aller Polen, jedenfalls versucht er es nach Kräften. Am wenigsten passt das Jarosław Kaczyński in den Kram, wobei der sich andererseits entschieden zeigt, den von der Leine losgerissenen Duda jetzt ruhig zapeln zu lassen. Indes wird sich so manch einflussreicher Regierungspolitiker in Warschau ins Fäustchen gelacht haben, als nun ausgerechnet aus Kiew das Signal in Berlin ankam, Steinmeier sei dort nicht willkommen.

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat nun auch den Westen eingeholt, die ersten Risse im insgesamt doch fest gefügten Solidaritätslager werden sichtbar. Wer klug beraten sein will, der sollte im weiteren Verlauf des Geschehens wieder ein wenig stärker auf die Dinge achten, die vor dem Kriegsausbruch in den Korrelationen zwischen den europäischen Hauptstädten so offensichtlich waren. Die tiefen Gräben, die über die Jahre von verschiedener Seite fleißig geschaufelt worden waren, sind ja nicht plötzlich zugeschüttet. Und die verblüffende Leichtigkeit, mit der nach dem 24. Februar darüber hinweggesprungen wurde, muss künftig wieder festeren Grund finden. Am Warschauer Zentralbahnhof kündigt ein riesiges Plakat nun jeden Tag davon, dass die Hilfeleistung für die Ukraine keinem kurzen Sprint, sondern vielmehr einer langen Marathonstrecke gleiche. Wenn das stimmt, dann gilt das aber ebenso für die große Politik, für die Außenpolitik insbesondere. Schnellschüsse mögen in der Stunde der Not angeraten scheinen, jetzt aber heißt es, der Ukraine in deren unbeschreiblicher Notsituation mit den

geeigneten Mitteln wirksam zu helfen, um Putins eingefallene Truppen wieder außer Land zu bekommen.

Zwischen Berlin und Moskau

(Mai 2022)

Am Rathaus in Vilnius ist nun deutlich zu lesen: *Für eure und unsere Freiheit!* Beigefügt sind die ukrainischen Nationalfarben, die Losung selbst aber ist geschrieben in Litauisch, Polnisch, Ukrainisch und Belorussisch. Der innehaltende Betrachter kommt plötzlich ins Gespräch mit einem schwedischen Ehepaar, das aus Uppsala herübergekommen ist, wird schließlich gebeten, doch einmal kurz zu übersetzen, was da verkündet wird. Der Bezug zum Abwehrkampf der Ukraine gegen Russlands Überfall ist offenkundig, doch für die tiefer liegende historische Resonanz, die da anschlägt, fehlt eher das erforderliche Gespür, wie es nur tiefere geschichtliche Zugehörigkeit hervorrufen kann. Das einfache Lösungswort erscheint wie der Schlüssel zu einer längst vergangenen Welt, die erst noch aufgeschlossen werden muss. Dass es obendrein wiedergegeben wird in den vier Sprachen, die im Westen Europas weniger geläufig sind, verstärkt nur diesen Eindruck.

Der kluge Einfall der Stadtoberen in Vilnius bündelt wie in einem Brennglas fast 200 Jahre hin- und herwogende Geschichte, wie sie den Menschen in Litauen, Polen, der Ukraine und Belarus jetzt wieder vor den Augen steht. Die aber ist gespickt mit blutig niedergeschlagenen Aufständen, mit vergeblichen Versuchen, die nationale Existenz zu gewinnen oder zu verteidigen, mit beispielhaften wie auch erschreckenden Vorgängen. Oft genug ist man sich auch gegenseitig angefallen, immer dann nämlich, wenn eigener nationaler Anspruch zuerst und gegen andere – ziemlich gleichwertige – Interessen durchgesetzt werden sollte. Aber vor allem ist es ein Erdenwinkel, in dem oft genug andere von außen teilten und herrschten oder es zumindest immer wieder versuchten.

Eine einschneidende Zäsur der Geschichte bilden das Jahr 1989 und die Folgejahre, in denen die einst mächtige Sowjetunion schließlich wie ein Kartenhaus in ihre einzelnen Landessteile zusammenfiel. Den Anfang hatte übrigens Litauen gemacht, am 11. März 1990, als in Vilnius feierlich die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit von 1918 erklärt worden war. Dass Moskau später als Antwort und als Zeichen er-

schreckender Hilflosigkeit Panzereinheiten rief, um den einseitigen und zunächst als unerhört angesehenen Schritt mit Gewaltmitteln von der Bühne zu nehmen, ist hier unvergessen. Später hat ausgerechnet Russlands Präsident Wladimir Putin noch ganz am Anfang seiner langen Herrschaftsjahre versucht, dieser geschichtlichen Zäsur einen gültigen Ausdruck zu geben: der Zerfall der Sowjetunion sei die größte geopolitische Katastrophe im 20. Jahrhundert.

Was wie eine Drohung, wie Kraftprotzerei daherkam, war in Wirklichkeit vor allem das Eingeständnis ohnmächtiger Wut über den Verlust einer riesigen Fläche von fast fünfeinhalb Millionen Quadratkilometern – was mehr als der Fläche Europas ohne den einstigen sowjetischen Raum entspricht! Putin kritisierte vor allem, dass es nicht restlos gelungen war, diesen gewaltigen Raum unter neuen Bedingungen und mit anderen Mitteln fest um Moskau zu integrieren; er versprach zugleich, dieses nun selbst erfolgreich und konsequenter verfolgen zu wollen. Halbwegs akzeptiert, wiewohl nur zähneknirschend, wurde der nicht mehr zu verhindernde Übergang Estlands, Lettlands und Litauens in die westlichen Strukturen – in die EU und NATO. Doch alle anderen sollten fest und unverrückbar im Moskauer Einflussbereich verankert bleiben. Das Schaffen neuer Formen hegemonialer Herrschaft wurde vorangetrieben, mitunter mutete es an, als wollte Putin im »euroasiatischen« Raum selbst die ungeliebte EU kopieren. Selbstverständlich war in Moskau nie die Rede davon, Souveränitätsrechte an zu bildende gemeinsame Institutionen abzugeben, denn gezielt wurde ausschließlich auf die feste geopolitische Bindung an Moskau.

Die Entwicklungen in Georgien und in der Ukraine nach 2004 – nach der soeben erfolgten Osterweiterung der EU – ließen im Kreml allerdings die Warnleuchten angehen. Putins gewitztes Konzept, nicht mit der EU als Ganzes, sondern immer nur mit den einzelnen Hauptstädten zu sprechen oder eben nicht zu sprechen, schien für lange Zeit durchaus erfolgreich zu sein. Insbesondere die immer fester werdende strategische Anbindung der deutschen Wirtschaft – des so enorm wichtigen Motors für die Entwicklung in der gesamten EU – an russische Erdgaslieferungen schien diesen Weg Moskauer EU-Politik vollauf zu bestätigen. Im Katz- und Mausspiel mit den nach der Krim-Annexion gegen Moskau verhängten EU-Sanktionen sah Putin sich stets als derjenige, der auf entsprechender Kommandohöhe dennoch alles unter seiner Kontrolle hält. Zu unüberbrückbar schienen vielen in Moskau die immer tiefer werden-

den Gräben innerhalb der westlichen Gemeinschaft geworden zu sein. Wie sehr sich Putin hierin allerdings verrechnet hatte, wurde nach dem 24. Februar 2022 schnell deutlich.

Ein offenes, wenn auch unfreiwilliges Eingeständnis für das Scheitern der gesamten Ukraine-Politik Moskaus war jene abfällige Bemerkung aus dem letzten Jahr, wonach diejenigen, die austreten wollten (sic!), zuvor gefälligst das zurückgeben müssten, was sie beim Eintritt ungerne dazubekommen hätten. Putin meinte damit jenes Drittel der Ukraine, das östlich einer von Charkiw bis Odessa reichenden Linie liegt. Dass er nun seit dem Februar 2022 mit Waffengewalt versucht, solchen lediglich verbalen Übergriffen Taten folgen zu lassen und entsprechendes Territorium »zurückzuholen«, liegt auf der Hand. Doch hat er die Rechnung wiederum ohne den sprichwörtlichen Wirt gemacht. Die EU-Beitrittsperspektive der Ukraine ist – auch wegen der entschiedenen Haltung ihrer Mitglieder Litauen und Polen – eine ausgemachte Sache, selbst dann nämlich, wenn sich die großen Nettozahler in der Gemeinschaft später wieder etwas stärker zieren sollten. Und in Belarus wird unter anderen Umständen, die zweifellos kommen werden, kaum noch eine Mehrheit in der Bevölkerung jenem Manne folgen, der jetzt fest an der Seite Putins zu stehen scheint.

Der EU mögen viele Dinge eigen sein, die ihr vorgeworfen werden könnten – warum auch nicht! Doch eines ist in ihr sicherlich nicht möglich, solange man Mitglied bleiben möchte: mit Waffengewalt Veränderungen von Grenzverläufen gegenüber Nachbarländern durchzusetzen, sobald diese den machtpolitischen Träumen entgegenzustehen scheinen.

Verrechnet

(Mai 2022)

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zieht sich jetzt in die Länge. Wladimir Putins wahnwitziger Plan, Kiew im Sturm zu erobern, um eine Marionettenregierung unter ukrainischem Fahmentuch einzusetzen, mit der dann alles andere einvernehmlich gelöst werde, hat sich ziemlich schnell blamiert. Putin wollte den Coup mit der Krim und den unsäglichen Volksrepubliken im Donbass, die ja außer Moskau ohne Kiews Einwilligung fast niemand anerkennen kann, auf einer viel höheren Ebene

mit der ganzen Ukraine wiederholen. Nun hat er sich mit seinen waghalsigen Berechnungen verhooben, was aller Welt seit den späten Februartagen vorgeführt wird.

Zur russischen oder sowjetischen Geschichte im 20. Jahrhundert gehört, dass es am Ende auch immer diejenigen obersten Befehlsghremien trifft, die einen verloren gegangenen Waffengang befohlen hatten. So war es mit dem Afghanistankrieg, der seine Auswirkungen bis zum Untergang der Sowjetunion zeitigte. So auch mit dem Krieg gegen Japan 1904/05, dessen sich abzeichnende Niederlage den Ausbruch der gewaltigen Revolution von 1905/06 beförderte, die zwar noch einmal mit Müh und Not niedergehalten werden konnte, doch die späten und schleichenden Folgen für das Zarenhaus sind nur zu gut bekannt. Es ist also nicht schwer, nun auch Putin und dessen an Bonaparte erinnerndes System in diese Reihe zu setzen. Freilich kann sich dieser Auflösungsprozess – wie in den genannten Fällen auch – noch eine geraume Zeit hinziehen.

Einen verlässlichen Indikator dafür, wie sehr alles schiefgelaufen ist, bietet das Verhalten Alexandr Lukaschenkos. Der nicht ganz ohne Moskaus Gnaden in Minsk herrschende Präsident sollte zunächst sogar an vorderer Front mitspielen, um mitzuhelfen, die Westukraine mit militärischen Mitteln in Schach zu halten. Der gewaltige, als Manöver getarnte Aufmarsch russischer und eigener Truppen an der langen Grenze zur Ukraine zeugte davon. Wäre Kiew in den ersten Tagen gefallen, hätte Lukaschenko den Marschbefehl für seine Truppen nicht verweigert. So aber riet ihm der politische Instinkt, abzuwarten. Wurden in den beiden ersten Kriegswochen noch russische Raketen aus Belarus in die Ukraine abgefeuert, so war damit schließlich Schluss. Lukaschenko suchte bereits die Lücke, um als ein ernsthafter Vermittler für beide Kriegsparteien ins Spiel zu kommen. Schließlich stieg Minsk völlig aus, denn Lukaschenkos Feststellung in Richtung Putins – und ausgerechnet zum 9. Mai –, dass der Krieg (sic!) bereits zu lange andauere, ist ja in erster Linie das öffentliche Quittieren der Putin-Sache, weil anderes fest versprochen war.

Lukaschenko hatte bereits im März 2014, was oft vergessen wird, Moskaus Vorgehen auf der Krim unmissverständlich kritisiert, denn er sprach von einem schweren politischen Fehler, allerdings ließ er anschließend auch durchblicken, dass Moskau die Welt und Kiew nun vor vollendete Tatsachen gestellt habe. Es klang am Schluss also wie bei einem Parteigänger Putins, der Lukaschenko in dieser Frage aber tatsächlich nicht war und nicht sein konnte. Der nämlich wollte den von Mos-

kau losgetretenen Konflikt schnell auf die Krimfrage begrenzen, was also auch einschloss, dass der Kreml sich damit auf ewig begnüge. Er wusste zu gut, wie brenzlich die Situation nun auf einmal geworden war, denn Putin hatte die gesamte Herausbildung der slawischen Sowjetrepubliken nach dem Rigaer Frieden vom März 1921 infrage gestellt. Das aber betraf nun nicht mehr nur die Ukraine allein, sondern auch Belarus. Für diese Feinheiten im historischen Spiel fehlen dem Kreml-Herrscher allerdings sowohl geduldige Nachsicht wie nach vorne weisende Toleranz; er bevorzugt allein die großrussische Brechstange.

Gäbe es einen robusten Verhandlungsweg, so würde Lukaschenko jetzt alles daransetzen, den ausgebrochenen Krieg mit einem tragfähigen Friedensschluss zu beenden: die Krim zu Russland, alles andere aber gehört der Ukraine. Für Putin aber käme das dem Eingeständnis einer schweren Niederlage gleich, denn schließlich hat er ohne alle Not den Krieg gegen die Ukraine vom Zaun gebrochen. Die hohe Opferzahl aufseiten der russischen Angreifer wäre gegenüber der Öffentlichkeit nicht mehr zu begründen. Als Kriegsbeute wäre dann immerhin das auf georgischem Gebiet liegende Südossetien vorzuweisen, das im Schatten des großen Krieges gegen die Ukraine endlich »heimgeholt« werden will.

Putin darf, um selbst nicht zu fallen, es nicht zu dieser Niederlage kommen lassen. Also lässt er weiterkämpfen, jetzt geht es ihm allerdings nur noch um einen strategisch wichtigen Teil jenes Neuruslands, dass er von Charkiw bis Odessa in seinem politischen Wahn seit 2014 eigentlich für Russland beansprucht. Die Welt hatte damals weggesehen, hatte Putins weit über die Krim hinausgehende Forderung für eine bloße Marotte gehalten, ihm nie geglaubt, notfalls doch blutigen Ernst zu machen. Insgeheim beweist Putin in diesen Tagen indes auch, wie recht Barack Obama seinerzeit hatte, als er Putins Russland mit diebischer Schadenfreude zur Regionalmacht mit Atomwaffen herabstufte. Die Frage steht tatsächlich im Raum, ob eine Weltmacht, die diesen Namen verdient, sich einen solch unsinnigen wie überflüssigen Feldzug geleistet hätte.

Ernst Bloch – 1938

(Juni 2022)

Ein wenig verwundert schrieb Ernst Bloch im März 1937 seinem Freund Walter Benjamin: »dass Sie nie in Prag waren, ist allerdings erstaunlich.«⁷³ Bloch war gemeinsam mit Ehefrau Karola als deutscher Emigrant Anfang 1936 an die Moldau gekommen, hier wurde im September 1937 ihr Sohn Jan Robert geboren. Bloch nutzte die Zeit, um ein 1.000 Seiten umfassendes Manuskript niederzuschreiben, das viele Jahre später, nämlich erst 1972 unter dem Titel »Das Materialismusproblem, seine Geschichte und Substanz« der Öffentlichkeit vorgelegt wird. Eine Denkgeschichte sondergleichen, mit Sätzen wie diesen gleich am Beginn: »Das Dauernde und sozusagen Feste ist hier zugleich das Allfließende; den Stein als Grundstoff setzt niemand.«⁷⁴

Die Blochs waren nach Zürich und Wien schließlich hierhergekommen, ihrer letzten Station auf der Suche nach einem sicheren Zufluchtsort in Europa, bevor sie dann im Juli 1938 über das polnische Gdynia vor Hitlers gefährlichem Treiben noch rechtzeitig nach Amerika auswanderten. Bloch empfahl in Briefen an verschiedene Freunde, die einen Zufluchtsort suchten, immer wieder Prag, ermunterte sie, den Weg nicht zu scheuen, auch wegen der völlig unkomplizierten Art und Weise, mit dem die Behörden Aufenthaltsbewilligungen erteilten. Bloch erhielt die seine wegen »Arbeit in der hiesigen Universitätsbibliothek«.⁷⁵ Zugleich war ihm die in jeder Hinsicht gefährdete Lage des Gastlandes immer gegenwärtig: »Nicht darf vergessen werden, dass man hier auf einem Epikrater sitzt. Bohemia ist zum Unterschied von der Schweiz in wenigen Stunden restlos besetzt. [...] Kurz: wenn die Tschechei nicht völlig eingekesselt wäre, wäre das Land das bequemste. So freilich weiß keiner, wie lange seine Selbständigkeit hält.«⁷⁶

⁷³ Ernst Bloch an Walter Benjamin am 3.3.1937, in: Ernst Bloch: Briefe 1903 bis 1975, Frankfurt a.M. 1975, Bd. 2, S. 665.

⁷⁴ Ernst Bloch: Das Materialismusproblem, seine Geschichte und Substanz, Frankfurt a.M. 1972, S. 24.

⁷⁵ Ernst Bloch an Joachim Schumacher, o. D. 1936, in: Ernst Bloch: Briefe 1903 bis 1975, a.a.O., S. 500.

⁷⁶ Ernst Bloch an Joachim Schumacher vom Karsamstag 1936, in: Ebd., S. 494.

Nicht verwunderlich also, dass Bloch – als nun Hitlers Druck gegen Prag immer bedrohlicher wurde – fest zu Land und Leuten hielt. Vor München riet er zur entschiedenen, also vor allem bewaffneten Gegenwehr. Dem großspurig daherkommenden diplomatischen Treiben der Hitlergegner im Westen traute er nicht über den Weg, er witterte frühzeitig den kommenden Verrat, sprach von dem »englischen Spießgesellen«, auf den »man sich nicht verlassen« dürfe: »Am meisten zehrt das Ungewisse. Wann kommt der Schlag, der uns vernichten will, morgen, übermorgen, oder bleibt uns noch eine Galgenfrist. Das ist die Frage, die jeder Tscheche sich seit Jahren vorlegt. Seit März ist er sogar in der Lage, sie sich täglich vorzulegen.«⁷⁷

Folglich verlegte er seine Hoffnung, um Hitlers verbrecherisches Machtspiel zu stoppen, bevor es zu spät sei, auf die militärische Verteidigungshandlung der Tschechen: »So etwas hat noch kein Volk bisher auszuhalten gehabt. Die Zeit der Überraschungen, sagte Hitler nach der Rheinlandbesetzung, ist vorüber. Aber der Vater der Lüge hat dieses Versprechen so wenig gehalten wie seine übrigen. Die Tage und Nächte kurz nach der Überraschung, die Österreich erlebt hat, werden für jeden, der damals in der Tschechoslowakei lebte, unvergesslich sein. Kaum einer erwartete, dass die Dynamik des Raubs an der tschechischen Grenze halt machen würde. [...] Da kam die Wende aus dem kleinen Land selbst her. Eine Überraschung geschah, sogar eine blitzartige, doch diesmal ging sie nicht von Hitler aus. Benesch setzte die Teilmobilisierung der tschechischen Armee gegen die Mehrheit seines Ministeriums durch. Einige Minister zweifelten an der englischen Unterstützung, andere vielleicht noch mehr, Benesch entgegnete: Dann wehren wir uns ohne England.«⁷⁸ Bloch sprach vom »patriotischen Einfluss und Weitblick«, der die Absichten, sich wehrlos und ohne militärische Gegenwehr dem Angriff des überlegenen Gegners zu ergeben, durchkreuzte. »Der kleine Staat hat als erster dem furchtbaren Nachbar die Zähne gezeigt, die Kraft der vollzogenen Tatsachen war diesmal auf der tschechischen Seite. Es hätte ein Wendepunkt sein können; den starken De-

⁷⁷ Ernst Bloch: Reminiscence on Prague, in: Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz, Frankfurt a.M. 1970, S. 263.

⁷⁸ Ebd., S. 263f.

mokratien des Westens schien die kleine Tschechoslowakei endlich ein wenig Mut zu machen.«⁷⁹

Doch bald, so Bloch unmissverständlich, habe besonders England zur »alten zweideutigen Lammgeduld« zurückgefunden. Die Nazis legten den Köder aus, signalisierten giftig, »einen Krieg mit der Tschechoslowakei, wenn er nicht vermieden werden kann, wenigstens zu lokalisieren.«⁸⁰ Der Weg nach München war gepflastert. Das schändliche Abkommen vom September 1938 nannte Bloch einen »Betrug mit Frieden«: »Man wird auch diese Tage nie vergessen. Es sind die schlimmsten seit 1933, vielleicht ist ihr Druck noch größer. Damals fing das Elend erst an, und man hatte es kommen sehen. Der neue Schlag war den meisten unerwartet.«⁸¹ Die Tschechoslowakei wurde aufgegeben, Hitler zum Fraß überlassen. Bloch über die fürchterliche Konsequenz: »Nun muss ganz Versailles Nazideutschland zum Besten dienen, nun rentiert es sich für Hitler, dass der Versailler Vertrag einen solch wunderbaren Gürtel schwacher Staaten zwischen Deutschland und die Sowjetunion gelegt hat, dass er sie ungeschützt vors deutsche Gebiss gebracht hat. Nun liegt ganz Osteuropa offen, in monströser Weise, nun erlangen die deutschen Minderheiten im Donauroum für die Nazis einen Wohlgeschmack und Ölglanz, von dem kein Vernünftiger bisher zu träumen wagte.«⁸²

Bloch gehörte zu denjenigen, die frühzeitig um die entsetzlichen Folgen wussten. Klug zog er ein den beiden Seiten – dem Aggressor wie dem Überfallenen – geltendes »Die Waffen nieder!«, die verlockende wie fälschliche Maske des Friedensengels, ab. Und tatsächlich sollte niemand heute die Überlegung leichtfertig vom Tisch fegen, ob nicht die entschiedene Verteidigung der Tschechoslowakei der Welt und vor allem Europa einen weiteren Weltkrieg erspart hätte. Bloch war hierin überaus klar: »Selbstverständlich kann auch das solideste Volksheer eines Fünfzehnmillionenstaats der deutschen Übermacht nicht lange widerstehen, die Tschechoslowakei kann ohne anderweitige Bindung der deutschen

⁷⁹ Ebd., S. 265f.

⁸⁰ Ebd., S. 266.

⁸¹ Ernst Bloch: Betrug mit Frieden, in: Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz, a.a.O., S. 269.

⁸² Ebd., S. 276.

Streitkräfte ihre Position kaum länger als drei Monate behaupten. Aber ein wichtiges Bollwerk ist ein solches Land doch.«⁸³

Zuerst der Verteidigungskampf, die Friedenstaube später (Juni 2022)

Der von Russlands Staatspräsident Wladimir Putin mit vorgeschobenen Gründen am 24. Februar 2022 vom Zaun gebrochene Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nun zum wichtigsten politischen Faktum des Jahres erwachsen. Putins Erklärungen, weshalb das Nachbarland mit militärischen Mitteln aller Art überfallen werden musste, wechseln seither von einem abstrusen Vorwurf zum nächsten. Zuletzt vergriff er sich auf dem Roten Platz in Moskau am 9. Mai zu der verstiegenen Behauptung, Russland sei gezwungen gewesen, präventiv mit den geeigneten und vor allem militärischen Mitteln vorzugehen, sonst hätte die Zerstörung durch den Westen gedroht. Fast mutet solche Argumentation an, als sei sie aus der Zeit der Bürgerkriege und Interventionen in den Jahren 1918 bis 1920 entnommen, als es in einem ständigen Auf und Ab vor allem um die Eroberung oder Verteidigung strategischer Landesecken ging. Eine gute Vorstellung davon, wie heftig da gegeneinander gefochten wurde, bietet die schnelle Bewegung der Frontlinie im polnisch-sowjetischen Krieg im Jahre 1920, die im Mai noch bei Kiew verlief, im August bereits vor den Toren Warschaws stand, um im Oktober wieder weit nach Osten in tiefe Gebiete in Belarus und der Ukraine einzudringen.

Putins aktueller Feldzug, der ja tatsächlich ein Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist, wirkt jedenfalls wie aus der Zeit gefallen, wenigstens darin sind sich fast alle Betrachter einig. Dementsprechend wird schnell nach Parallelen gesucht, um das unglaubliche Geschehen in der Ukraine wenigstens der eigenen historischen Erfahrung näherzubringen oder gar einzuordnen. In Tschechien oder der Slowakei wird gerne auf 1938 und 1968 verwiesen, in Polen hingegen steht der September 1939 ganz an vorderster Stelle, während in Estland, Lettland und Litauen nun wieder die sowjetische Annexion vom Juni 1940 sofort gegenwärtig ist. Moskaus aktueller Krieg gegen die Ukraine hat ganz sicher einen anderen machtpolitischen Kontext, sodass die angeführten Vergleiche in je-

⁸³ Ernst Bloch: Reminescence on Prague, a.a.O., S. 265.

dem Fall auch hinken, doch ganz vom Tisch gefegt werden sollten die als Warnung verstandenen Jahreszahlen dennoch nicht. Ratsam ist es deshalb, sich einer anderen bemerkenswerten Erscheinung in der Haltung zu diesem Krieg zuzuwenden.

Die gewaltigen Demonstrationen mehrerer Hunderttausend Menschen, die gleich in den ersten Tagen nach Kriegsbeginn gegen Putins Feldzug in Berlin oder Köln protestierten, sind in ihrem momentanen Zusammenhalt, in ihrem Ausmaß und in ihrer klaren, gegen den Krieg gerichteten Botschaft heute nicht mehr wiederholbar. Zu unterschiedlich ist mittlerweile die Wahrnehmung, kaum noch vereinbar scheinen jetzt die aufgezeigten oder vorgeschlagenen Wege, auf denen der Aggressor in die Schranken gewiesen werden soll, um einen dauerhaften Frieden schließen zu können. Risse dieserart zeigen sich wohl überall, indes fällt auf, dass die Gewichtungen der jeweiligen Meinungen sehr unterschiedlich ausfallen können. Denn was in Deutschland eine Mehrheitsmeinung ist, wird in Ländern wie Polen, Estland, Lettland oder Litauen nur noch von einer verschwindend kleinen Minderheit geteilt.

Die vier angeführten Länder grenzen unmittelbar an Russland, haben – bis auf Estland – zudem längere oder kürzere Grenzen zu Belarus und stehen alle mit der Ukraine in einem engeren historischen Bezug, den sonst niemand mehr innerhalb der EU vorweisen könnte. Während in Deutschland die Diskussion jetzt entscheidend geprägt wird von der Angst, aus dem jetzt noch regional begrenzten blutigen Konflikt könnte ein größerer Flächenbrand entstehen, der sich schnell bis zum Atom- und damit Weltkrieg ausweiten werde, ist die vorherrschende Befürchtung hier eine gänzlich andere: Der bislang auf dem Gebiet der Ukraine tobende Krieg kann ohne Weiteres in einen gewaltigen Weltkonflikt umschlagen, wenn der Aggression nicht jetzt entschieden Einhalt geboten wird.

Der Unterschied in den Konsequenzen liegt schnell auf der Hand. Im ersten Fall geht es schlicht darum, kein zusätzliches Öl ins Feuer zu gießen, denn ohnehin sei genügend Brennstoff dort in und um die Ukraine angehäuft. Insbesondere wird aber eingeworfen, der Angreifer sei in seinem militärischen Potenzial derart überlegen, dass die Verteidiger ohnehin keine Chance mehr hätten, auf dem militärischen Feld einen Sieg auszufechten. Obendrein verfüge die angreifende Seite über ein bedrohliches Atomwaffenarsenal, habe sowieso angedeutet, es gegebenenfalls auch einzusetzen. In einem breiten Bogen finden sich hier

nun ganz unterschiedliche Positionen wieder, der von denjenigen reicht, die ein bedingungsloses »Waffen nieder!« für beide Seiten sowie »kreative Diplomatie« fordern, aber vor allem jene einbindet, die bei Waffenlieferungen für die Verteidiger für ein strenges Augenmaß votieren, denn es müsse strikt darauf geachtet werden, nicht selbst zur Kriegspartei zu werden. Schließlich werden auch gewichtige historische Argumente angeführt, so die Tatsache, dass sowohl die angreifende als auch die angegriffene Seite ehemals Teile der Sowjetunion gewesen waren, was nun aus deutscher Sicht wegen des Zweiten Weltkriegs zu besonderer Vorsicht verpflichte und Waffenlieferungen an eine der beiden Kriegsparteien ausschließe. Wenn andere Länder in der Unterstützung für die Ukraine weitergehen wollten, so die Argumentation, dann sei es deren Sache, aber sie hätten in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs auch nicht jene verhängnisvolle Rolle gespielt wie eben Deutschland.

Im zweiten Fall wird eine Unterstützung der Ukraine ausgelotet, die alle Möglichkeiten ausschöpfen will, die unterhalb einer direkten Kriegsbeteiligung – also mit eigenen Soldaten im Kriegsgeschehen – gegeben scheinen. Werde der Kriegstreiber nicht jetzt mit allen entsprechenden Mitteln gestoppt, lasse sich ein immer größer werdender und vor allem kriegerischer Konflikt nicht mehr aufhalten. Nach der Ukraine würden schließlich weitere Länder an der Reihe sein, denn niemand könne verlässlich sagen, wann der Appetit auf weitere Gebiete, die Russland angeschlossen werden sollen, endlich gestillt sein werde. Würden jetzt Gebiete in einer Tiefe von 200 Kilometern angeschlossen, könnten es in wenigen Jahren weitere Kilometertiefen sein, denn der Angreifer wisse dann zu gut, dass niemand ihn mehr bei der Salamataktik aufhalten könne.

In Vilnius ist das Rathaus jetzt geschmückt mit der in Litauisch, Polnisch, Belorussisch und Ukrainisch wiedergegebenen Losung »Für eure und unsere Freiheit!« Wie in einem Brennglas sind damit fast 200 Jahre hin- und herwogender Geschichte gebündelt, die den Menschen in diesen Ländern jetzt wieder ganz lebendig vor den Augen steht. Es ist schließlich ein Erdenwinkel, in dem oft genug andere von außen teilten und herrschten oder es zumindest immer wieder versucht haben.

Blinder Fleck

(Juli 2022)

In Deutschlands Friedensbewegung wird gerne vorwurfsvoll nach Osten gezeigt. Nicht nach Moskau, vielmehr in den großen Zwischenraum hinein, der Moskau von Berlin trennt. Die NATO-Mitgliedschaft von Ländern wie Polen, Estland, Lettland oder Litauen ist nach dieser Sichtweise einer der wesentlichen Gründe, weshalb Wladimir Putin im Februar 2022 zum Mittel des brutalen Angriffskriegs gegen die Ukraine greifen musste, um sich seiner Haut zu erwehren. Alle Versuche, es vorher gütlich und diplomatisch zu regeln, sind danach von westlicher Seite fahrlässig in den Wind geschlagen worden, signifikantes Beispiel ist das unaufhalt-same Vorrücken des westlichen Militärbündnisses unmittelbar bis an die westlichen Grenzen Russlands, womit alle Versprechungen aus den Jahren 1990 und 1991 gebrochen worden seien. Es liegt in der Logik dieser Lesart somit auf der Hand, dass diejenigen Länder, die aus dem einstigen Warschauer Vertragssystem später in die NATO wechselten, entweder aus strategischer Absicht dazu gezwungen worden seien, zum Beispiel als unabdingbare militärpolitische Vorleistung für eine gewünschte Mitgliedschaft in der EU, oder aber es aus freien Stücken selbst vorangetrieben hätten, um traditionellen russlandfeindlichen Einstellungen neuen Auftrieb zu verleihen.

Man schlägt den Sack und meint den Esel. Es geht vor allem um den Westen als politisches System selbst, das heftig kritisiert wird. Die als dessen Satelliten betrachteten Länder östlich von Oder und Neiße interessieren da weniger; allein sie sind in deutschen Friedenskreisen oft genug ein tüchtiges Ärgernis. Kaum jemand spürt dort noch, wie tief politische Ignoranz und deutsche Überheblichkeit sich mittlerweile eingefressen haben, wenn die sogenannte NATO-Osterweiterung an den Pranger gestellt wird. Als Michail Gorbatschow und Helmut Kohl sich im Sommer 1990 auf künftige Schritte zu einigen suchten, die mit dem bevorstehenden Übergehen der DDR in die Strukturen der Bundesrepublik Deutschland als nötig erachtet wurden, war das NATO-Thema selbstverständlich und an vorderster Stelle präsent. Doch es ging immer nur um die Frage, was sicherheitspolitisch mit oder auf dem Territorium der DDR passiere, wenn es die DDR nicht mehr geben werde. Niemand wird doch heute allen Ernstes behaupten, dass Gorbatschow und Kohl damals im Kaukasus über künftige sicherheitspolitische Interessen solcher

Länder wie Polen, Ungarn oder die Tschechoslowakei entschieden oder mitentschieden hätten. Hier sei nur angefügt, dass Gorbatschow längst mit der unsäglichen Breschnew-Doktrin gebrochen hatte, wonach die Souveränität der einzelnen Länder im Moskauer Machtbereich immer dort ihre Grenzen finde, wo die Sicherheitsinteressen des Gesamtsystems gefährdet werden.

Freilich ging Gorbatschow zum Zeitpunkt der Kaukasus-Gespräche noch fest von einem Fortbestand des Warschauer Vertragssystems aus, auch ohne die DDR. Gewissermaßen sollte das Territorium der DDR im vergrößerten Deutschland künftig wie ein Puffer zwischen den beiden Militärblöcken wirken, obwohl es formal in den NATO-Bestand übergegangen war. In der weiteren Perspektive ging es Gorbatschow nun um ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, das beide Militärblöcke schließlich überflüssig machen werde. Zweifellos war er aber zugleich ein Getriebener, denn der politische Druck im sowjetisch geführten Militärblock war wegen der innenpolitischen Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedsländern unbeschreiblich hoch. Niemand, der dort seinerzeit in verantwortlicher Position war, selbst diejenigen nicht, die bereits ganz offen auch sicherheitspolitisch für eine vollständige westliche Ausrichtung standen, wagte einen offenen Austritt aus dem Sicherheitsbündnis. Erst als die Sowjetunion im Laufe des Jahres 1991 immer mehr wie ein Kartenhaus in sich zusammenfiel – was Gorbatschow und Kohl im Juli 1990 nie und nimmer in so kurzer Zeit für möglich gehalten hätten – ergab sich eine völlig andere sicherheitspolitische Situation. Plötzlich stand für viele Länder das Gespenst im Raum, verteidigungspolitisch völlig allein auf weiter Flur zu stehen. Die Neutralität, wie sie Österreich oder Finnland in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich praktiziert hatten, erschien keinen ausreichenden Schutz zu geben. Die Vision einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur anstelle der beiden bisherigen Militärblöcke, wie sie insbesondere Gorbatschow verfolgt hatte, galt schnell als obsolet. Doch niemand wurde bedrängt, gezwungen oder erpresst. Der Rückblick auf die eigene Geschichte, das Wissen um Erfahrungen mit dem entschiedenen Vorgehen Moskaus – zum Beispiel im September 1939 in Polen, im Juni 1940 in Estland, Lettland und Litauen, 1956 in Ungarn und 1968 in der ČSSR – gaben den Ausschlag. Die NATO galt als attraktives, vor allem intaktes Bündnis, um den nationalen Sicherheitsinteressen nachzukommen. Dass dabei mit dem eigenen Beitritt zum Bündnis

die NATO zugleich an die Grenzen Russlands vorrückte, wurde als eine Art Zufall der geografischen Lage gewertet, für die bislang aber häufig genug selbst bezahlt worden war.

Der Warschauer Vertrag als das von Moskau geführte militärische Bündnis im Ostteil Europas hatte politische Voraussetzungen, die seit den stürmischen Ereignissen im Herbst 1989 in schneller Folge ihre ganze Bedeutung einbüßten. Dass es nicht zur gleichzeitigen Auflösung des westlichen Militärbündnisses kam, hat etwas mit dem damaligen Kräfteverhältnis zu tun. Dafür aber tragen die nach 1999 der NATO beigetretenen Länder kaum Verantwortung. Dass sie sich sicherheitspolitisch entschieden, wie sie sich entschieden haben, mag aus friedenspolitischer Sicht in Deutschland bedauert werden. Doch darin einen wesentlichen Grund zu sehen, weshalb Putin im Februar 2022 militärisch sein Nachbarland überfällt, ist gleichermaßen verlogen wie sachlich falsch. Die immer wieder vorgebrachten Forderungen nach einer Aufdeckung der sogenannten Vorgeschichte des jetzigen Krieges sind für sich genommen völlig richtig, doch betreffen sie in erster Linie die künftigen Zeithistoriker, wenn sie irgendwann an die Dokumente herangelassen werden. Einstweilen ist es aber eine Binsenwahrheit, denn eine solche Vorgeschichte hat natürlich jeder Krieg. Jetzt aber gilt es, eine klare Haltung zu zeigen – für oder gegen den Putinschen Angriffskrieg.

Orbán's zerplatzte Autoreifen

(August 2022)

Seinen traditionellen Sommerauftritt im rumänischen Kurort Băile Tuşnad (ung. Tusnádfürdő) nutzte Viktor Orbán, Ungarns Ministerpräsident, in diesem Jahr, um sich laut und deutlich zum russischen Krieg gegen die Ukraine zu äußern. Er hält, so wurde der Zuhörerschaft schnell klargemacht, wenig bis nichts vom Herangehen der EU im brudermörderischen Konflikt nebenan, im Gegenteil – er verurteilt scharf, was die Gemeinschaft bislang unternimmt. Seine nationalistisch gefärbte Attacke gegen Brüssel – von rumänischer Seite ohnehin mit größtem Argwohn beobachtet – reiht sich nahtlos ein in die fast schon meisterlichen Provokationen, mit denen er immer wieder in die Schlagzeilen der Medien gelangt. Im Juli 2010 hatte er an gleicher Stelle seine sogenannte illiberale Demokratie ausgerufen, eine jetzt anbrechende Wende hin zur nationalen Politik an-

gekündigt, die die Fehler der demokratischen Wende von 1989/90 gründlich beheben werde. Wer es nicht besser wüsste, der könnte heuer sogar meinen, Orbáns Redetext sei in den Grundzügen zuvor mit Moskauer Amtsstuben wenigstens abgesprochen worden.

Den Krieg gegen die Ukraine habe Russland laut Orbán-Rede vom Zaun gebrochen, weil Moskau vom Westen eine verlässliche Sicherheitsgarantie brauche, die es aber bislang nicht bekommen habe. Die Russen gingen nun zwar im alten Stil und ganz nach altem Muster vor, keine Frage, doch bedeute das nicht, dass dieses Vorgehen keinen Sinn mache. Russland werde die Ukraine übrigens solange angreifen und unter Druck setzen, solange die Gefahr bestehe, selbst vom Territorium der Ukraine aus beschossen werden zu können. Das Ziel der EU in diesem Konflikt sollte also der verlässliche Frieden sein, nicht – wie jetzt verlangt – der Sieg Kiews.

Überhaupt folge die EU, so der ungarische Ministerpräsident nun scharfsinnig, einer Strategie, die auf vier Annahmen gegründet sei: erstens werde die Ukraine den Krieg gewinnen, zweitens würden die verhängten Sanktionen gegen Russland und vor allem gegen dessen Führung ihre Wirkung nicht verfehlen, drittens träfen die Sanktionen Russland mehr noch als Europa, viertens schließlich werde die übrige Welt Europa bei dessen Eintreten für die Ukraine und gegen Russland beistehen. Alle vier Annahmen, so Orbán, hätten sich als falsch herausgestellt, die Strategie ist Dominostein für Dominostein umgefallen. Es sei mittlerweile also ganz so, als führe das Auto mit vier zerplatzten Reifen!

Interessant dann aber, dass Orbán ungeschminkt auf das polnisch-ungarische Verhältnis zu sprechen kommt. Der jetzige Krieg in der Ukraine habe das Verhältnis zwischen Warschau und Budapest schwer belastet, wenn nicht erschüttert. Es brauche nun alle vernünftige Anstrengung, zu retten, was zu retten sei – für die Zeit nach dem Krieg. Soweit Orbán. Tatsächlich haben Polens Nationalkonservative in der Frage des Krieges gegen die Ukraine einen völlig anderen Kurs eingeschlagen. Für Warschau ist und bleibt Kiew entscheidend, nicht Moskau. Orbáns drastisches Bild der vier zerplatzten Autoreifen ruft hier nur ein erstauntes bis entsetztes Kopfschütteln hervor. Zudem haben die Kaczyński-Leute kaum eine andere Wahl, die öffentliche Meinung würde sie nämlich gehörig zerpfücken, gäbe es leiseste Zugeständnisse an den Orbán-Kurs.

Übrigens hatte Jarosław Kaczyński 2016 selbst noch versucht, sich deutlich vom Ukrainekurs der liberalen Vorgängerregierung abzuset-

zen, der auf volle Unterstützung angelegt war, indem der Kiewer Führung öffentlich beschieden wurde, ein Weg des Landes in die Strukturen der EU sei mit Stepan Bandera im Gepäck kaum vorstellbar. Dem Seitenhieb mit schwierigster bilateraler Geschichte folgte die schnelle Antwort Kiews: Wieso, ihr Polen seid mit Józef Piłsudski schließlich auch hineingekommen! Von diesem schönen Geplänkel will jetzt in Warschau niemand etwas wissen, die Lage gilt als viel zu ernst. Das ganze Land steht sowieso entschieden hinter dem Verteidigungskrieg der Ukraine, ohne nennenswerte Abstriche. Zuletzt wurde das überaus deutlich, als die nationalkonservative Regierung schnell abwiegelte, während beim Nachbarn Deutschland die Bandera-Frage plötzlich kurz hochgekocht wurde.

Was Orbáns provokante Äußerungen im historischen Szeklerland für die Zukunft der Visegrád-Gruppe bedeuten, bleibt abzuwarten. Im Augenblick sind Spitzentreffen zwischen Budapest und Warschau kaum vorstellbar. Im kommenden Jahr wird es im Herbst in Polen Parlamentswahlen geben – Orbán hatte die seinen im Frühjahr überaus erfolgreich für sich entschieden. In Warschau müssen die Nationalkonservativen durchaus zittern, die Umfragewerte verraten einen Kampf auf Messers Schneide. Nun ausgerechnet in der Ukrainefrage in trübes Budapester Fahrwasser zu geraten, könnte schnell ins ungewollte Aus führen. Viel lieber kramen die Nationalkonservativen in Polen jetzt ein diffuses, gegen Deutschland gerichtetes Feindbild hervor. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki meinte jüngst im Regierungsrundfunk, dass Kaczyński sein Heimatland fest und unerschütterlich liebe. Bei Donald Tusk, dem liberalen Herausforderer, lägen die Dinge indes anders, liebe der doch offensichtlich ein ganz anderes Land...

Ukrainischer Nationalfeiertag

(August 2022)

Fast schon mutet es wie ein vertrautes Bild an: der Warschauer Schlossplatz mitten im historischen Zentrum der Stadt, für einen Augenblick verwandelt in ein Meer aus ukrainischen Fahnen. Anlass bot der zurückliegende Nationalfeiertag der Ukraine am 24. August, an dem 1991 in Kiew die staatliche Unabhängigkeit erklärt worden war. Der Platz voller Menschen, die meisten natürlich aus der Ukraine, die jetzt in Warschau oder Polen leben oder sich hier aufhalten. Der Blick in die vielen Gesich-

ter verrät außerdem, dass ein Gros unter ihnen erst nach dem August 1991 zur Welt gekommen ist. Wenigstens sie verraten also, wieviel Zukunft die unabhängige Ukraine – trotz der tiefen Sorge des Augenblicks – hat und haben wird.

Polens Staatspräsident Andrzej Duda war zu diesem Anlass nach Kiew zum ukrainischen Amtskollegen gereist, es war bereits seine fünfte Kiew-Reise nach Kriegsbeginn. Längst vorbei sind jene Zeiten, in denen er in aller Öffentlichkeit noch ungeniert herumposaunte, die EU sei eine imaginäre Gemeinschaft, also ein Konstrukt, bei dem verlassen sei, wer sich auf selbiges verlasse. Jetzt verweist er wie selbstverständlich auf die gemeinsame polnisch-ukrainische Interessenlage, wie sie ohne die EU in ihrer jetzigen Ausrichtung gar nicht zu denken wäre. Tatsächlich, auch das weiß Duda zu genau, steht und fällt das angegriffene Nachbarland mit der entschiedenen Unterstützung des Westens, wobei der EU alles andere als eine kleine Rolle zukommt. In dieses Bild passt nun wiederum ganz gut, dass die Moskauer Propaganda den jüngsten Duda-Besuch völlig absurd in erster Linie als Ausdruck dafür werten will, wie sehr Warschau an der Westukraine interessiert sei, nationalistisch auf den Anschluss der Stadt Lviv, polnisch Lwów, hinarbeite.

Doch der ukrainische Nationalfeiertag regt, auch wegen des Krieges, vor allem zum Blick zurück an. Noch zu Zeiten, als kaum jemand die Sowjetunion in Gefahr sah, jedenfalls die meisten nicht, tauchte in der Moskauer Öffentlichkeit an wichtiger Stelle das alte russische Fahnentuch auf – weiß, blau, rot. Man schrieb den März 1990, es standen auf allen Ebenen die Wahlen zu den Sowjets in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) an. Bei der Abschlusskundgebung des von Boris Jelzin angeführten demokratischen Lagers – noch war Jelzin übrigens Mitglied der KPdSU, er wird erst im Juni austreten – wurde nicht die offizielle Fahne der RSFSR gezeigt, sondern die russische Trikolore. Ein Zeichen für das Besondere, für das, womit sich abgehoben werden sollte von dem ansonsten herrschenden Einheitsrot der sowjetischen Zeiten (die offiziellen Fahnen der Sowjetrepubliken waren immer nur eigenwillige Spielarten der Sowjetflagge). Gezielt wurde jetzt viel bewusster auf das Russische, nicht auf das Sowjetische, also das noch allgegenwärtige, wiewohl in die Krise geratene Allgemeine. Es ging nicht um Gleichsetzung, es ging um das, was dann doch schon trennt.

Das Demokraten-Lager gewann, Jelzin trat an die Spitze des Obersten Sowjets der RSFSR. Sein Amtssitz – das Weiße Haus in Moskau – war

von nun an ein ernsthaft konkurrierendes Machtzentrum zum Kreml, über dem die sowjetische Flagge wehte. Am 12. Juni 1990 erklärten die Volksdeputierten der RSFSR auf ihrem Kongress die Souveränität der RSFSR. Diesem Schritt folgten später im Juli 1990 die obersten Republikorgane mit analogen Entscheidungen in der Sowjetukraine und in Sowjetbelarusland. Der Sprengsatz unter die Sowjetunion war gelegt, der Motor aber für diese dramatische Entwicklung befand sich in Moskau, jedenfalls nicht in Kiew.

Mit dem am 17. März 1991 abgehaltenen Referendum versuchte der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow – er war im März 1990 von den Volksdeputierten der Sowjetunion ins neu geschaffene Amt gewählt worden – wieder die Initiative zu erlangen. Befragt wurden die Bürger, ob sie für den Weiterbestand der Sowjetunion als veränderte Föderation souveräner Republiken seien. Eine große Mehrheit stimmte zu, so auch in der RSFSR und in der Sowjetukraine, doch die Entwicklung folgte bereits unweigerlich einem anderen Takt, den immer deutlicher Jelzin und sein Lager vorgaben. Dieser gewann am 12. Juni 1991 in der RSFSR – genau ein Jahr nach der Souveränitätserklärung – direkte Präsidentschaftswahlen mit über 45 Millionen Stimmen. Im August 1991 sahen sich Führungsleute im Kreml veranlasst, gegen den sowjetischen Präsidenten Gorbatschow mit militärischer Gewalt zu putschen, um – wie sie sagten – die Sowjetunion zu retten. Der dilettantisch eingefädelt Staatsstreich, der wohl eher einem Verzweiflungsakt glich, scheiterte kläglich, die erfolgreiche Verteidigung des Weißen Hauses wurde zur symbolischen Geburtsstunde des neuen, nicht-sowjetischen Russlands. Die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine vom 24. August 1991 war, so gesehen, nur eine Folge der stürmischen Moskauer Ereignisse. Der Rest ist schnell berichtet, denn am 8. Dezember 1991 erklärten Jelzin und seine Amtskollegen aus der Ukraine und Belarus – ohne Gorbatschow noch zu fragen oder überhaupt einzubinden – die Auflösung der Sowjetunion. Dem sowjetischen Staatsoberhaupt blieb nur übrig, am 25. Dezember 1991 zurückzutreten – auf dem Kreml wurde die Sowjetfahne eingeholt, die russische Trikolore als Symbol der Russischen oder auch Russländischen Föderation aufgezogen.

Gegen Putins Annexionswahn

(September 2022)

Hartnäckig hält sich der Vorwurf, Rosa Luxemburg habe sich in der Nationalitätenfrage geirrt. Als schlagender Beweis für diese Behauptung wird stets die polnische Frage angeführt, die sie falsch beantwortet habe. Ohne tiefer darauf einzugehen, sei an dieser Stelle dennoch gesagt, dass der polnische Historiker Feliks Tych frühzeitig die Sache richtigzustellen suchte: Rosa Luxemburg ist nicht gegen die polnische Unabhängigkeit gewesen, sie hat sie vielmehr ausgeschlossen, was unter den bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs herrschenden Bedingungen in jenem Teil Europas auch nachvollziehbar war. Anders gesagt: der Traum von nationaler und staatlicher Unabhängigkeit Polens war bis zu diesem Zeitpunkt tatsächlich vor allem visionär, die verschlungenen Wege dorthin konnten nur bedingt oder gar nicht aufgezeigt werden. Zumeist waren solche Träume ein schwacher Nachklang der polnischen Aufstandstradition im 19. Jahrhundert, auch wurde überaus viel Hoffnung gesetzt auf den Sozialismus am Horizont der europäischen Arbeiterbewegung. Wer sich auf die sachliche Analyse realpolitischer Machtkonstellationen einließ, vertagte diese Frage indes, so auch Rosa Luxemburg – nun in die Zeit eines kommenden Aufbruchs in die sozialistische Gesellschaft, die aber die Lösung der polnischen Frage nicht mehr als Voraussetzung hatte. Anders gesagt: Rosa Luxemburg hatte fest auf einen Weg vertraut, die sozialistische Perspektive anzustoßen, ohne bestehende Grenzen infrage zu stellen oder gewaltsam anzutasten. Strittige Grenzfragen oder Fälle nationaler Unterdrückung mussten hinter diesem Bruch mit der bestehenden Gesellschaft gelöst werden, auf einer ganz anderen Grundlage, in der vor allem volle politische Freiheit und damit eine freie Willensbildung auf allen Seiten durchgesetzt ist. Nie wäre Rosa Luxemburg auf die aberwitzige Idee gekommen, einem Staat, der über 30 Jahre weithin anerkannt ist, der friedlich existiert und keinerlei Gebietsforderungen an die Nachbarn stellt, plötzlich – und aus was für verwinkelten Gründen auch immer – das Existenzrecht abzusprechen, um es mit militärischen Gewaltmitteln anzugreifen.

Der ganze Reichtum in der Behandlung der Nationalitätenfrage bei Rosa Luxemburg tritt zutage, sobald die heute sperrig wirkende polnische Frage beiseitegelassen wird. Innerhalb des demokratisch ausgeprägten Zentralstaates mit umfassender politischer Freiheit kommen

den konsequent von unten nach oben ausgerichteten Körperschaften der Selbstverwaltung in den Verwaltungsgliederungen auf dem Staatsgebiet ein entscheidendes Gewicht zu, sobald es um die Beteiligung der Bevölkerung am demokratischen Prozess sowie vor allem um die angemessene Berücksichtigung der jeweiligen Bevölkerungszusammensetzung geht. In der Schrift »Nationalitätenfrage und Autonomie« (1908/09) hat sie diesen Zusammenhang ausführlich und überaus gelungen dargelegt. Es ist kein Zufall, dass sie dabei ein besonderes Augenmerk auf die Frage der den nationalen Minderheiten zukommenden Rechte und auf das Problem des Separatismus richtete. Sie trat entschieden für ein robustes und verbrieftes Minderheitenrecht ein, wie es noch heute höchsten Ansprüchen genügen würde. Zugleich wies sie militanten Separatismus, der sich auf bestehende nationale Unterdrückung zu berufen sucht, in die Grenzen – erst recht natürlich, wenn für die Durchsetzung der Ziele Waffengewalt genutzt oder aber billigend in Kauf genommen wird. Wer die Herausbildung abtrünniger Gebiete in anderen Ländern provoziert und schließlich als Mittel des militärischen Angriffs gegen die Nachbarländer missbraucht, findet in den Überlegungen Rosa Luxemburgs keine Gründe, auf die er sich stützen könnte.

Die Rechte nationaler Minderheiten waren für Rosa Luxemburg ein höchstes Gut. Sie selbst wurde von preußischen Behörden verfolgt, weil sie sich für einen umfassenden Schutz der polnischen Sprache in jenen Gebieten eingesetzt hatte, die zu einem erheblichen oder mehrheitlichen Teil von polnischer Bevölkerung bewohnt waren. Der Gebrauch der Muttersprache im öffentlichen Leben hat in den Körperschaften der Selbstverwaltung überall dort gesetzlich verankert zu sein, wo eine entsprechende Bevölkerungszusammensetzung es erforderlich macht. Rosa Luxemburg wählte als treffliche Beispiele nicht ohne Grund den Kaukasus und das historische Litauen, das nicht zu verwechseln ist mit dem heutigen national geprägten Litauen, weil es damals in der Bevölkerungszusammensetzung einem wahren Flickenteppich glich. Wer heute durch solche Orte geht, in denen auf der Straße mehr als nur die eine Muttersprache zu hören ist, sollte den Blick richten auf die Straßenschilder. Sind sie einsprachig, sie können ein Indiz sein für nicht ein- oder durchgehaltene Minderheitenrechte. Der Anspruch darauf, diese in jeder Hinsicht zu kritisierende Situation zu ändern, bleibt aber in Rosa Luxemburgs Verständnis einer der wesentlichen Aufgaben der selbstverwalteten Gebietskörperschaften, also von demokratischen, regelba-

sierten Lösungen. Hierbei mit militärischen oder anderen Gewaltmitteln einzugreifen, stieß auf entschiedene Ablehnung, weil um den explosiven Zündstoff gewusst wurde, der in Nationalitätenkonflikten nun einmal verborgen liegt.

Die eindeutige Haltung Rosa Luxemburgs in der Frage territorialer Separation und Loslösung hat obendrein sehr viel zu tun mit der Kriegsgefahr, die durch erzwungene Grenzänderungen gegen den Willen der anderen Seite unermesslich gesteigert wird. Den bösen Trick also, mit bloßer und einseitiger Unterschrift dem Nachbarland einfach Gebiete streitig zu machen und den Grenzverlauf willkürlich zu ändern, hätte sie als brutale Androhung von Krieg und Gewalt gegeißelt. Alle Gründe, die angeführt werden, um das militärische Mittel mit dem heiligen Zweck zu beschönigen, wären entschieden zurückgewiesen worden.

Reflexionen vor und nach dem Überfall

Landverschiebung

(September 2012)

Still ist es um ihn geworden – außer am 13. Dezember, wenn der wiederkehrenden Jahrestage von 1981 gedacht wird. Jetzt hat Wojciech Jaruzelski sich im linksgerichteten Wochenblatt »Przegląd« zu Wort gemeldet. In dem Interview bekräftigt er nachdrücklich den Gedanken, dass die Zeit der Volksrepublik – 1944 bis 1989 – keineswegs ein Loch in der Geschichte sei: »[...] hätte Polen 1944/45 ein vollständig souveräner und demokratischer Staat werden können, so nur auf einem eingeschränkten Territorium und in verstümmelter Gestalt. Lwów und Wilno hätten wir nicht zurück-, Wrocław und Szczecin nicht dazubekommen, auch nicht den breiten Zugang zur Ostsee. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach unseren Beziehungen zu den Nachbarn – zu den großen Nationen und Staaten Russland und Deutschland.«⁸⁴ Das will erklärt sein.

Der siegreiche Stalin gab frühzeitig und unmissverständlich zu verstehen, nach Beendigung des Krieges jene Gebiete fest in die Sowjetunion einzubinden, die bereits vor dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion deren Staatsgebiet waren. Ein Großteil davon gehörte bis 1939 zu Polen.⁸⁵ An dem Prinzip der strikten territorialen Integrität Polens hielt dessen Londoner Exilregierung fest, die während des Zweiten Weltkriegs zu den treuesten Verbündeten der westlichen Anti-Hitler-Mächte zählte. Daran hatte sich wenig geändert, nachdem London und Washington im Sommer 1941 die Sowjetunion als festen strategischen, also militärpolitischen Bündnispartner gewannen. Das gemeinsame Ziel, der Sieg

⁸⁴ Do końca będę człowiekiem lewicy [Ich bleibe bis zum Schluss ein Linker], Interview mit Wojciech Jaruzelski, in: Przegląd, Nr. 33 vom 19.8.2012, S. 9.

⁸⁵ Am 17. September 1939 rückte die Rote Armee, ohne Polen den Krieg zu erklären, in Ostpolen ein und besetzte jene Gebiete, die laut Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 als sowjetisches Einflussgebiet galten. Kurze Zeit später wurden die besetzten Gebiete als Teile der sowjetischen Ukraine und der sowjetischen Belarus in die Sowjetunion eingegliedert. Zum anderen betraf die Stalinsche Entscheidung die drei baltischen Republiken, die im Juni 1940 ebenfalls nach Maßgabe des Hitler-Stalin-Paktes und ohne Kriegserklärung militärisch von der Roten Armee besetzt und wenige Zeit später als Sowjetrepubliken der Sowjetunion einverleibt wurden.

über Deutschland, überdeckte für geraume Zeit fast alle größeren und kleineren Unstimmigkeiten zwischen den großen Anti-Hitler-Verbündeten. Nach hinten geschoben wurde auf der Agenda indes die polnische Frage, sie wurde immer mehr zu einem Attribut des sich abzeichnenden Kräfteverhältnisses in den östlichen Teilen des umkämpften Kontinents.

Dabei spielten die inneren Verhältnisse in Polen keine kleine Rolle. Das Londoner Lager war zwar führend im Widerstand und der entscheidende politische Faktor beim Aufbau des Untergrundstaates im besetzten Land, aber auf der internationalen Bühne sahen viele Verfechter der entschiedenen Rückkehr zu den Landesgrenzen vor der Besetzung im September 1939 spätestens ab 1943/44 die Felle davonschwimmen. Hauptgrund war die nach Westen vorrückende Rote Armee, mit deren Erfolgen auf den Schlachtfeldern nun völlig andere Vorstellungen über eine territoriale Nachkriegsgestaltung im osteuropäischen Raum gestützt waren. Im August 1944 spielte das Londoner Lager seinen vermeintlich letzten Trumpf aus – die militärische Selbstbefreiung Warschaus, bevor die Rote Armee die Stadt einnehmen kann. Der Warschauer Aufstand endete allerdings im Fiasko, auch deshalb, weil die deutschen Okkupanten nicht in Panik aus der Stadt abzogen, sondern noch einmal mit äußerster Härte und Brutalität sowie massierter Konzentration der militärischen Kräfte zurückschlugen, das aufständische Warschau schließlich im Oktober 1944 besiegen und blutig niederringen konnten. Auf der östlichen Weichelseite stand im Herbst 1944 bereits die Rote Armee, in ihrem Hinterland mit der Lubliner Regierung, die künftig in Polen das Heft des Handelns in die Hände gelegt bekam und schließlich zur Volksrepublik wurde.⁸⁶

Polens neue Ostgrenze – also die künftige sowjetische Westgrenze – war frühzeitig, lange vor Kriegsende festgelegt. Damit verlor das Land gegenüber der Vorkriegssituation fast die Hälfte des Territoriums. Doch das, benennen wir es hier einmal so, im Sommer 1944 neu ins Spiel gebrachte Prinzip einer polnischen Volksrepublik hatte in den entscheidenden Tagen des ausgehenden Krieges zwei wesentliche Vorzüge. Es wurde für die nach Berlin drängende Rote Armee auf fremdem, polnischen Territorium zu einer dringend benötigten Ordnungsmacht. Und es

⁸⁶ Das offizielle Datum, mit dem die von Moskau in Lublin eingesetzte provisorische polnische Regierung am 22. Juli 1944 ihre Tätigkeit aufnahm, wurde später als Gründungsdatum der Volksrepublik Polen staatlich gefeiert.

verfügte über eine bereits kampferprobte Armee, die polnische Volksarmee, die beim Sturm auf Berlin zu einem politisch und militärisch verlässlichen Bündnispartner emporwuchs. In den Reihen der polnischen Armee, die an der Seite der Roten Armee Berlin miteroberte, kämpfte als junger Offizier Wojciech Jaruzelski.

Ein diplomatisches Spiel auf Messers Schneide begann, in dem am Schluss eine verblüffende Grenze zwischen dem neuen Polen und dem besiegten Deutschland als Ergebnis übrig blieb – nämlich die kürzeste Landlinie trennte nun beide Länder fast senkrecht verlaufend an den Flüssen Oder und Neiße. Während die Westmächte, Polens eigentliche Verbündete, auffallende Schwierigkeiten hatten, Polens Landgewinn im Westen auf Kosten Deutschlands zu akzeptieren, beschnitt Stalin mit dieser gewaltigen Geste zugunsten seines im Verlaufe des Krieges neu gewonnenen Verbündeten die eigene Besatzungszone in Deutschland empfindlich: Berlin verlor mit Stettin und Swinemünde seine Seehäfen, Breslau ging verloren.

Und zur Geschichte der Volksrepublik Polen gehört, aus dieser dramatischen Grenzziehung einen durch und durch glücklichen Fall für die europäische Nachkriegsgeschichte gemacht zu haben. Zu dieser Geschichte gehört über Jahrzehnte das Bündnis mit der Sowjetunion. Dazu gehört ohne Wenn und Aber das Nachbarschaftsverhältnis mit der DDR. Dazu gehört aber auch das Menetekel der begrenzten Souveränität, von welchem Jaruzelski – wie jeder in Polen – immer wusste: Katyn.

Erste Überlegungen über ein Nachkriegspolen an der Seite der Sowjetunion

(Juni 2021)

Die Tragödie der Polen ist ihre Geographie...

Max Fritsch, 24. August 1948 in Wrocław

Mit dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion endeten im Juni 1941 auch für Polen plötzlich die gewohnten Koordinaten im Krieg. Während bis dahin meist davon ausgegangen wurde, dass bei einem Sieg der Hitlergegner die Vorkriegsgrenzen in etwa auch Polens Nachkriegsgrenzen sein würden oder sein könnten, kam nun ein neuer und mächtiger Faktor ins diplomatische und politische Spiel. Bis dahin hatte sich die So-

wjetunion an dem von den Deutschen angezettelten Krieg nur insofern beteiligt, weil sie Polens Osthälfte und etwas später die drei baltischen Republiken mit militärischen Mitteln annektiert hatte, ohne aber eine Kriegserklärung oder Vergleichbares vorzunehmen. Aus Moskauer Sicht hatte man sich mit diesem Vorgehen, dass dem geheimen Zusatzprotokoll im Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 folgte, lediglich den großen Krieg zwischen den europäischen Mächten im Westen vom Halse gehalten, weil alle Bemühungen um ein anderes Sicherheits- oder Friedensbündnis nach dem Münchner Abkommen von 1938 gescheitert waren. Nun kehrte der 22. Juni 1941 alles um – die Sowjetunion wurde Kriegsteilnehmer an der Seite der Westmächte. Und die Vorstellungen über ein Europa nach dem Sieg über Hitler bekamen einen anderen Grund.

Die Anfangserfolge der Wehrmacht, das rasche Vorrücken der Deutschen und ihrer Verbündeten weit in die Tiefen Russlands und bis vor die Tore Moskaus, der drohende Zusammenbruch der Roten Armee kräftigten in Polens Exilkreisen in London allerdings die Hoffnung, auch der Zweite Weltkrieg werde im Osten so enden wie der Erste einige Jahre zuvor – mit der Niederlage der kämpfenden Widersacher auf beiden Seiten. Damals gab es im Osten keinen Sieger, sowohl Russland als auch Deutschland und dessen Verbündete streckten als Verlierer die Waffen, gingen geschlagen vom Feld. Wie damals in dieser überraschenden Konstellation nach über 100 Jahren der Dreiteilung eine neue polnische Republik gegründet und schließlich gegen die Ansprüche in Berlin und Moskau militärisch gesichert oder gar durchgesetzt werden konnte, so sollte auch jetzt das im September 1939 untergegangene Polen am Ende des Krieges auferstehen. Freilich in den Grenzen wie zuvor, also in denen vor dem Ausbruch des Krieges. Bis zur Schlacht von Stalingrad fand sich aus polnischer Exilsicht auch kein handfester Grund, um nicht weiterhin entschieden an ein solches Szenario zu glauben. Die mit viel Blut erstrittenen Erfolge der Roten Armee im Kampf gegen den deutschen Angreifer schienen außerdem zu beweisen, wie sehr die beiden kämpfenden Seiten im Osten in einer gigantischen Menschen- und Materialschlacht sich gegenseitig verzehren, sodass schließlich kein militärischer oder politischer Sieger eindeutig hervorgehen könne. Wieder, so die Hoffnung wie die Überzeugung, werde am Ende die im Westen siegreichen Alliierten auch im Osten das entscheidende Wort haben.

Dass im Westen – in London wie Washington – längst andere Uhren ticken, in denen der Kampf der Roten Armee nicht nur hilfreiches Rä-

derwerk war, sondern den ganzen Takt in der Anti-Hitler-Koalition bestimmte, erfuhren Polens Exil-Politiker, als sie im Frühjahr 1943 die Entdeckung in Katyn in die diplomatische Waagschale zu werfen suchten und auf taube Ohren stießen. Niemand sonst ging noch von einem Ende wie 1918 aus, denn der gewaltige Gegner musste gemeinsam geschlagen werden – ohne Wenn und Aber. An einem Sieg über Hitlerdeutschland ohne die Sowjetunion war nicht mehr zu denken, sodass deren besondere Sicherheitsinteressen ein entsprechendes Gewicht in allen Plänen über Europas Zukunft zugebilligt wurde. Es war den Alliierten im Westen längst klar, dass die Grenze zwischen Polen, dem treuen Verbündeten, und der Sowjetunion künftig weitgehend dort verlaufen werde, wo im September 1939 die Demarkationslinie zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Teil im besetzten Polen verlaufen war; die eine oder andere Korrektur zugunsten Polens allerdings mit eingerechnet.

Während Polens Londoner Exillager in seinem diplomatischen und politischen Ringen bei der alten Linie blieb, nämlich auf den Verlauf der Ostgrenze wie vor dem Krieg zu pochen, wobei sie darin immer mehr an Don Quichottes Kampf gegen die Windmühlen erinnerten, gab es in dem Lager der Polen, das an der Seite der Roten Armee in der Sowjetunion sich aufbaute, immer kräftiger werdende Stimmen, die verlangten, die abzusehenden großen Gebietsverluste im Osten durch entsprechende Gebietsgewinne im Westen auf Kosten des besiegten Deutschlands auszugleichen. Ein bezeichnendes Beispiel dafür sind die Überlegungen Alfred Lampes (1900–1943) aus der Zeit zwischen April 1942 und August 1943, die 1944 postum in Moskau veröffentlicht wurden.⁸⁷ Lampes Überlegungen können als eine Art Geburtsstunde für das Konzept der Volksrepublik Polen angesehen werden, vor allem betreffs der darin ausgebreiteten Vorschläge über die territorialen Umrisse Nachkriegspolens. Insofern lohnt immer noch ein tieferer Blick in dieses kleine Schriftwerk des polnischen Kommunisten, denn die darin festgehaltenen Überlegun-

⁸⁷ Alfred Lampe: *Miejsce Polski w Europie* [Polens Platz in Europa], Moskau 1944. Der aus einer jüdischen Arbeiterfamilie stammende Lampe (1900–1943) verbüßte bei Kriegsausbruch in Polen eine Gefängnishaft, gelangte in den sowjetisch besetzten Teil, setzte sich später nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion für die Wiederherstellung der 1938 auf Stalins Geheiß aufgelösten Kommunistischen Partei Polens und für die Aufstellung polnischer Streitkräfte an der Seite der Roten Armee ein. Starb Ende 1943 in Moskau an einem Herzanfall.

gen antizipieren schließlich Vorgänge, die bald welthistorische Bedeutung erlangen werden und die Gestalt Europas bis heute mitbestimmen.

Lampe konstatierte in seiner Schrift zunächst, dass die Ostgrenze Polens gegenüber der Sowjetunion künftig mit Sicherheit anders verlaufen werde als nach dem 1921 im Rigaer Frieden ausgehandelten Verlauf. Zwar werde es Spielräume auch für wichtige polnische Belange geben, so etwa in der Frage Białystoks, das natürlich bei Polen bleiben werde, doch werde es auf einen Verlauf hinauslaufen, der in etwa demjenigen entsprechen werde, mit dem die Entente-Mächte 1918/19 die Situation im Osten, ihren aufgestellten Nationalitätenkriterien folgend, aufzulösen suchten. Das künftige Polen, so Lampe, werde ein Nationalstaat sein, also ein Land ohne die größeren Minderheitengruppen im Osten – der Belorussen und Ukrainer. Deshalb sei nun der Blick nach Westen für Polen umso wichtiger, denn im Osten seien die Würfel der Entscheidung bereits gefallen. Hier habe das neue Polen allerdings noch die Wahl, ob es nämlich wie vor dem Krieg eine gegen die Sowjetunion gerichtete Bastion des Westens sein wolle oder, umgekehrt, nun im festen Bündnis mit der Sowjetunion seine elementaren Sicherheitsinteressen im Westen des Landes ausreichend durchzusetzen und zu sichern suche.

Während in dieser Vision des künftigen Polen im Osten vieles bereits geklärt, vieles nicht mehr zu ändern sei, werde die Aufgabe im Westen entsprechend bedeutsamer. Lampe riskierte einen ersten geografischen Blick, um zu zeigen, wie weit polnisches Interesse nun mit der als feststehend hinzunehmenden Ostgrenze im Rücken zu gehen habe. Zunächst sollte ganz Ostpreußen zu Polen kommen. Statt Polen von der Ostsee zu trennen, sollten also Königsberg und Memel künftig Polens Zugang zur Ostsee markieren. Keine Frage warf auch das Mündungsgebiet der Weichsel sowie Danzig und Umgebung auf, die unweigerlich zum neuen Polen kommen würden. Ähnlich verhielt es sich mit Oberschlesien, das künftig nicht mehr zwischen Deutschland und Polen geteilt, sondern vollständig zu Polen kommen werde. In der Summe hätte Polen gegenüber dem Stand im August 1939 im Westen ungefähr 50.000 Quadratkilometer an Fläche auf Kosten Deutschlands hinzubekommen, während im Osten etwa 175.000 Quadratkilometer an die Sowjetunion verloren gingen.

Interessant wird somit Lampes Blick über die bis September 1939 bestehende deutsch-polnische Grenze hinaus: Die Oder wird als ein strategisches Ziel ausgegeben, das für die Sicherheitsinteressen des neuen

Polen von außergewöhnlicher Bedeutung sei. Das Gebiet vom rechten Flussufer bis zu einer künftigen polnischen Grenze müsse in jedem Fall entmilitarisiert werden, sollte es überhaupt bei Deutschland bleiben. Auch wenn Lampe noch keineswegs von einer Eingliederung dieser Gebiete, die noch einmal etwa 50.000 Quadratkilometer ausmachen, in das neue Polen ausgeht oder ausgehen kann, wird die enorme Bedeutung dieser Zone aus polnischer Sicht bereits herausgehoben. Gewissermaßen wird das Konzept einer Pufferzone in die Debatte eingeführt, die zwar bei Deutschland bleiben könne, die aber unter erweiterter Kontrolle der Siegermächte gestellt werden und demilitarisiertes Gebiet bleiben müsse. Weitere Ansprüche für Gebiete jenseits der Oder – einschließlich der am Flusslauf liegenden Städte Breslau und Stettin – wurden nicht gemacht.

Im Kern ist Lampes Konzept bereits die erste genauere territoriale Vorstellung einer künftigen Volksrepublik Polen, also eines eng mit der Sowjetunion verbündeten Landes, das allerdings nicht Sowjetrepublik werden wird, sondern in einem viel stärkeren Maße eigenen nationalen Vorstellungen folgen soll, also auf der Landkarte Europas ein selbständiger Nationalstaat bleiben wird. Nach innen gerichtet scheinen bei Lampe ohnehin erste Umrisse auf, wie sie später typisch werden für die sogenannten Volksdemokratien im Einflussbereich der Sowjetunion, wobei hier die plakativ gesetzte Forderung nach Demokratisierung einhergeht mit dem Eingeständnis, dass ein Bündnis mit der Sowjetunion gravierende innenpolitische Folgen haben müsse.⁸⁸

⁸⁸ Das sowjetische Modell sogenannter Volksdemokratien folgt in einem starken Maße dem bereits im 19. Jahrhundert in Russland verbreiteten Verständnis von Demokratie nicht als ein rechtsstaatliches, regelbasiertes Gesellschaftssystem mit Verfassungsordnung und überhaupt starker Konstituante, sondern vielmehr als Ausdruck des durchgesetzten Anspruchs breiter oder breiterer Volksschichten gegen bisherige Herrschaftsschichten. Sehr gut kommt diese Geisteshaltung in einem Text zum Ausdruck, den Georg Lukács in Taschkent Ende 1942 oder Anfang 1943 niedergeschrieben hat: »Der Sieg der sozialistischen Revolution in Russland von 1917 hat in ganz Europa eine Diskussion über den Gegensatz von Demokratie und Diktatur ins Leben gerufen. Die theoretischen Vorkämpfer des Sozialismus haben dabei immer diese abstrakte Gegenüberstellung abgelehnt und sich einerseits darauf berufen, dass die bürgerlichen Demokratien auch eine Form der Diktatur seien und dass andererseits die den Sozialismus verwirklichende proletarische Dikta-

Moskaus Entscheidung, das strategisch für den Ostseeraum so wichtige Königsberg in die Sowjetunion einzugliedern, wobei es als Kaliningrad nicht zu Sowjetlitauen kam, sondern direkt Moskau unterstellt wurde, änderte die ursprünglichen Vorstellungen über eine territoriale Nachkriegsgestalt Polens an der Seite der Sowjetunion noch einmal erheblich. Zwar kam der flächenmäßig größere Teil Ostpreußens tatsächlich zu Polen, doch versperrte nun das Kaliningrader Gebiet den erforderlichen breiten Zugang zur Ostsee. Stattdessen wurde Lampes strategischer Blick auf die Oder wichtiger, aus dem schließlich das Konzept der geografisch kürzesten Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen entlang von Oder und Neiße herausgeschält wurde. Breslau und Stettin kamen nun zu Polen, das der gemessenen Fläche nach zwar um 75.000 Quadratkilometer kleiner war als 1939, allerdings nun um ein erhebliches Stück nach Westen verschoben worden war. Der Weg, dieses neu zusammengefügte Land zur festen Heimat der polnischen Bevölkerung zu machen, wird in großen Teilen die Geschichte der Volksrepublik Polen ausmachen. Ohne die Waffenbrüderschaft polnischer Männer und Frauen an der Seite der Roten Armee im Kampf gegen Hitlerdeutschland hätte Stalin sich nicht auf einen solch – alles in allem – günstigen territorialen Umriss für das neue Polen eingelassen. Die Geburt der Volksrepublik Polen aus den Ruinen des Zweiten Weltkriegs indes schlägt ein völlig neues Kapitel der polnischen, gleichermaßen aber auch der europäischen Geschichte auf. Polen hört auf, als Zankapfel zwischen widerstrebenden äußeren Machtinteressen zerrieben zu werden. Schicksalsschläge wie später die im zerfallenden Jugoslawien oder in der auseinandergebrochenen Sowjetunion blieben dem Land erspart.

tur zur Kehrseite, zur Basis die Entfaltung einer neuen, spezifischen, besonders breiten Form der Demokratie, der proletarischen Demokratie hat.« Georg Lukács: Warum sind Demokratien den Autokratien überlegen?, in: Ders.: Ästhetik, Marxismus, Ontologie. Ausgewählte Texte. Herausgegeben von Rüdiger Dannemann und Axel Honneth, Berlin 2021, S. 394.

Zwischen Denkmal des Sieges und Okkupationsmuseum⁸⁹ (Mai 2009)

Rigas Straßenbahnen und Trolleybusse waren feierlich mit den Landesfarben und mit dem Symbol der EU geschmückt, der *Europatag* fällt auf den 9. Mai. Im Vorfeld regte Rigas Stadtoberhaupt Jānis Birks unmissverständlich an, in diesem Jahr einer anderen großen öffentlichen Veranstaltung für diesen Tag die Zustimmung zu verweigern.⁹⁰ Der *Tag des Sieges*, der seit Lettlands Unabhängigkeit am 1985 eingeweihten Denkmal des Sieges vom russischen Bevölkerungsteil mit großer Hingabe gefeiert wird, solle jetzt besser nicht stattfinden, denn an ihm würden sich in der Mehrheit illoyale Bürger beteiligen. Ein Sieg für die lettische Demokratie und die politische Vernunft allemal, dass der Stadtrat das Stadtoberhaupt überstimmte.

Das Programm zum Tag des Sieges wurde eingeleitet mit einer Liveübertragung der Militärparade auf dem Roten Platz. Zu sehen war da aus Moskau an der Spitze die Flagge der Russischen Föderation, danach die Flagge des Sieges, die Sowjetfahne. In Riga dominierte anfänglich eindeutig die Farbe Rot – wegen des in Lettland geltenden verfassungsrechtlichen Verbots der Symbole totalitärer Herrschaft *ohne* Hammer und Sichel. Als die Polizei an diesem Tag ein einziges Mal gewaltsam einschritt, wurde ein Mann abgeführt, der mit der Sowjetfahne erwischt worden war. Einen Steinwurf weiter hielt eine Kriegsveteranin ihr rotes Banner mit einem aufgenähten roten Quadrat an der besagten Stelle in den regengrauen Himmel. Das ist von Rechts wegen noch erlaubt.

Während am Denkmal das von den zu ihm strömenden Besuchern angelegte Blumenmeer im Tagesverlauf schier unglaubliche Ausmaße annahm, wechselten am Rande allmählich die Farben. Je jünger die Teilnehmer, desto offensichtlicher die Sympathie für das heutige Russland. Diejenigen, die zu früher Stunde sowjetisches Rot trugen, hatten ihr Fahnentuch längst eingerollt. Und so kontrastierte die ganz oben und offiziell wehende Fahne Lettlands mit dem Weiß-Blau-Rot des heutigen Russlands, das von unten gegen gehalten wurde. Als während des abschließenden Feuerwerks wie bei einem Fußballspiel laute Russland-Russland-Rufe die Runde machten, war gut zu erkennen, wer den Schlachtruf ausstieß: junge

⁸⁹ Vgl. S. 60–67.

⁹⁰ Zu Jānis Birks siehe Fußnote 44.

Menschen, die zum Zeitpunkt der lettischen Unabhängigkeit 1991 noch kleine Kinder waren oder sogar erst danach auf die Welt kamen.

Zu später Abendstunde zog ein breiter Menschenstrom über die von der Polizei abgesperrte Düna-Brücke Richtung Innenstadt, dorthin, wo das Okkupationsmuseum seit 16 Jahren seinen Platz hat. Anders als im gleichnamigen Museum im estnischen Tallinn setzen die Museumsgealter in Riga vor allem auf die Wirkung des einen Dokuments, dessen Existenz in langen Jahren der Sowjetunion vehement bestritten worden war. Es geht um den Ribbentrop-Molotow-Vertrag vom August 1939, mit dem zwischen Berlin und Moskau Einflussgebiete abgegrenzt wurden, deren sich die eine Seite bemächtigen durfte, ohne noch mit militärischer oder diplomatischer Gegenwehr der anderen Seite rechnen zu müssen. Durchgezogen wurde diese Abstimmung skrupellos nach dem 1. September 1939, die Republik Lettland weiß ein Lied davon zu singen.

Problematisch ist indes die Zeitdauer, für die das Museum Zuständigkeit und Gültigkeit beansprucht. Die Okkupationszeit endete laut dieser Auslegung mit der erneuten Unabhängigkeit 1991. Dazwischen habe es drei militärische Besetzungen gegeben, die erste von Juni 1940 bis Juni 1941 durch die Rote Armee, dann, nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion, von Sommer 1941 bis Frühjahr 1945 die durch die deutsche Wehrmacht, schließlich nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht die erneute und bis 1991 andauernde durch Rote Armee bzw. Sowjetarmee.

In der lettischen Gesellschaft hocken beide Seiten in den Schützengräben der Geschichte. Von dort aus scheint eine konstruktive Lösung, ein auf längere Sicht tragfähiger Kompromiss im Augenblick unwahrscheinlich zu sein. Zu schroff und unvermittelt stehen sich die beiden Seiten gegenüber. Auch wenn im Alltag – jenseits der immer wieder angerufenen Geschichte – zumeist kleinere Vermittlungen längst greifen, verweigert auf beiden Seiten ein Großteil der Bürger die – für das Funkzionieren multikultureller Gesellschaften so wichtige – »Normalisierung« auf der emotionalen Ebene.

Der Rigaer Oberbürgermeister hätte also viele und gute Gründe gehabt, am 9. Mai am Denkmal für den sowjetischen Sieg über den Hitlerfaschismus zu erscheinen, zumal in Lettlands Hauptstadt selbst keine nach Sprache und ethnischer Herkunft strukturierte klare Mehrheit ausgemacht werden kann. Bürgermeister Birks hätte sich also gut für eine Initiative aussprechen können, mit der offenkundige Diskriminierung

etwa bei der Zuerkennung der lettischen Staatsbürgerschaft beseitigt und der historisch bedingten und zwangsläufigen Zweisprachigkeit der Stadt mehr Raum im Erscheinungsbild gegeben werden könnte.

Der Geist eines Okkupationsmuseums wird den Lauf der Dinge nicht auf ewig richten können. Als Mahnung für die schlimmen Jahre 1940 bis 1945 sollte er jedoch bleiben.

Jelzins Tafel in Tallinn

(Oktober 2022)

Der Gesetzgeber in Lettland handelte schnell, denn nur wenige Monate nach Russlands Überfall auf die Ukraine wurde festgelegt, bis November 2022 sowjetische Denkmäler in Lettland zu entfernen, was in erster Linie auf das weithin sichtbare Denkmal des Sieges in Riga gemünzt war. Ein Passus im Freundschaftsvertrag zwischen Lettland und Russland aus dem Jahre 1994, in dem der Schutz solcher Denkmäler verbrieft ist, wurde einseitig aufgekündigt, was schärfsten Protest in Moskau hervorrief. Im August 2022 wurde das Denkmal in Riga abgerissen, nachdem dem Denkmal in einer Expertise ein höherer künstlerischer Wert – der es hätte retten können – abgesprochen worden war. Ohne Putins sinnlosen Krieg gegen die Ukraine wäre dieser Vorgang undenkbar gewesen, auch wenn aus bestimmter lettischer Richtung mit aufgeladenem patriotischem Argument in regelmäßigen Abständen immer mal wieder der Abriss gefordert worden war.

Im April und Mai 2007 hatten stürmische Proteste und handfeste Unruhen Tallinn im benachbarten Estland erschüttert. Anlass war die Entfernung eines Denkmals für den 9. Mai 1945 aus der Tallinner Innenstadt auf einen Soldatenfriedhof. Der »Bronzene Soldat« war 1947 auf einer Grabstätte von zwölf Rotarmisten errichtet worden, musste nun weichen, weil die Behörden es angewiesen hatten, umgebettet wurden auch die sterblichen Überreste der gefallenen Soldaten. Der Widerstand aufseiten der russischen Minderheit war heftig, vor allem junge Menschen versuchten mit allen Kräften den Vorgang zu behindern.⁹¹ Hin-

⁹¹ Ausführlicher siehe: Felix Münch: Diskriminierung durch Geschichte? Der Deutungsstreit um den »Bronzenen Soldaten« im postsowjetischen Estland, Marburg 2008.

terher hörte man in Tallinn immer wieder den stillen Seufzer, dass eine solche offensichtliche Schikane in Lettland und insbesondere in Riga einfach undenkbar gewesen wäre, habe die russische Minderheit dort doch eine ganz andere Stärke und einen ganz anderen Einfluss.

Tatsächlich schien das über 70 Meter hohe Denkmal in Riga schon allein wegen seiner riesigen Ausmaße unzerstörbar zu sein, obendrein hatten die Feierlichkeiten zum 9. Mai – wie auch immer von den Stadt- oder Regierungsbehörden toleriert oder schlichtweg hingenommen – über die Jahre einen Stellenwert bekommen, der sonst im baltischen Raum nirgends erreicht werden konnte. Die Feiern am 9. Mai am Denkmal des Sieges in Riga waren ohne Zweifel die herausgehobene und wichtigste öffentliche Kundgebung der russischen Minderheiten in den drei baltischen Ländern (und damit überhaupt in der EU!). Wer sich dem bunten Treiben hingab, wer die Gespräche suchte und schnell fand, der hatte einen unschätzbaren und vor allem frischen Eindruck davon, wie es um die Geschicke der Russen in Lettland, aber darüber hinaus insgesamt im Baltikum stand.

Vielleicht wird einst die Siegesfeier am 9. Mai 2018 in den Geschichtsbüchern als jener Höhepunkt gewertet, der nun – nach dem Abriss des Denkmals – nie wieder erreicht werden wird. Damals ergriff Rigas Bürgermeister Nils Ušakovs das Wort, erklärte, bereits als Kind mit seiner Familie an diesem Tag hier gewesen zu sein, bezeichnete den Tag des Sieges über den Hitlerfaschismus als eine der Säulen der heutigen EU, deren Mitgliedschaft für die gedeihliche Zukunft Lettlands eine so wichtige Rolle spiele.⁹² Es war obendrein im öffentlich groß gefeierten Jubiläumsjahr – 100 Jahre Unabhängigkeit Lettlands!

Zu diesem Zeitpunkt steuerte die sozialdemokratisch ausgerichtete Saskaņa-Partei, das weithin anerkannte politische Sprachrohr der russischen Minderheit in Lettland, zu deren wichtigsten Vertretern Ušakovs zählte, bereits auf einen weiteren Wahlerfolg zu. Im Herbst 2018 erreichte sie bei den Parlamentswahlen 19,8% der abgegebenen Stimmen, war erneut wie bereits 2014 (damals 23%!) die wählerstärkste Partei in Lettland. Dass Saskaņa wie 2014 nicht an der Regierungsbildung beteiligt wurde, war nur noch mit einem wahren Kraftakt der anderen möglich, denn nach über drei Monaten Koalitionsverhandlungen wurde schließlich eine Regierung gebildet, die aus den Vertretern von gleich fünf Par-

⁹² Nils Ušakovs (Jg. 1976) war von 2009 bis 2019 Bürgermeister Rigas.

teien hervorgezaubert wurde. Die Zukunft indes schien klar für die Sache von Saskaņa zu sprechen – für politische Vernunft und das mutige Hinausgehen aus den Schützengräben der Vergangenheit.

Putins Krieg gegen die Ukraine änderte hier alles. Bei den Parlamentswahlen Anfang Oktober 2022 scheiterte Saskaņa an der Fünfprozenthürde, der gewaltige Spagat, sich als Interessenvertreter der russischen Minderheit im heutigen Lettland zu sehen, um zugleich eine positiv-konstruktive Position bezüglich der Westintegration Lettlands zu gewinnen – also zur EU- und NATO-Mitgliedschaft – ist gescheitert. Das – zumindest vorläufige – politische Aus von Saskaņa symbolisiert nun zusammen mit dem Denkmalsabriss das Ende wohl einer ganzen Epoche, nämlich der langen Suche der russischen Minderheit in Lettland, sich als eine zahlenmäßig starke Minderheit in Lettland zu begreifen, die zurecht auf die Einhaltung der in der EU verbrieften Minderheitenrechte pochen darf, die aber zugleich aus eigener Kraft jedem Ansinnen einen Riegel vorzuschieben weiß, wenn sie als eine Art Hilfstruppe in Putins geostrategischen Sandkastenspielen dienen soll.

Vieles, was von verschiedener Seite bislang aufgebaut und versucht wurde, um einer künftigen tragfähigen Verständigung zwischen Estland, Lettland und Litauen auf der einen, und Russland auf der anderen Seite – übrigens ganz im Sinne einer gedeihlichen Entwicklung der EU – den Weg zu öffnen, ist nun verwaist. Zurück bleibt in Tallinn aber eine Erinnerungstafel, die die Kriegszeiten überstehen wird. Sie ist Boris Jelzin gewidmet, dem damaligen Präsidenten Russlands: »Boris Jelzin, dem ersten Präsidenten Russlands, zur ehrenvollen Erinnerung wegen seiner Rolle bei der friedlichen Wiederherstellung der Unabhängigkeit Estlands 1990/91.« Die Tafel mit einem Relief Jelzins wurde 2013 durch eine Bürgerinitiative an den alten Stadtmauern der estnischen Hauptstadt angebracht. Nun mahnt sie, darüber nachzudenken, wie nach Jelzin – der die Grenzen zwischen den auseinanderfallenden einstigen Unionsrepubliken zutiefst respektierte und für nicht antastbar hielt – im Kreml jener Mann sich entpuppen konnte, der nun mit militärischen Mitteln Grenzen neu ziehen will, dabei sogar vor Drohungen mit dem Ausbruch eines weiteren Weltkriegs nicht mehr zurückschreckt. An dieser Stelle aber kehrt der in diesem Buch aufgespannte Bogen zu seinem Anfang zurück – zur Frage nämlich, wie Putin wurde, was er jetzt ist: eine Herausforderung für den Weltfrieden.

Abspann

Nachfolgende Zeilen stammen von dem polnischen Philosophen und Schriftsteller Stanisław Brzozowski (1878–1911), der sich in großen Teilen seines – trotz auffallend kurzer Lebenszeit – umfangreichen Werkes mit dem Verhältnis Polens zu Russland, insbesondere mit beredten Einstellungen polnischer Intellektueller gegenüber dem riesigen Nachbarn beschäftigt hatte. Das Zitat ist einer 1910 verfassten Arbeit über die zeitgenössische russische Literatur entnommen, die posthum 1912 in dem Band »Głosy wśród nocy. Studia nad przesileniem romantycznym kultury europejskiej« (Stimmen der Nacht. Studien zur Krise der romantischen europäischen Kultur, Lwów 1912, S. 192 f.) veröffentlicht wurde. Auf Brzozowski haben später führende polnische Intellektuelle wie Czesław Miłosz oder Andrzej Walicki zurückgegriffen, die sich in tiefgründiger Weise – auch hinter der verdeckenden Schale der Sowjetunion – mit Russland und insbesondere dem polnisch-russischen Verhältnis auseinandergesetzt haben. In der entscheidenden Aussage hat Brzozowski gegen Rosa Luxemburg – die immer vor der unheimlichen Rückkehr der Zarenherrschaft gewarnt hatte – Recht behalten.

[Verfasstheit der russischen Gesellschaft]

Ich weiß, dass zum Credo eines polnischen Patrioten die Überzeugung gehört, Russland werde nachgerade in den Zustand des Nomadenlebens zurückfallen, doch ist das lediglich die Konsequenz der bei uns sorgsam weitergegebenen Pflicht zur nationalen Ignoranz. Diejenigen, die zu Ehren Japans lange Hymnen niederschreiben, vergessen indes, wie vertraut der japanische Generalstab mit dem Kriegsgebiet gewesen war, mit den Kräften und der militärischen Vorbereitung Russlands. Unser Kampf mit Russland umfasst die Gesamtheit des geschichtlichen Lebens, sodass sich unsere Kenntnis Russlands nicht auf seltsame finanzielle und militärische Berechnungen begrenzen darf. Wir müssen die Sache des innersten Wesens im Leben dieses ungeheuerlichen Organismus zur Kenntnis nehmen, dessen verborgene Gesetze kennenlernen. Deshalb dürfen wir die Veränderungen in der Gemütsart und psychischen Verfasstheit der russischen Gesellschaft nicht ignorieren, Veränderungen, die sich heute als ein schwer zu erfassendes Schwanken in der intellektuellen Atmosphäre äußern, die allerdings in nicht allzu ferner Zukunft zu bedeutungsschweren geschichtlichen Tatsachen werden müssen. Die Zukunft wird entscheiden, wer der nationalen Sache einen wirklichen Dienst erwiesen haben wird, nämlich ob diejenigen, die auf den Ruinen des zusammenfallenden russischen Staates bereits das Morgenleuchten unserer Zukunft sehen, oder aber umgekehrt diejenigen, die den Gedanken und den Willen mit jener schrecklichen Warnung aufwecken wollen, dass die innere Kraft, die moralische Kraft – die bislang noch kaum gegenwärtig gewesen war – eben heute emporwächst im russischen Staatswesen. Bereits hier können wir die Aufmerksamkeit auf eine bestimmte Seite in der ganzen Frage richten. Selbst das gegen die bestehende Staatlichkeit Russlands gerichtete russische Denken hat im Sinne einer unüberwindlichen Geschichtslogik der Stärkung dieses Staates gedient.

Text-Nachweise

Erster Teil

Das ist ein von Krzysztof Pilawski für diesen Band neu geschriebener Text.

Zweiter Teil

Wyspa ponizonych [Insel der Erniedrigten], in: Przegląd, Nr. 41 vom 9.10.2017, S. 38–40.

Święty Jerzy walczy [Der heilige Georg kämpft], in: Przegląd, Nr. 20 vom 19.5.2009, S. 18–20.

Nostalgia za Königsbergem [Sehnsucht nach Königsberg], in: Przegląd, Nr. 29 vom 14.7.2014, S. 20–23.

Dritter Teil

Umworbenes Kiew, in: Das Blättchen, Nr. 6 vom 21.3.2011.

Polen und das Programm der »Östlichen Partnerschaft«, in: Polen und wir, Nr. 2/2014, S. 14f.

Die polnische Sicht auf die Ukraine, in: Das Blättchen, Nr. 6 vom 17.3.2014.

Hinter dem Bug. Historische Linien, europäische Erwartungen, in: Welt-Trends, Nr. 95, April/Mai 2014, S. 5–9.

Naive Fehlschlüsse, in: Das Blättchen, Nr. 23 vom 10.11.2014.

Zum Beitrag »Der 8. Mai 1945 und heute« von Alexander Rahr, in: Welt-Trends, Nr. 166, August 2020, S. 23f.

Zum Thema »Polen und der Norden« (Autorenname: Jan Opal), in: Welt-Trends, Nr. 183, Januar 2022, S. 67f.

Bemerkungen zur Nationalitätenfrage bei Rosa Luxemburg aus gegebenem Anlass, in: Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung (rosalux.de), 22.2.2022.

An Kiews Seite (Autorenname: Jan Opal), in: Das Blättchen, Nr. 5 vom 28.2.2022.

Ein Krieg wird legitimiert: Riskantes Spiel mit alten Rechnungen, in: ND. Die Woche, 25./26.2.2022, S. 5.

»Ganz famose Burschen« (Autorenname: Jan Opal), in: Das Blättchen, Nr. 6 vom 14.3.2022.

Polen hilft. Putins Angriffskrieg eröffnet ein neues Kapitel in den polnisch-ukrainischen Beziehungen, in: Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg (brandenburg.rosalux.de), 15.3.2022.

- Die Reise nach Kiew. Für Polen hat die Unterstützung der Ukraine tiefe historische Bedeutung*, in: ND. Der Tag, 21.3.2022, S. 2.
- Kwaśniewski über Putin* (Autorenname: Jan Opal), in: Das Blättchen, Nr. 7 vom 28.3.2022.
- Bedrohlich, Putins Nachbar zu sein. Russlands Krieg gegen die Ukraine weckt alte Gespenster*, in: WeltTrends, Nr. 186, April 2022, S. 14–17.
- Rosa Luxemburg in der Ukrainefrage*, in: Das Blättchen, Nr. 8 vom 11.4.2022.
- Bilaterales zwischen Warschau und Berlin* (Autorenname: Jan Opal), in: Das Blättchen, Nr. 8 vom 11.4.2022.
- Klare Botschaft auch ohne mahnenden Sirenen gesang. Drei Bemerkungen zum 19. April 2022*, in: Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg (brandenburg.rosalux.de), 19.4.2022.
- Zerschlagenes Porzellan* (Autorenname: Jan Opal), in: Das Blättchen, Nr. 9 vom 25.4.2022.
- Zwischen Berlin und Moskau* (Autorenname: Jan Opal), in: Das Blättchen, Nr. 10 vom 9.5.2022.
- Verrechnet* (Autorenname: Jan Opal), in: Das Blättchen, Nr. 11 vom 23.5.2022.
- Ernst Bloch – 1938*, in: Das Blättchen, Nr. 12 vom 6.6.2022.
- Zuerst der Verteidigungskampf, die Friedenstaube später*, in: Maldeks-tra #15, Juni 2022, S. 14 und 16.
- Blinder Fleck* (Autorenname: Jan Opal), in: Das Blättchen, Nr. 14 vom 4.6.2022.
- Orbán's zerplatzte Autoreifen* (Autorenname: Jan Opal), in: Das Blättchen, Nr. 16 vom 1.8.2022.
- Nationalfeiertag in Blau-Gelb* (Autorenname: Jan Opal), in: Das Blättchen, Nr. 18 vom 29.8.2022.
- Gegen Putins Annexionswahn*, in: Das Blättchen, Nr. 20 vom 26.9.2022.
- Landverschiebung*, in: Das Blättchen, Nr. 18 vom 3.9.2012.
- Am 9. Mai*, in: Das Blättchen, Nr. 11 vom 25.5.2009.

VSA: Weitere Bücher der Autoren



Krzysztof Pilawski/Holger Politt
Polens Rolle rückwärts
Der Aufstieg der Nationalkonservativen und
die Perspektiven der Linken
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
176 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-89965-702-9

Den Durchmarsch der Kaczyński-Partei bei
den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen
2015 hatte kaum jemand in dieser Deutlichkeit
erwartet. Die Autoren beleuchten
die Hintergründe und die Aussichten für die
Linkskräfte

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

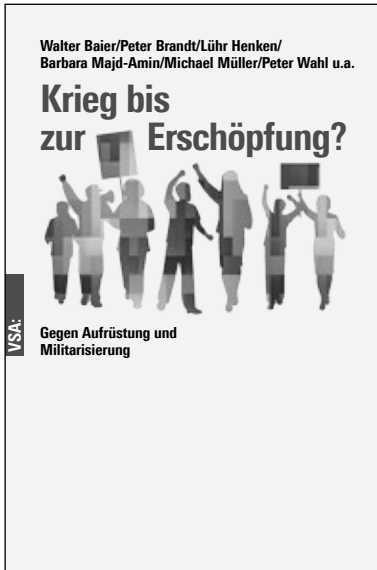


Krzysztof Pilawski/Holger Politt (Hrsg.)
Rosa Luxemburg: Spurensuche
Dokumente und Zeugnisse
einer jüdischen Familie
152 Seiten | Hardcover | mit Fotos in Farbe |
2020 | € 19.80
ISBN 978-3-96488-005-5

Anhand einer Vielzahl bislang nicht gezeigter
Dokumente und anderer Zeugnisse der
Zeit wird den Lebenswegen einer jüdischen
Familie in Polen nachgegangen, die mit
Rosa Luxemburg (1871-1919) eine der be-
kanntesten und berühmtesten Persönlich-
keiten der Zeitgeschichte hervorgebracht
hat. Viele der in den einzelnen Episoden
dargestellten Zusammenhänge werfen ein
ganz neues Licht auf den Lebensweg Rosa
Luxemburgs, weil der familiäre Kontext
bislang meistens zu eng und zu statisch
gefasst wurde.

www.vsa-verlag.de

VSA: Hintergründe des Krieges



Walter Baier/Peter Brandt/Lühr Henken/
Barbara Majd-Amin/Michael Müller/
Peter Wahl u.a.

Krieg bis zur Erschöpfung?

Gegen Aufrüstung und Militarisierung
176 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-96488-167-0

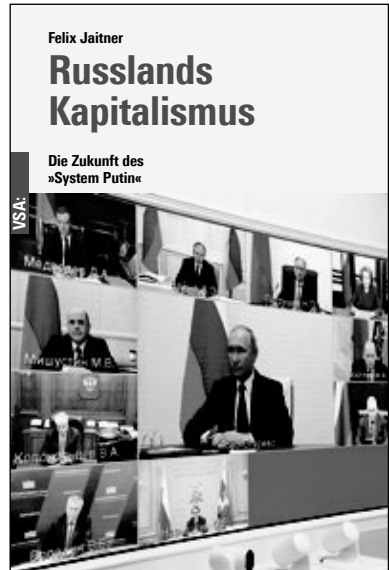
Die Entsorgung der Entspannungs- und Friedenspolitik im Kontext der »Zeitenwende« ist eine politische Sackgasse. In diesem Buch geht es um unterschiedliche Plädoyers für eine gemeinsame Sicherheit im 21. Jahrhundert.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag

St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA:



Felix Jaitner

Russlands Kapitalismus

Die Zukunft des
»System Putin«

Felix Jaitner

Russlands Kapitalismus

Die Zukunft des »System Putin«
208 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-162-5

Mit dem Beginn der »Sonderoperation« gegen die Ukraine und den Sanktionen des Westens steckt der Putinismus in einer schweren Krise. Felix Jaitner verfolgt den Prozess der Durchsetzung des Kapitalismus in Russland, zeigt die oligarchischen Strukturen, die Korruption in Putins Umfeld und die Defizite in den sozialstaatlichen Institutionen und der Infrastruktur. Von einer sich zunächst nur verschärfenden Ungleichzeitigkeit driftet das russische Regime in eine reine Retropolitik mit tödlichen Zielen ab. Die Repression erreicht mit dem Krieg in der Ukraine ein neues Ausmaß.

www.vsa-verlag.de